



10. und 11. Heft | 31. Mai 1916

KARL LEUTHNER · UM DIE SEEHERRSCHAFT

AER Krieg hat die Untersuchung der Grundlagen der englischen Weltmacht in Schwung gebracht. Es fanden sich scharfe Augen und prüfende Hämmer genug, die auch an diesem ehernen Koloß tönerner Füße festzustellen wußten. Überdies war schon vor dem großen Völkerringen durch systematische Köpfe ab und zu eine unheilverkündende Weissagung ergangen; denn wo wäre ein Bestehendes, das nicht, einer schönen Theorie zuliebe, wert befunden worden wäre, daß es zu Grunde gehe? All dies läßt sich nun trefflich nutzen und werten. Da gibt es zum Beispiel eine noch vom Glanz der Neuheit blinkende geophilesische Lehre, die mit dem Aufwand einer tief sinnigen Terminologie die Menschheitsgeschichte einteilt in eine potamische, eine thalassische, eine ozeanische und eine universale Periode. In sinngemäßer Anwendung auf England ergibt sich da unschwer, daß zur Zeit der Stromkulturen des alten Morgenlands die britischen Inseln im tiefsten Dunkel der Geschichtslosigkeit lagen, daß sie in der Zeit der Mittelmeerkultur ein entlegenes Randland darstellten, daß aber, als das Weltmeer zum Hauptträger des Verkehrs wurde, England, weil am vollkommensten den Bedingungen ozeanischer Größe angepaßt, über alle Nebenbuhler hinausstieg. Nun sind jedoch dank den Eisenbahnen treffliche Küstenbeschaffenheit und Aufgeschlossenheit gegen das Meer nicht mehr die unerläßlichen Vorbedingungen der Teilnahme am Weltverkehr; dieser dringt tief in die Weite und Breite der Festlandsstaaten, entfesselt gewaltige Volkskräfte und Naturschätze, die denen der britischen Inseln weit überlegen sind. Albions Götterdämmerung hebt an. Hierfür gibt es indes noch einen zweiten besonders stichhaltigen, weil moralischen Grund. Schon lange erfreuen wir uns einer wissenschaftlichen Entdeckung, die den modernen kapitalistischen Geist sozusagen als Nebenprodukt der calvinistischen Frömmigkeit und ihrer Verdiesseitigung des Daseins erkannt hat. Da nun unstreitig der heutige sportliebende englische Clerk nicht reinen Quäkergeist atmet und Dorian Grays Gemälde entschieden nicht so sittenstreng ist wie Miltons Verlorenes Paradies, lag die Frage nahe, »ob der ursprüngliche englische Charakter sein ethisches Salz auf den Höhen der Macht, der Ehre und der Herrlichkeit wird bewahren können«. Und ohne das ethische Salz, das Staat und Gesellschaft vor Fäulnis bewahrt, geht es eben nicht ab.

Was könnte uns Freundlicheres widerfahren als daß diese und ähnliche Theorien ihren Wirklichkeitswert betätigen würden? Man denke doch, es

würden die *Weltkulturperioden* in Person oder auch der innere Sittenverfall des britischen Wesens den Deutschen die Arbeit abnehmen die Engländer, den gefährlichsten Feind, vom ersten Plan abzudrängen. Indes tut der praktische Politiker gut alle Geschichtsauffassungen, sowohl die materialistischen wie die religioökonomischen oder geophilosophischen, zwar mit der gebührenden Achtung, aber auch mit der gebührenden Vorsicht zu gebrauchen. Er fragt etwa: Warum soll die universalistische Epoche just den Briten weh tun, die in Canada und in Australien breit auf ganzen Weltteilen festsitzen? Und warum soll die Zerweichung altväterlicher Sittenstrenge sie macht- und herrschaftsunfähig machen, da sie gerade während der Walpoleschen Korruption und in den Tagen der Lord Clive- und Warren Hastings-Skandale den schimmernden Bau ihrer Größe aufgerichtet haben? Eine kriegführende Nation muß ihr Kriegsziel klar zu erschauen trachten. Den Deutschen drohen beide Gefahren; die eine: ihre Zwecke weit ins Unerreichbare zu verlegen, als hätten sie mit Englands geographischen oder sittlichen Lebensgrundlagen zu kämpfen, die ihr Schwert nicht zu treffen vermag, aber auch die andere: daß sie verblindet und wirklichkeitsfremd das Nächstliegende übersehen. Einige deutsche Gelehrte und Schriftsteller haben die Lehre aufgestellt, dieser Krieg erweise den Vorrang des Staatlichen vor dem Nationalen. Die Theorie war zum Teil auf Nachrichten des Auslands aufgebaut, über die den Herren bald gegönnt sein wird herzlich zu lachen. Doch auch sonst hätte ein einziger unbefangener Blick in die Welt umher zu deutlichen Einsichten geführt. Kam denn der Anlaß, der den Weltkrieg entfesselte, nicht aus einem Nationalismus, der sogar auf rassenmäßiger Grundlage erblüht ist, aus dem Panslawismus? Offenbaren nicht die romanischen Nationen überwiegend in ihrem Verhalten zu Frankreich die Macht der Kultur- und Sprachverwandtschaft über alle staatlichen Grenzen hinaus? Selbst mitten im Krieg überhören wir, was dieser am lautesten verkündete: die fast allwaltende Macht des Nationalen in unseren Tagen werdender oder vollendeter Volksherrschaft, das *ὅν καὶ πᾶν*, das Ein und Alles des Demokratischen und Nationalen als der beiden Seiten eines und des selben Wesens. Wieviel Wahn und Fehlurteil über das Verhalten Amerikas von den ersten Tagen des Krieges an hätten wir uns erspart, wenn wir selbst tiefer national empfänden und darum das Empfinden der Völker ringsum schärfer begriffen. Schon vor Jahren, als nach Abschluß des amerikanisch-englischen Schiedsvertrags die Rede klang von dem angelsächsischen Weltbesitz und der angelsächsischen Weltgewalt: war das nicht vernehmlich genug? Und hat nicht die größerbritische Reichsidee, obwohl zum Teil gegen das Übergreifen amerikanischer Macht nach Canada gerichtet, einen erweiterten Gedankenkreis, der das gesamte Angelsachsentum umfaßt und in der Vorstellung gipfelt, daß es für die Zukunftsgröße der Angelsachsen einerlei sei, ob sich der Schwerpunkt der politischen Macht von der Themse an den Hudson verschiebt? Zusammenhänge der Sprache, der Gesittung, des Glaubens, ursprünglicher und tiefer greifend als staatliche Grenzen, lenken die Empfindungen. Wo nicht in besonderen Fragen Interessengegensätze zwischen beiden Staaten sich auftun, denkt der Amerikaner eben englisch, wie er englisch spricht und liest. Überstaatlicher Nationalismus: das ist im Kern Wilsons Politik.

Wir müssen zu unterscheiden versuchen. Die Weltmacht des angelsäch-

sischen Volkes ist für uns unantastbar. Denn sie ruht auf der Besiedelung von 4 weltteilgroßen Gebieten, von denen das eine 100 Millionen Menschen umfaßt. (Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern und die Abnahme der Geburten in allen angelsächsischen Gebieten weist hier eine Begrenzung, die vielleicht in absehbarer Zeit gefährlich hemmend wirken wird.) Die Weltgeltung der englischen Sprache gründet sich auf die selben Voraussetzungen, greift aber noch darüber hinaus dank der Ausdehnung der britischen Kolonien und dem (vorläufigen) Vorrang britischer Beziehungen im Fernen Osten. Die Weltbetätigung des englischen Kapitals in den Ländern der Halbkultur und den auf Kolonialboden wachsenden Staaten wird möglicherweise durch die finanziellen Nachwirkungen des Krieges eine Schranke finden. Der Weltstellung des englischen Ausfuhrhandels begann schon vor dem Krieg der deutsche Handel ebenbürtig zur Seite zu treten; der Ausfall des Krieges wird den weiteren Entwicklungsgang mitbestimmen. Doch Weltmacht, Weltgeltung, Weltbetätigung und Weltstellung der Angelsachsen und Englands sind nicht das, wogegen sich unsere Waffen kehren. Es entspringt unklarem Denken, wenn auf sie hingedeutet wird als auf unerreichbare Kriegsziele, und als ob deshalb der Krieg mit England Unmögliches erstrebe. Er gilt einem allein: der englischen Weltherrschaft. Und diese stützt sich (lichtvoll hat dies zuerst, auf Ratzels Bahnen wandelnd, Hettner dargetan) auf die Vormacht oder besser Allgewalt zur See. Wohl geht sie auch über diese Grundlage hinaus. Die Staaten, die wir im Gefolge Englands als dessen Vasallen erblicken, wie etwa Portugal, Argentinien oder Italien, erfahren noch andere Beeinflussungen als sich aus einer offenliegenden, leicht angreifbaren Küste ergeben. Argentinien ist eingesponnen in das Netz britischer Anleihen, Italien abhängig von englischer Kohlenzufuhr. Zuletzt ist es aber doch die Flotte, die den englischen Machtwillen an jedes Ufer jedes Landes trägt. Darum steigt der Einfluß Großbritanniens auf einen neutralen Staat mit dessen Aufgeschlossenheit gegen die See, mit dessen Seeinteressen und Kolonialbesitz. Der große Enthüller der Machtverhältnisse, der Krieg, hat uns die tieferen Zusammenhänge aufgedeckt. Mochte man in den harmlosen Tagen des Friedens behaupten, die Dampfschiffahrt habe alle Wege zur See ungeahnt verkürzt, dadurch die Vorzüge der ozeanischen Lage Englands aufgehoben und die deutschen Nordseehäfen wettbewerbsfähig gemacht. Deutschland hat jetzt erfahren, daß dies alles nur Schein war. Seine durch den Kanal gehenden Schifffahrtslinien, wie seine Kabelstränge waren vom ersten Tag des Krieges abgeschnitten, die Nordsee, sonst ein heftig durchpulster Herzpunkt des Verkehrs, ist jetzt ein zugeschnürter Sack. Noch gibt es Kabel, aber nur für England, und um dessen Denken über Deutschland zum Meinen aller Welt zu machen, und das freie Reich der Amphitrite muß sich an jeder Enge, an jedem Auslaß von dem englischen Torwart beaufsichtigen lassen. Deutschen Seehandel, deutsche Kolonien gab es also bisher bloß von Englands Gnaden: das ist es, worüber die Deutschen mit den Waffen rechten. Auch ihr Krieg mit England hat keinerlei phantastische Macht- und Eroberungsziele. Er gilt dem nackten Leben, dem Recht zur See zu fahren, Handel zu treiben, mit den eigenen Handelsniederlassungen in Verbindung zu bleiben: alles, ohne daß fremde Willkür zerstörend dazwischenfahren kann.

Der deutsche Seekrieg ist gleich dem Landkrieg ein Krieg ums Dasein.

Und er hat in seiner Art bedeutende Erfolge aufzuweisen. Man mache sich einmal klar, wie sehr die Wirkung und Geltung einer so ungeheuren Übermacht, wie sie die englische Flotte, noch dazu verstärkt um die französische, darstellt, im Lauf dieses Krieges eingeschrumpft ist. Die englische Regierung rühmt sich der Abschließung aller Seewege. Doch daran hat die Blockadelinie, die die englische Küste selbst gegen die Nordsee bildet, den Hauptanteil. Ohne die bundesfreundliche Geographie wäre England außerstande die deutsche Flotte zu *versiegeln*; das erhärtet die Leistung der Möwe, das erhärten auch andere Tatsachen zur Genüge. Einige Jahre vor dem Krieg schon schrieb eine der angesehensten englischen Zeitschriften: »Hamburg, Bremen, der Kaiser Wilhelm-Kanal und die baltischen Häfen würden unter unseren Kanonen liegen, bis die Kriegsentschädigung gezahlt wird.« Das war nicht die Redensart eines unwissenden Jingos. Auch in den Marinefachkreisen Englands überwog vor dem Krieg die Anschauung, es werde möglich sein die deutsche Flotte mit einem Schlag zu erledigen und dann die deutschen Häfen nach Belieben mit Vernichtung zu treffen. Und was die baltischen Häfen anlangt, so vergesse man nicht, daß Rußland, besorgt wegen einer auf der deutschen Flotte fußenden Offensive in den Ostseeprovinzen, gegen diese drohende Möglichkeit in der Marinekonvention mit England Hilfe suchte. So weit entfernten sich die Ansichten selbst der Fachleute von dem, was der Krieg als tatsächlich möglich erwiesen hat. Als der Krieg nun wirklich kam, hatte wohl die englische Admiralität bereits dem deutschen *Risikogedanken* in ihren Plänen und Erwägungen den geziemenden Raum gewährt. Statt des überwältigenden Angriffs der Großkampfschiffe, die mit einem Stoß die deutsche Flotte zerschmettern sollten, wurde die hinhaltende Kriegführung gewählt, die Versiegelung der Nordsee, wobei die eigentlichen Kampfschiffe als *Flotte in den Häfen* durch fernhinwirkenden Druck den Gegner zu Verzweiflungstaten treiben sollten. Denn so war es natürlich nicht gemeint, daß man all den schönen und sündteuren Fürchtenichts ein beschauliches Ruhedasein von 2jähriger Dauer von vornherein zgedacht hätte. Man rechnete mit einem Hervorbrechen der deutschen Flotte, die, von einer Strategie der Not und Verzagnis getrieben, gegen die Blockadekette anstürmen würde, um dann auf ungünstigem Kampffeld, in den englischen Gewässern selbst, von der britischen Übermacht ihr Tschusima zu erleiden. Man muß sich stets diese, beinahe schon vergessenen, weil von den Ereignissen gänzlich zur Seite geschobenen, Voraussetzungen vor Augen halten, mit denen die britische Flotte in den Kampf eintrat, um die Leistungen der deutschen Abwehr gerecht abzuschätzen. In der Ostsee hat sich in 22 Monaten noch kein englisches Kriegsschiff gezeigt, außer einigen Unterseebooten, die nach einem vollen Jahr deutschen Unterwasserkriegs zögernd und nachahmend versuchten, was sie auf gleichen Bahnen erreichen könnten. In der Nordsee erlebten wir so und so oft das wundersame Schauspiel ungeahndet geliebener Angriffe auf die britische Osküste. Die *Flotte in den Häfen* verharrte in ihrem Versteck, selbst als die englischen Häfen deutsche Schiffsgeschosse empfangen. In dem einen Ausnahmefall aber, der Schlacht an der Doggerbank, schnitten die britischen Schlachtkreuzer trotz gewaltiger artilleristischer Überlegenheit derart ab, daß sie uns seit 14 Monaten keine Wiederholung mehr erleben ließen. Auch vor Helgoland sind englische Schiffe nur einmal erschienen, und das in den ersten Tagen, aber nicht mehr wieder.

Schon daß diese beiden Ereignisse in die ersten 6 Monate des Krieges fallen und nichts Ähnliches ihnen folgt, legt die Schlußfolgerung nahe, daß die Kriegführung zur See, ungeachtet des Entschlusses die Nordsee zu sperren, wohl ursprünglich weit offensiver gedacht war, daß man bloß unter dem Druck der deutschen Gegenwirkungen sich völlig in die Defensive zurückzog. Die deutsche Nordseeküste aber wird heute von den englischen Fachmännern selbst für unnahbar erklärt.

So hat der Seekrieg in allen Stücken eine andere Gestalt angenommen als man allerseits gedacht hatte. Wenn man mit den Erfahrungen der 22 Monate ausgerüstet sich nach den Erörterungen und Darlegungen umsieht, wie sie vor dem Krieg durch die englische Fachpresse gingen, nach den Reden und Vorträgen englischer Admiräle und Schiffsingenieure, so weiß man sich vor Staunen nicht zu lassen: so phantastisch laufen alle diese Meinungen, diese zuversichtlich verkündeten Grundsätze in die Irre. Allerdings war es mit den Fachleuten der anderen Nationen kaum anders. Die Auseinandersetzungen drehten sich zum weitaus größten Teil um die artilleristische Wirkung. Ob die Durchschlagskraft des Einzelschusses und des großen Kalibers entscheiden oder der Geschosshagel der Mittelartillerie, ob das Riesenschiff mit dem Einkalibersystem vorzuziehen sei oder die größere Anzahl kleinerer Schiffe, ob man die Geschützegeheuer am besten in Zwilling- oder in Drillings- oder gar in Vierlingstürmen aufstellen solle, ob die wunderwirkende Kiellinie wirklich aller Taktik letzter Schluß sei, und so ins Endlose weiter: das waren Rede und Streit von den Tagen von Tschusima bis zum Ausbruch des Weltkriegs. Mit dem ersten Dreadnought glaubte England die deutsche Flotte endgültig hinter sich zurückgelassen, glaubte es die bedingungslose Seeherrschaft wieder gesichert zu haben. In der Hoffnung, daß Deutschland keine ebenso teuren Schiffe bauen könnte, sah es sich aber bald getäuscht; gerade die Einführung des neuen Typs bot der deutschen Marine die Möglichkeit den Vorsprung der Engländer schneller einzuholen. Nun kam man auf den Plan durch einen siegreichen Vorstoß in Nordwestdeutschland die deutschen Flottenbasen vom Land aus zu zerstören; er ist noch in den ersten Kriegsmonaten deutlich durchzufühlen. Wem sollte es heute beikommen, daß just das Zahlenverhältnis der Großkampfschiffe, die bis zur Stunde nirgends zur Wirkung gelangten, eine der Haupttriebfedern der britischen Einkreisungspolitik war? Und wie hoch schätzte man bis zum letzten Augenblick die Aussichten des Angriffs ein. Ein *Ketzer* und geistreicher Umstürzler dogmatischer Marineweisheit wie Jane glaubte noch 1907 etwas Revolutionäres zu sagen, wenn er vorschlug deutsche Angriffe auf englische Handelsschiffe mit der Beschießung deutscher Seestädte zu bestrafen. Überhaupt der Handelskrieg: wie wenig ahnte man, daß er das Hauptthema des Seekampfs abgeben würde. Es war eine geheiligte, immer wiederholte Lehre, daß Kreuzer ohne Stützpunkte nach Kauffahrteischiffen überhaupt nicht jagen könnten. Woher sollten sie die Kohlen nehmen? Nun, die deutschen Kreuzer im Stillen und im Atlantischen Ozean holten sie von den englischen Kohlen Schiffen, die alle Linien bedecken, und legten monatelang die Schifffahrt lahm. Fast tatlos sah England zu, ließ sich bei unzulänglichen Kräften an der Küste von Chile eine harte Schlappe zufügen und bot endlich alle Bundesgenossen auf, um 3 deutsche Schiffe aufzubringen. Warum? Weil

eine gleichfalls hochgehaltene, von Mahan am wirksamsten gepredigte Lehre die lückenlose Zusammenfassung aller Seestreitkräfte gebot. Sie mußten in den Heimathäfen bereit sein, um die Schläge auszuteilen, auf die wir noch immer warten. Nicht einmal die nötige Kreuzerzahl war in der ersten Zeit abkömmlich. Als man sich später doch um Konstantinopels willen zu Aussendungen entschloß, denn die Theorien begannen sich an den Tatsachen zu zermürben, wurde sogar ein Großkampfschiff mit 38 Zentimeter-Geschützen in Tätigkeit gesetzt. Man bildete sich nämlich ernstlich ein mit Flachbahngeschützen vom Schiffsboden aus gegen Panzertürme es den 42 Zentimeter-Haubitzen an Wirkung gleich tun zu können.

Doch erst im Licht des Unterseebootkriegs gewinnt alles sein rechtes Maß und Verhältnis. Ahnte die englische Admiralität die Rolle des Tauchboots? Selbst Scotts vielbemerkte Warnung sah das Tauchboot nur im Kampf mit dem Großkampfschiff und lehrte die Unangreifbarkeit der Küsten, eine Lehre, der sich der englische Kriegsbrauch eilig fügte. Indes Englands Schicksal hängt an dem Handelskrieg der Unterseeboote. Der Laderaum der britischen Kauffahrteischiffe ist der Briten tägliches Brot. Zwei Drittel der nötigen Lebensmittel und die Ausfuhr, die sie bezahlt, schwimmen auf dem Meer. Nicht lange vor dem Krieg wurde in England das höhrende Wort gesprochen: »England ist das einzige Land, das ohne Gefahr für sich selbst und mit Sicherheit des Erfolgs gegen Deutschland Krieg führen kann.« Dieser Satz der Saturday Review enthielt auch das Glaubensbekenntnis der Fachleute. Wie oft hatten sie ausgeführt, daß der Krieg gegen Deutschland den englischen Handel unberührt lassen werde; in den Kriegen gegen Frankreich mit seinen 3 Meeresküsten sei es unmöglich gewesen alle Fuchslöcher der Kaperschiffe zu verstopfen; die Versiegelung der Nordsee befreie Deutschland gegenüber von jeder solchen Sorge. Dieses Sicherheitsgefühl der Engländer muß man in Rechnung stellen, wenn man die Handlungen abmessen und richten will, die zum Krieg führten. Doch das Unterseeboot hat den Kampfschauplatz völlig verwandelt. Die Bahn, die es durch die Tiefe nimmt, vermag keine Blockadelinie abzusperren. Eine bestimmte Zahl der Boote, eine bestimmte Geschwindigkeit, eine bestimmte Fahrtdauer, eine bestimmte Größe mit dem entsprechenden Fassungsraum für Torpedos vorausgesetzt: das ergibt Zerstörungsmöglichkeiten, die der englischen Schifffahrt einmal ein unüberwindliches Halt gebieten könnten. Was nützt England dann die schöne Theorie, daß ein Volk die Landwirtschaft leicht entbehren könne, da es doch wohlfeiler sein Brotgetreide zu Schiff aus Übersee heranhole? Schiff und Getreide werden am Grund des Meeres ruhen. Und es kann nicht die Hand zur Vergeltung ausrecken, denn der Gegner hat sich den Bauer und den nährenden Acker bewahrt und kann nun eine Weile zusehen, wenn ihm auch die Ozeanwege abgeschnitten sind.

Wir wissen nicht, wie weit es mit dem Tauchboot gelangt ist, und wann die von uns in der Phantasie vorweggenommene Wirkung zu erreichen steht. Auch soll nicht verkannt werden, daß man niemals seine Zukunft nur auf ein einziges technisches Mittel einrichten darf. Jedes Mittel, durch Menschengestalt ersonnen, kann im Lauf der Zeit durch andere Vorkehrungen und Verfahren in seiner Wirkung herabgemindert werden. Auch England könnte Wege finden sich auf Jahre hinaus zu verproviantieren, vielleicht sogar sich seine Versorgung zu sichern. Es gibt kein Allheilmittel. Und es

wäre ganz verfehlt, wenn der so leicht zu beruhigende deutsche Bürger nun im Vertrauen auf das Unterseeboot jeder andern Seewaffe entraten zu können glaubte; denn auch über die Großkampfschiffe hat der Krieg sein letztes Wort noch nicht gesprochen. Gerade dieser Krieg hat uns gezeigt, daß man nichts als unbedingt sicher annehmen kann, daß man vielmehr auf alles gerüstet sein muß. Was aber auch immer die nächste Zeit uns bringen mag, das eine kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen: In den Entwicklungsmöglichkeiten der Unterseeboote ist ein Umschwung der Machtverhältnisse zur See beschlossen, der über den Krieg hinaus sich durchsetzen muß. Unter dem »Despoten des Weltmeers«, um mit Marx zu reden, wankt der Boden. Und es naht die Zeit, da das erreicht werden wird, was von den Hollandkriegen bis in unsere Tage niemand vermochte, woran sich das größte militärische Genie wundrieb in verborgener Anstrengung: die gekettete Menschheit von der drückendsten und allgemeinsten Knechtschaft zu befreien, von der britischen Seeherrschaft.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX:XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
MAX SCHIPPEL · MITTELEUROPA UND PARTEI



Die Frage *Mittleuropa* und die dazu notwendig gehörige Unterfrage der Abstufung der Meistbegünstigung (Vorzugsstellung oder gar voller Freihandel für die engerverbundenen Gruppenangehörigen auf der einen Seite, bloße normale Meistbegünstigung gegen die Außenstehenden andererseits) taucht in der deutschen Sozialdemokratie durchaus nicht, wie es fast scheinen möchte, zum erstenmal auf. Sie hat sogar, als sie das vorige Mal entschiedener angeschnitten wurde, unseren Parteiradikalen mit ihren freisinnigen handelspolitischen ABC-Prinzipien zu jener Zeit Anlaß zu einem ganz wüsten Mordsspektakel, vom rotverhangenen Richtplatz in Berlin bis zur trost- und hoffnungslosen Galgenstätte des Parteitags gegeben; und derartiges vergißt sich eigentlich nicht so leicht. Daß die gleichen Parteiretter heute etwa aus Schamhaftigkeit nicht gern auf das Frühere zurückkommen wollen, ist kaum anzunehmen. Eher könnte man ihre Zurückhaltung aus einer gewissen Vorsicht erklären, die sie ja stets der sonst unentwegten Tapferkeit vorziehen, wenn die Gelegenheit für billige geistige Heldentaten sich unterdes wesentlich ungünstiger gestaltet hat.

Aber vielleicht ist die Erinnerung an die letztmaligen Vorgänge wirklich fast ganz erloschen. Denn zwischen heute und jenen Tagen liegt ein ziemlich langer, toter Zeitraum als scharfe Unterbrechung, ohne jede sonstige übliche vermittelnde Fortspinnung der alten Gedankenfäden. Dies hängt mit unserem ganzen modernen Handelsvertragssystem, mit seinen langfristigen Festlegungen auf 10 und mehr Jahre, notwendigerweise zusammen. Dieses erzeugt zwar jedesmal beim Ablauf der alten Verträge und bei der Vorbereitung der neuen Zolltarife und Abmachungen eine Hochflut von Anregungen, von Interessen- und Meinungsauseinandersetzungen. Aber mit dem erzielten Abschluß der neuen internationalen Vereinbarungen macht es wiederum alle weiteren programmatisch allgemeineren Erörterungen auf lange hinaus angesichts der vollendeten Tatsachen vollkommen oder nahezu gegenstandslos. Die Debatte reißt plötzlich ab, um erst in der Nähe des viel späteren *handelspolitischen Kometenjahres* wieder aufzuleben.

Damals schrieben wir also 1903-1904. Der Zolltarifentwurf der Grafen Posadowsky und Bülow war, wie sich dies bei der überwältigenden sichern Schutzzollmehrheit von jedem vernünftigen Menschen voraussehen und voraussagen ließ, vor Weihnachten 1902 unweigerlich durchgedrückt, unter glatter Ausschaltung der Obstruktion treibenden Sozialdemokratie und unter einschneidender Verminderung der parlamentarischen Minderheitsrechte: heute kann man ruhig die Dinge beim wahren Namen nennen, nachdem das Urteil über die damalige parlamentarische Taktik selbst beim größten Teil ihrer ehemaligen Wortführer und Mitläufer längst feststeht. Aber die darauf folgenden Verhandlungen mit den gegenüberstehenden alten Vertragsstaaten waren fast nach allen Seiten schwer voranzubringen. Zuerst, im Sommer 1903, hatte man sich mit Rußland zu verständigen gesucht, seit Oktober 1903 mit der Schweiz: hüben wie drüben ohne jeden merkbaren Erfolg. Die kommissarischen Beratungen mit Österreich-Ungarn begannen sogar erst im Juni 1904, wurden jedoch, ehe sie zu einem Ergebnis geführt hatten, von neuem abgebrochen »wegen der von diesem Staate zunächst für dringlicher erachteten Verhandlungen mit Italien«. In der Tat erhoben sich gerade gegenüber der Donaumonarchie noch bis in das nächste Jahr hinein die allergrößten Schwierigkeiten, nachdem im Juli 1904 sogar mit Rußland, dessen Widerstand man bei der Vorbereitung der neuen Zolltarifgesetzgebung am allermeisten gefürchtet hatte, unter dem Druck seiner äußeren und inneren Schwierigkeiten ein Abkommen zustande zu bringen war.

Kein Wunder, daß in der kritischen Zwischenzeit der alte, seit jeher von Zeit zu Zeit wiederholte Gedanke viel erwogen wurde: ob man nicht durch Gewährung differentieller (nicht jedem ausländischen Staat zufallender) Zollvergünstigungen die widerstrebenden Nachbarländer, vor allem Österreich-Ungarn, zu rascherem Einlenken bewegen könne, und ob auch sonst ein Zollbund, an Stelle bloßer Handelsverträge nach Capravischem Vorbild, nicht wertvolle Vorzüge verschiedenster Art haben müsse. Die Emporhebung einer besonders, engverbundenen Staatengruppe über das allgemeine Niveau der sonstigen normalen Meistbegünstigung rückte mit einem Schlag viel rascher und weiter in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit als man dies nach den zahlreichen Anläufen, die vorangingen, aber stets sehr bald wieder matt zusammenbrachen, hätte vermuten sollen. Durchaus nicht mit überfließender unklarer Begeisterung, wohl aber mit sachlicher Anteilnahme an dem anziehenden und wichtigen handelspolitischen Problem hatte ich mehrfach die Frage schriftstellerisch den Parteikreisen geistig näherzubringen versucht, vor allem in den Sozialistischen Monatsheften. Beispielsweise hieß es hier im September 1903 am Schluß einer längern Darlegung, die der Zukunft der Meistbegünstigung galt:

»Sollte die mitteleuropäische Handelspolitik sich dazu gedrängt sehen für die mehr Tarifverträge verbundene Staatengruppe eine internationale Sonder- und Vorzugsstellung zu bedingen, so sind heute die wichtigsten Hindernisse dafür durch den Zahn der Zeit morsch geworden und zerfallen. Die amerikanische Reziprozität, die Brüsseler Zuckerkonvention, der englische Preferentialanspruch hat mehr und mehr der Anschauung Bahn gebrochen, daß Gruppen von handelspolitisch enger verknüpften Gemeinwesen ihre Beziehungen unter sich anders gestalten können als mit Außenseitern, auch wenn diese als meistbegünstigt fortgelten. Der Inhalt des Meistbegünstigungsrechtes ist durch vollendete Tatsachen bereits derart eingeschränkt und umgebildet, daß bei den jetzigen mitteleuropäischen Vertragsverhandlungen die weitere Ausscheidung einer, der alten verallgemeinernden Meistbegünstigung entzogenen Vorzugsgruppe als Lösung im Falle ernster Verwicke-

lungen überaus nahe liegt. Vieles arbeitet zweifellos im stillen längst auf diese Lösung hin, und auch Chamberlains Offenheiten dürften manchem unserer *mitteleuropäischen* Handelspolitiker sehr gelegen gekommen sein. Auf diese Weise könnten eines schönen Tages die Verhandlungen zwischen den bisherigen Tarifvertragsländern eine . . . überraschende Beschleunigung erfahren . . . Die wesentlichste handelspolitische Schwierigkeit dürfte gegebenenfalls überhaupt nicht in der Umbildung des Meistbegünstigungsrechtes sondern in der Abgrenzung der mitteleuropäischen Konventionalgruppe liegen, vor allem in der vollen Eingliederung oder doch genügend engen Angliederung Rußlands. Von der Entscheidung in Petersburg hängt darum diesmal eher noch mehr ab als nach 1890 . . . Vielleicht wissen wir darum bald, woran wir mit der künftigen Umgrenzung und Anwendung der Meistbegünstigung sind. Deutschland hat durch die Spezialisierung seines Zolltarifs bereits vieles getan die Wirkung auch des alten Meistbegünstigungsrechtes für die Zukunft abzuschwächen. Es hat daher im Notfalle mehrere Eisen im Feuer und kann hier dem Lauf der Dinge in Ruhe und ohne Überhastung entgegensehen.«¹⁾

Vorher war schon Calwer wiederholt und lebhaft für zum Teil ähnliche Gedankengänge eingetreten.²⁾ Schließlich verhielten sich selbst einige Berliner Parteigenossen nicht ganz gleichgültig. Und so stand ich Unglücksmensch denn am 26. Januar 1904 vor dem 3. Reichstagswahlkreis als Referent über den »Plan eines mitteleuropäischen Zollvereins«. Die *Diskussion* darüber (ich glaube, man nannte es so) entwickelte sich eben zu dem besagten Mordspektakel: durchaus nicht im Wahlverein selber, der vielmehr das Referat ganz ruhig und überaus aufmerksam entgegennahm, wohl aber nach dem Eingreifen einiger grün-heftiger Tag- und Nachtwächter des Prinzips, denen es mit bekannter Vorwärtsunterstützung gelang die ältesten Ladenhüter der eingetrocknetsten bürgerlichen Freihandelstheoretik zum proletarischrevolutionären Glaubensgrundsatz emporzuhimmeln.

Die Einzelheiten dieser abgeschmackten Komödie der Irrungen werden heute die Parteigenossen genau so wenig interessieren wie mich selber. Dagegen verdient angesichts des jüngsten Wiederauftauchens des gleichen Problems hervorgehoben zu werden, welcher unleugbare geistige Fortschritt in der handelspolitischen Auffassung sich immerhin seit 12 Jahren in unseren Parteikreisen vollzogen hat: freilich wirklich nicht im Sinn der damaligen Prinzipienritter von der traurigen Gestalt.

ALLGEMEINES Entsetzen erregte damals gleich der Ausgangsstandpunkt: daß es bei allen konkreten handelspolitischen Erörterungen, rückblickender wie vorwärtsschauender Art, sehr wenig auf unsere isolierten, von anderen, uns zunächst fremden Zusammenhängen losgelösten Klassenwünsche und Grundanschauungen ankomme sondern auf die möglichst lücken- und fehlerlose Kenntnis und Wertung der Interessen- und Meinungsströmungen unter den großen bürgerlichen Klassen und Klassenschichten. Für die geschichtliche Betrachtung, die Grundlage jedes wirklichen Einblicks in die Gegenwart, ist dies eine Notwendigkeit, weil wir bei allen früheren handelspolitischen Entscheidungen (vor 1904!) lediglich ohnmächtig polternd und nörgelnd oder glatt zustimmend (wie bei den Caprivischen Handelsverträgen) beiseite stehen mußten, also Ursache und Wirkung bei allem geschichtlich-gesetzmäßigen Werden

¹⁾ Siehe meinen Artikel Die Zukunft der Meistbegünstigung und der englisch-canadische Streitfall, in den Sozialistischen Monatsheften, 1903, 2. Band, pag. 682 ff.

²⁾ Siehe Calwer Die Vorbereitung neuer Handelsverträge, in der Neuen Zeit, 1897-1898, 2. Band, pag. 328 ff., und Die Meistbegünstigung der Vereinigten Staaten von Nordamerika /Berlin 1902, ferner das Protokoll des deutschen sozialdemokratischen Parteitags 1900 /Berlin 1900., pag. 187 ff.

vollständig außerhalb jedes ziel- und mittelbestimmenden Mitwirkens unsererseits lagen. Für die Gegenwart (1904) ist das gleiche noch immer weit- aus die Hauptsache, weil wir selbst bei Aufgebot aller Kräfte nur einen schwachen Einschlag in das vielseitige Gewebe ganz anderer Kräfte liefern, nur eine Unterstützung oder leise Abbiegung bereits tätiger, aus ganz anderen Vorbedingungen entsprungener Strömungen bestenfalls ins Auge fassen können. Meine Grundzüge der Handelspolitik waren schon vorher im wesentlichen eine Durchführung dieser, für jeden Marxisten, sollte man denken, eigentlich selbstverständlichen Geschichtsauffassung und Geschichts- darstellung gewesen:

»Ihr Hauptzweck besteht darin die verschiedenen handelspolitischen Strömungen des letzten Jahrhunderts darzustellen als Folge- und Begleiterscheinungen tieferer wirtschaftsgeschichtlicher Ursachen und Umwälzungen und der da- durch geschaffenen, wechselnden sozialen Interessengruppierungen. Die politischen Ideologen und Bußprediger, für die sich alle einschneidenden handelspolitischen Umgestaltungen seit einem Menschenalter einfach aus der wachsenden Ein- sichtslosigkeit der Beteiligten und dem immer ungezügelter hervorbrechenden Eigennutz von gemeinschädlichen Sonderinteressen erklären, werden in dem Buche keine Unterstützung, am Ende sogar einen Feind sehen. Sei es drum! Um so mehr rechne ich auf Verständnis bei Parteigenossen, die in der Schule unserer Meister gelernt haben große Revolutionen in den materiellen Grund- lagen der Weltwirtschaft und des Völkerverkehrs und die daraus naturnotwendig entspringenden neuartigen Maßnahmen der internationalen Handelspolitik besser zu würdigen.«³⁾

Ähnlich begann vor Berlin III, nach dem, natürlich auf bloße skizzenhafte An- deutungen beschränkten, Reporterbericht des Vorwärts »der Redner mit der Bemerkung; er wolle im Hinblick auf den durch die Zeitungen bekanntge- wordenen Plan die handelspolitischen Strömungen besprechen, mit denen wir zu rechnen haben, ohne daß er sie von unserem parteipolitischen Standpunkt kritisieren wolle.«⁴⁾ Darauf bei unserm Genossen K. Kautsky ein genau so entrüstetes Schütteln des Kopfes wie heute gegenüber der wiedererweckten Diskussion:

»Angesichts dieser Scheu seine eigenen Gedanken entschieden zu äußern war es von vornherein ausgeschlossen, daß Schippel die Grundzüge seiner Handels- politik entwickelte. Er entwickelt in dem Buche nur die Grundzüge der Handels- politik anderer, er gibt nichts als eine Reihe von Angaben über die Argumente und Geschiehe freihändlerischer und schutzzöllnerischer Bewegungen . . . Unsere Partei steht heute im Vorkampf gegen die handelspolitische Reaktion, unser Abgeordneter äußert aber kaum einige dunkle Andeutungen über die heutige handelspolitische Stellung der Sozialdemokratie, er findet kein Wort, um ihre Gründe für diese Stellung anzuführen, geschweige denn zu erörtern.«⁵⁾

Seitdem sind manche Jahre dahingegangen. Wenn man unseren größten Autoritäten glauben darf, so sind wir unterdes eine politische Macht ge- worden, vor der die ganze bürgerliche Welt längst bis in ihre Grundfesten hinein erzittert. Und wie redet heute noch der fesselndste und warmblü- tigste Referent, vor der Vereinigung deutscher und österreichischer Parla- mentarier und Gewerkschafter, über die abermals zum Leben erwachten Zollvereinspläne, über unsere bescheidene Nebenrolle und über die fast

³⁾ Siehe meine Grundzüge der Handelspolitik /Berlin 1902/, pag. 5 f. Das Buch ist seit Jahren vergriffen. Ich denke es aber demnächst neu herauszugeben.

⁴⁾ Siehe Max Schippel über europäische (?) Zollpolitik, im Vorwärts vom 28. Januar 1904. Der 1spaltige Bericht über einen »2stündigen Vortrag« ist an sich, in den mitgeteilten Einzelheiten, nicht schlecht und irreführend. Köstlich sind aber die herausgerissenen gesperrten Stellen, weil sie zeigen, worüber alles harmlose revolutionäre Gemüter sich damals noch entsetzen konnten. Und heute!

⁵⁾ Siehe K a u t s k y Grundzüge der Handelspolitik, in der Neuen Zeit, 1901-1902, 1. Band, pag. 333.

allein maßgebenden Haupttriebkkräfte? Genosse Dr. Karl Renner sagte in seinem ausgezeichneten Referat am 9. Januar 1916 in Berlin:

»Zu oft wird vergessen, daß noch nicht wir an der Macht sind, sondern daß wir überall die Opposition, nirgends zwar ohne Einfluß, aber auch nirgends im Besitz der entscheidenden und bestimmenden Gewalt sind, und daß die Welt nicht eingerichtet wird nach unseren Prinzipien sondern nach denen der Gegner. In diesen Fragen entscheidet noch die Bourgeoisie, und so finden wir uns denn in einem immerwährenden innern Konflikt, in einem Konflikt, den ich tragisch nennen möchte in Hinblick auf die Folgen, die er gezeitigt hat: Einerseits vertreten wir das Prinzip der internationalen Zusammengehörigkeit der Staaten und der möglichsten Innigkeit der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern, auf der andern Seite sind wir zugleich festgeschmiedet an unser nationales, einzelstaatliches Wirtschaftsleben und abhängig auf Gedeih und Verderb von dem Kapital unseres Landes.«⁶⁾

Ist dies noch heute richtig, um wieviel weniger konnte es vor 12 Jahren falsch oder unangebracht sein. Doch heute hört man es ruhig an, vor 12 Jahren ereiferte man sich, daß die »eigene« Parteihandelspolitik schnöde verleugnet würde.

Weiter war es 1904 noch eine Art Parteihochverrat auf Grund der Analyse der tatsächlichen Verhältnisse zu dem Schluß zu gelangen: »Die Befürchtung, daß wir mit unserem neuen Zolltarif keine Handelsverträge bekommen, ist unbegründet. . . Es gibt so manchen Ausweg, um zu Handelsverträgen zu kommen. Man soll nicht sagen: mit dem neuen Zolltarif ist nichts anzufangen. Damit ist sehr viel anzufangen.« Zur Aufrüttlung des Parteigewissens sperrte der Vorwärts diese unerhörten, offenbar auf den ganzen Abend und verschiedene Ausführungen zu verteilenden Stellen der Rede vor Berlin III. Ein Jahr darauf lagen nicht weniger als 7 Verträge (mit Österreich-Ungarn, Rußland, Italien, Belgien, der Schweiz, Rumänien, Serbien) abgeschlossen vor, und in Bälde waren in der Bülowperiode mehr Tarifverträge erzielt als jemals in der ganzen Caprivizeit: ohne Zollkriege, während die Caprivizeit bekanntlich reichlich damit gesegnet war⁷⁾ (1893-1894 erbittertster und umfassendster Zollkrieg mit Rußland, 1896 abermals ein kleinerer Zusammenstoß mit Rußland wegen der deutschen Grenzsperrung und Grenzplackereien, auf die Rußland mit Gegenschlägen, vor allem gegen die deutschen Luxuslederwaren, antwortete, 1894 bis 1896 Zollkrieg mit Spanien, seit 1898 mit Canada, seit 1892 vertragsloser Zustand mit Portugal, von unvermeidlichen kleineren Zwischenfällen wie mit Haiti 1901 ganz abgesehen).

Der Gipfel der Ruchlosigkeit war jedoch mit den Ausführungen über Zollverband und Meistbegünstigung erklommen:

»Nun ist der Gedanke eines mitteleuropäischen Zollbundes aufgetaucht. Man will die zwischen diesen Staaten bestehenden Zollschränken erniedrigen, sich nach außen hin aber durch Zölle abschließen. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn die inneren Zollschränken bedeutend erniedrigt, die äußeren aber nicht höher aufgerichtet würden, als sie jetzt schon sind. Eine Gefahr aber wäre es, wenn die inneren Zollschränken nur wenig herabgesetzt, die nach außen aber bedeutend erhöht werden sollten. Dem Gedanken des mitteleuropäischen Zollbundes stehen zwar die Meistbegünstigungsverträge entgegen. Da aber Amerika durch Abschluß von Sonderverträgen mit außereuropäischen Staaten die Meistbegünstigung tatsächlich durchbrochen hat und auch England diesen Weg einschlägt, so ließe sich der Rechtsstandpunkt des mitteleuropäischen Zollbundes wohl vertreten. Aber

⁶⁾ Siehe Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns /Berlin 1916/, pag. 4.

⁷⁾ Handelspolitisch fällt die Caprivizeit selbstverständlich nicht mit der Kanzlerschaft Caprivis zusammen: die durch die Verträge gebundene und in allen Grundzügen festgelegte deutsche Handelspolitik reicht vielmehr bis zum Inkrafttreten der neuen Handelsverträge und des neuen Zolltarifs, also bis Anfang 1906.

man muß doch mit der Gefahr rechnen, daß Amerika mit einem Zollkriege antworten würde. Das Recht in einem solchen Zollkriege unsere deutschen Interessen zu vertreten kann uns niemand streitig machen. Das Zustandekommen des mitteleuropäischen Zollbundes kann eine Gefahr, es kann aber auch unter Umständen ein Fortschritt sein.«⁸⁾

Zu gleicher Zeit hatte ich diesem Gedanken in der Chemnitzer Volksstimme und in Georg Bernhards Plutus noch bestimmtem Ausdruck gegeben⁹⁾ als in dem, wie immer nur verschwommen und lückenhaft andeutenden Reporterbericht des Vorwärts:

»Solche Auffassungen sind immer wieder laut geworden, und sie haben, wie es scheint, etwas Bestechendes, ja geradezu Faszinierendes für weitere Kreise gewonnen als man zunächst vermutete. Freilich, auch gegen die Gefahren eines solchen Auswegs kann kein ruhig Denkender die Augen verschließen. Denn jeder Schritt auf dieser Bahn ist unfehlbar begleitet von einer Verschärfung der Gegensätze zu den differentiell benachteiligten Ländern. Diese Gefahren denkt man sich jedoch genügend abgeschwächt, falls eine größere Staatengruppe solidarisch den vorgezeichneten Weg einschlägt, so daß es im Konfliktsfalle unmöglich sein würde ein Land gegen das andere auszuspielen. Ferner beruhigt man sich damit, daß gerade Amerika darin vorangegangen ist die Waffe des Meistbegünstigungsrechtes stumpf zu machen, und daß es nunmehr kaum noch ernstlich von anderen verlangen kann, was es selbst diesen anderen jederzeit verweigerte, zuletzt sogar mit zunehmender Schroffheit verweigerte. Vom Hawaiivertrag angefangen bis zu den Reziprozitätsabkommen unter dem MacKinley- und Dingley-gesetz versagte man in Washington den most-favoured-Nationen konsequent den Genuß der durch Einzelverträge geschaffenen Zollermäßigungen, es sei denn, daß die zur Meistbegünstigung Berechtigten nochmals, Zug um Zug, zu Gegenleistungen schritten; letztere für ausreichend oder ungenügend zu erklären behielten die Amerikaner ausschließlich ihrem höchstgelegenen Befinden vor. Damit war gerade durch Amerika selber für ein großes und wichtiges Gebiet der internationalen Handelspolitik die alte bedingungslose Meistbegünstigung tatsächlich aufgehoben. An Stelle eines objektiven Rechtes war die subjektive Willkür des einen Partners gesetzt. Die mit der Union durch eigenartige Tarifverträge enger verbundenen Staaten bildeten stets eine bevorzugte Gruppe, die auf dem nordamerikanischen Markt sich des Vortrittes auch vor den meistbegünstigten Ländern erfreute. Sollten wir das, mutatis mutandis, und bei aller pflichtgemäßen europäischen Bescheidenheit, nicht auch nachmachen können, wenn es nunmehr unseren Interessen entspricht? So haben sich neben Agrariern auch immer mehr Industrielle der *mitteleuropäischen Handelspolitik* in die Arme geworfen. Sie erhoffen davon große Vorteile für den Verkehr innerhalb des kontinentaleuropäischen Wirtschaftskreises, und sie befürchten für die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nichts, woran sie, auch ohne Wirtschaftsverein, nicht gewöhnt wären. Aber im Wolfschen [mitteleuropäischen Wirtschafts-] Verein wirken auch andere Elemente: halbe und ganze Freihändler mit der Absicht zu bremsen und die Absichten der Vorwärtsdrängenden zu durchkreuzen; Exportschwärmer, die eine Differenzierung Amerikas höchstens als ganz vorübergehenden Notbehelf billigen, nur als Mittel Amerika Zusicherungen für den deutschen Industrieexport und die deutsche Schifffahrt abzurufen, und die alsdann die unbequeme agrarische Bundesgenossenschaft gern wieder fallen lassen möchten; dazu noch mancher politische Modenarr, der überall dabei sein muß, und der beim nächsten Modewechsel sich ebenso gern anderen Tagessensationen zuwenden wird. Wer wollte da prophezeien, was aus dem Verein zu werden vermag! Schließlich liegt in solchen Fragen die Entscheidung stets bei den Regierungen, und da findet man auf dem Kontinent noch recht verschiedenartige Köpfe und Querköpfe für den einen mitteleuropäischen Hut. Indes gibt es zu denken, daß diese Bewegung so unverkennbare Fortschritte macht und heute schon diejenigen anlockt, die sich stets hüten würden gegen den Strom zu schwimmen. Man wird daher gut tun wenigstens die symptomatische Bedeutung der neuen Vereinsgründung nicht zu unterschätzen.«

⁸⁾ Siehe die Bemerkungen über die Wortfassung in Note 4.

⁹⁾ Siehe meinen Artikel Die mitteleuropäische Handelspolitik, im Plutus vom 30. Januar 1904 und in der Chemnitzer Volksstimme vom 2. Februar 1904. Der Artikel ist also vor, auf keinen Fall nach dem Wahlvereinsreferat geschrieben.

Man kann die Frage wirklich kaum ruhiger, vorsichtiger und sachlicher behandeln. Sie ist auch auf der jüngsten deutsch-österreichischen Parteikonferenz, die nach Absicht wie Durchführung jeder vernünftige Politiker nur mit Freuden begrüßen kann, nicht vorsichtiger und unverbindlicher zur Erörterung gestellt worden: wie man eben jedes Problem, das zunächst vor allem dem Verständnis der Beteiligten erst einmal näher zu rücken ist, von vornherein anfassen sollte; zur Festlegung und Festhaltung einer unerschütterlichen »eigenen« Politik ist nachher, nach reiflicher Überlegung, immer noch reichlich Zeit genug. Als Kapitalverbrechen unterstrich der Vorwärts jedoch sofort die Sätze: gegen den Plan an sich wäre nichts einzuwenden, wenn die Zollerniedrigung nach innen nicht mit einer Zollerrhöhung nach außen zusammenfalle, und: der Rechtsstandpunkt (der Abstufung der Meistbegünstigung) lasse sich recht wohl vertreten (wobei selbstverständlich immer noch die Zweckmäßigkeitserwägungen vorbehalten waren). Das eine war offenbar nicht prinzipiell freihändlerisch, wie das jeder Edelmарxist sein muß, der pflichtschuldigst seinen Marx-Engels nicht kennt oder nicht verstanden hat. Das andere war ein schnödes Antasten der überlieferten Meistbegünstigungshandhabung, die offenbar aus dem Erfurter Programm unmittelbar stammt oder sich mittelbar daraus ableitet. Schon in Mainz /1900/ hatte deshalb die einsichtsvolle Genossin Rosa Luxemburg den armen Calwer niedergeschmettert: »Jeder, der etwas von Handelspolitik versteht«, wisse, daß die Meistbegünstigungsklausel das erste und wichtigste Erfordernis des freien Handelsverkehrs sei; dank dieser Klausel habe sich der Freihandel »verhältnismäßig so schnell verbreitet« (was überaus bescheidene Anforderungen an Schnellverbreitung verrät); »sogar die Frankfurter Zeitung hat sich nicht an die Meistbegünstigungsklausel herangewagt«¹⁹⁾ (womit natürlich einem programmatisch festen proletarischen Revolutionär erst recht der Mut zu solcher Heiligtumsschändung entsinken muß). Aber diese, wie üblich im Ton der Unfehlbarkeit vorgetragene revolutionäre handelspolitische Theorie (»jeder, der etwas versteht, weiß«) muß doch, zum mindesten an Propagandakraft, recht viel zu wünschen übriglassen. Denn nunmehr, nach einem weiteren halben Menschenalter, äußert sich kein geringerer als der gewiß unverdächtige Genosse Dr. Victor Adler vor der deutsch-österreichischen Konferenz:

»Wir haben in der Zeit viel lernen müssen, es muß nicht immer ein Umlernen sein [Zuruf: Zulernen!]; zugelernt haben wir sehr viel, vor allem haben wir dabei gelernt, daß wir mit offenen Augen, unbehindert durch Vorurteile und rechthaberisches Festhalten an Vorurteilen, die entstanden sind im Laufe der Zeit, hauptsächlich auf Gebieten, die wenig in Frage gekommen sind, wo man die Grundsätze hergeholt hat und herholen muß, weil sie nicht mehr in Gebrauch waren [Heiterkeit], hauptsächlich haben wir gelernt, daß wir mit offenen Augen die Tatsachen, die Tatsachen von heute ansehen [Sehr richtig] . . . Und da hat Renner, und ich möchte es noch einmal aus seinem Vortrag unterstreichen, darauf aufmerksam gemacht, daß sich ja leider die Formen dieser Annäherung nicht vollziehen werden nach unseren Wünschen, sondern daß die Annäherung sich nur vollziehen wird nach den Wünschen der Mächtigen, das heißt der Wirtschaftsgruppen, die bei euch herrschen und bei uns herrschen. Worum es sich für uns handeln kann, ist nur, daß wir das Stückchen, ich möchte nicht sagen: politische Macht, aber das Stückchen Einfluß, den wir in unserm Lande und ihr in eurem habt, daß wir den gemeinsam dafür einsetzen, daß bei diesem Vertrage etwas herauskommt, was dem Proletariat nützt und ihm nicht schadet . . . Eine gegenseitige Bevorzugung (ich vermeide das Wort Vorzugszölle), eine Annäherung, eine Bevorzugung kann erfolgen, entweder indem man gegen das übrige Ausland

¹⁹⁾ Siehe das in Note 2 erwähnte Protokoll, pag. 194.

die Mauern erhöht oder indem man sie bestehen läßt, aber die eigenen Mauern abträgt. Der eine wie der andere Weg ist möglich. Der Weg, den die Hochschutzzöllner wollen, daß die Mauern gegen das übrige Ausland erhöht werden und schon dadurch eine Bevorzugung zwischen den Mitteleuropa angehörigen Staaten erzielt wird, dagegen hätten wir uns natürlich mit aller Kraft zu wehren. [Sehr richtig!] Das, scheint mir, können wir heute schon aussprechen. Mag es sein wie es will, wir sind für die Annäherung; wenn die vollständige Umfassung nicht möglich ist, werden wir uns mit solcher Erweiterung wohl oder übel und unter Protest (daran fehlt es bei uns nie [Heiterkeit]) begnügen müssen. Dafür sind wir, aber mit Klauen und Zähnen wehren wir uns gegen jede Ausnutzung dieser Tendenz zur Erhöhung der Zölle nach außen . . . Eine der Schwierigkeiten bei der Sache ist die: Wenn in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, wenn da Linderung, Herabsetzung einiger Zölle oder aller stattfinden würde, daß das als eine Provokation für die übrigen Wirtschaftsgebiete angesehen werden könnte und hier die Meistbegünstigung und das Verhältnis zu den anderen Staaten überhaupt in Gefahr käme. Das läßt sich gar nicht leugnen. Die besten Dinge kann man da nicht anführen. Ich meine aber, daß diese Schwierigkeit beseitigt werden kann und wird, weil es eine Reihe von Beispielen gibt (sie sind schon angedeutet in den Referaten), wo genau solche Bestimmungen oder ähnliche wie wir sie anstreben, zwischen Wirtschaftskomplexen oder innerhalb von Wirtschaftskomplexen bestehen, ohne der Meistbegünstigung ein Haar zu krümmen. Nun meinen wir: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig und sollte bei vernünftiger Politik durchgesetzt werden können.«¹¹⁾

Ein alter Fachmann könnte das Wesentliche nicht besser herausarbeiten. Auf diese und die übrigen ehrlichen und einsichtigen Darlegungen der Konferenz hat meines Wissens nur eine Stimme in der von früher her bekannten polemischen Art geantwortet¹²⁾, und, wenn ich mich nicht sehr täusche, so war es nicht nur die selbe Art sondern ganz die gleiche Stimme wie im Jahr 1904. Aber hier vollends, Welch eine Wandlung seitdem! Die Stimme fand nicht nur den gewohnten Anklang nicht mehr, sondern sie weckte in Wien ein so urkräftiges, vollsaftiges Echo¹³⁾, daß der Händelstifter sich still-friedlich wieder schleunigst in die Büsche verlor, denn mit »Wiener Fiakern« lasse er sich nicht ein. Propheten und Kirchenlichter ändern sich im Grunde nicht. Aber die Hörer und Gläubigen wandeln sich doch mit der Zeit und lassen sich nicht mehr nach Belieben das Unglaublichste bieten. Und dadurch wird schließlich auch der Prediger stiller und stiller, bis er schließlich gar nichts mehr zu sagen hat.



BBERRASCHEND ist es übrigens, welche Wandlungen das Problem der handelspolitischen Gruppenbildung in kurzen Zeiträumen durchmacht. Aber schließlich ist dies nur eine Widerspiegelung der unvergleichlich rasch sich umwälzenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die in bestimmten Forderungen und Abmachungen ihren politischen und organisatorischen Niederschlag suchen und finden. Die gleiche Erfahrung kehrt deshalb auch, was wir zu leicht übersehen, bei der gewohnten Handelsvertragspolitik wieder: Unsere

¹¹⁾ Siehe das in Note 6 zitierte Protokoll, pag. 39 ff.

¹²⁾ Siehe Sozialdemokratie und Schutzzoll (»Uns wird geschrieben«), im Vorwärts vom 4. April 1916.

¹³⁾ Siehe Sozialdemokratie und Schutzzoll (unterzeichnet K. R.), in der Wiener Arbeiterzeitung vom 6. April 1916. X Der Vorwärtsverfasser erwidert darauf am 15. April: »Der Artikel Sozialdemokratie und Schutzzoll, der sich mit den Referaten von Karl Renner und Heinrich Cunow in der deutsch-österreichischen Konferenz beschäftigte, veranlaßt die Wiener Arbeiterzeitung zu einer K. R. gezeichneten Erwiderung. Sie enthält folgende duftigen Blüten: »Der Vorwärts fälscht und verdreht in der plumpsten Weise«, »der saubere Einsender«, »der Einsender lügt glatt«, »der Einsender verdreht«, »Muster gröblichster Entstellung«, »unverantwortliche skrupellose Stänkerei«, »Brunnenvergiftung«. Bei 75 Zeilen eine ansehnliche Leistung. Die Leser werden uns nachfühlen, wenn wir uns auf eine in diesem Tone geführte Polemik nicht einlassen, da wir keine Lust haben auf das Niveau der Wiener Fiakerkneipe herabzugehen.«

Tarifvertragspolitik stand von Periode zu Periode, im Anfang der neunziger Jahre unter Caprivi und kurz vor Mitte des vorigen Jahrzehnts unter Bülow-Posadowsky, gleichfalls jedesmal vor wesentlich abweichenden Gestaltungen der internationalen agrarischen und industriellen Konkurrenz und mußte deshalb recht verschiedene Ziele und Mittel für den innern und äußern Markt ins Auge fassen.

Beim vorigen Auftreten der Zollvereinspläne spielte die überseeische Lebensmittelkonkurrenz und die erbitternde Rücksichtslosigkeit der amerikanischen Zoll- und Reziprozitätspolitik noch immer die durchschlagendste Rolle. Träger des Gedankens und der Agitationen waren deshalb lange Zeit in allererster Reihe die kontinentalen Agrarier, die unter sich recht wohl mit niedrigeren Zöllen zufrieden sein wollten und deren *grüne Internationale* eine Zeitlang sogar eine recht lebhaftige Tätigkeit bewies, die jedoch gegen Übersee um so stärkere Abwehr verlangten. In zweiter Linie erst schloß sich alsdann ein Teil der Industrie an, der auf diesem Weg Waffen und Druckmittel suchte sowohl gegen die Industriezölle Amerikas wie gegen die sich vorbereitende und ausbreitende Vorzugspolitik sowohl innerhalb des britischen Reichs wie innerhalb Panamerikas.

Wie diese tragenden Pfeiler offensichtlich ganz andere waren als heute, so waren naturgemäß auch die zu einer Sondergruppe zu verbindenden Staaten vollständig anders gedacht: ähnlich etwa wie die zweite deutsche Handelsvertragsperiode sich viel weniger auf den Dreibund und viel mehr auf Rußland stützte, das bei der Einleitung der ersten Periode noch als zu differenzierender und gegebenenfalls durch Zollkrieg müde zu machender Gegner in Rechnung zu setzen war. Die älteren Zollvereinspläne dachten deshalb nicht entfernt an eine Ausschaltung Frankreichs; im Gegenteil sah man in Frankreich mit seinem lange Zeit viel entschiedeneren Agrarschutzbedürfnis und tatsächlich weitergetriebenen Agrarzollschutz den wertvollsten wirtschaftlichen Bundesgenossen, mit dem man auf diese Weise zugleich zu freundlicheren politischen Beziehungen zu gelangen hoffte. Ferner war fast immer Rußland als Gruppenmitglied gedacht und ausdrücklich genannt: Die Agrarier stellten hier ihre Befürchtungen, die kaum sehr weit gingen, zurück, und die Industriellen erwarteten von einer, bei uns und unseren Nachbarn eingeräumten Vorzugsstellung der russischen Landwirtschaft andererseits günstigere Aussichten für eine Milderung des russischen Industrieschutzes.

Die alten Pläne waren also offenbar von viel großzügigerer und viel friedfertigerer Art. Sie nannten sich mitteleuropäisch im Grunde nur, weil die Zentralmacht Deutschland zweifellos den festesten Kern und die maßgebende Grundlage gebildet haben würde, und weil England wegen seines Freihandels und die westlich-romanischen Länder wegen ihrer geographischen und wirtschaftlichen Lage ganz oder stärker außer Betracht blieben. Wieviel Lebenskraft freilich derartige Pläne nach dem Abflauen der überseeischen Agrarkonkurrenz und der amerikanischen Reziprozitätsanläufe, nach der allmählichen Gewöhnung an die reichsbritische Vorzugspolitik noch bewahrt haben würden, mag heute beiseite gelassen werden.

Der Krieg hat hier wie überall eine vollkommen grundstürzende Umwälzung der nächstliegenden wirtschaftlichen Interessen wie der sie begleiten-

den Gedanken und Strebungen herbeigeführt. Dabei kann man es sicherlich nur mit Genugtuung beobachten, daß selbst bei uns, der handelspolitisch unfertigsten Partei, die neuen Zollvereinsanregungen nunmehr viel weniger auf verrostete Vorurteile von *prinzipiellen Freihändlern* und ähnlichen internationalen Wirtschaftspazifisten stoßen: bis auf ein paar verlassene Geise der sogenannten Theorie. Aber gerade deshalb ist eine Warnung vor allzu hitziger Jugendbegeisterung, die sich schon hier und da bemerkbar macht, nicht unangebracht.



E schmälert man sich neuerdings die Basis des handelspolitischen Mitteleuropas denkt, desto schwächer wird natürlich die solidarische Kraft, mit der man gewisse Grundbestimmungen, wie die Abstufung der Meistbegünstigung und ähnliches, durchzusetzen vermag, und desto stärker wird die gegnerische Abwehrkraft, wenn es diese gleichfalls zu einem solidarischen Vorgehen (das brauchte noch lange kein Gegenzollverein zu sein) zu sammeln gelingt. Was die vereinigten Länder der Brüsseler Zuckerkonvention gegen alle Widerstände der wenigen Außenseiter erreichten, könnten noch lange nicht zwei verbündete Länder gegen allseitigen Widerstand erzielen.

Als Hauptpartner für Deutschland, den Industrie- und Ausfuhrgrößstaat, bliebe zudem nur *Österreich-Ungarn*, das völkerzerrissene, das augenblicklich durch die eine gemeinsame große Außengefahr zu stärkerer Einheit zusammengefügt ist. Indes kann man nicht alles auf diese eine Karte setzen. Sind, wenn ein voller Zollverein, eine wirkliche Wirtschaftsunion, außer Frage bleibt, nach dieser Richtung große gemeinsame Rechts- und Verkehrseinrichtungen nicht noch immer die vertrauenswürdigste Grundlage dauernder engerer Wirtschaftsbeziehungen, auch wenn über dieser Grundlage das Hin und Her des alltäglichen politischen Lebens in dem Donaustaatswesen wieder mehr in die alten Geleise zurückfällt?

Zu kühlerer Auffassung nötigt uns weiter die wirtschafts- und weltpolitische Einschätzung *Rußlands*, wie sie hier in den Sozialistischen Monatsheften stets mit Nachdruck vertreten worden ist und wie sie früher eigentlich von fast allen *Mitteleuropäern* geteilt wurde. Auf die hervorragende, zunächst unersetzliche Bedeutung Rußlands für die deutsche Ausfuhr, die deutsche Handels-, Transport- und Bankenvermittlung, die deutsche Kapitalsanlage wurde erst neuerdings wiederholt zur Genüge hingewiesen. Für die deutsche Weltpolitik aber, in ihrem Gegensatz gegen England, ist Rußland vollends die gegebene Stütze, und kein österreichisches Interesse spricht gegen ihre zielbewußte Sicherung und Verwendung, falls es beim herannahenden Friedensschluß nur gelingt die früher über lange Jahre hinweg zu beobachtende Ablenkung Rußlands von den Balkanländern nach Möglichkeit zum Abschluß zu bringen und dem Drang des schwerfälligen Länderkolosses nach Osten und Südosten wieder zum Übergewicht als Triebkraft der russischen außenpolitischen Entwicklung zu verhelfen.¹⁴⁾


Noch mehr müssen wir schließlich dagegen Bedenken erheben, daß uns das heute empfohlene Mitteleuropa, selbst wenn es von Hamburg bis Bagdad und Suez reichen sollte, irgendwie ein Ersatz sein könne für unsere erreichte und weiter erstrebte *Seegeltung* und für unsere *Kolonien*, die

¹⁴⁾ Siehe dazu auch Redlich *Das europäische Problem* /Stuttgart 1916/.

ohne Seegeltung jeder festen Verankerung entbehren und mit dem ersten Sturmwind wieder hilf- und rettungslos davontreiben. Auch hier laufen unsere deutschen Entwicklungslinien gegen die englische Entwicklungsrichtung, gegen die englische monopolistische Übermacht zur See und in den überseeischen Erdstrichen. Auch hier bleibt das Gewicht Rußlands entscheidend für das Emporschnellen oder Sinken unseres oder des gegnerischen weltpolitischen Einflusses.

Die mitteleuropäischen Annäherungspläne sind gut, soweit sie sich in diesen Rahmen der deutschen allgemeinen wirtschafts- und weltpolitischen Höherentfaltung einfügen. Von der dilettantischen, einseitigen Überbegeisterung aller plötzlich *Umgelernten* sollten wir uns jedoch nach Kräften freihalten.

PAUL KAMPFMEYER · UTOPISTISCHER INTERNATIONALENTWICKELUNG NATIONALISMUS

 S gereicht dem Sozialismus zur Ehre, daß er in einer Zeit schärfster nationaler Absonderung wieder weitschauend zu internationaler Sammlung ruft. Und nicht mit Unrecht wenden sich ihm die Gedanken und Sympathieen aller der vorwärtsstrebenden Geister zu, die in den sich ergänzenden eigenwüchsigen Leistungen der Nationen eine Menschheitskultur im Werden sehen. Liebevolle Wertung, gerechte Anerkennung und verständige Nacheiferung nationaler Schöpfungen müssen gerade die auszeichnen, denen eine Verbindung nationaler Kräfte zur Pflege und Erfüllung allgemeinmenschlicher internationaler Aufgaben am Herzen liegt.

Der internationale Sozialist ringt heiß um die Verwirklichung des Ideals einer klassenlosen Gesellschaft auf der Grundlage des gemeinsamen Produktionsmittelbesitzes. Dieses Ideal hält er für ein internationales. Zu ihm empor schlugen nun die verschiedenen Nationen gar verschiedene Wege ein. In einer Reihe gewaltsamer Revolutionen strebte Frankreich die Fleischwerdung einer demokratischer und sozialistischen Gesellschaft an. Von Gracchus Babeuf bis über die Commune hinaus betritt der Sozialismus in Frankreich die Bahn der Revolution zur Lösung der *Idee des Arbeiterstandes*. Im Generalstreikgedanken der französischen Sozialdemokratie blitzt und donnert heute noch gleichsam das große Weltgewitter der französischen Revolution. Und nur wer die revolutionäre Geschichte Frankreichs kennt, versteht das eigenartige Wesen des revolutionär-sozialistischen französischen Syndikalismus. Ich gebe hier kein Werturteil über diese gewerkschaftliche Bewegung ab sondern suche nur deren geschichtliche Grundlage festzustellen und frage auch nicht danach, ob nicht vielleicht Frankreichs Sozialisten noch zu fest im Bann bestimmter revolutionärer Traditionen standen, als sie ihre gewerkschaftlichen Organisationen aufbauten. Jedenfalls fußt das Denken und Handeln des großen französischen Führers Jean Jaurès ganz auf diesen Traditionen. Und aus tiefster Überzeugung heraus charakterisierte er daher auf dem internationalen Kongreß im Amsterdam /1904/ die deutsche Sozialdemokratie als eine Bewegung ohne revolutionäre Tradition.¹⁾ In dieser Charakteristik liegt ein gewisser Wahrheitskern, wenn man die Geschichte der Entstehung des modernen kapitalistischen Deutschlands und seiner Ar-

¹⁾ Siehe das Protokoll des internationalen Sozialistenkongresses 1904 /Berlin 1904/, pag. 38.

beiterbewegung würdigt. Jaurès traf mit seiner Bemerkung zielsicher die großen geschichtlichen nationalen Unterschiede in der französischen und deutschen Arbeiterbewegung. In die besondere historische Seite der Arbeiterbewegungen der einzelnen Kulturländer müssen wir aber gerade eindringen, wenn wir uns in dem gegenwärtigen Meinungsstreit über die Internationale eine klare und der Kritik stichhaltige Auffassung bilden wollen.

Die Internationale bestand bisher nur in der Pflege bestimmter, sehr allgemeiner demokratisch sozialistischer Prinzipien durch die nationalen Arbeiterbewegungen und in den gelegentlichen gegenseitigen Hilfeleistungen einzelner Zweige der sozialistischen Parteien und nationaler Gewerkschaftsgruppen. Gegenüber den kraftvollen Betätigungen der nationalen Arbeiterorganisationen darf man wohl ohne Übertreibung von einer Schattenexistenz der Internationale reden. Und sehr nüchterne Einschätzungen der Internationale sind zum Teil gerade von Männern laut geworden, die sich heute von einem Appell an diese Institution einen besonders starken Einfluß auf die Beilegung des ungeheuren Weltkonflikts versprechen. Ich erinnere nur an die zahlreichen kritischen Auslassungen Bernsteins über die internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresse. So sprach Bernstein nach dem Pariser internationalen Kongreß /1900/ von dem starken Einfluß des bloßen Agitations- und Demonstrationsbedürfnisses, unter dem gerade die internationalen Kongresse stehen. Und er fuhr dann wörtlich fort: »Und zwar überwiegt das Demonstrationsbedürfnis bei den internationalen Kongressen noch mehr als bei den nationalen. Bei den letzteren erfährt es, sobald die betreffenden Parteien so weit erstarkt sind, daß sie in der Gesetzgebung ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, die Korrektur der realen Bedürfnisse und muß sich daher, soweit die neuen Gesichtspunkte auf dem Boden dieser erwachsen sind, mit ihnen abfinden. Auf den internationalen Kongressen ist dies in weit geringerem Maße der Fall. Da treffen sich die Vertreter der verschiedenen Länder, losgelöst von dem Boden, den sie kennen und auf dem sie wirken, in einer Atmosphäre, die geschwängert ist vom Bazillus des überlieferten Gemeinplatzes. Obendrein spielen auf diesen Kongressen Länder, deren Bewegung noch in den Kinderschuhen steckt oder gar noch in den Windeln liegt, eine unverhältnismäßig große Rolle . . . Die Folge ist, daß die internationalen Kongresse im allgemeinen in Bezug auf Erweiterung und Erkenntnis und Erhöhung des geistigen Niveaus der sozialistischen Bewegung hinter den Kongressen in vorgeschrittenen Ländern hinterherhinken.«²⁾

Die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse betreiben, so kann man sich etwas gedämpfter und zurückhaltender als Bernstein ausdrücken, durchweg einen gewissen Kultus sehr allgemeiner, demokratisch-sozialistischer Prinzipien, sie erheben sich mitunter gar zu hoch über die realen geschichtlichen Kampfbedingungen der einzelnen nationalen Arbeiterbewegungen und entbehren dadurch fast jeder Erdschwere.

Der gegenwärtige heftige Meinungskampf in der deutschen Sozialdemokratie entspringt nun zum Teil den verschiedenen parteigenössischen Bewertungen der sozialistischen Internationale. Viele radikale Genossen sehen in dieser Internationale eine machtvolle, über den nationalen Organisationen stehende selbständige Institution, die als oberste Instanz des sozialistischen Klassenkampfes den einzelnen nationalen Gliedern des Sozialismus Ziel und Bewegung, Theorie und Taktik vorzuschreiben hat. Die Internationale hat aber dieses selbständige Leben, von dem sich unsere Radikalen gar romantische, mit der grauen Wirklichkeit des Tags unvereinbare Ideen gebildet haben,

²⁾ Siehe Bernstein Paris und Mainz, in den Sozialistischen Monatsheften, 1900, pag. 710.

gar nicht geführt. Wie man gar auf Grund derartiger internationaler Kongreßbeschlüsse eine einheitliche deutsch-französisch-englisch-russische sozialistische Parteitaktik gestalten will, das politische Kunststück müssen wir der *entschiedensten Opposition* in der Sozialdemokratie überlassen. Jedenfalls gelingt dieses überirdische Zauberstückchen nur auf dem Papier, und zwar unter der Fiktion: die bisherige Internationale ist eine selbständige, von einheitlichen theoretischen und taktischen Gedanken getragene Bewegung gewesen. Die neue Internationale kann unmöglich, gepanzert wie Athene aus dem Kopf des Zeus, aus dem Chaos des Weltkriegs herauspringen. Sie muß, will sie machtvoll umwälzend nach dem Krieg wirken, bereits vor dem Krieg vorhanden gewesen sein. Diese selbständige, in Theorie und Taktik übereinstimmende Internationale hat aber nie bestanden.

Den Ohren sogenannter Marxisten schmeichelt sich allerdings ja recht wohlgefällig die schöne Theorie ein, daß auf dem Grab der Commune eine neue Internationale auf einheitlich theoretischer Basis erwuchs. So lesen wir in einem Schriftchen dieser Gattung, das vor kurzem herauskam:

»Statt der Sekten, Schulen, Utopieen, Experimente in jedem Lande auf eigene Faust, erstand eine einheitliche internationale theoretische Grundlage, die Länder wie Zeiten in einem Band verschlang.«³⁾

Und diese kühne Lehre geht in die Welt hinaus, ohne sich im geringsten an den handgreiflichen Tatsachen zu stoßen. Voller Sekten und Schulen starrt ja heute noch die Welt des Sozialismus, und in einigen europäischen Ländern scharf der Marxismus nur ein winziges Häuflein eifernder Gelehrten um sich. In England ist die ausschlaggebende proletarische Partei, die Labour Party, nach einer Charakteristik Quelchs überhaupt keine sozialistische Partei, und der langjährige, jetzt im Krieg verstorbene Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei Keir Hardie darf ebenfalls nicht als Schüler von Karl Marx angesprochen werden. Dieser hat sich mehr als einmal mit der marxistischen Theorie vom Klassenkampf auseinandergesetzt. Keir Hardie fragt in diesen Auseinandersetzungen einmal: »Was verhindert die Ausbreitung des Sozialismus?« Und er antwortet: »Die Unwissenheit der Arbeiter«⁴⁾:

»Diese Unwissenheit haben wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen, und weil das Klassenkampfdogma den Arbeiter dazu verleitet die Ursachen der Verewigung seines Elends außerhalb seiner selbst und seinesgleichen zu suchen, wende ich mich dagegen, daß er zu einem leitenden Gesichtspunkt in der sozialistischen Propaganda gemacht wird.«

Im Widerspruch mit dem Geist der marxistischen Doktrin steht auch die eigenartige Keir Hardiesche Einschätzung des sozialen Gewissens bei dem Sieg sozialer Reformen:

»Es gibt ein wachsendes soziales Gewissen, das bei diesen Reformen eine große Rolle spielt . . . Ich kann mir vorstellen, wie eine Reform nach der andern erkämpft wird, bis schließlich der Sozialismus keine größere Erregung verursacht als voriges Jahr die Beseitigung der Landlords in Irland.«

Ganz von dem Klassenkampfstandpunkt ist die Fabian Society abgerückt, eine Gesellschaft sozialistischer Gelehrter und Schriftsteller, die in der sozialdemokratischen Politik nicht das ganze Programm der Arbeiterklasse sehen. Diese Gesellschaft nimmt eine kritische Stellung gegenüber Marx und Lassalle ein und verwirft deren Ansichten teilweise als irrtümlich und

³⁾ Siehe Junius Die Krise der Sozialdemokratie /Zürich 1916/, pag. 7.

⁴⁾ Siehe Bernstein Nationale Besonderheiten und internationale Sprache, in den Sozialistischen Monatsheften, 1904, 2. Band, pag. 892 f.

veraltet. Die angelsächsische Arbeiterbewegung hat sich fast überhaupt vollständig selbständig und ohne jede Anlehnung an den Marxismus entwickelt. Sie pflegt in Australien eine besondere australische Gesinnung, begeistert sich für neuen Schutzzoll und Erhaltung eines Weißen Australiens und fordert die Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Monopole.⁵⁾ Schon im Jahr 1910 hatte die Arbeiterpartei in 3 industriell entwickelten Einzelstaaten des australischen Bundesstaats das Heft der Regierung in den Händen. Auf dem Stuttgarter internationalen Kongreß war die australische sozialistische Arbeiterschaft durch den Delegierten Kröner vertreten. Dieser gab dort die charakteristische Erklärung ab:

»Die Mehrheit der australischen Arbeiterpartei ist gegen die Einwanderung farbiger Arbeiter. Ich persönlich als Sozialist erkenne die Pflicht internationaler Solidarität an und hoffe, daß es gelingen wird mit der Zeit alle Völker der Erde für den Gedanken des Sozialismus zu gewinnen.«⁶⁾

In der französischen Sozialdemokratie, die erst nach jahrelangen Bruderkämpfen mit Ach und Krach geeinigt wurde und die noch eine Unabhängigsozialistische Fraktion aufzuweisen hat, arbeiten noch lebenskräftig die Ideen Blanquis fort. Bis zur Stunde dürfte Jules Guesde kaum seinen früheren grundsätzlichen Gegner Jean Jaurès als Marxisten ansprechen. Überhaupt ist der Marxismus nicht hauttief in die französische Arbeiterklasse eingedrungen. In Rußland verfügt der orthodoxe Marxist Plechanow nicht über eine große Anhängerschaft. Überdies ist der Sozialismus in diesem Land gespalten. Desgleichen in Polen. In Italien stehen sich in grundsätzlicher Feindschaft die offiziellen Sozialisten und die Reformisten gegenüber. In den Hauptkulturländern ist also die nationale sozialistische Arbeiterbewegung nicht einmal theoretisch und taktisch geeinigt. Und da wollen radikale oppositionelle Sozialisten aus dem Handgelenk eine neue einheitliche Internationale konstruieren. Mögen sie sich doch von Radikalen vom Schlag des Revolutionärs Trotzki über die bisherigen nationalen Grundlagen des internationalen Sozialismus belehren lassen. Dieser erkennt ohne weiteres die Tatsache an, daß seit dem Untergang der Commune eine »Epoche mächtiger kapitalistischer Entwicklung auf der Grundlage des nationalen Staates« begann.⁷⁾ Die eigenartigen nationalen Fundamente der sozialistischen Bewegung dieser Epoche werden dann scharf und zumeist zutreffend von ihm hervorgehoben. Im allgemeinen charakterisiert er diesen Entwicklungsabschnitt als die »Epoche allmählicher Kraftsammlung, organisatorischer Gestaltung und politischen Possibilismus«. In Deutschland paßte sich nach seiner Auffassung die Gewerkschaftsbewegung genau der Entwicklung der nationalen Industrie an. Auf der Grundlage örtlicher Wahlkreise strebte das »einzigartige Gebäude der politischen Organisation« der deutschen Sozialdemokratie empor:

»Diese ganze vielseitige Tätigkeit von unermeßlicher historischer Bedeutung war praktisch durch und durch erfüllt vom Geiste des Possibilismus . . . In dieser Praxis war der Marxismus als Denkmethode ein wertvolles Werkzeug politischer Orientierung. Aber er konnte nicht den possibilistischen Charakter der Klassenbewegung ändern, die ihrem Wesen nach in dieser Epoche in England, Frankreich und Deutschland war.«⁸⁾

⁵⁾ Siehe Mann Arbeiterverhältnisse und Sozialismus in Australien, in den Sozialistischen Monatsheften, 1906, 1. Band, pag. 140 ff.

⁶⁾ Siehe das Protokoll des internationalen Sozialistenkongresses 1907 /Berlin 1907/, pag. 63.

⁷⁾ Siehe Trotzki Der Krieg und die Internationale /Zürich 1914/, pag. 45.

⁸⁾ Siehe Trotzki, loc. cit., pag. 47.

Und Trotzki bemüht sich nun diesen Charakter in allen nationalen Bewegungen des sozialistischen Proletariats nachzuweisen. So führt er über die englische und französische Bewegung aus:

»Die Epoche des Possibilismus, das heißt der bewußten und planmäßigen Anpassung an die ökonomischen, rechtlichen und staatlichen Formen des nationalen Kapitalismus, begann für das englische Proletariat, als den ältern der Brüder, noch vor der Entstehung der Internationale, um 2 Jahrzehnte eher als für das kontinentale Proletariat. Wenn die großen englischen Gewerkschaften sich nichtsdestoweniger anfangs der Internationale anschlossen, so ausschließlich darum, weil ihnen dadurch besser möglich wurde sich vor dem Import kontinentaler Streikbrecher bei Lohnkonflikten zu schützen. Die französische Arbeiterbewegung hat sich nur langsam von dem Blutverlust der Commune erholt, auf dem Boden verlangsamer industrieller Entwicklung, in der Atmosphäre der giftigsten nationalen Revanchegier. Auf ihren Flanken zwischen der anarchistischen *Verneinung* des Staates und der vulgärdemokratischen Kapitulation vor ihm schwankend, entwickelte sich die französische proletarische Bewegung durch die Anpassung an den sozialen und politischen Rahmen der bürgerlichen Republik.«⁹⁾

So charakterisiert ein internationalrevolutionärer Sozialist die zweite Internationale.

Unsere sozialistischen Radikalen suchen nun merkwürdigerweise ihren utopistischen Internationalismus auf den Marxismus zu gründen. Der Marxismus bekundet aber nur in seinen grünsten Anfängen eine gewisse Gering-schätzung der national individuellen Unterschiede zwischen den einzelnen Arbeiterklassen der kapitalistisch produzierenden europäischen Gesellschaft. In der vorrevolutionären Engelsschen Arbeit *Das Fest der Nationen* in London fällt das Wort, daß die Proletarier »in allen Ländern nur ein und das selbe Interesse, einen und den selben Feind, einen und den selben Kampf vor sich« haben, daß »ihre ganze Bildung und Bewegung« »wesentlich humanitarisch, antinational« ist.¹⁰⁾ Schon ein Jahr später geht dann den Begründern des modernen Sozialismus in der harten Schule der Nationalitätenkämpfe des Jahres 1848 die ganze Tiefe der Bedeutung des zentralisierten Nationalitätsstaates für die Kämpfe des Proletariats auf. In diesem Jahr bekennen sie sich zu dem demokratischen deutschen Einheitsstaat, denn nur er kann Deutschland aus seiner bisherigen wirtschaftlichen Misere retten, den Nationalreichtum erschaffen und die modernen sozialen Aufgaben lösen. In diesem Punkt flossen die Bestrebungen der fortgeschrittenen bürgerlichen mit denen der proletarisch-sozialistischen Demokratie zusammen, und in ihm fiel die Scheidewand zwischen beiden Klassenparteien. Hier sprang die Einsicht in das nationale Interesse des deutschen Proletariats auf. Und selbst das Kommunistische Manifest mit seiner geradezu fanatisch einseitigen Klassenkampftheorie unterstreicht die Gemeinsamkeit der Kampfesziele bürgerlicher und proletarischer Parteien in einem bestimmten Zeitabschnitt und fordert das deutsche Proletariat auf zusammen mit der Bourgeoisie, sobald diese revolutionär auftritt, gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und Kleinbürgertum zu kämpfen. Diese zeitweilige Gemeinsamkeit der Interessen schließt selbstverständlich keineswegs den scharfen Gegensatz der bürgerlichen und proletarischen Klassen auf anderen Gebieten aus. Immerhin erfährt hier der theoretische Nukleusstandpunkt eine notwendige Korrektur. Aber auch der sehr verschwommene Engelssche Gedanke eines allgemeinen proletarischen Internationalismus, eines gegen

⁹⁾ Siehe Trotzki, loc. cit., pag. 46.

¹⁰⁾ Siehe Marx und Engels Gesammelte Schriften 1841 bis 1850, 2. Band /Stuttgart 1902/, pag. 406.

den gleichen Feind gerichteten und von den gleichen Kämpfen erfüllten Internationalismus wird hier revidiert. In Frankreich schließen sich zum Beispiel nach dem Kommunistischen Manifest die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei gegen die konservative und radikale Bourgeoisie an, in England an die Chartisten, in Polen an die Partei, die eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht, an die Partei der Krakauer Insurrektion von 1846. Besondere nationale Aufgaben und besondere nationale Kämpfe werden also hier den einzelnen sozialistischen Parteien zugeteilt. Und die Befreiung des Proletariats selbst vollzieht sich nach dem Kommunistischen Manifest im nationalen Rahmen: es erhebt sich zur nationalen Klasse und konstituiert sich selbst als Nation. Es ist »selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.«¹¹⁾

Die Begründer des modernen Sozialismus, Marx und Engels, haben seit dem Jahr 1848 nie die Besonderheit der nationalen Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft verkannt, und sie haben nie in ihrem Geist eine über den Nationen schwebende proletarische Internationale konstruiert, die den einzelnen nationalen Arbeiterorganisationen die Taktik in allen grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Fragen zu diktieren hat. Die Konstruktion einer solchen, nicht in sondern über den Nationen stehenden Internationale ist erst radikalen Sozialisten unserer Tage vorbehalten worden. Eine »größere Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands« hat nämlich eine Reihe von Leitsätzen angenommen, die die proletarischen Bewegungen aller Länder, gleichgültig, ob diese vorwiegend agrarisch, kleinhandwerklich oder großindustriell organisiert sind, und gleichgültig, ob diese absolutistisch, halb konstitutionell oder demokratisch republikanisch regiert werden, einheitlich durch internationale Mehrheitsbeschlüsse regeln wollen. In den Leitsätzen der neuen Internationale, die nun die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes übernehmen soll, heißt es:

»In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich außerhalb der Internationale.«¹²⁾

Dieser Internationale sind selbstverständlich die parlamentarische und gewerkschaftliche Aktion untergeordnet. In letzter Linie hat die ganze Arbeiterbewegung unter Leitung der Internationale nur den einen Zweck das Proletariat aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen und die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu betätigen. Diese kühne, von allen wirklichen historischen Kampfbedingungen der einzelnen Länder abstrahierende, ganz in die leere Luft hineingebaute Internationale beruht auf der vormärzlichen, vom Marxismus später überwundenen Illusion einer allgemeinen, antinationalen sozialistischen Bewegung mit völlig übereinstimmenden proletarischen Interessen.

Nicht der dient in Wahrheit dem internationalen Sozialismus, der den Ar-

¹¹⁾ Siehe Marx und Engels Das Kommunistische Manifest /Berlin 1906/, pag. 36.

¹²⁾ Siehe Junius, loc. cit., pag. 108.

beiter seinen eigenen nationalen Arbeits- und Kampfbedingungen entfremdet und eine unfaßbare, nebelhafte Internationale für dessen Vaterland erklärt, sondern der in seinem eigenen Vaterland auf Grund der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse demokratisch-sozialistische Institutionen schaffen hilft, die, als mustergültig von den führenden nationalen Arbeiterbewegungen anerkannt, in sich tatsächlich die Lösung des internationalsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsproblems enthalten.

XX CARL SEVERING · DIE AUSEINANDERSETZUNG IN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE UND DIE DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN



N einem Aufruf, den die Generalkommission der Gewerkschaften kürzlich erließ und der die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Politik des 4. August 1914 behandelt, wird an die Vorständekonferenz der Gewerkschaften erinnert, die im Juli 1915 ausdrücklich ihre Zustimmung zur Kriegspolitik der sozialdemokratischen Fraktion und der Parteiinstanzen gegeben hatte.¹⁾ Den Anlaß zu jener Zustimmungserklärung bildete bekanntlich die Kundgebung Bernsteins, Haases und Kautskys, die unter dem Titel Das Gebot der Stunde in der Leipziger Volkszeitung erschienen war. Diese Kundgebung befürwortete eine Revision der taktischen Haltung, die die Partei in den Fragen der Kriegspolitik bei Kriegsbeginn festgelegt hatte und empfahl »parlamentarische und außerparlamentarische« Maßnahmen als Mittel zur schnellen Herbeiführung eines Friedens.

Die ideelle Gemeinschaft zwischen der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften ist in den Sozialistischen Monatsheften schon so oft hervorgehoben worden, daß es kaum nötig erscheint sie in diesem Zusammenhang noch besonders zu betonen. Eine Massenbewegung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft berührt auch die Gewerkschaften mittelbar und unmittelbar. Es war darum kein Wunder sondern eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Vorstände der deutschen Gewerkschaften nach dem Bekanntwerden jenes Aufrufs mit seinem Inhalt, seinen Absichten und voraussichtlichen Wirkungen beschäftigten. In dem von ihnen gefaßten Beschluß heißt es, die Konferenz halte die Stellung, die von der Fraktion und den Parteiinstanzen zum Krieg eingenommen ist, »für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besondern dient«. Im Sinn dieses Beschlusses und getreu ihrer bisherigen Haltung haben die Organe der Gewerkschaften ihre Kriegspolitik fortgesetzt. Wie der erwähnte Aufruf hervorhebt, haben sie in zahlreichen Fällen in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand Schritte zur Linderung der Not und zur Erleichterung des Schicksals der Kriegsopter unternommen und keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß nach ihrer Ansicht Sonderaktionen die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung gefährden und dadurch den Gewerkschaftsinteressen zuwiderlaufen.

Wie die Dinge im Juli 1915 lagen und wie sie erst recht heute liegen, war und ist diese Stellungnahme allerdings eine sachliche Parteinahme für die

¹⁾ Siehe U m b r e i t Die Gewerkschaften und die Parteipolitik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 740 ff.

Politik der Fraktionsmehrheit und der Parteinstanzen. Aber es verdient doch hervorgehoben zu werden, daß diese Parteinahme nicht erst im Augenblick des öffentlichen Austrags der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei erfolgt ist. Sie ist lediglich eine Fortsetzung der Politik, die die Gewerkschaften unmittelbar nach Kriegsausbruch einmütig als die allein richtige anerkannt hatten und die sie entschlossen waren fortzuführen, solange die Voraussetzungen für diese Politik fortbestanden. Es ist deshalb nicht richtig, wenn von solchen Gewerkschaftern, die die Politik der Minderheit vertreten, behauptet wird, die obersten Gewerkschaftsvertretungen hätten den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen hineingetragen. In Versammlungen in Berlin, Düsseldorf und Leipzig sind diese und ähnliche Behauptungen aufgestellt und Mißbilligungsentschlüsse gegen die Haltung der Generalkommission und des Korrespondenzblatts angenommen worden. Als Hermann Mattutat in den Sozialistischen Monatsheften das Thema Parteistreit und Gewerkschaften behandelte²⁾, konnten ihm diese Dinge noch nicht bekannt sein. Sie beweisen jedenfalls, daß der Parteistreit bereits Widerhall in den Gewerkschaften gefunden hat, und daß man ihn auch dort auszutragen sucht. Man soll dieser Tatsache ruhig ins Gesicht sehen, soll sie nicht unterschätzen, denn jeder müßige Streit ist Kraftverschwendung, sie aber auch nicht überschätzen, denn die wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften nach Beendigung des Krieges werden die Streitenden automatisch wieder zusammenführen.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Artikels gegen die Politik der Minderheit zu polemisieren oder darüber zu klagen, daß diese Politik die Streitigkeiten auch in den Gewerkschaften wachgerufen hat. Es soll nur versucht werden deren Bedeutung für die Gewerkschaften klarzulegen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Burgfrieden auf Grund ihrer Zweckbestimmung die materielle und geistige Hebung der Arbeiter zu fördern ist durchaus nicht so gering wie mancher in gewerkschaftlichen Dingen Unerfahrene wohl annimmt. Dafür liefern die Tätigkeitsberichte der Gewerkschaften oder einzelner ihrer Verwaltungsstellen anschauliche Belege. Die Verschiebungen der Produktionsverhältnisse haben auch die Gewerkschaften vor viele neue Aufgaben gestellt, und man wird ihnen das Zeugnis nicht versagen können, daß sie ihnen in den meisten Fällen gerecht geworden sind. Dennoch muß man zugeben, daß das gewerkschaftliche Leben nicht mit der gleichen Lebhaftigkeit pulsiert wie vor dem Krieg. Daß die wirtschaftlichen Kämpfe jetzt im allgemeinen ruhen, ist ganz selbstverständlich, da im Krieg die Nation eine Einheit bilden muß. Die Arbeiter und ihre Organisationen wären übrigens in solchen Kämpfen jetzt die Schwächeren, sie haben also auch vom reinen Klassenkampfstandpunkt aus dadurch nichts verloren. Lokale Abweichungen von dieser Erfahrungstatsache bestätigen nur die allgemeine Regel. Da große Kämpfe im Augenblick nicht geführt werden, können Auseinandersetzungen über die Parteistreitigkeiten in den Mitgliederversammlungen oder den gewerkschaftlichen Fachblättern eine unmittelbare Schwächung der gewerkschaftlichen Aktionskraft im Augenblick nicht zur Folge haben. Es kommt hinzu, daß die Gewerkschaften schon immer Wellenbrecher gewesen sind, wenn die Wogen im Meer der Parteistreitigkeiten

²⁾ Siehe Mattutat Der Parteistreit und die Gewerkschaften, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, I. Band, pag. 428 ff.

recht hoch gingen. Nach meiner persönlichen Beobachtung war das auch bei der Erörterung der Frage des Massenstreiks der Fall. Obgleich dieser Streit in den politischen Körperschaften entfacht worden war, hatten ihn die Gewerkschaften auszutragen. Die Schlagworte von den Bremsern und den gehobenen Existenzen richteten sich doch zumeist gegen die Gewerkschafter, die auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Erfahrungen die Propaganda des Massenstreiks ablehnen mußten. Ähnlich verhält es sich mit dem Streit um die Maifeier. Aber schließlich hat sich das unmittelbare Gewerkschaftsinteresse doch stets stärker erwiesen als der Parteiradikalismus.

Läßt der Hinweis auf diese Tatsachen auch allzu große Befürchtungen ungerechtfertigt erscheinen, so bin ich doch der letzte, der die Schädigungen und Gefahren verkennt, die das Hineintragen des Parteistrits in die Gewerkschaften im Gefolge haben muß. Genosse Adolf Braun hat durchaus zutreffend darauf hingewiesen, daß sich in der Gewerkschaft bei jeder Streikbewegung wohl Opfermut, Selbstlosigkeit, Eintreten für andere, mit einem Wort Idealismus in schönstem Licht zeigen, die Mehrzahl der für die Gewerkschaften Gewonnenen aus ihrer Zugehörigkeit zu diesen Organisationen aber auch ganz sicher in naher Zeit praktischen Gewinn erhoffe.³⁾ Diese Arbeiter werden in abendfüllenden Erörterungen über den Parteistrit nicht gerade die erbaulichsten Anregungen sehen. Es ist eine sehr schöne Sache um die Leidenschaftlichkeit des Meinungs austausches — für die, die ihn führen. Der Arbeiter, der Ratschläge erwartet, wie beabsichtigte Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis abzuwehren sind, der eine Bereicherung seines Ideenkreises durch bildende und belehrende Vorträge wünscht, wird sehr enttäuscht sein, wenn er statt dessen Auseinandersetzungen über Schlagworte wie Mehrheit und Minderheit oder Radikalismus und Opportunismus vorgesetzt bekommt. Sein Interesse an den gewerkschaftlichen Veranstaltungen wird erlahmen, und derartig in ihren Erwartungen Enttäuschte für die gewerkschaftliche Idee wiederzugewinnen ist nicht ganz leicht.

Ähnlich verhält es sich mit der Wirkung des Parteistrits auf die bisher indifferenten Arbeitermassen. Man hat ihnen so oft bei der Werbearbeit gesagt, daß die Arbeiterschaft einig zusammenstehen müsse, wenn sie als die wirtschaftlich schwächste Erwerbsgruppe Besserungen in ihrer Lebenshaltung erreichen wolle. Nun erwidern sie einem: Ihr seid ja selbst nicht einig. Was soll man darauf antworten, wenn die gewerkschaftliche Gruppe, die zum Beitritt auffordert, durch das Hineintragen des Parteistrits selbst zerklüftet und geschwächt dasteht? Alle diese Erwägungen mochten einem Organ der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wohl vorgeschwebt haben, als es von der Fraktionsspaltung eine Spaltung der Sozialdemokratie und damit einen Riß in den freien Gewerkschaften befürchtete, der nach seiner Meinung dann wieder eine Schwächung der ganzen deutschen Arbeiterbewegung zur Folge haben müßte.

Dahin wird es aber doch wohl nicht kommen. Daß in Berlin die Metall- und die Holzarbeiter Resolutionen gegen die Politik der Gewerkschaften angenommen haben, ist ebensowenig tragisch zu nehmen wie die gleiche Stellungnahme der Düsseldorfer und Leipziger Gewerkschafter. Die Presse der genannten Orte ist von jeher im Sinn der Richtung redigiert worden, die in der zähen, beharrlichen Kleinarbeit der Gewerkschaften zur Erfüllung

³⁾ Siehe Braun Die Gewerkschaften /Nürnberg 1914/, pag. 339.

von Tagesaufgaben eine Sisyphusarbeit erblickt. Auch lokale Eigenarten spielten und spielen bei der gewerkschaftlichen Erziehung der Arbeitermassen in diesen Städten mit. Jedenfalls sind Resolutionen aus Berlin, Leipzig und Düsseldorf, die sich mit Parteifragen befassen, in der Geschichte der Gewerkschaften keine Neuerscheinung. Die solchermaßen Beschließenden wollen wohl durch ihre Kundgebungen die gewerkschaftlichen Körperschaften zu größerer Energie und die ganze Bewegung in ein schnelleres Tempo bringen. Aber sooft sie Mißbilligungsresolutionen annahmen, so oft mußten sie erfahren, daß ihre Kundgebungen wirkungslos blieben. Revolutionäre und resolutionäre Phraseologie verträgt sich eben zu wenig mit der Gewerkschaftsarbeit, die bei jeder Aktion darauf halten muß Wünsche und Forderungen mit der Möglichkeit ihrer Durchführung in Einklang zu bringen.

Daß eine Parteigruppe mit einem bestechend radikalen Programm, die die Regierung für die Lebensmittelknappheit und alle trüben Folgeerscheinungen des Krieges verantwortlich macht und darum zu ihr in schärfster Opposition steht, Anhänger findet, ist ganz natürlich, wie es auch natürlich ist, daß ein Arbeiter empört und verbittert werden muß, wenn er etwa sieht, daß Arbeitgeber die Ära des wirtschaftlichen Burgfriedens benutzen, um in einseitiger Weise ihre Positionen auf Kosten der Interessen der Arbeiter zu verbessern. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist den Jahren entwachsen, in denen es möglich gewesen wäre eine Politik auf Gefühl und Empfindungen aufzubauen. Gerade den Gewerkschaftern wurde bei allen Lohnbewegungen gesagt, daß der Zorn ein schlechter Berater sei, und diese Erkenntnis ist bei ihnen Gemeingut geworden. Was die Regierung in der Frage der Lebensmittelversorgung versäumt hat, braucht durchaus nicht verschwiegen zu werden. Sie jedoch ausschließlich für die Lebensmittelknappheit verantwortlich zu machen ist eine Politik, die vielleicht bei wildgewordenen Bierbankphilistern, nicht aber in der politisch gereiften Arbeiterschaft der deutschen Gewerkschaften Unterstützung finden wird. Arbeiterausbeutung unter dem Schutz des Burgfriedens findet keine rücksichtsloseren Ankläger als die Gewerkschaften selbst, die im geeigneten Augenblick auch die Antwort darauf zu erteilen wissen werden. Das weiß die übergroße Mehrheit der deutschen Gewerkschafter viel zu gut. Sie wird sich deshalb nicht irremachen lassen in der Verfolgung der Ziele, die sie für richtig hält, und in der Beibehaltung der Politik, die am sichersten zu diesen Zielen führt.

Die deutschen Gewerkschafter sind urteilsfähig genug, um zu erkennen, daß jede Uneinigkeit des Volkes während des Krieges nichts anderes als eine Kriegsverlängerung bedeuten würde. Sie haben deshalb kein Interesse an der Propagierung des Schlagworts von der Aufkündigung des Burgfriedens, die im Inland an den tatsächlichen Verhältnissen nichts bessern, im Ausland nur falsche Vorstellungen und Hoffnungen wecken würde. In der organisierten Arbeiterklasse Deutschlands kann man heute ein reiferes Urteil über politische Dinge antreffen als in manchen Schichten des Bürgertums. Über Englands Rolle in dem Krieg gibt man sich in den Kreisen der Gewerkschafter keiner Täuschung hin. Die Aufrechterhaltung des von England bedrohten deutschen Wirtschaftslebens und seiner Bedingungen ist aber für die deutschen Arbeiter von höchstem Interesse. Das deutsche Wirtschaftsleben ist die deutsche Arbeit, und diese Arbeit ist nicht zuletzt das, worauf die deutschen Arbeiter ein Anrecht haben stolz zu sein. Mag man ihnen die

Anerkennung dafür in Staat und Gesellschaft oft genug verweigert haben und heute noch verweigern, das ändert nichts an der Tatsache, daß deutsche Arbeit und deutsche Arbeiter unzertrennlich verbunden sind. Diese Erkenntnis wird die deutschen Gewerkschaften, die Wirtschaftsverbände der Arbeiterklasse, mit dem Volksganzen zusammenschweißen, wenn und solange es gilt äußere Angriffe abzuwehren und die notwendigen Voraussetzungen für das Gedeihen der deutschen Arbeit zu schaffen.

Und nach dem Krieg? »Noch ist die Welt nicht frei.« Noch harrt die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse ihrer Erfüllung. Noch sind die staatlichen Einrichtungen erst Ansätze, die der kraftvollen Weiterentwicklung bedürfen. Die Lösung dieser Aufgaben kann nur das Werk starker und geschlossener Gewerkschaften sein. Sie ist aber erst möglich auf dem Boden der unversehrten Wirtschaftseinheit und der lebendigen Schicksalsgemeinschaft, die wir deutsches Volk nennen, und ausführbar nur von Männern und Frauen, denen die Verwirklichung aller dieser Aufgaben der nächsten Zukunft höher steht als Rechthaberei und das kleinliche Gezänk über Formelkram.

XX

GEORG STERN · MAX REGER



ER erste Gedanke beim Tod Max Regers war: Wie konnte das Schicksal uns das antun! Nicht öfter als einmal im Jahrhundert gelingt es der Natur einen solchen Menschen zu schaffen, ihm das Organ zu geben, das das innerste Erleben eines Zeitalters zum höchsten Ausdruck zu bringen weiß. Wir sahen ihn immer höher steigen in seiner Kunst, immer reifer werden, die Schlacken seines Wesens fielen ab, die Höhe der Meisterschaft ließ noch immer Größeres ahnen: und sinnlos zerstört die Natur ihr eigenes Werk, läßt ihn plötzlich verstummen in der Mitte seines Schaffens. Woher wurde gerade dieser urgesunden Seele ein Körper gegeben, der so lange vor der Zeit, die sonst menschlichem Leben zugemessen ist, zugrunde ging?

Nun haben wir Max Regers irdische Reste den Flammen übergeben. Auf dem Jenaer Friedhof, umgeben von den bewaldeten Höhen Thüringens, sank langsam vor unseren Augen der Sarg, der seinen Körper barg, hinunter zum Flammenofen, und die weihevollen, inbrünstigen Töne des Largos aus einem seiner letzten Werke klangen dem Entschwindenden nach, von einer schluchzenden Geige gespielt, die sein Geist beseelte; ein Symbol, daß, was seines Lebens Wesen war, unvergänglich der Nachwelt erhalten bleibt.

Vor mehreren Jahren habe ich an dieser Stelle von Max Regers Kunst sprechen können; unter dem eben empfangenen Eindruck eines seiner tiefsten Werke, des Symphonischen Prologs zu einer Tragödie, entstanden jene Zeilen.¹⁾ Was er seither geschaffen, sind Werke der Reife; was in seinen jüngeren Jahren als Keim verborgen lag, stand nun in voller Blüte. Wie ein sorgsamer Gärtner hat er selbst alles, was seiner Entfaltung hätte hinderlich werden können, entfernt, und die reifen Früchte fielen wie ein goldener Segen auf uns hernieder. Nun liegt sein Lebenswerk allzu früh abgeschlossen

¹⁾ Siehe meinen (mit dem Namen Ernst Groeg gezeichneten) Artikel Die Kunst Max Regers, in den Sozialistischen Monatsheften, 1910, 1. Band, pag. 46 ff.



vor uns. Er fühlte und sprach es aus, daß es ihm gehen würde wie Mozart, Schubert und Wolf, und daß er schaffen müsse mit eisernem Fleiß, um, wie er es nannte, »sein Werk« zu hinterlassen. Und was der nur 43jährige Meister geschaffen hat, ist von überwältigender Fülle. Wir besitzen von ihm über 200 Orgelstücke, an 240 Einzellieder, 150 A-cappella-Chöre, 14 große Gesangswerke mit Orchester, über 180 Klavierstücke, 62 Kammermusikwerke für die verschiedensten Kombinationen von Instrumenten und 11 große Orchesterwerke.

Es ist natürlich, daß die Mitwelt diesen in 25 Jahren erzeugten Reichtum noch nicht in sich aufnehmen konnte, und daß es vielleicht die doppelte Zeit nach seinem Tod dauern wird, bis sein Werk so Gemeingut geworden ist wie es Beethovens und Mozarts Schöpfungen heutzutage sind. Aber diese Zeit wird kommen. Das Genie dieses Großen wird maßgebend sein für die Entwicklung der zukünftigen Musik und wird ein bleibender Bestand werden: für die ganze Welt und namentlich für das deutsche Volk. Ist doch das Innenleben dieses Volkes gerade in seinen musikalischen Schöpfungen eindringlich und vielseitig widergespiegelt. (Andere Völker fanden den Niederschlag ihres Seins mehr in anderen Dingen, auf anderen Gebieten der Kunst. Man denke an die Romanen, an die Slawen, an die großen Kulturwerte und Kunstschöpfungen, die sie hervorgebracht haben. Man sehe den ungeheuren Reichtum, mit dem Dostojewskij die vielgestaltige und komplizierte Seele des Russen wiedergibt, und vergleichsweise, wie wenig davon das bedeutende Talent Tschaikowskij's ahnen läßt.)



ENE alten Volksmelodien, die sich zu unseren Chorälen gewandelt haben, die unserm musikalischen Empfinden von Jahrhunderten her gleichsam eingeschmiedet sind, sind der Grundstock, auf dem sich Regersche Musik aufbaut. In ihnen wurzeln seine Werke für die Orgel, jenes Instrument, in dem sich Bach den höchsten Ausdruck seiner musikalischen Phantasie geschaffen hat. Immer wieder greift Reger zurück auf jene alten Töne, sie umkleidet er mit dem ganzen Ausdrucksreichtum, der ihm ureigen ist. Auch in seine Instrumentalwerke gehen jene Weisen über, wie im langsamen Satz des Klavierkonzerts, wo die beiden Choräle »Wenn ich einmal soll scheiden« und »Vom Himmel

hoch« leise und eindringlich in mystischer Harmonie anklingen. Aber er weiß auch neue Töne so zu fügen, wie in den Motetten auf die Worte »Sei du selbst mein Bürge« und »Ich liege und schlafe« (Opus 110) und in den geistlichen Liedern (Opus 137), daß Melodien entstehen von kristallener Klarheit und Empfindungstiefe, die wohl den Keim neuer religiöser Volksgesänge in sich tragen. Viele seiner Adagios, besonders das Largo aus der Violinsonate (Opus 139), das sein Grabgesang war, sind getragen von einer tiefverklärten, warm religiösen Stimmung. Es war schwer Reger zu bewegen über seine eigenen Werke zu sprechen; das eine Mal wird mir unvergeßlich bleiben, als ich zu ihm sagte, wie sehr mich das Largo aus seinem Sextett (Opus 118) ergriffen hätte, ein Stück von tiefster Entrücktheit, herbster Klage und weihevollster Demut. Da sagte er: »Wissen Sie, was das ist? Das ist mein Gespräch mit dem lieben Gott.« Und ich wollte, ich könnte den Klang seiner Worte hinschreiben. Sie waren so einfach und kindlich gläubig gesprochen, daß man fühlte, wie dieses Gemüt in seinem Gott felsenfest wurzelte, wie alles, was ihn innerlich bewegte, immer zum Ewigen gerichtet war.

Hier scheint mir der Urgrund von Regers Wesen zu liegen; wer ihn nicht herausfühlt, wer nicht in allem polyphonen Gewebe, in aller Kompliziertheit seiner Harmonieen diesen Unterton zu finden weiß, der irrt in seinen Tönen umher wie in einem Labyrinth; er möge ausgetrieben werden aus ihm, das kein Labyrinth ist sondern ein Paradies.

Regers Religiosität war keine unklar gefühlte Beziehung zu einer unvorstellbaren Macht über uns, sondern, wie schon aus jenem Ausspruch hervorgeht, eine ganz persönlich gerichtete. Mit Kirchlichkeit hatte diese Religiosität nichts zu tun; der Tempel, in dem er seine Andacht verrichtete, stand fest in seinem Innern aufgebaut. Die katholische Kirche, der er von Geburt angehörte, hat seine Werke auf den Index gesetzt; angeblich, weil er so vielfach protestantische Choräle in seinen Kompositionen benutzt hat. Aber rühmend sei ihr nachgesagt, daß ihr Priester sich gegen die Gewohnheit der Kirche nicht weigerte die kirchlichen Zeremonieen trotz der von Reger gewünschten Feuerbestattung vorzunehmen.

Immer wieder zogen ihn religiöse Motive an. Den Toten dieses Krieges ein Requiem zu weihen war ein Gedanke, der ihn in den letzten Monaten beschäftigte. Er hatte schon große Stücke auf den bekannten kirchlichen Text fertiggestellt; aber dann verwarf er alles, da er nicht auf lateinische Worte Musik schreiben könne. Wenige Wochen vor seinem Tod erzählte er mir von einem Requiem für Chor, Soli und Orchester auf einen Hebbelschen Text: »Seele, vergiß sie nicht, Seele, vergiß nicht die Toten«³⁾; es soll abgeschlossen in seinem Nachlaß gefunden sein (Opus 144 Nummer 2). Und in seinem Sterbezimmer lag aufgeschlagen die Korrektur des geistlichen Chorlieds »Der Mensch lebt und bestehet nur eine kurze Zeit«. An ihr hat er wenige Stunden vor seinem Hingang gearbeitet.

Sein religiöses Empfinden war nicht lediglich gläubiges Hingegebensein. Seine Seele rang unsäglich schwer, und die Schauer dieser Augenblicke zittern in seinen Werken nach. Hier denke ich an die gewaltige Symphonische Phantasie und Fuge für Orgel (Opus 57), ein Abbild tiefster innerer

³⁾ Den gleichen Text hat Reger früher schon als Männerchor komponiert (Opus 82 Nummer 10).

Erschütterung, wie sie nur die Seele eines Titanen erleben kann. Ich denke ferner an den Symphonischen Prolog (Opus 108) und an den 3. Satz aus Opus 128 (Böcklinsche Bilder, Toteninsel), jene Stelle, bei der in das Fortissimo a der Holzbläser, Violinen und Celli auf D-Moll das b der hohen Posaunen im dreifachen Fortissimo wie ein messerscharfer Aufschrei hineinschneidet. Hier stehen wir in der Welt des tragischen Pathos, das mit dem religiösen Empfinden auf das Innerste zusammenhängt, das tief in Regers Natur liegt, ohne das seine Größe nicht verstanden werden kann. Das liegt freilich jenseits des Gebiets von Tonika und Dominante; da erleben wir jene Dissonanzen, die den Abscheu des *musikverständigen* Publikums bilden und dann den Durchfall von Regers bedeutendsten Werken im Konzertsaal besiegelten. Wenn in der Symphonischen Phantasie gleich im Eingang auf dem cis des Pedals sich im dreifachen Fortissimo der Akkord g b dis fis aufbaut, so ist das freilich kein Wohlklang. Aber wenn eine Welt in Trümmer bricht, soll man nicht über den Mißklang klagen sondern nur in allen Fugen der Seele erschüttert sein; und dazu langt ein Septimenakkord, selbst wenn er vermindert ist, nicht mehr aus. Musikalisches Verstehen heißt eben nicht: wissen, wie ein Akkord dem andern richtig folgt, sondern heißt: seelisch das mitfühlen, was in Tönen vor sich geht; und da ist häufig der sogenannte musikalisch Gebildete der Unfähigere gegenüber dem, der mit offener Seele hört.



IN wesentlicher Grund für die Schwierigkeit, mit der die Verbreitung Regerscher Musik zu kämpfen hat, war eben berührt. Ein neuer Geist kann nicht im Hergebrachten sich offenbaren; was nach Inhalt, Ablauf und Intensität noch nie so erlebt war, verlangt nach neuen Ausdrucksmitteln, die das Genie des Künstlers ungesucht schafft. Die heutige musikalische Ausbildung, wie sie in unzähligen überflüssigen Musikstunden der Menge der widerwilligen Schüler eingetrichtert wird (sie bilden dann später den Chor der *Musikverständigen*), bewegt sich in der Einprägung bestimmter Harmoniefolgen, die ursprünglich seelisches Erlebnis waren, aber allmählich zum rein Formalen erstarrt sind. Nun wird das neu Gestaltete bewußt oder unbewußt an diesen Formgebilden gemessen; man weiß nicht mehr Musik zu erleben, sie mit der Seele nachzufühlen, sondern nur noch mit mathematischem Ohr zu hören. So trieb die Zunft der Meistersinger es von jeher, und sie ist noch heute die größte von allen. Aber gut gehört kann nur werden, was gut gespielt wird. Und zum Spielen gehört mehr als Noten richtig, in rechtem Tempo und rechter Dynamik wiederzugeben. Die Notenschrift ist reich an Ausdrucksmitteln, und Reger hat von ihnen einen ausgiebigen Gebrauch gemacht. So ausgiebig, daß die Künstler sich über diese Einengung beklagt haben. Sie mögen sich damit trösten, daß Reger nie so spielte wie er seine Noten bezeichnet hatte; er spielte sie jedesmal anders und doch jedesmal richtig. Nur wenige ganz große Künstler vermögen Reger richtig zu spielen, ob sie nun seinen Vorschriften folgen oder nicht. Nur wenn das seelische Erlebnis der Musik erfaßt ist, kann die Wiedergabe ihr gerecht werden. Und dann kommen jene Schattierungen und Lichter zustande, die erst das wahre Musikbild schaffen. Vielleicht hat Reger etwas Ähnliches gemeint, als er mir einmal sagte, er müsse so viel herumreisen und seine Sachen spielen, um eine Tradition zu schaffen. Ich habe nie gemerkt, daß, wenn Reger selbst am Klavier saß,

irgendein Zweifel an der Sonnenklarheit und innern Selbstverständlichkeit seiner Schöpfungen beim unbefangenen Hörer aufkam; denn er spielte stets, als wenn das Werk eben frisch seiner Seele entströmte.

Die Orgel ist Reger lange Zeit hindurch das Instrument gewesen, für das er seine wesentlichsten Werke schuf. Dann kam für ihn die Zeit, in der er den größten musikalischen Klangkörper, das Orchester, sich dienstbar zu machen suchte. Sein erstes großes Orchesterwerk, die Sinfonietta (Opus 90) zeigt in seiner Instrumentation noch deutlich, daß ihr Schöpfer von der Orgel zum Orchester übergang. Schon in dem nächsten Orchesterwerk, der Serenade (Opus 95), wohl seinem melodösesten und verliebtesten Stück, sind eigene Klangwirkungen erstrebt durch die Benutzung zweier Streichorchester, eines mit gedämpften Instrumenten, die selbständig gegen einander stehen. Als ihm 1911 das Anerbieten gemacht wurde nach Meiningen als Leiter der Hofkapelle zu kommen, da ist der Wunsch mit einem Orchester ganz zu verwachsen entscheidend gewesen für die Annahme dieser Stellung. Seither kamen in rascher Folge die Orchesterwerke Lustspielouvertüre (Opus 120), Konzert in altem Stil (Opus 123), Romantische Suite (Opus 125), 4 Tondichtungen nach Böcklin (Opus 128), Ballettsuite (Opus 130), Variationen über ein Thema von Mozart (Opus 132), Vaterländische Ouvertüre (Opus 140, dem deutschen Heer gewidmet). Eigentlich ist schon seit dem Symphonischen Prolog (Opus 108) die Beherrschung der Orchestermittel souverän, und wenn man bei der Sinfonietta noch Zweifel haben konnte, so zeigen die späteren Werke, wie stark der Klangsinn war, den Reger besaß. In dieser Beziehung scheinen mir die Romantische Suite und die Tondichtungen nach Böcklin am charakteristischsten. Es zeigte sich in der letzten Zeit, daß Reger gegen die Orchesterwerke von Johannes Brahms vielerlei einzuwenden hatte; er warf ihm Mangel an Klangsinn vor und hat bei seinen Aufführungen Brahms'scher Symphonieen häufig Änderungen der Instrumentation, besonders in den Fagotten, vorgenommen, die ihm von manchen Musikern verübelt wurden. Das hat jedoch sich Bülow bei den Beethovenschen Symphonieen ebenfalls erlaubt, ohne daß man ihm Mangel an Pietät vorgeworfen hat. Die Kammermusik von Brahms stand Reger stets unantastbar hoch, und seine große Verehrung für diesen Meister hat er in der Klavierrhapsodie (Opus 24 Nummer 6 »Den Manen J. Brahms'«) und in Bearbeitungen seiner Symphoniesätze für Klavier bezeugt, die sich im Nachlaß befinden.

Reger sprach von eigenen früheren Werken selbst nicht gut. Er tadelte zum Beispiel die Instrumentation seines Violinkonzerts (Opus 100) als zu dick; wenn er noch einmal ein Violinkonzert mit Orchester schriebe, möchte er es »wie Mozart« instrumentieren. Man braucht seine Urteile über Eigenes nicht als objektive Wahrheit hinzunehmen. Sie zeigen lediglich, daß Reger immer in Weiterentwicklung war und früher Geschaffenes wie etwas Überwundenes ansah, während wir dankbar sein müssen für alle Marksteine seines in die Höhe führenden Weges, die er uns hinterlassen hat.

Reger hat eine große Zahl Lieder geschrieben, von denen manche oft in Konzerten gesungen werden und einige in die Hausmusik übergegangen sind. Trotzdem glaube ich, daß der Liederkomponist Reger in seiner wahren Gestalt am spätesten im breiten Publikum Eingang finden wird. Die jetzt bekannten einfachen Lieder scheinen mir nicht für seine Liedkomposition

besonders charakteristisch zu sein. Die wahren Regerlieder erfordern eine Fertigkeit des Begleiters, die weit über dilettantisches Können hinausgeht; dagegen sind die Klaviersätze Brahms'scher und Wolfscher Gesänge ein Kinderspiel. Die Art Wolfs die Führung der Gesangstimme ganz dem Wort anzuschmiegen, ja sie ihm unterzuordnen, während der ganze musikalische Reichtum sich in der Begleitung entfaltet, hat zeitweilig sicher die Liedkomposition Regers beeinflusst,³⁾ aber schließlich hat der starke Melodiker in Reger diese ihm durchaus nicht adäquaten Einflüsse überwunden und ihn zu seinem ganz eigenen Liedstil geführt. In diesen großen Liedern ist die melodische Linie in weitem Bogen gespannt, so daß ihre Auffassung und musikalische Wiedergabe an den Sänger ganz neue Anforderungen stellt, zu deren Beherrschung erst der richtige Stil gefunden werden muß. Als höchste Repräsentanten dieser Gattung erscheinen mir die hymnenartigen Gesänge mit Orchester Weihe der Nacht (Opus 119) und besonders An die Hoffnung (Opus 124). Die Melodie, die in diesem herrlichen Stück auf die Worte

»Oder wenn in der Mitternacht
Das unsichtbare Leben im Haine wallt,
Und über mir die immer frohen⁴⁾
Blumen, die sichern Sterne glänzen«

ganz leise, in Wohllaut getaucht, beginnt, anschwellend von herrlichen gesättigten Harmonieen geführt, zu immer größerer Ekstase weit ausladet, überragt dann das Maß der Strophe, und Reger, um den weiten Bogen zu schließen, fügt aus eigener Machtvollkommenheit die Worte an

»O du Holde, dich, ja dich, will ich finden«

Worte, die nicht im Hölderlin stehen und das antike Metrum des Gedichts durchbrechen.

Diese Werke Regers stammen aus seinen letzten Jahren; sie lassen ahnen, in welche Regionen Reger uns im Lied geführt hätte, wenn er uns länger erhalten geblieben wäre.

Die Wahl seiner Texte ist nicht immer glücklich gewesen. Die schönste Wirkung kann doch nur zustande kommen, wenn ein musikalisch wertvolles Gedicht der Komposition untergelegt wird. Das bezeugen bei Reger die Kompositionen Hebbelscher, Hölderlinscher, Eichendorffscher Gedichte, biblischer Texte und alter kirchlicher Dichtungen. Nicht jedes poetisch wertvolle Gedicht ist für musikalische Behandlung geeignet. Mir scheint, daß die neuere Lyrik musikalisch im allgemeinen unfruchtbar ist; ihr fehlt die Kürze des poetischen Ausdrucks, teils malt sie zu sehr ins einzelne, teils ist ihr Satzbau zu weit gedehnt, so daß durch die notwendigerweise stark retardierende Musik unmögliche Gebilde entstehen würden. So ist es gekommen, daß Reger keine zeitgenössische Lyrik vorgefunden hat, die ihn musikalisch hätte anregen können.



EINE persönliche Bekanntschaft mit Reger verdanke ich dem erwähnten Aufsatz, den ich 1910 für die Sozialistischen Monatshefte verfaßte. Ich sandte ihn Reger zu, dessen Antwort mir charakteristisch und wichtig genug erscheint, um sie hier wort- und bildgetreu (die Schrift nur ganz unwesentlich verkleinert) wiederzugeben:

³⁾ Siehe hierzu Hehemann Max Reger /München 1911/, pag. 32.

⁴⁾ In Partitur und Klavierauszug steht »frommen« statt »frohen«. Das ist wohl ein Schreibfehler Regers.

PROF. DR. MAX REGER

LEIPZIG, DEN 12. I 00
KAISER-WILHELM-STRASSE 68, 1.

Das größte Jesu!

Der Herrsche Werk; in Jesu
unsterblich gesprochen! Großmutter
Werk!

schief mal wieder was, das nicht
Achtung das bei mir zusammen
etc. Wahrscheinlich ist; aber schreiben Sie
mir; es giebt bestimmte - etc.
sowohl nach dem Dinge
größen ersten - ersten, man kann
bis die alle ersten ersten
aber nicht bestimmte ersten. Man
das ersten ersten ersten

was muß zu erlangen sein daß diese gewisse
 Zeit füttern, bis man selber nicht mehr
 zu befehlen; das füttert man 1 +
 was Regele befehle - u. das heißt
 ich - frölich...

Sie füttern was man Mühseligkeit
 weiß u. das man gewisse Anstalt-
 dinge stimmlich; u. nicht mit der
 nicht die unabhängigen Bildung,
 die nicht bleiben, unerschaffen
 Anstalten Anstalten das man
 oft nicht - ich Anstalt;
 in Können man die Käse
Späßen regeln.

Das heißt daß Sie gewisse
Komplexen als unmöglich;

mein beifügen hat sich nach Berlin
 bis zum 1. September unter dem Namen
spezieller Journalisten mit Kontak-
gewalt ihre Arbeit. Mayer will
von der richtigen Maschine her
meine Journalisten kennt im so
willkürlich Wanderer in der so
absolut lagig ip. Recht
so man wird in völliger Abklärung
des Abfaltnens „Kritik“ fest
„ Journalisten gegen den so
missen, absoluten Kontak-
Journal z. B. Fuge Passa-
gah gegenüber so das gerade
Recht gegenüber man Journal
Journal von den Journal Journal
Journal Journal Journal Journal

Horst du mir: es sind Augenblicke
 daß eine Wiederkehr, daß der
 "Nebel" der Jugendzeit sich löst, der
 alle die, die nicht gelernt haben, auf
 unaufrichtige Aussagen u. —
 es wird geradezu — zum Wiederkehr-
trauen Wiederkehr gebracht, die
 nicht! Ich bin ein großes Wiederkehr-
man. Strap; Strap man selbst
Wiederkehr Wiederkehr Wiederkehr
Wiederkehr — aber die, die nicht können
nicht Wiederkehr Wiederkehr
Wiederkehr — Wiederkehr, die sind
Wiederkehr. Wiederkehr Wiederkehr = Wiederkehr =
Wiederkehr Wiederkehr
Wiederkehr Wiederkehr Wiederkehr
Wiederkehr Wiederkehr Wiederkehr
 Regier.

Die vielen einfachen und doppelten Unterstreichungen sind für die Lebhaftigkeit seiner Briefe bezeichnend. Sie sind in allen Briefen und Postkarten, die ich von ihm besitze, reichlich angewendet. Reger war ein fleißiger Briefschreiber; ganz im Gegensatz zu Brahms, der in den belustigendsten Redewendungen eigentlich nur Entschuldigungsbriefe dafür schrieb, daß er wieder einmal einen Brief nicht beantwortet hätte. Reger war so peinlich sorgsam und rasch im Beantworten von Briefen, die er erhielt, daß ich mein Brieftempo schließlich aus dem Gefühl heraus verlangsamte ihn nicht um seine kostbare Zeit bestehlen zu wollen. Ich glaube, seine Briefe könnten Bände füllen; sicherlich wird die Veröffentlichung der wichtigeren nicht lange auf sich warten lassen. Seine Briefe sind, wie die Handschrift zeigt, stets in großer Hast geschrieben und mit Klagen über die Konzerthetze angefüllt. Im September 1912 schreibt er mir:

»Ich habe nächsten Winter 120 Konzerte, dabei sind 60 Konzerte der Meininger Hofkapelle zu dirigieren, in den anderen 60 Konzerten habe ich sonst noch andere Orchester zu dirigieren und auch zu spielen.«

Und dabei fließt die Produktion in ungeheurem Strom unbehindert und gleichmäßig fort. Dazu kommen die umfangreiche Korrespondenz und reger, persönlicher Verkehr mit einer Unzahl von Menschen: Wie Reger da mit den 24 Stunden des Tages ausgekommen ist, das zu klären wird Sache des spätern Biographen sein.

Reger hatte einen großen Abscheu gegen die sogenannten Programmanalysen, in denen dem Publikum die Themen der aufgeführten Stücke in die Hand gegeben werden und der musikalische Verlauf meist poetisierend beschrieben wird. Wo es ihm möglich war, hat er diese Analysen bei Aufführung seiner Werke untersagt. In einem Fall hatte eine bekannte Musikzeitschrift ihn ersucht selbst die Analyse eines ungedrucktes Werkes, dessen Aufführung auf einem Musikfest bevorstand, einzusenden. Da schickte Reger eine Themenaufstellung, die das krauseste Zeug enthielt, gespickt mit einer Legion von Versetzungszeichen; der Witz wurde auch scheinbar unverstanden abgedruckt. Ich habe trotzdem bei Neuerscheinungen mitunter in langen Briefen Reger an der Hand von Notenbeispielen geschrieben, wie ich mir in musikalischer Hinsicht das thematische Gewebe klargemacht hatte. Das hat Reger nicht abgelehnt, wie folgender Brief aus Leipzig vom 26. Februar 1911 zeigt, der sich auf meine Analyse seines Klavierkonzerts (Opus 114) bezieht, eines Werkes von außerordentlicher Größe und Geschlossenheit:

»Für Ihren Brief besten Dank. Na, wissen Sie, was Sie mir betrëfts der Kritiken über mein Klavierkonzert geschrieben haben, so bin ich längst der Überzeugung, daß wir einen Tiefstand in der Kritik erlebt und erreicht haben, wie er toller nicht gedacht werden kann. Ich schätze es mir längst zur Ehre, tüchtig angepöbelt zu werden, seitdem ich weiß, wer alles Kritiken schreibt! Was Sie an Notenbeispielen betrëfts meines Klavierkonzertes schreiben, da haben Sie vollständig recht; die Leute, die da so schnell den Stab über das Werk gebrochen haben, ahnen garnicht, wie thematisch gerade im Klavierkonzert alles bis in die äußersten Zweiglein durchgebildet ist; das alles haben Sie so sehr richtig erkannt!«

Über dieses Klavierkonzert schrieb Reger mir schon am 18. November 1910: »Es wäre doch zu fein, wenn Sie zum 15. Dezember der Uraufführung des Klavierkonzertes nach Leipzig kämen (Gewandhaus!) . . . Das Klavierkonzert wird vorerst wenig Erfolg haben beim großen Publikum — diese Musik ist zu ernst und wenig virtuosenmäßig; bitte, sehen Sie sich das Werk ja vorher gründlichst an, damit Sie *gewappnet* sind.«

Aus meinem Schatz von Regerbriefen will ich noch einen mitteilen, der für Regers aufrechte Gesinnung Zeugnis ablegt. Ich war im Jahr 1913 angegangen worden Reger um seine Unterschrift unter einem Aufruf zu bitten, der gegen die Behandlung der politischen Gefangenen in Rußland öffentlich Protest einlegen sollte. Ich schrieb Reger, daß ich, ohne von der Unterschrift abzuraten, mich verpflichtet fühle ihn darauf aufmerksam zu machen, daß nach Erscheinen des Aufrufs mit seiner Unterschrift ihm und seinen Werken wohl das russische Reich verschlossen sein würde. Darauf erhielt ich folgende Antwort:

»Selbstredend habe ich den Aufruf unterschrieben! Die ganze Kulturwelt muß da zusammenstehen, um ihren tiefsten Abscheu gegen eine derartige Regierung in kräftigster Form auszudrücken. Ob ich mir selbst Rußland damit versperre, ist ganz egal; ich habe so wie so keine große Lust dahin zu gehen. Und daß ich Herzoglich Sächsischer »Hofbeamter« bin, hindert mich ebenfalls nicht... Selbstredend trage ich »rote Streifen« als General — aber nicht äußerlich sondern in der Gesinnung.«

Die Stelle mit den »roten Streifen« bezieht sich auf meinen Glückwunsch zum Generalmusikdirektor und die scherzhafte Anfrage, ob er als solcher rote Streifen an den Hosen tragen müsse.



USSER dem Briefwechsel beschränkte sich mein Verkehr mit Reger leider fast nur auf vorübergehendes gelegentliches Zusammentreffen, da wir in verschiedenen Städten wohnten. Es wäre vermessen nach diesen, so kurzen Eindrücken ein ausführliches Bild dieser Persönlichkeit zeichnen zu wollen. Reger hatte eine große Zahl von Freunden, die Jahre hindurch mit ihm in persönlichem Verkehr gestanden haben; von dieser Seite können wir hoffentlich auf eingehendere Schilderungen rechnen. Nur einiges will ich versuchen anzudeuten. Reger war groß und von ungefüger Körperlichkeit. Auf kurzem Hals saß der bedeutende Kopf mit der kräftigen, hohen Stirn, dem breiten, eigensinnigen Mund, dem stark vorgebauten, energischen und doch weich geformten ausdrucksvollen Kinn. In den letzten Lebensjahren waren leise Furchen in seine großen Gesichtszüge eingegraben, die das Gepräge geistiger Bedeutung noch erhöhten. Wenn Reger das Konzertpodium betrat, nahmen seine Mienen einen ernsten, beinahe steinernen Ausdruck an. Saß er dann am Klavier, so kam Leben in seine Züge, und die steinerne Ruhe wich einer ungeheuren Konzentriertheit und Vergeistigung. Der Eindruck seiner Persönlichkeit war in solchen Augenblicken überwältigend. Traf man ihn nach dem Konzert im Künstlerzimmer, so war die Spannung gewichen, und fröhlich, ja kindlich glänzten dann seine guten Augen. Das war der Haupteindruck, daß dieser Mann trotz allen Mühen und Enttäuschungen, die seiner sensitiven Seele reichlich beschieden waren, sich die Natur und den freien, gesunden Blick des Kindes hat bewahren können. Seine Fröhlichkeit hatte etwas Naturburschenhaftes, Einfaches und Kräftiges; sie spricht sich unverfälscht aus in den derbheiteren Sätzen seiner Kammermusik. Die Unsumme von Wissen, die Reger auf musikalischem Gebiet besaß, die Feinfühligkeit und Zartheit seiner Seele sind bei ihm nie zu trockener Schulmeisterei oder verfeinertem Ästhetentum verkümmert. Immer fühlte man einem Naturkind gegenüber zu sein, das unverdorben und unmittelbar aus Gottes Hand in die Welt gestellt war, an der es sich in kleinem und großem freuen konnte, wie ein Kind sich freut. Sicher haben seine Vorfahren noch vor wenigen Generationen als Bauern auf der

Scholle gegessen, und mit dem Bauernsohn Luther, der ein glaubensstarker Mann, ein wehrhafter Streiter und fröhlicher Genießer war, mag er im Seelischen und Körperlichen manches Nahverwandte gehabt haben.

Aller zeremoniellen Förmlichkeit bar war sein Wesen; die abgebrauchten Höflichkeitswendungen des täglichen Verkehrs bekamen bei ihm wieder ihre Wärme und Ursprünglichkeit, als wären sie neugeprägte Münze. Wie warm begrüßte er mit dem herzlichen, starken Druck seiner mächtigen Hände, wie fröhlich, zutraulich und lebendig kam er allen Menschen entgegen, die in seinen Kreis traten. Oft und leicht hat seine erregbare Natur ihn zu Konflikten geführt; aber ebenso leicht konnte er Mißstimmungen vergessen und die Fäden, die zerrissen, wieder mit alter Herzlichkeit anknüpfen. Wenn er nach getaner Arbeit im Freundeskreis, wie er es liebte, an der Wirtshaustafel bei vielen Gläsern Bier oder Wein und einer mächtigen Zigarre saß, dann war alles, was ihn beim Schaffen Großes bewegt hatte, fest in ihm verschlossen, und von Behaglichkeit umspinnen konnte er sich endlos ergehen im Erzählen von Schnurren und Schwänken, die er in seinem unverfälschten bayrischen Dialekt mit primitiver und wirksamster Erzählerkunst zum besten gab. Auch dabei waren die derben Späße die bevorzugten, und manche kräftige Stücklein fielen empfindlich besaiteten Zuhörern arg auf die Nerven. Sie entstammten aber keiner übererregten und gespannten Sinnlichkeit sondern gesunder, urwüchsiger Kraft, etwa wie die Kirmesbilder niederländischer Maler. In dieser Beziehung duldete er keine Empfindlichkeit; wer das nicht vertrüge, müsse selbst etwas auf dem Kerbholz haben: damit lehnte er alle Einwendungen in dieser Richtung ab. Aber diese Wirtshausfröhlichkeit lag nur wie ein Schleier auf ihm, der das wahrhaft einsame Wesen dieses Mannes kaum verdeckte. Was ihn im tiefen Grunde seiner Seele mächtig bewegte, was in seinem Innern wühlte und rang, das kam nicht in Worten, nur in Tönen, die dem Innern entströmten, an die Oberfläche.

Was in unserm Volk an guten Kräften schlummert, das hatte Reger als sein reich gemessen Teil: die Liebe Gottes, nicht nur als demütigen Besitz sondern immer wieder in starken seelischen Kämpfen neu bezeugt und erungen, warme Liebe und Zartheit zum Menschen, kindliche Natürlichkeit, derben Frohsinn und des Lebens kräftiges, geradsinniges, ernstes Führen.

Dem großen Toten sei, was ich hier schrieb, als Kranz gewunden, den ich auf seinem frischen Grab niederlege.

XX

CONRAD SCHMIDT · VOM BEGRIFF DES WAREN- WERTS



ÖFFENBAR ist die allerallgemeinste Bestimmung oder das allerallgemeinste Charakteristikum der modernen Volkswirtschaft, von dessen Konstatierung ihre Theorie systematischerweise ihren Ausgang zu nehmen hätte, darin gegeben, daß diese Volkswirtschaft, wie immer näher bestimmt, ein wirtschaftlicher Gesamtprozeß ist, in dem die Produktion all der zahllos verschiedenartigen Güter, deren die Gesellschaftsglieder für ihren (und ihrer Familien) persönlichen Konsum wie andererseits zur Ausübung ihrer

wirtschaftlichen Funktionen im Gesamtprozeß bedürfen, sich durchgängig und allgemein als Warenproduktion, als Produktion von Exemplaren im Warenaustausch der Gesellschaftsglieder nachgefragter und angebotener Warenart vollzieht. Von diesem Ausgangspunkt aber drängen sich der theoretischen Betrachtung zunächst einmal zwei offenbar eng mit einander verschlungene Aufgaben auf. Es ist erstens der Nachweis zu erbringen, daß und warum der Prozeß mit dieser seiner allerallgemeinsten Bestimmung (wie er in deren Rahmen immer näher bestimmt sei) unabtrennbar zugleich eben jene Form haben muß, die er faktisch hat: nämlich die Form eines Prozesses, in dem die Produktion der Waren sich als Produktion einerseits von Waren für den Verkauf, im Marktverkehr der Verkäufer und Käufer jeweils preisbestimmten Waren, andererseits als Produktion von Geldware vollzieht, mit deren staatlich abgestempelten Einheiten nach im Warenaustausch der Gesellschaftsglieder jeweils bestimmten Austausch-sätzen (Preisen) Exemplare jeder andern Warenart jederzeit in beliebigen Mengen nach Bedarfswahl aneignenbar sind. Die zweite damit verbundene Aufgabe wäre zu untersuchen, ob und inwiefern hinter jener allgemein üblichen Denk- und Sprechweise, die in den im Marktverkehr jeweils bestimmten Austausch-sätzen oder Preisen eine Wertbestimmung der für den Verkauf produzierten Waren sieht (die also die Frage, welches der Wert der Waren sei, mit der Angabe ihres jeweiligen Preises beantwortet), ein theoretisch klar erfassbarer Begriff des Warenwerts steht.

So viel ist ja klar, daß Exemplare all jener nach Bedarfswahl, sei es als Konsummittelwaren zum eigenen Konsum oder als Produktionsmittelwaren für den eigenen Betrieb, nachgefragten Warenarten für die so nachfragenden Subjekte in dem Umfang, wie diese sie zeitweilig zum Zweck ihrer Bedarfsdeckung nachfragen, unmittelbar subjektiven Gebrauchswert oder, wie man abkürzend auch sagt, Wert besitzen. Es ist das eine bloße Tautologie. Wäre das nicht der Fall, so entfielen damit jedes Motiv, warum sie Exemplare der betreffenden Warenart jeweils für ihren Bedarf im Austausch nachfragen sollten. Andererseits aber: Diese unmittelbar zum Zweck der Bedarfsdeckung nachgefragten und in ihrer Eigenschaft als konkrete Bedarfsgegenstände für die so Nachfragenden subjektiven Gebrauchswert besitzenden Waren haben für ihre respektiven Produzenten (wie wir die Betriebseigentümer abkürzend nennen wollen) diese Art von subjektivem Gebrauchswert nicht. Weder können sie die in ihren Betrieben erzeugten Produktionsmittelwaren in ihrem eigenen Betrieb als Produktionsmittel, noch, falls sie Konsummittelwaren erzeugen, die in ihrem Betrieb erzeugten Konsummittelwaren in irgend erheblichem Umfang für ihren eigenen Konsum verwenden. Will man überhaupt von einem Gebrauchswert sprechen, den die im Betrieb erzeugten Waren für ihre respektiven Produzenten haben, so kann dieser sich ausschließlich darauf gründen, daß die für den eigenen Bedarf ihrer respektiven Produzenten unbrauchbaren im Betrieb erzeugten Waren für deren Produzenten, die ihren eigenen Bedarf an Konsum- und Produktionsmittelwaren nur durch deren Aneignung nach Bedarfswahl im Marktwarenverkehr decken können, im Hinblick auf diesen ihren Zweck im Warenaustausch zweckmäßig veräußerlich sind. Womit zugleich gesagt ist, daß der subjektive Gebrauchswert, den die von ihnen produzierten Waren für sie haben, ein von dem subjektiven Gebrauchswert, den

Exemplare der nach Bedarfswahl nachgefragten Warenarten für die so Nachfragenden besitzen, toto genere verschieden ist. Weiter aber: Die einfachste Überlegung zeigt, daß ein wirtschaftlicher Gesamtprozeß, in dem die Produktion als Warenproduktion erfolgt, unmöglich ein Prozeß sein kann, in dem die respektiven Produzenten von Exemplaren nach Bedarfswahl nachgefragter Warenart mit diesen als Gegengabe im Warenaustausch Exemplare von ihnen selber nach Bedarfswahl nachgefragter Warenart unmittelbar sich aneignen können. Wie sollten beispielsweise etwa Spinnereifabrikanten, deren im Betrieb erzeugte Garnware als Produktionsmittel (Rohstoff) ausschließlich von Webereifabrikanten jeweilen nach Bedarfswahl nachgefragt ist, die aber ihrerseits vom Produkt der Weberfabrikanten unmittelbar nichts für ihren Haushalt brauchen, mit ihrem Garn die von ihnen benötigten Konsum- und Produktionsmittelwaren sich aneignen können?

Erste Voraussetzung für die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Gesamtprozesses, in dem die Produktion Warenproduktion ist, ist demzufolge, da die für den unmittelbaren Bedarf jeweilen nach Bedarfswahl nachgefragten Waren von ihren respektiven Produzenten nicht vice versa selber nach Bedarfswahl veräußert werden können: daß er von vornherein die Form eines Prozesses habe, in dem die Produktion der im Warenaustausch nachgefragten und angebotenen Waren sich als Produktion in g e g e n s ä t z l i c h bestimmter Weise nachgefragter und angebotener und dementsprechend in gegensätzlich bestimmter Weise im Warenaustausch veräußerlicher Waren vollzieht. Er hat die Form eines solchen Prozesses als Prozeß, in dem Exemplare einer der zahllosen im Warenaustausch nachgefragten Warenarten als Waren fixiert sind, gegen die die Produzenten aller anderen im Warenaustausch nachgefragten und angebotenen Waren die in ihrem Betrieb erzeugten Waren jederzeit übereinstimmend und ausschließlich (also ihrerseits unter Ausschluß von Bedarfswahl) als Gegengabe veräußern wollen, und in dem darum vice versa die Exemplare dieser einen Warenart (unter Ausschluß aller anderen) im Austauschverkehr mit den Produzenten jeder andern Warenart gegen Exemplare jeder andern Warenart nach im Austauschverkehr mit deren respektiven Produzenten jeweils bestimmten Austauschsätzen als Gegengabe veräußerlich sind. Die Exemplare dieser einen Warenart haben unter diesen Bedingungen also die Veräußerlichkeit oder den T a u s c h w e r t von Waren, mit denen nach diesen Austauschsätzen jederzeit Exemplare jeder andern Warenart jeweilen nach Bedarfswahl im Warenaustausch aneignenbar sind, und damit Geldcharakter. Was dann natürlich impliziert, daß sich die Produktion aller anderen Waren, die ihre respektiven Produzenten jederzeit übereinstimmend und ausschließlich gegen Geldware veräußern wollen, aber gegen Geld im Warenaustausch nur an, mit Geld als Gegengabe, Exemplare der von ihnen selber jeweils produzierten Warenart nach Bedarfswahl Nachfragende veräußern können, von vornherein nur als Produktion mit Geld nach Bedarfswahl nachgefragter, zu im Marktverkehr jeweils bestimmten Austauschsätzen (Preisen) an die so Nachfragenden veräußerlicher Waren vollziehen kann. Im Gegensatz zu den Exemplaren der Geldware, die so den Tauschwert jederzeit nach Bedarfswahl zu den gegebenen Preisen gegen Exemplare jeder andern Warenart als Gegengabe veräußerlicher Waren haben, besitzen dann alle anderen samt und sonders den Tauschwert von Waren, die nicht nach

Bedarfswahl sondern ausschließend gegen Geld an mit Geld als Gegengabe nach Bedarfswahl Nachfragende zu den im Marktverkehr jeweils bestimmten Austauschätzen oder Preisen veräußerlich sind.

So und so allein durch den Nachweis, daß und warum in jeder entwickelten warenproduzierenden Gesellschaft die Produktion der im Warenaustausch nachgefragten und angebotenen Waren nur als Produktion in dieser gegensätzlich bestimmten Art und Weise nachgefragter und angebotener und darum hinsichtlich der Art ihrer Veräußerlichkeit oder ihres Tauschwertes im Warenaustausch von vornherein gegensätzlich bestimmter Waren möglich ist, ist dann aber auch zugleich der grundlegende Begriff des Warenwerts zu bestimmen, auf dessen Basis sich jene Denk- und Sprechmanier, die die Preise der für den Verkauf produzierten Waren als deren Wert bezeichnet (und damit also die Frage, was ihr Wert sei, durch die Angabe des jeweiligen Preises beantwortet), allein in rationeller Weise verstehen läßt. Unter dem Wert all der zahllos verschiedenartigen, für den Verkauf produzierten Bedarfswaren, der nach dem Sprachgebrauch im Preis seinen Index hat, ist eben der spezifische Tauschwert zu verstehen, den sie samt und sonders als Waren haben, die im Gegensatz zur Geldware nicht nach Bedarfswahl, sondern ausschließend gegen Geld an nach Bedarfswahl Nachfragende zu jeweils bestimmten Austauschätzen veräußerlich sind. Also ein Tauschwert, hinsichtlich dessen die Exemplare all dieser zahllos verschiedenen Warenarten jederzeit nur quantitativ, was die größeren oder geringeren Geldquanten (Preise) betrifft, gegen die sie veräußerlich sind, sich jeweils unterscheiden können, hinsichtlich dessen sie also in der Tat durch Angabe ihrer jeweiligen Preise jederzeit erschöpfend bestimmt sind. Wohingegen der jeweilige Tauschwert der Geldware, da diese gegen Exemplare all der zahllos verschiedenen Warenarten jederzeit als Gegengabe veräußerlich ist, natürlich niemals durch das im Marktverkehr bestimmte Austauschverhältnis, nach dem Geld gegen Exemplare einer einzelnen dieser verschiedenen Warenarten veräußerlich ist, erschöpfend charakterisiert werden kann.

Wenn aber die Exemplare jeder Bedarfswarensart hinsichtlich ihres jeweiligen Tauschwertes jederzeit aus diesem Grund kommensurabel, in den Mengenverhältnissen, in denen Exemplare verschiedener Warenart bei ihren gegebenen Preissätzen gleich großen Gelderlös erzielen, wertgleiche Waren sind, folgt aus der gegensätzlich bestimmten, also qualitativ unterschiedenen Art des Tauschwertes, den die Geldware gegenüber allen anderen Warenarten hat, daß Exemplare der Geldware hinsichtlich ihres Tauschwertes schlechterdings mit Exemplaren keiner andern Warenart kommensurabel sind, daß also auch der Warenaustausch als Kauf und Verkauf, welches immer die im Marktverkehr bestimmten Austauschsätze seien, nach denen für Geld Exemplare einer Warenart erhältlich und diese gegen Geld veräußerlich sind, wegen dieser Inkommensurabilität des Tauschwertes an Geldware und Bedarfsware nie Austausch wertgleicher Waren sein kann.

Eine Folgerung, deren prinzipielle Bedeutung darin liegt, daß sie dem Marx'schen Versuch aus der Analyse des Begriffs des Warenwerts ein Argument dafür zu gewinnen, daß sich der Warenaustausch in jeder entwickelten warenproduzierenden Gesellschaft tendenziell notwendig als Warenaustausch arbeitsgleicher Waren oder Austausch von Arbeits-

äquivalenten vollzieht, von vornherein den Boden unter den Füßen wegzieht. Denn das Argument, mit dem Marx diese Folgerung gewinnt, ist jener im Wortklang so einleuchtend erscheinende, aber, wie die Analyse zeigte, in sich widerspruchsvolle und falsche Satz: daß der Warenaustausch (der immer Austausch von Bedarfs- gegen Geldware sein muß) zugleich ein Austausch wertgleicher Waren sei. Hat man sich kiargemacht, daß und warum diese These falsch ist, daß vielmehr der Begriff des Warenwerts in der warenproduzierenden Gesellschaft (und damit die Möglichkeit den Wert der anderen Waren durch ihr Austauschverhältnis mit der Geldware zu bestimmen) eine Artgleichheit des Tauschwerts der Geldware mit dem der anderen Waren, gegen die sie im Warenaustausch umgesetzt wird, damit also auch die Möglichkeit einer Kommensurabilität von Exemplaren der Geldware mit Exemplaren irgendeiner andern Warenart hinsichtlich ihres Tauschwerts ausschließt, so fällt die Marxsche Beweisführung von vornherein in sich zusammen. Denn eben nur mit Hilfe dieser falschen These: aus jener angeblich notwendigen Wertgleichheit der ausgetauschten Warenmengen, schließt sie weiter, daß jene supponierte Wertgleichheit in letzter Linie nur als Gleichheit der in ihnen verkörperten Mengen gesellschaftlich notwendiger Arbeit gedacht werden könne, und daß darum der Wert der Waren als die in ihnen verkörperte Arbeitsmenge zu fassen sei. Die als Prämisse dienende These ist falsch; damit ist die aus ihr gezogene Folgerung, daß der Warenaustausch logischerweise nur als ein Austausch arbeitsäquivalenter Waren zu denken sei, von vornherein unbeweisbar.

Mit anderen Worten: Aus den allgemeinsten Bestimmungen, die sich über die Art des Warenwerts, den die Waren in einer warenproduzierenden Gesellschaft haben müssen, deduktiv ergeben, läßt sich der Satz, daß der Warenaustausch zugleich notwendig Austausch von Arbeitsäquivalenten sein müsse, unmöglich ableiten. Es bleibt also für die Untersuchung der modernen Volkswirtschaft eine vollständig offene Frage, wie es sich mit ihr in dieser Hinsicht verhalte. Also eine offene Frage, ob die moderne Volkswirtschaft (deren Warenproduktion dadurch spezifisch näher charakterisiert ist, daß die in den Betrieben Waren als Eigentum der respektiven Betriebseigentümer produzierende menschliche Arbeit sich als Arbeit einer Vielheit von im Taglohn von den Betriebseigentümern gemieteter, unter ihrer Leitung im Betrieb kooperierender Arbeitskräfte darstellt) ein Prozeß sei, in dem bei freier Konkurrenz die Preisregulierung der Waren tendenziell notwendig derart erfolgt, daß die Betriebseigentümer (wie es der a priori unbeweisbaren Marxschen Wertgesetzhypothese entsprechen würde) bei Verkauf der Waren in deren durchschnittlichem Marktpreis annähernd ein Arbeitsäquivalent der in ihren Waren enthaltenen Arbeitsmenge empfangen, oder etwa in einer Weise, die ein solches Verhältnis der Arbeitsäquivalenz von Waren- und Geldmenge von vornherein ausschließt. Die unlösbaren Widersprüche, in die sich die Marxsche, so gewaltig alle früheren theoretischen Versuche übergipfelnde Theorie im 3. Band des Kapitals verwickelt, haben ihre letzte Wurzel darin, daß Marx, anstatt die Frage: ob und warum in der modernen Volkswirtschaft der Warenaustausch bei freier Konkurrenz tendenziell notwendig entweder ein Austausch von Arbeitsäquivalenten sein müsse, oder ob und warum er es umgekehrt tendenziell notwendig unmöglich sein könne, der weitem Untersuchung vor-

zubehalten, dieser Entscheidung durch die Aufstellung jenes zu Unrecht a priori für jede warenproduzierende Gesellschaft Gültigkeit beanspruchenden Wertgesetzes vorgegriffen hat; daß er diese unbewiesene Voraussetzung zum Ausgangspunkt all seiner weiteren Deduktionen machte.

Ohne den Möglichkeiten nachzugehen, die für eine solche das Marxsche Wertgesetz als Voraussetzung ausschaltende systematische Untersuchung der modernen Volkswirtschaft bestehen, sei zum Schluß nur noch von dem oben entwickelten Standpunkt aus mit ein paar Worten auf den Kardinalirrtum der heute in weitem Umfang herrschenden sogenannten Grenznutztheorie hingewiesen, jener Theorie, die sich in psychologischen Rasonnements darüber ergeht, wie der Besitzer eines ihm zur unmittelbaren Bedarfsdeckung zur Verfügung stehenden Gütervorrats von Gütern verschiedener Art bei einer eventuellen Abschätzung des subjektiven Werts, den diese für ihn haben, verfahren wird, und die sich allen Ernstes einbildet aus so gewonnenen Resultaten Folgerungen für die Regulierung der Austauschsätze im Warenaustausch ableiten zu können. Als ob nicht der absolute Widersinn eines solchen Versuchs von vornherein schon darin offenkundig hervorträte, daß weder die in den Betrieben der Betriebseigentümer produzierten Waren noch das dafür im Austausch als Gegengabe bezahlte Geld für die Betriebseigentümer Elemente eines ihrer unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung dienenden Gütervorrats bilden, daß also schon aus diesem Grund allein für die ihre Waren zum Verkauf anbietenden Betriebseigentümer die Anstellung jener Art vergleichender Grenznutzerwägungen, auf deren Entdeckung die Schule so stolz ist, von vornherein prinzipiell ausscheidet. Die psychologischen Zwecksetzungen, durch die das Verhalten der Funktionäre dieses Prozesses und damit der Selbsterhaltungsmodus des Prozesses selbst geregelt wird, sind nicht nach Robinsonanalogieen sondern in ganz anderer Art und Weise, nämlich dadurch charakterisiert: daß in diesem Prozeß, in dem mit Geld und nur mit Geld Waren jeder Art jederzeit nach Bedarfswahl aneignbar sind, die Ausübung aller in diesem wirtschaftlichen Prozeß erheischten Funktionen von den sie Ausübenden unmittelbar zu dem Zweck geschieht, um dadurch ein für ihre privaten Zwecke beliebig verwendbares Geldeinkommen (natürlich relativ zur Zeiteinheit eines Jahres möglichst großes Geldeinkommen) zu gewinnen. Ein Zweck, der von den respektiven Betriebseigentümern beim Verkauf der in ihren Betrieben erzeugten Waren natürlich nur in der Form realisiert werden kann, daß sie, welches immer die absoluten Preisgrößen der in ihrem Betrieb erzeugten Waren seien, das Verhältnis dieser Preisgrößen zu den Geldmengen, die sie die im Eigenbetrieb erzeugten Waren selber kosten (in erster Reihe zusammengesetzt aus Kostpreis der Produktionsmittelwaren und Kostpreis der Lohnarbeit pro Stück), so regulieren, daß sie aus der Differenz der beiden Geldbeträge einen Differenzgewinn beziehen. Wobei die *conditio sine qua non* eines solchen Differenzgewinns (ohne den die Eigentümer überhaupt ihre Funktion auf die Dauer weder ausüben wollen noch können) den Preiserabsetzungstendenzen der Käufer, die, was sie immer kaufen, natürlich überall zu möglichst niedrigem Preis kaufen wollen, in dem Gesamtzusammenhang des Prozesses überall Schranken setzt. Der Einfluß, den das von den Grenznutzlern als letzthin ausschlaggebendes Moment proklamierte, auf den subjektiven Gebrauchswert der Waren fundierte *subjektive Wert-*

urteil im Rahmen dieses Prozesses auszuüben imstande ist, reduziert sich im wesentlichen auf einen allgemein bekannten Umstand, der aber, statt, wie die Grenznutzer wollen, die im Marktverkehr jeweils bestimmten Preise zu erklären, sie vielmehr voraussetzt. Das Einkommen (Jahreseinkommen) der Funktionäre des Prozesses gibt ihnen im Verein mit dem letzthin naturnotwendig bedingten, aber überall elastisch weiter entwickelbaren System ihrer privaten Konsumbedürfnisse und im Verein mit den im Marktverkehr jeweils bestimmten Preisen der verschiedenen Konsumwaren die Maximalgrenze an, in deren Rahmen sie das System ihrer Bedürfnisse je nach der Größe ihres Geldeinkommens befriedigen können. Ein Arbeiter, der 1500 Mark im Jahr verdient, und, sagen wir einmal, bibliophile Neigungen haben würde, ein Liebhaber kostspieliger Buchausgaben wäre, wird bei Erwägung seines Geldeinkommens und der damit zu befriedigenden notwendigen Bedürfnisse voraussichtlich zum subjektiven Werturteil gelangen, daß die feinen Bücher, die er gern haben möchte, die Entbehrungen, die er, um sie zu kaufen, sich auferlegen müßte, nicht lohnen, daß jene Luxus-sachen ihm das dafür abverlangte Geld nicht wert sind. Wohingegen sein Arbeitgeber bei gleicher Liebhaberei und einem um ein paar Nullen größern Einkommen, da er derlei Dinge, ohne irgend merkliche Opfer an seiner sonstigen Bedarfsdeckung, beliebig kaufen kann, das Urteil fällt, daß jene Dinge das Geld, das sie kosten, ihm sehr wohl wert sind und dementsprechend danach kaufkräftige Bedarfsnachfrage erhebt. Woraus sich dann weiter die freilich ganz und gar nicht funkelnelneue Einsicht ergibt, daß auf Grund dieser, durch die Einkommensverschiedenheit bedingten Verschiedenheit der subjektiven Werturteile, die sich in Kaufen- und Nichtkaufenwollen umsetzen, der Absatz und die Produktion der notwendigen Lebensmittelwaren in jeder Volkswirtschaft stets unvergleichlich größern Spielraum haben müssen als den, der der Produktion kostspieliger Luxuswaren gezogen ist, wie auch, daß die Verbilligung von Luxuswaren den Umkreis ihrer Nachfrage zu erweitern, ihre Verteuerung ihn einzuschränken tendiert.

Die Berufung auf das subjektive Werturteil ist schließlich nichts als eine besonders zugespitzte Manier diesen auf der flachen Hand liegenden regulierenden Einfluß, den der Wille: mit dem (begrenzten) Einkommen das mannigfaltig abgestufte System der respektiven individuellen Bedürfnisse so gut wie möglich mit dem relativ höchsten individuellen Lusteffekt für das Subjekt im Warenankauf zu decken, auf den Umfang der Nachfrage nach jeweils preisbestimmten Waren persönlichen Konsumbedarfs ausübt, psychologisch zu umschreiben. Keine neue Erkenntnis eines Sachverhalts, im besten Fall ein im Ausdruck subtiler formuliertes Etikett.

XX
**HERMAN KRANOLD · PROBLEME DER ITALIE-
 NISCHEN KOLONIALPOLITIK**



B Frankreich später einmal den ungeheuren Irrtum seiner Koalition mit England einsehen und sich dahin begeben wird, wohin es ökonomisch gehört, nämlich an die Seite der Zentralmächte, kann heute niemand mit hinreichender Sicherheit voraussagen. Man kann aber wohl feststellen, daß seine dauernden Interessen eine solche Politik erheischen. Damit würde die große Neuordnung Europas

in die Wege geleitet sein, durch die auch das Zentrum Rußlands nach seiner natürlichen Ausdehnungsrichtung, nach Südosten, verlegt würde und es den Zugang zum Meer gewänne, den es für seine wirtschaftliche Entwicklung unbedingt braucht. Ein solches Europa würde nicht mehr für britische Weltmächtsaspirationen kämpfen sondern nur solidarisch seine eigene Zukunft aufbauen.¹⁾

Aber nicht nur in West- und in Osteuropa wird es die Aufgabe der kommenden Jahrzehnte sein die frühere Politik einer gründlichen Revision zu unterziehen: Auch am Mittelmeer muß manches korrigiert werden, wenn die Existenz des kontinentalen Europas wirtschaftlich und politisch gesichert werden soll. Aus dem Gewirr von Fragen, die sich an das Mittelmeerproblem schließen, sei hier nur eine herausgelöst, die für die politische Zukunft von erheblicher Bedeutung werden dürfte: die der italienischen Kolonisation in Nordafrika. Waren schon für den Entschluß Italiens zum Krieg kolonialpolitische Erwägungen mitbestimmend, so wird es für seine und unsere Zukunft wichtig sein die Kolonisationskraft und den unbändigen Kolonisationstrieb Italiens in die richtigen, naturgegebenen Bahnen zu leiten.



OLONIEEN gründet ein Staat, weil er zu viel Menschen hat, weil er bestimmte Rohprodukte braucht, weil er Kapital besitzt, das nach Anlage sucht, weil er Monopole der Schifffahrt wünscht, weil er seine Macht ausdehnen will, weil er eine Verpflichtung zur Verbreitung höherer Gesittung fühlt. Welche dieser Motive sind für Italien wirksam gewesen, und welche sind es noch?

Italien ist eines der dichterbevölkerten Länder der Erde. Auf den Quadratkilometer entfielen dort im Jahr 1862 87,2, im Jahr 1912 121,4 Menschen. Seit 1800 hat sich seine Bevölkerungsdichtigkeit beinahe verdoppelt. Sein Geburtenüberschuß schwankte in den Jahren 1907 bis 1911 zwischen 13,4 und 10,1 auf 1000 Einwohner.²⁾ Den Menschenreichtum, der ihm jedes Jahr zuwächst, kann das Land nicht beherbergen. Die geringe Intensität seiner Landwirtschaft, verursacht durch die ungünstigen Wasserverhältnisse, eine Folge des Waldmangels³⁾, die mangelhafte Besetzung des Landes mit Industrie und mit Schifffahrt für eigene Rechnung zwingen alljährlich eine große Zahl von Menschen ins Ausland zu gehen. So gab Italien in 6 Jahren, von 1907 bis 1912, 3,7 Millionen Menschen ans Ausland ab, von denen durch Rückwanderung (die an sich beträchtlich ist) nur ein kleiner Teil dem Land wieder zuströmte. Es lebten zum Beispiel im Jahr 1910 im Ausland 5,56 Millionen nichtnaturalisierte Italiener. Einige Zahlen werden uns ein Bild der Hauptrichtungen dieser Auswanderung geben. Zunächst sehen wir uns die Verteilung der *Seconda Italia* auf die einzelnen Länder an. Um das Jahr 1910 lebten in Westeuropa 444 600 Italiener, in der

¹⁾ Dieser Gedankengang ist in den Sozialistischen Monatsheften in einer Reihe von Artikeln (von Bloch, Hausenstein, Poetzsch, Schippel, Severing und anderen) entwickelt worden, so daß hier nur auf sie verwiesen zu werden braucht. Speziell über das russische Problem siehe auch meinen Artikel Rußlands Drang zum Meer, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 477 ff.

²⁾ Siehe das *Annuario Statistico Italiano*, 2. Serie, 2. Band 1912 /Rom 1913/. × Zum Vergleich: Deutschland hatte auf den Quadratkilometer im Jahr 1871 75,9, im Jahr 1910 120 Einwohner; Geburtenüberschuß im Jahr 1910 13,6, im Jahr 1912 12,7 auf 1000 Einwohner.

³⁾ Siehe *Leonhard Die landwirtschaftlichen Zustände in Italien /Hannover 1915/*: ein Büchlein, das ein vielleicht in Einzelheiten strittiges, im ganzen aber höchst anschauliches und auch richtiges Bild der italienischen Landwirtschaft gibt. Siehe ferner *Fitzners* außerordentlich interessanten Bericht *Die wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens*, bisher 3 Teile, erschienen in den Berichten über Handel und Industrie des Reichsamts des Innern, 20. Band, 13. Heft, 22. Band, 4. und 10. Heft /Berlin 1913 bis 1915/.

Schweiz 135 000, in Südeuropa 44 617, in Nordafrika 181 027 (davon in Algerien 45 374⁴⁾), in Tunis 100 000, in Ägypten 34 926), im übrigen Afrika 10 892 (davon in Erythräa 2800, in Italienisch Somaliland 240), in Asien 12 500, in Ozeanien 7 709, in Nordamerika 1 801 623 (davon in den Vereinigten Staaten 1 779 059), in Mittelamerika 4 481, in Südamerika 2 638 952 (davon in Brasilien 1 500 000, in Argentinien 1 000 000, in Uruguay 100 000). Von der Gesamtzahl von 5 557 746 lebten also in kolonialen Gebieten 4 701 801 oder etwa 85 %.⁵⁾ Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß in Italien der Gedanke aufkam durch Kolonisation auf afrikanischem Boden wenigstens einen möglichst großen Teil dieses Auslandsitalienertums dem Vaterland zu erhalten. Noch begreiflicher erscheint dies, wenn wir die Richtung betrachten, die die Auswanderung in der jüngsten Zeit nahm. Es wanderten von 100 Italienern im Mittel der Jahre 1907 bis 1911 aus: nach Ost-, Nord-, West- und Mitteleuropa 40,69, nach Südeuropa 0,72, nach Algerien und Tunis 0,88, nach Tripolitanien 0,06, nach Ägypten 0,34, nach dem übrigen Afrika 0,09 (Afrika überhaupt 1,37, Asien 0,08, Ozeanien 0,16), nach Nordamerika 40,34, nach Mittelamerika 0,05, nach Südamerika 16,59.⁶⁾ Also auch hier tritt wieder, wenn auch scheinbar nicht so stark, das Übergewicht der Länder kolonialen Charakters hervor, die mit 59,31 % an der Gesamtauswanderung beteiligt sind.⁷⁾

Obwohl so die italienische Volksgemeinschaft selbst jährlich einen recht ansehnlichen Teil ihres Menschenüberflusses abstößt, ist es der italienischen Landwirtschaft doch nicht gelungen die im Lande verbleibende, sich noch immer sehr stark vermehrende Bevölkerung, zu der in normalen Zeiten als Verbraucher noch eine nicht geringe Zahl fremdländischer Reisender kommt, ausreichend mit Agrarprodukten zu versorgen. Italien hat vielmehr ein dauernd wachsendes Defizit in einigen lebenswichtigen Nahrungsmitteln. So stellte sich hierin die Bilanz des Außenhandels wie folgt:

Jahr	Überschuß der Ausfuhr (+) respektive Einfuhr (-) an vegetabilischen tierischen Produkten, in 1000 Lire	
1907	+ 35 032	+ 9 332
1908	- 13 106	- 90 540
1909	- 142 611	- 112 865
1910	- 154 726	- 39 232
1911	- 78 332	+ 32 246
1912 (vorläufige Zahlen)	- 193 491	+ 38 781

⁴⁾ Bei Algerien sind auch die nur provisorisch dort naturalisierten Italiener (12 221 Personen) eingerechnet.

⁵⁾ Die Grundlagen dieser Angaben sind ziemlich unsicher; sie stammen aus dem in Note 2 erwähnten Anuario Statistico, das selbst bemerkt: »Die hier gemachten Angaben stammen entweder aus offiziellen Volkszählungen der verschiedenen Staaten oder Schätzungen durch diplomatische und konsularische Agenten oder Auswanderungsinspektoren.« Immerhin können die Fehler nicht so groß sein, daß sie die Resultate dieser Untersuchung störend beeinflussen könnten.

⁶⁾ Diese Zahlen unterscheiden nur das erste Bestimmungsland (paese di destinazione), geben also zu große Ziffern für Europa (außer Südeuropa) an; zum Beispiel schifften sich in Le Havre im Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1912 jährlich 17 061 Personen nach den Vereinigten Staaten von Amerika ein, das heißt 28,3 % der 1907 bis 1911 durchschnittlich jährlich überhaupt als nach Frankreich (einschließlich Monaco) ausgewandert gebuchten 60 399 Italiener.

⁷⁾ Die europäischen Länder sind die der stärkern Rückwanderung. Besonders in den germanischen und slawischen Ländern ist das Ansässigwerden nichtnaturalisierter Italiener sehr selten, sie sind hauptsächlich Wanderarbeiter. In geringerm Grad gilt das aber auch für Südamerika, wo sie meist landwirtschaftliche Saisonarbeiter sind (Argentinien).

Da die Zahlen der Gesamtein- und -ausfuhrwerte insofern kein genaues Bild der Warenmengen geben, als in den Einfuhrziffern zugleich die Frachtkosten stecken, sei noch die folgende Zusammenstellung hinzugefügt:

Jahr	Einfuhr, in 1000 Tonnen					Ausfuhr, in 1000 Tonnen					Butter und Kunstbutter
	Weizen	Mais	Ölsaaten	Fette	Andere Körnerfrüchte	Getreide	Reis, bearbeitet	Mehl	Teigwaren	Olivenöl	
1907	923	71	71	21	93	48	53	61	57	51	37
1908	790	76	75	26	142	19	49	61	49	45	41
1909	1332	215	91	30	180	35	46	59	52	24	38
1910	1442	400	91	24	183	42	37	88	64	42	40
1911	1391	384	104	31	194	28	53	93	64	37	40

Eine Tendenz zur Verringerung des Defizits an Agrarprodukten ist auch nach dieser Zusammenstellung gewiß nicht zu entdecken; der Impuls zu Auswanderung und Kolonisation mußte deshalb von Jahr zu Jahr stärker werden.

Weniger stark dagegen ist der Anteil des Finanzkapitals an dem Streben nach Erwerbung von Kolonien. Es ist ja seit einiger Zeit bei manchen parteigenössischen Schriftstellern Mode geworden unter allen Umständen diesem Finanzkapital die Hauptschuld an dem Vordringen des fatalen Imperialismus zuzuschreiben. Die alte Laienvorstellung, daß Kapital gleich Geld sei, und daß man jenes, das ja an allem schuld ist, im Finanzkapital also so recht in seiner nackten Urform vor sich habe, beherrscht diese Genossen derartig, daß sie den Marxismus für verloren halten, wenn sich irgendwo bei einem weltwirtschaftlichen Vorgang der Finger der fürstlichen oder bürgerlichen Gewinner und Fürstenberge nicht nachweisen ließe. Im ganzen haben finanzkapitalistische Erwägungen bei der italienischen Kolonisation eine recht geringe Rolle gespielt; kein Wunder bei einem Land, das so kapitalarm ist wie Italien, und das daher dauernd genötigt ist große Kapitalmengen aus dem Ausland an sich zu ziehen.⁸⁾

Dagegen spielte in der Zeit des Ursprungs der italienischen Kolonisation⁹⁾ auch ein Wunsch mit, der heute bedeutungslos geworden ist, nämlich Länder zur Anlage von Verbrecherkolonien zu besitzen. Botarelli berichtet darüber:

»Im März 1865 überreichte der Kommandant Biagio Caranti Seiner Exzellenz dem Landwirtschaftsminister Luigi Torelli einen Bericht über Strafkolonien, den er im Auftrag des Ministers selbst verfaßt hatte. In dieser Studie schlug Caranti die Besetzung der Nicobaren im Bengalischen Meerbusen vor, über die Dänemark die nominelle Herrschaft ausübte; dort hätte Italien 20- bis 30 000 Verurteilte unterbringen und »umsonst, unter Ersparnis von 6 bis 7 Millionen Kosten, weitere 5 bis 6 Millionen für Tabak einnehmen können.«

⁸⁾ Die italienische Zahlungsbilanz wird dadurch im Gleichgewicht gehalten, daß ihr Passivsaldo durch Erwerb von Dauerforderungen (Hypothesen, Obligationen, Aktien, Staats-, Provinzial-, Kommunalanleihen, Grundbesitz) des Auslands in Italien aufgewogen wird. Übrigens haben bei der oft versuchten Propaganda für die Besetzung von Tunis und bei der Propaganda für die Guerra di Tripoli gerade Bankkreise eine Rolle gespielt, besonders der Banco di Roma, der dem päpstlichen Stuhl nahesteht, und das in Mailand und Turin ansässige Kapital der schweren und der Rüstungsindustrie. Man wird sich aber trotzdem hüten müssen die Bedeutung dieser Interessen für die italienische Politik, auch in diesem Krieg, zu überschätzen.

⁹⁾ Über die ersten Kolonisationsversuche von italienischer Seite, 1861 bis 1882, informiert in anschaulicher Weise Botarelli *Compendio di Storia Coloniale Italiana* (Rom 1914), ein Werk, das auch sonst für diese Darstellung vielfach zu Rate gezogen wurde.

Als aber im Jahr 1868 Dänemark auf seinen Besitz verzichtete und Italien sich anschickte mit der britischen Regierung zu verhandeln, die das Vorkaufsrecht auf die Inseln hatte, wurde die englische Flagge auf den Nicobaren gehißt /1869/ und dort eine Filiale der englischen Verbrecherkolonie, die sich auf den Andamanen befand, errichtet.

Einige Zeit später kam ein weiteres Moment hinzu, das auch sonst in der Geschichte der Kolonisation eine wichtige Rolle gespielt hat, nämlich der Wunsch der Handelsflotte aufzuhelfen. Botarelli erzählt darüber folgendes: »Die gedrückte Lage unserer Handelsmarine, die hervorgerufen war durch die Zahl der Segelschiffe, die über den Handelsbedarf der Zeit hinausgewachsen war, und noch mehr durch den Druck auf die Frachtraten, den die Dampfschiffe fremder Nationen ausübten, riet zur Erwerbung von kolonialen Niederlassungen, die geeignet waren durch die Lebensfähigkeit ihres Handels die damalige Krisis [1874] der Schifffahrt zu beschwören. Dazu kam, daß stufenweise das Bedürfnis nach Handelsstationen im Zusammenhang mit den Handels- und Schifffahrtsverträgen wuchs, die Italien am 25. August 1866 mit Japan, am 26. Oktober des selben Jahres mit China und schließlich am 3. Oktober 1868 mit Siam schloß.«

Solche Überlegungen, die als psychologische Antriebe zweifellos wirksam waren, mag man sie an sich für irrig oder für richtig halten, konnten durch die seitherige Entwicklung natürlich nur noch mehr Geltung gewinnen. Der Satz, daß der Handel der Flagge folgt, erscheint, so sehr er auch von manchen Wissenschaftlern bestritten werden mag, zweifellos dem unbeeinflußten Politiker unmittelbar einleuchtend. Gegen ihn war alle Manchestertheorie, selbst in ihrer Blütezeit, machtlos; dafür bildet das Heimatland des Manchestertums ja selbst die beste Illustration.

Hiermit stehen wir schon am Übergang zu den Ideen politischer Macht, die ebenfalls als starke Triebfeder des Strebens nach kolonialer Ausdehnung dienen. Daß dieser Faktor in der Vorgeschichte der italienischen Unternehmung auf Tripolis von Bedeutung war, dafür besitzen wir in einem Buch Giovanni Grazianis ein klassisches Zeugnis.¹⁰⁾ Schon während der erregten öffentlichen Debatten über Tripolitaniens im Jahr 1902, die damals noch ergebnislos verliefen, hielt Graziani in Padova einen öffentlichen Vortrag über die tripolitaniische Frage, aus dessen Inhalt er selbst folgendes berichtet:

»Darin behauptete ich, mich stützend auf die Forschungen und Urteile von Della Cella, Vogel, Baumann, Lyon, Duveyrier, Rohlf's, Nachtigal, Biagiutti, daß es für Italien nützlich und nötig sei ohne Verzug dies Land in Besitz zu nehmen und so, teilweise, die Verschleuderung unserer nationalen Kräfte aufzuhalten, die, in den Strömen der Auswanderung, fremde Länder befruchteten; uns eine größere Küstenentfaltung im Mittelländischen Meer zu sichern, in dem wir . . . doch bestimmt sind zu herrschen; in unseren Händen den Handel des Sudan zu konzentrieren, indem wir ihn durch ebene, kürzere und bequemere Wege ans Mittelländische Meer ziehen; die mineralischen und agrikolen Hilfsquellen von Barca und Cyrenaica nutzbar zu machen und endlich einmal mit der verderblichen Politik des Verzichtens ein Ende zu machen [per finirla, una buona volta, con la politica disastrosa delle rinunce].«

Besonders die Überlegungen, die auf eine Wiederherstellung des Imperium Romanum über das östliche Mittelmeerbecken, auf eine Wiedereroberung der längst verschwundenen Provinz Afrika, der Kornkammer des römischen Reichs, hinzienten, fanden in dem tripolitaniischen Unternehmen ihren Brennpunkt.

¹⁰⁾ Siehe Graziani La Diana della Nuova Italia /Brescia 1914/. Diese Aufsatzsammlung führt den bezeichnenden Untertitel *Nazionalismo e Politica Coloniale*; sie ist außerordentlich charakteristisch für die Stimmung, die in Italien zum »Andiamo a Tripoli!« führte.

Als Zeugnis hierfür darf die Haltung der reformistischen Sozialisten Italiens gelten, die, wenn ursprünglich auch unsicher zögernd, sich im Verfolg der Ereignisse mehr und mehr zum Geist nationaler Expansion bekannten, indem sie betonten, »daß es ihre Pflicht sei diejenige Lösung des Kolonialproblems für Libyen zu suchen, die den Interessen der italienischen Arbeiterklasse am besten entspräche.«¹¹⁾ In den ersten Jahrzehnten ihrer Entwicklung hatte die italienische Kolonialpolitik mit der ganzen Gleichgültigkeit des Kleinbürgertums, mit dem ganzen Haß eines notgedrungen fast völlig staatsfeindlich orientierten Sozialismus zu kämpfen. Mit der Zeit aber kam die gleiche Entwicklung wie in Deutschland: Das Bürgertum wurde gewonnen, die festesten Prinzipien der sozialistischen Radikalen gerieten ins Wanken, bis schließlich die Bewegung in wildem südländischen Schwung über alles bei uns mögliche Maß hinausschoß.



ALLE diese Faktoren zusammen haben, jeder in der ihm eigentümlichen Weise, dazu beigetragen, daß in Italien das Verlangen wachgerufen wurde an der allgemeinen Kolonisationsbewegung teilzunehmen, die seit 1870 die europäischen Großstaaten durchzog.¹²⁾ Man wollte in Italien also einerseits Siedlungskolonien, andererseits auch Handelszuwachs aus dem kolonialen Landerwerb. Die Frage ist nun, was man erreicht hat.

Als im Jahr 1881 Frankreich den Bardovertrag schloß, scheiterte der Plan der italienischen Regierung Tunis, das Sizilien so nahe gegenüberlag und sich schon damals als Siedlungsgebiet der italienischen bäuerlichen Auswanderung bewährt hatte, zum Grundstein des überseeischen Italiens zu machen. Schon Weihnachten 1879 hatte ein italienisches Kriegsschiff in der Bucht von Assab am Westufer des Roten Meeres Anker geworfen: im September 1881 kam ein Vertrag mit dem Sultan von Raheita zustande, und am 5. Juli 1882, 3 Wochen nach der Okkupation Ägyptens durch die Engländer, wurde durch Gesetz die Kolonie Erythräa aufgerichtet. Seit dieser Zeit haben die Italiener versucht das Land zur Siedelungs- und in zweiter Linie zur Handelskolonie auszugestalten. Im Verlauf mannigfacher, oft unglücklicher Kämpfe mit den Stämmen und Staaten des Hinterlands (besonders Abessinien) kam eine Abgrenzung zustande, die der Kolonie ein Gebiet von etwa 119 000 Quadratkilometer zuwies. Auf diesem Gebiet wohnten im Jahr 1905 278 893 Menschen, von denen ganze 3949 Europäer waren. Der Handel übersee hatte im Jahr 1906 erst einen Wert von 10,1 Millionen Lire in der Einfuhr, 2,1 Millionen in der Ausfuhr und 4,2 Millionen in der Durchfuhr erreicht. Von da an ist er etwas schneller gewachsen; im Jahr 1911 betrug er in der Einfuhr 17,2, in der Ausfuhr 8,1, in der Durchfuhr 6,7 Millionen Lire, im ganzen also 32 Millionen Lire.¹³⁾ Von der Einfuhr des Jahres 1911 kamen 7,9, von der Ausfuhr 2,4 und von der Durchfuhr 0,6, im ganzen also 10,9 Millionen Lire oder 30,9 %

¹¹⁾ Siehe Bissolati Die sozialistisch-reformistische Partei Italiens auf ihrem ersten Parteitag, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 1. Band, pag. 145; für die Jahre vorher siehe Bonomi Der Tripoltsfeldzug und die italienische sozialistische Partei, in den Sozialistischen Monatsheften, 1912, 1. Band, pag. 469 ff.

¹²⁾ Einen sehr guten Überblick über die Probleme der italienischen Kolonialpolitik gibt das von dem Universitätsprofessor für Geographie in Genua Revelli herausgegebene Manuale Coloniale (Mailand 1914; viele der folgenden Angaben über die italienischen Kolonien sind ihm entnommen).

¹³⁾ Zum Vergleich: Deutsch Ostafrika hatte 1911 eine Einfuhr von 45,9, eine Ausfuhr von 22,4, also insgesamt einen auswärtigen Handel von 68,3 Millionen Mark. In den Zahlen für Erythräa ist die Einfuhr für Heeres- und Flottenzwecke nicht einbegriffen.

auf Italien. Im Einfuhrhandel traten Baumwollgewebe mit 6,1, Jutesäcke mit 0,1, Seidengarn mit 0,1, Baumwollgarn mit 0,4, Eisen und Stahl mit 0,8, Geräte und Maschinen mit 0,4 Millionen Lire auf; dazu kamen zahlreiche kleinere Posten, von denen die unter 0,1 Millionen Lire zusammen 6,3 Millionen Lire betragen. Italien hatte wesentlichen Anteil an den Baumwollgeweben (5,1 Millionen), den Baumwollgarnen (0,3 Millionen) und den Geräten und Maschinen (0,3 Millionen). Die Ausfuhr bestand aus Landesprodukten der üblichen Art (Hauptposten: Palmkerne 1,3, andere Ölsaaten 0,7, Perlmutter 0,9, Häute und Felle 0,9, Perlen 0,6 und Getreide 0,3 Millionen Lire). Die Ölrohstoffe, Felle und das Getreide gingen in der Hauptsache nach Italien. Der Schiffsverkehr betrug 1911 im Eingang 167 Dampfschiffe mit 191 000 Tonnen, 1038 Segelschiffe mit 15 700 Tonnen (davon unter italienischer Flagge 117 500 respektive 10 200 Tonnen), im Ausgang fast genau ebensoviel. Eine Eisenbahn von 221 Kilometer Länge beförderte im Finanzjahr 1911-1912 (außer Militärtransporten, Vieh und Eisenbahnmateriale) 38 924 Personen und 16 900 Tonnen Ware. Das Budget für 1911-1912 wies 13 Millionen Lire Einnahmen auf (darunter 6,4 Millionen Lire Staatszuschuß); ebenso hoch waren die Ausgaben, von denen 4,4 Millionen Lire auf die militärische Verwaltung entfielen. Die Heeresmacht betrug 133 Offiziere, 437 italienische und 4049 eingeborene Soldaten. Es handelt sich also um eine koloniale Idylle.

Fragt man nun, woher es komme, daß von der riesigen italienischen Auswanderung nur ein so winziger Bruchteil sich diesem Land zugewandt hat, so ist die Antwort nicht damit erledigt, daß man, wie üblich, der Regierungsschlamperei allein alle Schuld gibt. Vieles mag allerdings an ihr liegen. So fällt der Oberstleutnant der Infanterie Roberto Barletta am Schluß seiner Betrachtungen hierüber folgendes Urteil:

»Ich glaube allerdings nicht, daß die Ärmlichkeit der Ergebnisse, die wir erzielt haben, einer Unfähigkeit oder Schwäche unserer Nation zuzuschreiben ist, und ebenso glaube ich nicht, daß sie auf die negativen Eigenschaften der Gebiete zurückgeführt werden kann, die zu kolonisieren wir uns vorgenommen hatten. Ich glaube vielmehr, daß unser geringer Erfolg das natürliche Ergebnis unserer irrigen Methode und vor allem unserer ganz verfehlten Grundabsicht [principio fondamentale sbagliato] ist. Wir haben die Kolonisation ohne ein klares und wohlumrissenes Ziel begonnen; wir haben losgelegt, ohne uns zu fragen, wohin wir kommen und wie wir ankommen wollten; wir haben uns solcher Personen bedient, denen die nötigen Kenntnisse fehlten, und die keine genügende Erfahrung in kolonialen Angelegenheiten hatten; wir haben armen Teufeln erlaubt die Grundlagen der künftigen Kolonialwirtschaft zu legen, ganz Mittellosen oder Besitzern winziger Spargroschen, die in unmittelbar reichlichen Gewinn bringender Art hätten angelegt werden müssen, wenn ihr Besitzer auch nur hätte leben, geschweige denn reich werden sollen.«¹⁴⁾

Man hatte eine Siedelungskolonie haben wollen, und man geriet an eine Steppe, die extensive Viehzucht ermöglichte, wenn man große Summen an eine methodische Wasserversorgung des Landes wendete. Ein Sammelwerk über die Beschaffenheit des Hochlands und die Bedingungen seiner Bewirtschaftung und Besiedelung stellt ebenfalls fest, daß das Land bei beträchtlicher Kapitalanlage und allmählicher Erziehung der Eingeborenen zur Seßhaftigkeit für eine gesteigerte, von Eingeborenen betriebene Viehzucht und schließlich wohl auch für Baumwollkultur nutzbar gemacht werden könnte,

¹⁴⁾ Siehe Barletta *La Colonizzazione dell' Eritrea / Città di Castello 1913*: eine sehr sachkundige, dabei knappe Darstellung.

aber als Siedlungsgebiet für Europäer erst nach der Erschöpfung vieler anderer, jetzt noch offener Landstriche in Frage käme.¹⁵⁾

In Italienisch Somaliland herrschen ganz ähnliche Verhältnisse. Es würde zu weit führen sie im einzelnen darzulegen. Zum Beweis nur einige Zahlen: Die Größe des Gebiets beträgt 357 000 Quadratkilometer, die Einwohnerzahl etwa 300 000; der auswärtige Handel zur See umfaßte 1911-1912 9,5 Millionen Lire, der Anteil Italiens an der Ein- und Ausfuhr zusammen $\frac{3}{4}$ Million Lire; an Dampfschiffen liefen 1911 198 ein, mit 229 000 Tonnen (davon italienische 71 mit 90 900 Tonnen), an Segelschiffen 448 mit 16 899 Tonnen (davon italienische 186 mit 5286 Tonnen); die Einnahmen waren 1911-1912 6,5 Millionen Lire; das Heer bestand am 1. August 1912 aus 56 Offizieren, 80 weißen, 3408 farbigen Soldaten.

Es ist begreiflich, daß diese Leistungen den Tatendrang der italienischen Kolonialfreunde nicht stillen konnten. Barbeta spricht wohl in ihrer aller Namen, wenn er im März 1913 ausführt:

»Die italienische Nation mit ihrem prächtigen, einmütigen Schwung und mit ihrem zähen Festhalten am einmal Vorgenommenen; das Heer und die Flotte mit ihren brüderlichen großherzigen Anstrengungen vollbrachten in einem Jahr ruhmreiche Kriegstaten, haben das Vaterland um eine größere Kolonie bereichert. . . Ich wünsche von ganzem Herzen, daß das italienische Libyen den Hoffnungen entspricht, die die Italiener darauf setzen.«

Wie sieht es heute, nach 3 Jahren, mit dieser Hoffnung aus? Ist sie in Erfüllung gegangen? Konnte sie in Erfüllung gehen?



TUNIS bildet, zusammen mit Sizilien und der Sohle des italienischen Stiefels, einen Riegel quer durchs Mittelländische Meer; auch die Lücke, die Sardinien von Cap Blanco trennt, ist, sobald Corsica in italienischer Hand ist, nicht so groß, daß sie dem Tyrrhenischen Meer den Charakter einer italienischen See nehmen könnte. Und was das treibende Moment bei der geographisch ganz analog fundierten Adriapolitik der Italiener ist, ist es notwendig auch hier: Solange am südlichen Ende der beiden Meere Italien nicht zu beiden Seiten des Wassers sitzt, so lange sind von diesen Meeren aus die langgestreckten Küsten der Halbinsel zu umfassen, und jeder Seemächtige kann die inneren Verbindungen des Landes bedrohen, wo es ihm gerade beliebt. Dazu kommt, daß die großen Eisenbahnlinien in der Nähe der Küsten laufen müssen, ein Angriff von der Flanke her also noch gefährlicher wäre. Es war deshalb das natürliche Bestreben der Italiener die vorgelagerten Länder selbst in militärische Gewalt zu bekommen und so wenigstens einigermaßen die strategische Ungunst der Lage auszugleichen. Wie aber die Pläne der Italiener in der Adria bisher mißlungen sind, so haben sie sie auch im Südwesten noch nicht verwirklichen können. Tunis wurde ihnen schon 1881 von den Franzosen vor der Nase fortgenommen, und damit ist das Mare clausum, das in Corsica schon ein empfindliches Einfallstor hatte, an einer zweiten Stelle weit aufgerissen. Die einzige Gegenwehr der Italiener war die Besetzung von Tripolitanien, durch die die tunesische Stellung umgangen ist, so daß der Artillerist, der sein Geschütz in Biserta gegen Italien richtet, den Gegner zugleich im Rücken hat. Kein Wunder also, daß

¹⁵⁾ Siehe Omodeo, Peglion und Valenti La Colonia Eritrea, 1. Band /Rom 1913/. Der Band enthält eine sachkundige historische, politisch-wirtschaftliche Einleitung und Gutachten eines Wasserbauingenieurs, eines Landwirtschaftsachverständigen und eines Viehzüchters.

unmittelbar nach der großen Enttäuschung von Bardo der Wunsch in Italien rege wurde das Land der Großen und der Kleinen Syrtis in die Hand zu bekommen.

Das Bestreben das italienische Banner nach Tunis zu verpflanzen hatte aber auch eine unmittelbare wirtschaftliche Ursache. Die klimatischen Verhältnisse Nordafrikas sind zum Teil sehr verschieden von den italienischen. Aber gerade den Zipfel von Tunis scheiden Isothermen und Isobaren vom übrigen Afrika und schließen ihn mit Sizilien zusammen. Der gleiche Wind weht in beiden Ländern; der gleiche Stufenaufbau der Höhenschichten findet sich in Tunis wie in Süditalien und auf Sizilien, und die beiden tiefeinschneidenden Buchten von Tunis und Hammamet sorgen dafür, daß das Seeklima ebenso sehr wie auf der Apenninischen Halbinsel überwiegt. Hier liegt der Grund, weshalb sich die italienische Auswanderung einseitig nach Tunis ergoß und die benachbarten, aber so ganz andersgearteten Gebiete der afrikanischen Nordküste mied. Und auch die wichtigsten Produktionsquellen beider Gegenden sind die gleichen: Weizen-, in geringerer Menge Gerste- und Haferanbau, Orangenkultur, Schafzucht, Schwammfischerei, Weinbau, Baumwollkultur (in kleinem Maß), Olivenpflanzungen, Silber-, Blei-, Kupfer- und Korallengewinnung. Auf dieser Basis hatten sich bis zum Jahr 1880 die Verhältnisse dort entwickelt, die Botarelli beschreibt:

»Seine [Italiens] Auswanderer waren nach Zahl und ökonomischem Gewicht allen anderen fremden Kolonisten [in Tunis] überlegen, seine Sprache verbreitet und überall gesprochen; Verkehr, Handel, Banken, freie Berufe waren in italienischen Händen, so daß der Abgeordnete Mauro Macchi, indem er diese Sachlage darlegte, der Kammer sagen konnte: »Tunesien können wir als einen Reflex, einen Ableger, einen Zipfel von Italien betrachten«, und der Abgeordnete und Minister Visconti-Venosta, daß »kein wichtiges Ereignis in Tunesien die Interessen der italienischen Politik unberührt lassen kann« (Sitzung vom 12. Mai 1864).«

Aber 1881 besetzte Frankreich das Land. Botarelli sagt dazu:

»Als Gegenmaßregel gegen das französische Vorgehen in Tunis hätte Italien in diesem Augenblick Tripolitanien besetzen müssen, wenn schon aus keinem andern Grund, so doch um der Sicherheit und Verteidigung seiner Küsten willen.«

Das Ministerium Depretis verfuhr anders; es »mußte sich noch einmal kleiner als seine Aufgabe zeigen«:

»Gegen Ende des Jahres 1882 und zu Beginn des Jahres 1883 wurde auf Anstiften der türkischen Behörden unser Konsul und der italienische Resident in Tripolis beleidigt; jede Regierung hätte unmittelbares Wiedergutmachen und natürlich die Bestrafung der Schuldigen verlangt. Anstatt aber die Gelegenheit zu schleunigem Handeln zu benutzen, gab unsere Regierung Auftrag eine Haltung einzunehmen, die den Vorsatz jede Komplikation zu vermeiden beweist, und bat zu gleicher Zeit die türkische Regierung dem Gouverneur von Tripolis Mäßigung und Versöhnlichkeit zu empfehlen.«

Hören wir einige Stimmen von damals. Gerhard Rohlfs schreibt 1882:

»Italien mußte es wiedererobern, und ich begreife nicht, daß Italien nicht seine Rechte über Tripolis besser zur Geltung bringt. Wer dies Land besitzen wird, der wird der wahre Herr des Sudan sein: der Besitz von Tunis ist für mich nicht ein Zehntel so viel wert wie der von Tripolis.«

Ebenso Emilio Lupi:

»Auch wenn die Küste von Tripolitanien nur eine öde Heide [landa deserta] wäre, auch, wenn wir nicht einen einzigen von unseren Landsleuten dort unterbringen oder nicht eine Handelsfaktorei dort errichten könnten, müßten wir uns doch seiner bemächtigen, um nicht im Mare Nostrum zu ersticken.«

Abgeordneter Merselli in der Abgeordnetenversammlung am 9. März 1883:

»Jetzt, wo sich deutlich die Expansion einiger Staaten im Mittelmeerbecken ge-

zeigt hat, scheint es mir, daß eine Politik der Nachgiebigkeit die Politik des Selbstmords sein würde.«

Aber England, das schon im Wettbewerb um Tunis die Pläne der Italiener durchkreuzt hatte¹⁶⁾, hinderte auch dies; es untersagte jede Änderung des status praesens im Mittelmeer, da es wohl wußte, wie sehr der Wert von Malta sinken müßte, wenn im Norden und Süden italienisches Küstenland es flankierte.

Darüber gingen die Jahre hin. Italien war mit Deutschland verbündet. Hoffnungsvoll unternahm es die Kolonisation von Erythräa und Somaliland. Es führte den schweren, opferreichen Krieg gegen Menelik von Abessinien und gegen die Mahdisten; es sah seine Hoffnungen im Nordosten und Osten Afrikas Siedlungsland für seine Auswanderer zu finden schwer enttäuscht. Inzwischen wurde die tripolitanische Frage langsam akut. England von Alexandria, Frankreich vom Sudan und dem Hinterland von Tunis aus arbeiteten sich immer näher an Tripolitanien heran. Am 21. Mai 1902 hielt der Abgeordnete De Marinis seine große Tripolisrede in der italienischen Abgeordnetenkammer, in der er an Mazzinis Wort erinnerte: »Heute liebäugeln die Franzosen damit und werden es bald haben, wenn wir es nicht haben.« Aber noch war Italien fest im Dreibund, dessen Spitze sich 3 Jahre vorher als Schutzmacht des Islams proklamiert hatte; noch war der Schlag von Adua nicht verwunden, noch war Frankreich der große Gegenspieler Englands im Mittelmeer. Nach wiederum einigen Jahren jedoch war die Situation verändert. England und Frankreich hatten sich gefunden. Italien war in Algeciras zum erstenmal mit seinen jetzigen Kriegsverbündeten gegangen. Englischer Einspruch war nun nicht mehr zu fürchten. Die protegierte italienische Industrie ging gewaltig in die Höhe, und Italien fühlte sich stark. Es fiel in Tripolis ein, annektierte das Land mitten im Krieg, als es kaum die Küste besetzt hatte und zwang die von inneren Wirren geschwächte Türkei in Ouchy auf die Knie. Man hatte also jetzt eine Siedlungskolonie, und es galt nun die einstige Kornkammer des alten Roms wieder zur Blüte zu bringen. Das erforderliche Kapital dazu war wohl mobil zu machen, und schließlich wäre Italien wohl auch mit den störrischen Mohammedanern des Hinterlands fertig geworden.

Es wäre ein müßiges Beginnen, wollte man spekulieren, was aus Tripolitanien geworden wäre, wenn Italien nicht am Krieg teilgenommen sondern alle seine Kräfte auf die Kolonisation des eroberten Landes konzentriert hätte. Leicht wäre dies auch nicht gewesen. Sollte hier wirklich eine Siedlungskolonie geschaffen werden, so bereitete namentlich eine Frage große und unangenehme Schwierigkeiten, nämlich die des Landbesitzes. Man hatte zuerst geglaubt in niemandes Land zu kommen. Aber bald erkannte man, daß man in dem eroberten Gebiet einem alten, komplizierten, im Rechtsbewußtsein der Einwohnerschaft tief verankerten System des Bodenrechts gegenüberstand, daß der Errichtung europäischer Siedelungen so hinderlich wie nur möglich war¹⁷⁾, es sei denn, daß man fortgesetzte

¹⁶⁾ Siehe Hofatetter Vorgeschichte des französischen Protektorats in Tunis bis zum Bardovertrag /Bern 1913/; über dieses Buch ist in der Rundschau Kolonisation, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 728, referiert worden.

¹⁷⁾ Von der umfangreichen Literatur über diesen Gegenstand sind zu empfehlen die gut informierende kurze Schrift Bartolottis *Il Problema della Proprietà Fondiaria in Libia* /Padua 1914/ und das umfangreiche, unheimlich gelehrte, mit Dokumenten vollgepfropfte Werk *Curia's Studio sulla Proprietà Fondiaria in Libia* /Neapel 1914/, das ein Handbuch des moslimischen Bodenrechts überhaupt darstellt.

Kämpfe mit den Eingeborenen riskieren wollte. Überdies zeigten sich die Eingeborenen in den weiter landeinwärts gelegenen Gebieten durchaus nicht so leicht zu gewinnen wie man das nach früheren Erfahrungen in mohammedanischen Ländern angenommen hatte.¹⁸⁾

Solange nämlich die Herrschaft des islamischen Sittengesetzes, die innerhalb einer kapitalistischen Umgebung zu wirtschaftlichem Ruin führen mußte, noch unbestritten war, solange den Moslims demzufolge die konkrete Grundlage für die Aufrichtung politischer Macht fehlte, so lange war es im allgemeinen leicht eine europäische Herrschaft über sie aufzurichten. Eine Ausnahme bildeten höchstens jene Gebiete, in denen der Kapitalismus noch gar nicht zur Herrschaft gelangt war, wo vielmehr noch mit der islamischen Wirtschaftsmoral, dem islamischen Recht verträgliche Wirtschaftsformen herrschten. Bei einem Zusammenstoß solcher Stämme, zum Beispiel der Sklavenhändler des Darfur, der Umgebung des Tschadsees usw., mit europäischen Heeren waren jene leicht zu überwinden. Kriegstechnisch rückständig, unter einander uneinig, eine isolierte Herrschicht inmitten haßerfüllter, rassefremder, sklavenliefernder Neger bildend, konnten die moslimischen Potentaten und ihre Heere den Maschinengewehren der Engländer, Franzosen und Deutschen nicht widerstehen. Als aber die Italiener daran gingen nach dem Frieden von Ouchy Tripolitanien zu unterwerfen, da stießen sie, die schwächste unter den das mohammedanische Afrika kolonisierenden Nationen, gerade auf das stärkste der islamischen Staatsgebilde, und noch dazu zu einer Zeit, als die übrige islamische Welt die Lethargie abzuschütteln, sich kapitalistischer Wirtschaft und kapitalistischer Politik einzufügen begann.

Tripolitanien hat eine lange, bewegte Geschichte unter dem Islam durchgemacht, die uns zwar fast unbekannt blieb, die aber für die gesamte Entwicklung des Islams von großer Bedeutung war. Diese bestand vorzüglich darin, daß in seinen weit von einander und vom Arm des Konstantinopler Großherrn entfernten Oasen sich ein orthodoxes, araberblütiges Sektenwesen halten konnte, das alle Kompromisse der Türken mit der Christenheit, ja alle Kompromisse des noch auf der Heimathalbinsel lebenden Arabertums mit den Türkensultanen verwarf und danach strebte das Kalifat wieder in die Hände derjenigen Nation zu bringen, der der Prophet selbst entsprossen war. In den innerafrikanischen Kämpfen seit 1870 hatten die Hauptträger dieses Sektenwesens, der Orden der Senussen, gelernt diplomatisch zu verfahren und drohende Gefahren richtig abzuschätzen. Zudem war es ihnen gelungen in Arabien selbst weitausgesponnene Beziehungen anzuknüpfen, und die Zeit war nahe, wo sie sich auf den Endkampf rüsten mußten. In diesem Augenblick traf sie der Einbruch der Italiener in ihr Land. Damit war eine taktische Situation geschaffen, in die sie sich zu finden wußten. Sie stellten das, was sie vom Padischah trennte, zurück, um sich die Freiheit, die unerläßliche Vorbedingung ihres Strebens nach Wiedererwerb des Kalifats, zu sichern. Und sie haben ganz konsequent ihren Kampf mit den Italienern auf alle Bundesgenossen ihrer neuen Todfeinde und auf alle Gegner ihrer neuen Verbündeten ausgedehnt.

¹⁸⁾ In folgendem benutze ich vielfach das ganz ausgezeichnete Buch des Grafen Aldobrandino Malvezzi *L'Italia e l'Islam in Libia* / Florenz 1913, ferner zahlreiche Aufsätze in der glänzend geleiteten, in Deutschland leider allzu wenig gekannten Zeitschrift *L'Afrique française*, *Bulletin du Comité de L'Afrique française*, deren umfangreiche Hefte allmonatlich in Paris erscheinen.



UCHTIGE Schläge hat der Islam in Afrika, in Mesopotamien, im südlichen Arabien, auf Gallipoli ausgeteilt. Im Bund mit den europäischen Zentralmächten ist es ihm gelungen im gefährlichsten Augenblick dem Angriff zu begegnen, der ihn aus einem kranken zu einem toten Mann machen sollte. Tripolitanien, große Teile der ägyptischen Wüste, des französischen Sudans, ja sogar von Algier, Marokko und Tunis scheinen von der Fremdherrschaft befreit, und eine Renaissance des Islams scheint heraufzusteigen. Aber sie ist in ihrer Dauer, ja in ihrem Zustandekommen daran gebunden, daß die Mächte, die dem Islam sonst beigestanden haben, auch ferner stark genug bleiben ihre schützende Hand über ihn zu halten, bis er selbst wieder zur alten Kraft erstarkt ist. Das Interesse des Islams trifft zusammen mit dem der Zentralmächte (das in Wirklichkeit ein gemeineuropäisches Interesse ist): die Unabhängigkeit Kontinentaleuropas vor englischen Herrschaftsgelüsten durch das einzig mögliche Mittel zu sichern, durch eine mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft (nicht in der jetzt üblich gewordenen Verengung der Idee sondern, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften seit jeher befürwortet wurde, mit Einbeziehung auch der westlichen und südlichen Kontinentalstaaten) unter Ausdehnung auf die asiatische Türkei, so daß das Mittelmeer als Binnenmeer umfaßt wird. Noch ist es zu früh sich diese wirtschaftlich neuverteilte Welt in genauen Einzelheiten auszumalen. Ihr Aufbau kann auch nur allmählich erfolgen, in dem Maß wie die einzelnen Nationen ihr Interesse erkennen und sich freiwillig dem Wirtschaftsgebilde anschließen, das ihnen ihre eigene Entwicklungsmöglichkeit sichert. Einstweilen sehen wir an Italien, welches Schicksal die auswärtige Kolonisation eines Landes ereilt, das durch seine Zustände im Innern uns zeigt, wie sehr es selbst noch der Kolonisierung bedarf. Als Teil eines größeren wirtschaftlichen Ganzen können ihm neue Kräfte kommen, aber auch andere Aufgaben erstehen. Und daher werden erst in diesem Komplex die Probleme der italienischen Kolonialpolitik ihre wirkliche Erledigung finden.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

England: Wehrpflicht

Unter wiederholten inneren Krisen hat sich die Wehrpflicht in England Schritt vor Schritt durchgesetzt, und auf der letzten abschließenden Stufe wäre die seit einem Jahr amtierende Koalitionsregierung vielleicht ganz auseinandergefallen, wenn gegenwärtig ein ausschließlich konservatives oder liberales Ministerium überhaupt noch denkbar sein würde. Aber der Übergang des Steuerruders in konservative Hände hätte Neuwahlen zur Schaffung einer neuen parlamentarischen Mehrheit vorausgesetzt, und niemand wollte während

des Krieges so leicht die Leidenschaften eines unsicheren Wahlkampfes entfesseln. Die alte, im Anfang fast erdrückende, liberale Unterhausmehrheit ist wiederum, durch das Auftauchen nicht voraussehender Fragen, derart gelockert und zersetzt, daß die überlieferte Führerschaft der Asquith und Grey nicht entfernt für eine entschlossene und glatte Erledigung der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung, Verwaltung und Kriegführung mehr ausreicht. Der Zwang wurde noch verstärkt durch die immer unaufhaltsamer sich aufdrängenden Rücksichten auf die Verbündeten, vor allem auf Frankreich. »Die Franzosen«, hatte ein französischer »Staatsmann« offen zu dem Pariser Ver-

treter der Times geäußert, »haben eine starke Empfindung der Gleichheit. Das lehrt schon die außerordentliche Gleichstellung in unserm [französischen] Wehrgesetz. Unter dem Druck der Invasion haben wir uns gewöhnt auf unsere Verbündeten zu blicken, fast als ob sie Glieder unseres eigenen Gemeinwesens geworden wären. Nachdem wir nun unsere ganze männliche Bevölkerung für den Krieg hergegeben haben, mit dem anschwellenden Blutverlust aus unseren Adern, wie können Sie von unseren weniger aufgeklärten Massen etwas anderes erwarten als das Gefühl: in der gemeinsamen Sache müßten auch die Opfer, besonders die Opfer an Leben und Blut, die gleichen sein?« (Times vom 5. Mai 1916). Dazu häuften sich die Ungerechtigkeiten und die offensichtlichen Nachteile, wenn man, ohne zur allgemeinen Wehrpflicht, auch der Verheirateten, überzugehen, an der alten Regelung nochmals herumzuckeln versuchte. Der rasch wieder zurückgezogene Regierungsvorschlag die Reihen der Kämpfenden zu verstärken ging Ende April dahin: die bisher Entlassenen und Entlassungsfähigen bis zum Ende des Krieges zu verpflichten und die Jugend vom vollendeten 18. Lebensjahr an heranzuziehen. Die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht höhnten nicht mit Unrecht: das sei wohl als Strafe gedacht einerseits für den Nichtbesitz des Wahlrechts und andererseits für die bereits lange Zeit geleisteten Heeresdienste, während die Drückeberger der besten Jahrgänge nach wie vor unbelästigt bleiben sollten. Selbst der Vertreter der Lancashire Bergleute Stephen Walsh, der nachher für die uneingeschränkte Wehrpflicht stimmte, vermißte in dem Zwischenplan jedes »fair play«. Auch die Klagen hörten schließlich nicht auf, daß man wegen der zu schmalen Rekrutierungsgrundlage viel minderwertiges Freiwilligenmaterial an der Kampffront und daheim festhalte, das bei größerer Auswahlmöglichkeit rasch und leicht durch geeignete Kräfte ersetzbar sein würde. Die hohen Abgänge brachte man deshalb vielfach mit der Halbheit des ganzen bisherigen Rekrutierungssystems in Zusammenhang. So bröckelte im Handumdrehen der Widerstand nach allen Seiten ab, und der 5. Mai brachte dem Military Service Act 1916 (so wird künftig dieses grundlegende Gesetz heißen) eine Mehrheit von 328 gegen 36 Stimmen, in der 3. Lesung am 16.

Mai von 250 gegen 35 Stimmen. Die Grundbestimmungen sind danach: daß alle Männer zwischen 18 und 41 Jahren, gleichviel ob unverheiratet oder verheiratet, der Dienstpflicht unterliegen, daß das Entlassungsrecht während des Krieges aufhört und alle bereits Entlassenen, soweit sie das 41. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, wieder zurückzuberufen sind. Die ärztlichen Bescheinigungen der Untauglichkeit sind einer Nachprüfung zu unterziehen; die Fristen für die Freigebungen durch die Schiedsgerichte erfahren eine Abkürzung. Ein *Spezialreserveverhältnis* ist vorgesehen für Männer, die zeitweise ihrer Berufstätigkeit erhalten bleiben sollen, die jedoch täglich wieder eingezogen werden können. Den erbittertesten Widerstand fürchtete die Regierung bis zuletzt seitens der Arbeitervertreter; er war jedoch unvergleichlich schwächer als seinerzeit gegen die ersten, viel milderen Vorlagen. Boten damals noch die Arbeitermitglieder des Ministeriums ihre Entlassung an und schien der ganze Block zwischen Liberalen und Arbeitern in die Brüche gehen zu sollen, so gab diesmal schon am 2. Mai die Labour Party ihren Angehörigen fast ohne jede Erregung die Abstimmung frei, und am 5. Mai, bei der 2. Lesung, stimmten in der Tat 13 Labour members mit der bürgerlichen Mehrheit (Barnes, Bowerman, Brace, Crooks, Duncan, Henderson, Hodge, Parker, Roberts, Sutton, Tootill, Walsh und Wilkie), nur 9 dagegen (Anderson, MacDonald, Snowden, Goldstone, Jowett, Richardson, der Bergarbeiter Abraham und die Eisenbahner Thomas und Hudson).

✕ Irischer Aufstand ✕
 Größere Sorgen ließen ein lebhafteres Gefühl für diese ungeheure Umwälzung im ganzen Zuschnitt des englischen öffentlichen Lebens und Denkens kaum aufkommen. Am Ostermontag 24. April war in Dublin der offene Bürgerkrieg ausgebrochen. Die Sinn Fein-Anhänger, die Fenier der Gegenwart, hatten im Bund mit den Syndikalisten, die schon früher einmal beim Transportarbeiterstreik von 1913 arge Verlegenheiten bereiteten, die wichtigsten Regierungsgebäude in Dublin besetzt, die unabhängige irische Republik verkündet und eine provisorische Regierung ernannt. Es gelang zwar den Handstreich in wenigen Tagen blutig niederzuschlagen, aber die Zerstörung von Baulich-

keiten und sonstigem Eigentum war, wie allseitig zugestanden wird, ganz enorm, und schon bei den ersten Parlamentsdebatten sprach die Regierung von 1315 Verwundeten und 304 Toten in der Zivilbevölkerung. Das Kriegsrecht wurde über Dublin Stadt und Land verhängt, 15 Erschießungen sofort nach dem militärischen Sieg vollstreckt; im ganzen Land war das regelrechte Verfahren vor den Zivilgerichten suspendiert. Gegen Sir Roger Casement, den bekannten irischen Unabhängigkeitsschwärmer, der angeblich bei der Wegnahme eines waffenschmuggelnden deutschen Schiffes mitgefangen genommen wurde, ist ein Prozeß wegen Hochverrats eingeleitet. Aber das Peinlichste für die englische Politik bilden die Nebenwirkungen dieses an sich vielleicht weniger wichtigen Vorgangs. Das geplante Verbot des Waffentragens und des persönlichen Waffenbesitzes begann sofort die protestantischen Ulsterleute im Norden Irlands auf das tiefste zu erregen. Waren sie doch kurz vor Ausbruch des Krieges von keinem geringern als Sir Edward Carson, heute neben Lloyd George und Lord Northcliffe vielleicht dem einflußreichsten englischen Politiker, militärisch ausgerüstet und gedrillt worden, um den befürchteten Übergriffen der kommenden katholisch-irischen Selbstregierung ausreichend begegnen zu können. Festes Zugreifen schien, wie gewöhnlich, den englischen Siegern die beste Fernhaltung weiterer Gefahren zu verbürgen; aber schon die ersten Bluturteile hatten für den unterlegenen Teil um so wärmere Sympathien bei allen Iren geweckt, und im Parlament fiel bei ihrer Erwähnung sofort der entrüstete Zuruf »Hunnen! Hunnenbarbarei!« Noch bedenklicher ist der wahrscheinlich zu erwartende Eindruck in Amerika, in dessen Parteileben die Iren bekanntlich eine ganz unverhältnismäßig einflußreiche Rolle spielen, und bei dessen Iren, auf die politischen Flüchtlinge und Märtyrer früherer Jahre gestützt, die unversöhnlichere und radikalere Spielart der Homerulebewegung noch immer überaus stark vertreten ist. Die Massenstimmung in den Vereinigten Staaten ist jedoch für England, wie die jüngste Vergangenheit wiederum lehrte, ein ungemein wichtiger und hochgeschätzter Faktor. Es hält auch sonst schwer den Vorkämpfer für alle unterdrückten kleinen Völker selbstzufrieden und beifallheischend herauszukehren,

während man im eigenen Reich eine nationale Unabhängigkeitsbewegung gleichzeitig mit Kanonen im Straßenkampf zerschmettert. Deshalb sind die politischen Sorgen, die mit den Dubliner Ereignissen in Zusammenhang stehen, in Wahrheit viel schwerer als der Aufstand allein es rechtfertigen würde.

× England: Teuerung ×
 Ferner ist das Vertrauen auf die lückenlose Offenhaltung und den genügenden Schutz der Meere längst nicht mehr das alte. Äußerlich mag die Rechnung noch immer stimmen: Der deutsche Unterseebootkrieg ist durch die Sekundantendienste Amerikas vorläufig weiter zurückgedrängt, die Zepelinangriffe waren bisher mehr eine Warnung als eine tiefgreifende Gefährdung. Aber die Schiffsnot wächst trotzdem von Monat zu Monat. Wie Lord Beresford im Hause der Lords am 3. Mai darlegte, verfügte England beim Kriegsbeginn über 11 353 Schiffe (mit über 400 Tons). Die Admiralität, die Truppentransporte eingeschlossen, beanspruchte davon 2- bis 3000; für den normalen Handel wären also etwa 8853 Schiffe geblieben. Aber sie müssen wegen der Ablenkung von den normalen Zufuhr- und Ausfuhrgebieten, wegen der notwendigen Heranziehung viel entfernterer Versorgungsgebiete (Weizen aus Australien und Indien usw.), wegen der Vermeidung von Kriegsgefahren, wegen der Stauung in den wenigen freien Häfen etwa die 3fache Arbeit und Zeit auf die Erzielung ungefähr des selben Ergebnisses verwenden. Weiter mußten gegen 500 Schiffe dauernd den Verbündeten zum Gebrauch überwiesen werden. Der gewohnte Ersatz durch Neubauten stockt (siehe darüber auch die Rundschau Verkehr, in diesem Band, pag. 523f.). Im 1. Vierteljahr 1916 liefen 67 Dampfer mit 80 161 Tons vom Stapel, im gleichen Zeitraum von 1914 dagegen 142 Dampfer mit 428 549 Tons: mehr als das 5fache an Tonnage, bei normalem Abgang, an dessen Stelle im Krieg längst ganz andere Ziffern getreten sind. Die Folge ist eine Preissteigerung, die für manche unentbehrlichen Lebens- und Genußmittel weit über die Verteuerung hinausgeht, mit der man durch die Aushungerungsabspernung Deutschland zu treffen gedachte. Nach Professor Dr. Hermann Levy kostete Weizen im März 340 Mark die Tonne, und selbst nach der Heran-

bringung neuer Ernten im Mai noch etwa 280 Mark, also zuletzt immer noch 20 Mark pro Tonne mehr als Weizen in Berlin und 60 Mark die Tonne mehr als Roggen in Berlin, während die Friedenspreise beim Weizen etwa 55 Mark niedriger zu sein pflegten. Professor Levy führt in der Vossischen Zeitung vom 21. Mai 1916 den Vergleich für eine ganze Reihe von Waren fort. Dabei verzichtet die englische Reederei notgedrungen auf viele glänzend profitable Transporte, die dem neutralen Wettbewerb zufallen und diesen für später bedenklich verstärken könnten. Als Italien noch mehr Schiffsraum beanspruchte, erwiderte deshalb der Abgeordnete Sir Archibald Williamson für die Schiffseigner sehr unwirsch: »Die Neutralen sind es, die enorme Gewinne anhäufen. Es ist berechnet worden, daß bis zum Ende des laufenden Jahres, seit Kriegsbeginn, die Schiffsbesitzer von Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden Profite, über die normale Höhe ihrer gewohnten Einnahmen hinaus im Betrage von mindestens 80 Millionen Pfund Sterling angehäuft haben werden. Ich darf einschalten, daß wir Geschäftsleute von Großbritannien diese Sachlage in einem sehr ernsten Lichte sehen. Sie kommt einer unmittelbaren Bedrohung für die Zukunft unserer Handelsmarine gleich. Während die britischen Reeder verhältnismäßig wenig akkumulieren und ihre Schiffe durch die Gefahren der See und des Krieges einbüßen, türmen die Neutralen, und haben es schon getan, ungeheure Reserven auf, mit denen sie zu günstiger Zeit große Flotten von Handelsschiffen erbauen und die Zukunft der Handelsflotten der Verbündeten ernstlich gefährden können« (Times vom 4. Mai 1916). Man sieht, wie auch Engländer selber daran zweifeln, daß die Zeit wirtschaftlich nur für sie und nur gegen Deutschland arbeite.

×
 Amerika und Deutschland

Einen Lichtblick für England bildete in letzter Zeit jedoch die treue Gefolgschaft der Vereinigten Staaten und die dadurch erzielte Einschränkung im deutschen Unterseebootkrieg. Hier seien nur kurz die wichtigsten Entscheidungen angeführt. Die am 20. April in Berlin überreichte amerikanische Note kam zu der Schlußfolgerung, »daß der Gebrauch von Unterseebooten zur Zerstörung des feindlichen Handels notwendigerweise (gerade wegen des

Charakters der verwendeten Schiffe, unter Angriffsmethoden, die ihre Verwendung naturgemäß mit sich bringt) gänzlich unvereinbar ist mit den Grundsätzen der Menschlichkeit, den seit langem bestehenden und unbestrittenen Rechten der Neutralen und den heiligen Vorrechten der Nichtkombattanten . . . Sofern die Kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methoden des Unterseebootkriegs gegen Passagier- und Frachtschiffe bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben als die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung ganz zu lösen.« Sprache und Begründung der Forderung waren gleich ungewöhnlich. Am 4. Mai erwiderte die deutsche Regierung, »daß es vor der Menschheit und der Geschichte nicht zu verantworten wäre nach 21monatiger Kriegsdauer die über den Unterseebootkrieg entstandene Streitfrage eine den Frieden zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke ernstlich bedrohende Wendung nehmen zu lassen«. Es sei deshalb Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen »auch innerhalb des Seekriegsgebiets Kauffahrtschiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten«. Die deutsche Regierung hatte dabei, die Ungleichartigkeit des amerikanischen Verhaltens gegenüber Deutschland und England hervorhebend, mit dem Hinweis geschlossen: sie zweifle nicht daran, daß die amerikanische Regierung »nunmehr bei der großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Krieg allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 15. November 1915 dargelegt sind«. In einer sehr kurz angebundenen Antwort hat die amerikanische Regierung alsdann der deutschen mitgeteilt, »daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von seiten der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder in dem geringsten Grad von dem Verhalten irgendeiner andern Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämp-

fenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam; absolut, nicht relativ. Ich ergreife die Gelegenheit, um Euer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.« Um alle Hoffnungen auf eine wirkliche Neutralität der Vereinigten Staaten noch mehr herabzumindern, wies der Staatssekretär Lansing gleichzeitig darauf hin, daß jedes Vorgehen gegenüber der englischen Regierung an besondere Verträge gebunden sei, und ein amerikanischer Diplomat erläuterte dies dahin: nach dem Schiedsgerichtsvertrag zwischen England und Amerika seien auftauchende Streitfälle vorerst einem Untersuchungsausschuß zu überweisen, der zur Abgabe für seine Berichte jedesmal ein Jahr Zeit habe.

Nach allen diesen Erfahrungen mit amerikanischer Unparteilichkeit wird man vorläufig nur jenen deutschen Politikern zustimmen können, die zur Vorsicht gegenüber den neuerdings hervorgekehrten Friedensvermittlungswünschen der selben amerikanischen Staatsmänner mahnen. Selbstverständlich wird jede ehrliche und unparteiische Friedensvermittlung uns Deutschen jederzeit ebenso willkommen sein wie jede ehrliche unparteiische Neutralität. Aber hinter einer rein formalistisch gehandhabten Neutralität kann sich eine tatsächliche Unterstützung des Gegners verbergen, und ebenso hinter jeder Friedensvermittlung. Die Vereinigten Staaten sind, was ihre Neutralitätshaltung anlangt, die notwendige Ergänzung nach der englischen Seite und damit den schlüssigen Beweis für volle Aufrichtigkeit noch schuldig geblieben. Sie dürfen sich deshalb nicht wundern, wenn ihr neuer, an sich gewiß sehr dankenswerter Versuch der Einmischung einstweilen mit der notwendigen Zurückhaltung aufgenommen wird.

× Reichsämter Andauernde Krankheit des hochverdienten Staatssekretärs Dr. Delbrück führte, in Verbindung mit den stetig anschwellenden Aufgaben der Organisation der Volksernährung, Mitte Mai zu einem entscheidenden Personenwechsel in den leitenden Stellen des Reichs und zum Teil auch Preußens. Das Reichsamt des Innern wurde Dr. Helfferich übertragen, dem bei Friedensschluß wohl eine hervorragende Mitarbeit bei wirtschafts- und handelspolitischen

Fragen zugeordnet ist. An seiner Stelle wird Graf von Roedern, bisher Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, der Leiter der Reichsfinanzen. Das Vizepräsidium im preussischen Staatsministerium führt, gleichfalls in Ersatz Delbrücks, der Eisenbahnminister Dr. von Breitenbach.

Ein neuer, und zwar der wichtigste Posten, der eines *Wirtschaftsdiktators*, ist von Batocki anvertraut, der sich als Oberpräsident bei der Wiederaufrichtung Ostpreußens rasch den Ruf eines energischen und vorurteilslosen Organisationserworben hat und nun als Präsident des neugeschaffenen Kriegsernährungsamts fungieren soll. Er hat in den Vorstand des neuen Amtes außer einem Militär (Gröner) und Mitgliedern der preussischen und der bayerischen Regierung (Freiherr von Falkenhäusen, Edler von Braun) auch je einen Vertreter der Städte (Dr. Dehne), der Industrie (Dr.-Ing. Reusch) und des Handels (Manasse), ferner der christlichen Gewerkschaften (Stegerwald) und der Konsumgenossenschaften (Dr. August Müller) berufen. Besondere Bedeutung wird in der Öffentlichkeit der Tatsache beigelegt, daß in der Person des Letztgenannten der erste Sozialdemokrat in ein deutsches Reichsamt einzieht. Den Lesern dieser Zeitschrift ist Genosse Dr. Müller ja aus seinen hier veröffentlichten Arbeiten bekannt, namentlich auch aus seinem letzten Artikel, Kriegserfahrungen und Parteigrundsätze (in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 1095 ff.), dessen Ausführungen über innere und Wirtschaftspolitik jetzt besonders zeitgemäß sind. Die landwirtschaftlichen Organisationen und die freien Gewerkschaften sind in dem Vorstand nicht besonders vertreten. Es heißt, daß sie zu dem Beirat hinzugezogen werden sollen, der noch gebildet werden wird.

× Kurze Chronik Der frühere langjährige Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses Georg von Köller ist am 12. März, 93 Jahre alt, auf seinem Gut Kantreck in Pommern gestorben. Er war nach der Ära Simson-Forckenbeck-Bennigsen der erste konservative Präsident des preussischen Parlaments; er hat sich durch unparteiische Geschäftsführung ausgezeichnet. × Am 5. April starb in Petersburg Maxim Kowalewskij. Dieser Gelehrte, der im Jahr 1887 wegen

Verdachts liberaler Gesinnung seiner Professur für Staatsrecht und vergleichende Geschichte an der Moskauer Universität verlustig gegangen war, wurde nach der russischen Revolution 1906 Professor an der Universität Petersburg und widmete sich dann vorwiegend dem politischen Leben. Er war Mitglied der ersten Duma, wurde dann unter dem Druck der Regierung nicht wiedergewählt, aber von den russischen Universitäten in den Reichsrat entsandt, wo er bis zu seinem Tod wirkte. Kowalewskij stand als Sozialwissenschaftler stark unter dem Einfluß der Marx'schen Ideen; er hat auch mit Marx und Engels regen freundschaftlichen Verkehr gepflegt. X In Paris starb am 27. Mai General Joseph Gallieni in seinem 68. Lebensjahr. Das Amt eines Kriegsministers, das er als Nachfolger Millerrands übernommen hatte (siehe diese Rundschau, 1915, 3. Band, pag. 1249), hat er nur 5 Monate führen können. Als Feldherr ist er in der Schlacht an der Marne besonders hervorgetreten. Er war ein Wissenschaftler von Fähigkeiten, hat unter anderm Werke über den Sudan und Madagaskar verfaßt und erfreute sich im französischen Volk ungewöhnlicher Beliebtheit. X Nach einer Auskunft des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Zimmermann in der Reichstagsitzung vom 12. Mai besteht zwischen der Türkei und Deutschland ein »langfristiges, auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung aufgebautes Defensivbündnis, das deutscherseits der Türkei zu Beginn des Weltkriegs angeboten, von der Türkei angenommen und demnächst von beiden Mächten unterzeichnet wurde«. Ferner werde seit 4 Monaten über eine Reihe von Verträgen verhandelt, die »die Beziehungen der beiden Reiche auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des europäischen Völkerrechts regeln sollen« (Konsularwesen, Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten, Auslieferung und Niederlassung); der endgültige Abschluß stehe bevor.

X
Literatur Unter Hinweis auf meinen Artikel (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 535 und 537 f.) sei hier nochmals kurz das Protokoll der Verhandlungen erwähnt, die am 9. Januar in Berlin über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands

und Österreich-Ungarns stattfanden, und zwar zwischen einerseits der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags, dem Parteivorstand und Parteiausschuß, der Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften, einer Vertretung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine andererseits einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei Österreichs und der österreichischen Gewerkschaften (Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns /Berlin, Vorwärts.). Sowohl die Referate (Renner, Cunow) wie die Debatten (Ebert, Robert Schmidt, Ledebour, Adler, Hoch, Ellenbogen, Cohen, Ernst Meyer, Seitz, Molkenbuhr, David) bieten bemerkenswerte Anhalte für die Fortschritte des handelspolitischen Wirklichkeitssinns in der mitteleuropäischen Arbeiterdemokratie, der naturgemäß zunächst solche Probleme ganz interessellos fernlagen, oder über die sie mit ein paar populären Ablegern der Freihandelsdoktrin und des agitatorisch-bequemeren reinen Konsumentenstandpunkts, unbeschwert von jeder Rücksichtnahme auf internationale Konkurrenzkämpfe und Völkergesetze, ohne viel Kopfzerbrechen und Erfahrung hinwegzukommen versuchte. Wie schon in dem, in den Sozialistischen Monatsheften mehrfach herangezogenen Kriegsbuch der Gewerkschaften (Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, herausgegeben von W. Jansson /Berlin, Baumeister/) tritt auch hier eine fortschreitende innere Umbildung der ganzen wirtschaftspolitischen Denkweise, zugunsten der entscheidenden und national geschiedenen, keineswegs international gleichartigen Produktionsinteressen, in erfreulichster Weise zutage. X Der Hauptreferent in Berlin, der österreichische Reichsratsabgeordnete Dr. Karl Renner veröffentlichte kurz vorher eine Sammlung von politisch-programmatischen Aufsätzen unter dem Titel Österreichs Erneuerung /Wien, Brand/. Man kann Renner in der Tat, sowohl wegen seiner fesselnd-warmblütigen Darstellung wie wegen seines starken leichtbeweglichen Mitempfindens für alle auftauchenden größeren Tagesprobleme, ruhig einen sozialdemokratischen Naumann nennen, und vor allem was er in dem größeren Abschnitt über Mitteleuropa sagt, bildet von österreichischer Seite aus eine wertvolle Ergänzung zu Naumanns vielbeachtetem Buch.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Lebensmittelversorgung

Die Vorstände des Zentralverbands und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine haben an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der sie wichtige Vorschläge für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes im Winter 1916-1917 machen. Sie gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß auch im Fall eines Friedensschlusses vor Herbst dieses Jahres die Nahrungsmittelversorgung im nächsten Winter eine schwierige und wichtige Aufgabe bilden wird, die ohne behördliches Eingreifen kaum zu lösen sein dürfte. Die Konsumvereine sind besonders geeignet Vorschläge auf diesem Gebiet zu machen, da sie ja hier über die weitestgehenden Erfahrungen verfügen und Einblick in die Bedürfnisse gerade der ärmeren Bevölkerungsschichten haben. Ihre Vertreter halten es für geboten, daß möglichst frühzeitig ein Gesamtplan zur Regelung der Volksernährung für das laufende Erntejahr festgestellt werde. Bei den bisherigen Maßnahmen, die Schritt für Schritt erfolgten, konnte ein organisatorischer Zusammenhang zwischen den einzelnen Gebieten nicht immer gewahrt werden.

Die Vertreter der Konsumgenossenschaften sprechen den Wunsch aus zu den vorbereitenden Beratungen für diesen Plan hinzugezogen zu werden und beschränken sich daher in der Eingabe darauf einige Richtlinien für eine solche Regelung anzugeben. Es sind dies: 1. möglichst gleichmäßige Verteilung aller notwendigen Lebensmittel unter alle Glieder des Volkes, wodurch die heute noch vorhandene Bevorzugung der wohlhabenden Kreise aufgehoben würde; 2. Vornahme der Verteilung durch gemeinnützige Organisationen, Ausschaltung überflüssiger, die Waren verteuern der Zwischenglieder, Verbesserung der in den Gemeinden üblichen Verteilungsmethoden; 3. besondere Berücksichtigung der schwerarbeitenden Bevölkerung, der Frauen, Kinder und Kranken bei der Verteilung bestimmter Waren, zum Beispiel Milch, Fleisch, Kartoffeln; 4. gleichmäßige Regelung für die städtische und die ländliche Bevölkerung; 5. Überwachung der Herstellung von Ersatzmitteln, Konserven usw.; 6. Anpassung der Lebensmittelproduktion an die veränderten Verhältnisse, die infolge des Fehlens von Fett und Fleisch den vegetabilischen Nahrungsmitteln eine grö-

ßere Bedeutung im Einzelhaushalt einräumen als in Friedenszeiten; 7. eine Preisgestaltung, die weder Erzeugern noch Vermittlern die Erzielung außerordentlicher Konjunkturegewinne ermöglicht; 8. besondere Erleichterungen, gegebenenfalls Unterstützungen für die ärmeren Volksschichten, Arbeitslosen und alleinstehenden Frauen, deren Einkommensverhältnisse eine ausreichende Ernährung unmöglich machen.

Die Reichsregierung wird sicher nicht verfehlen sich die Erfahrungen der Konsumvereine bei der Festsetzung des künftigen Wirtschaftsplans zunutze zu machen, wie sie dies schon bisher, in beschränktem Umfang, getan hat. Die Berufung Dr. August Müllers vom Zentralverband deutscher Konsumvereine in das Kriegsernährungsamt (siehe die Rundschau Politik, in diesem Band, pag. 584) läßt jedenfalls darauf schließen.

× Deutsche Groß-
einkaufsgesell-
schaft

Den in voriger Rundschau (1916, 1. Band, pag. 392 f.) mitgeteilten Ziffern über den Umsatz und die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft ist aus dem inzwischen veröffentlichten ausführlichen Geschäftsbericht noch einiges nachzutragen.

Die Zahl der Gesellschafter stieg im Lauf des Berichtsjahrs durch 9 Austritte und 45 Beitritte von 813 auf 849. In Hamburg wurde ein zweites Lagerhaus eröffnet, das mit einer ganz modernen Kaffeerösterei und einer Gewürzmühle ausgestattet ist. Die Gesellschaft verfügt nunmehr über insgesamt 8 Lager; außer den beiden in Hamburg hat sie solche in Berlin, Düsseldorf, Erfurt, Gröba, Mannheim und Nürnberg. Für den reinen Lagerbetrieb wurden 120 Personen beschäftigt gegen 151 im Vorjahr. Von dem Gesamtumsatz in Höhe von 152 858 636 Mark wurden für 7 753 630 Mark (gegen 9 045 314 Mark im Vorjahr) von anderen genossenschaftlichen Organisationen bezogen. An erster Stelle der genossenschaftlichen Lieferanten stand die Papierwarenfabrik der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit 1 789 320 Mark, sodann die Schlächterei der Produktion mit 1 126 550, die Genossenschaftswebereien Oppach und Leupoldsgrün mit 783 900, verschiedene Molkereien und Käseereien mit 1 732 520 Mark usw. Der Minderumsatz gegenüber dem Vorjahr ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der bedeutende Eierbezug von der Lemberger Genossenschaft vollständig unter-

bunden war, und daß vom Oktober ab der Handel mit ausländischer Butter durch Maßnahmen des Reichs unmöglich gemacht wurde. Zu den Umsatzziffern der Produktivbetriebe sei noch bemerkt, daß davon 231 430 Mark auf Heereslieferungen entfielen. Die Bankabteilung zeigt im Giroverkehr bei 560 Girokonten im Debet einen Umsatz von 215 Millionen, im Kredit einen solchen von 206 Millionen Mark.

Zu Ende des Jahres 1915 wurde von der Gesellschaft ein Personal von 2015 Köpfen beschäftigt, darunter 899 männliche und 1116 weibliche Angestellte, während Ende 1914 das Verhältnis bei 1145 männlichen und 870 weiblichen Angestellten umgekehrt war. Die gezahlten Löhne betragen 2 735 011 Mark, die freiwilligen Leistungen der Gesellschaft zugunsten des Personals 182 278 Mark. Dazu kamen Ausgaben für Kriegsfürsorge (Fortzahlung von Lohn und Gehalt an Einberufene, Familienunterstützung usw.) in Höhe von 382 716 Mark.

Aus der Bilanz sind folgende Posten hervorzuheben: Kassen- und Warenbestände, Bankguthaben 23,4 Millionen Mark, Grundstücke und Gebäude 9,7, Maschinen, Inventarien 1,6, Stammkapital 6, Reserven 9,1 Millionen Mark. Von dem diesjährigen Reingewinn in Höhe von 1 759 101 Mark (gegen 2 174 358 Mark im Vorjahr) sollen 5 % Zinsen auf eingezahltes Kapital, 4 % Rückvergütung auf den Umsatz der angeschlossenen Vereine gewährt werden, was zusammen 829 737 Mark ergibt. 100 000 Mark sollen nach den Vorschlägen der Verwaltung dem Kriegsreservfonds, 150 000 Mark dem Pensionsfonds, der übrige Betrag den verschiedenen anderen Fonds zugewiesen werden.

× ×

Schweiz

Ein Bild der Schwierigkeiten, in die der Weltkrieg ein neutrales Land versetzt hat, entwirft der Bericht des Verbandes schweizerischer Konsumvereine für das Jahr 1915. Fast auf allen Gebieten der Lebensmittelversorgung trat Warenknappheit ein, die zu einem starken Anziehen der Preise führte: eine um so auffälligere Erscheinung, als die Schweiz ja ein vorwiegend agrarisches Land ist, das mindestens an inländischen Produkten seinen Bedarf selbständig befriedigen könnte. Das Abgeschnittensein vom Weltmarkt und das Fehlen einer ausländischen Konkurrenz hat aber offenbar auch hier gewissen Manipulationen und Preistreibe-

reien Vorschub geleistet. Daß diese sich noch in erträglichen Grenzen hielten, ist nicht zu wenigsten den konsumgenossenschaftlichen Organisationen zu verdanken gewesen, die ihrerseits zu den Selbstkosten verkauften und so für die ganze Schweiz preisregulierend wirkten. Für ihre Leistungen wurde ihnen, wie das ja auch bei uns der Fall war, in hohem Maß die Anerkennung der Behörden zuteil, die sich vielfach der Konsumvereine bedienten und deren Vertreter bei der Beratung und Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen zu Rate zogen.

Der Verband konnte im Berichtsjahr die Feier seines 25jährigen Bestehens begehen, die entsprechend den Zeitverhältnissen natürlich nur in engem Rahmen stattfand. Die Zahl der Verbandsvereine erhöhte sich um 11 auf 407. Über die Geschäftsergebnisse dieser Vereine wird später gesondert berichtet werden. Die Verbandsorgane hatten fast durchweg eine sehr erfreuliche Entwicklung aufzuweisen. Die Warenvermittlung, die sich auf Lebensmittel, Haushaltsartikel, Manufakturwaren, Kurzwaren und Schuhwaren erstreckt, erhöhte sich von 45 717 077 Franken auf 50 193 162 Franken oder um 9,8 %. Der dabei erzielte Überschuß betrug 724 070 Franken, gegen 637 078 im Vorjahr. Die 1913 errichtete Schuhfabrik des Verbands hatte unter dem Mangel an Rohmaterial zu leiden. Immerhin konnte der Umsatz von 781 552 auf 1 087 229 Franken und der Reingewinn von 570 auf 8606 Franken gesteigert werden. Die Mühlengenossenschaft schweizerischer Konsumvereine, an der der Verband mit 100 Anteilscheinen zu 1000 Franken beteiligt ist, weist erfreuliche Fortschritte auf; der Umsatz stieg von 6,8 auf 9,6 Millionen Franken. Der dabei erzielte verhältnismäßig bescheidene Überschuß von 207 000 Franken beweist, wie sehr die Genossenschaft bemüht ist die Mehlpriese im Interesse aller Konsumenten niedrig zu halten. Auch die Bellaktiengesellschaft, jene große, sich über die ganze Schweiz erstreckende Fleischversorgungsgesellschaft, von der der Verband nunmehr die Majorität der Aktien besitzt, hat ein gutes Jahr hinter sich. Der Umsatz hielt sich auf der Höhe von rund 21 Millionen Franken. Der Reingewinn gestattet die Verteilung der statutarisch vorgesehenen Höchstdividende von 8 % (die aber den Umsatz nur mit 1 % belastet) auf das 2,6 Millionen Franken betragende Aktienkapital und außerdem eine so reiche

Dotierung der Fonds, daß diese nunmehr die Höhe von über 2 Millionen Franken erreicht haben. Das Verbandslaboratorium nahm 925 Warenuntersuchungen vor. Die Bankabteilung hatte in Soll und Haben zusammen einen Umsatz von rund 100 Millionen Franken. Die Verbandsdruckerei, in der die Fachpresse und die Propagandaliteratur des Verbands hergestellt werden, hatte einen Umsatz von 208 323 Franken. Die Fachpresse besteht gegenwärtig aus 5 Organen. Der Schweizer Konsumverein erscheint in einer Auflage von 5100 Exemplaren, das populäre Genossenschaftliche Volksblatt in einer solchen von 183 370, während die italienische und französische Ausgabe dieses Organs 56 270 und 7640 Abonnenten zählen. Die seit dem Vorjahr erscheinenden Samenkörner, eine illustrierte Monatsschrift, hat ihre 2100 Abonnenten behalten.

×
Kurze Chronik In den 4 ersten Monaten 1916 wurden für die Volksfürsorge 6894

Versicherungsanträge mit einem Betrag von 1 428 229 Mark eingebracht, gegen nur 3562 Anträge in der gleichen Zeit des Vorjahrs. × In England und Wales gab es im Jahr 1914 73 Gewinnbeteiligungsgesellschaften, die mit einem Kapital von 780 969 Pfund Sterling arbeiteten, einen Umsatz von 1 510 743 und einen Nettogewinn von 80 686 Pfund Sterling erzielten, von dem 13 907 Pfund als Gewinnanteil den Angestellten zuflossen. Schottland zählt nur 5 Genossenschaften dieser Art, darunter aber die Großeinkaufsgesellschaft und die riesige Glasgower Bäckereigenossenschaft. Diese Gesellschaften verfügten über ein Kapital von 1 617 132, einen Umsatz von 3 692 592 und einen Gewinn von 194 962 Pfund Sterling, wovon 21 098 Pfund als Gewinnanteil verwandt wurden; für 1915 werden sich diese Ziffern wesentlich vermindert haben, weil die schottische Großeinkaufsgesellschaft mit diesem Jahr die Gewinnbeteiligung ihrer Angestellten aufgehoben hat.

×
Literatur In der Flugschriftensammlung der Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur /Eßlingen, Langguth/ ist eine Abhandlung **Eduard Heimanns**, betitelt **Vom neuen Wirtschaftsgeist**, erschienen. Man kann der ethischen, genossenschaftsidealistischen Tendenz des Schriftchens durchaus Anerkennung

zollen, ohne ihrer nationalökonomischen Begründung zuzustimmen, die sich hauptsächlich gegen die Marx'sche Wertlehre richtet, an deren Stelle eine nicht ganz klare Gebrauchswerttheorie gesetzt wird. Auch die Genossenschaften können ihre Produkte, wenn sie keine Monopolgewinne erzielen wollen, nur nach den Produktionskosten berechnen und absetzen, nicht aber nach einem, ganz in der Luft schwebenden Gebrauchswert, den diese Produkte für die Verbraucher haben. Diese Frage hat übrigens nicht das mindeste mit der andern zu tun, ob man den Konsum (wie Heimann will) oder die Produktion als Ausgangspunkt und Ziel aller Wirtschaft betrachtet. × Ein vom Anwalt des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Regierungsassessor **Gennes** (Berlin) in der Generalversammlung der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Köln gehaltener Vortrag über die wirtschaftliche Erstarkung des deutschen Volkes durch die Genossenschaften und genossenschaftliche Aufgaben in dem heutigen Wirtschaftskrieg ist kürzlich in den Schriften des Verbandes rheinischer Genossenschaften in Köln erschienen. Der Verfasser gibt darin eine kurz zusammenfassende Statistik der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung, um darauf die Kriegsaufgaben der Genossenschaften zu behandeln, denen er angesichts ihrer weiten Verbreitung und Erfassung fast der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Hauptrolle bei der Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes und der Durchführung des Kriegswirtschaftsplans zuweist.

Sozialpolitik / Max Quarck

Arbeitsnachweis Bei der kommenden Überleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand wird die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises eine außerordentliche Rolle spielen. Die Millionen von Kriegsteilnehmern, auch wenn sie nur allmählich zur Entlassung aus dem Heeresverband kommen, müssen wieder in Arbeitsverhältnisse gebracht werden, die durch den Krieg mannigfach verändert sind (man denke nur an die Zunahme der Frauen- und Jugendlischenarbeit), und für die sich auch die früheren Arbeiter in der langen Kriegszeit körperlich und geistig umgebildet haben. Der Krieg hat die wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche bei

Unternehmern und Arbeitern stark beeinflusst. Die Technik hat sich vielfach geändert, nicht bloß in der Fabrik sondern auch im Kontor. Kurz, es gilt nicht bloß der Menge nach große Massen in Arbeit zu bringen sondern auch eine Menge qualitativ geänderter Verhältnisse zu bewältigen und sie zu regeln. Es versteht sich von selbst, daß dieser großen Aufgabe selbst dann, wenn allen Ausgezogenen wirklich ihre alte Arbeitsstelle offen stände, nicht die private Stellensuche, sondern nur der öffentliche Arbeitsnachweis mit allen seinen Behelfen gewachsen ist. Millionen junger Leute sind zudem erst während des Krieges erwachsene Arbeiter mit vollem Anspruch auf volle Beschäftigung geworden, und wie die Lage des Arbeitsmarkts beim Zurückfluten dieser Arbeitsheere in die Heimat sein wird, kann noch niemand absehen. Jedenfalls bedarf es mindestens einer alle Gebiete und Arbeitszweige des Reichs umfassenden Arbeitsnachweisorganisation, um schon lokale und regionale Stockungen erfolgreich auszugleichen, von den Aufgaben gar nicht zu reden, die unter dieser Oberfläche liegen. Die Reichsregierung hat in ihrer früher in dieser Rundschau (1916, 1. Band, pag. 224f.) besprochenen Denkschrift über den Arbeitsnachweis eine zentrale gesetzliche Regelung leider abgelehnt. Die deutschen Gewerkschaftszentralen jeder Richtung zusammen mit dem Bureau für Sozialpolitik und der Gesellschaft für soziale Reform richten deshalb nunmehr an die deutschen Bundesregierungen eine Eingabe, in der sie bitten gewissen Mindestforderungen beim Arbeitsnachweis zur praktischen Geltung zu verhelfen, damit die spätere reichsgesetzliche Regelung wenigstens nicht durch einzelstaatliche Ungleichheiten unnütz erschwert wird. Danach sollen in allen Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern paritätische gemeindliche Arbeitsnachweise errichtet und nach Bedarf mit Fachabteilungen ausgestattet werden. Für die größeren Orte und Gebiete sollen Zentralauskunftsbeziehungsweise Ausgleichsstellen unter möglichster Heranziehung aller sonst vorhandenen nichtgewerbmäßigen Nachweise geschaffen und diese in Landeszentralen für Arbeitsvermittlung vereinigt werden. Die Landeszentralen haben der vorhandenen Reichszentrale des Arbeitsnachweises regelmäßig Bericht zu erstatten. Es sind sehr bescheidene Forderungen, die hier vertreten werden, damit wenigstens vor-

läufig ein möglichst gleichmäßig ausgestaltetes Netz öffentlicher Arbeitsnachweise unter paritätischer Verwaltung der Unternehmer und Arbeiter entsteht. Im sächsischen Landtag wurde während der eben abgelaufenen Session beschlossen die Regierung um die Vorbereitung ähnlicher Maßnahmen auf dem Gebiet des öffentlichen Arbeitsnachweises zu ersuchen.

× Lohnsteigerung Die Mitteilungen einiger ×
deutscher Arbeiterorganisations geben einen gewissen ziffernmäßigen Anhalt für das Ausmaß der Lohnsteigerung, das in manchen Gewerben infolge der Kriegskonjunktur Platz gegriffen hat. Die Verbände aller Arbeiterrichtungen in der Kölner Metallindustrie, deren Beschäftigte zu 64 % für Kriegsaufträge arbeiteten, stellten durch eine eigene Erhebung zu Anfang des laufenden Jahres fest, daß der Verdienst durchschnittlich 74 Pfennig die Stunde und die Steigerung pro Stunde während des Krieges durchschnittlich 12 % betrug. Daneben kamen aber auch Lohnminderungen vor. Fast die Hälfte der Befragten verdiente zwischen 60 und 80 Pfennig pro Stunde, mehr als 1 Mark nur 6 %. Die höchste Verdienststeigerung, um 17 %, wurde beim Einzelakkord erreicht, die Stundenlöhne stiegen nur um 7,5 % im Durchschnitt. Der Jahresbericht der Berliner Ortsverwaltung des Bäckerverbands stellt für 1915 eine durchschnittliche Steigerung des Wochenlohns für Ofenarbeiter von 32,98 Mark im Jahr 1914 auf 47 Mark, für Knetter von 30 auf 39 Mark, für dritte Gesellen von 27 auf 34 Mark fest. In Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken blieben namentlich die Löhne der Arbeiterinnen mit 12 bis 14 Mark sehr niedrig. Der Deutsche Fleischerverband aber berichtet, daß er im Jahr 1915 Lohn erhöhungen erzielt habe, die für männliche Arbeiter zwischen 1 und 17 Mark die Woche, für weibliche bis zu 6 Mark in der Woche stiegen. Das sind natürlich nur Stichproben. Sie müssen aber nicht bloß als gewerkschaftliche Leistungen gewürdigt sondern auch in der deutschen Sozialpolitik beachtet werden, und zwar sowohl für die Kritik der Leistungen der Arbeiterversicherung in der Kriegszeit als auch für den Aufbau des Arbeiterschutzes, der sich auf die Höhe der Lebenshaltung der Schutzbedürftigen einstellen soll.

×

×

Altersrente Im Reichstag hat unter allgemeiner Zustimmung der Gesetzentwurf die 1. Lesung im Plenum und die Beratung in der Kommission passiert, der das Bezugsjahr für die Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr für die Versicherten festsetzt und die Leistungen aus Waisenrenten beim Vorhandensein von mehr als einer Waise für die folgenden verdoppelt (siehe den Artikel Wissells, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 500ff.). Zur Herabsetzung des Lebensalters für die Altersrente auf das 65. Jahr sagt die Begründung des Entwurfs: »Durch Auszählungen der bei den Versicherungsträgern am 1. Juli 1912 vorhanden gewesenen Versicherten, welche die für ihren Beruf vorgeschriebene Mindestzahl der Beitragswochen nach Artikel 65 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung nachweisen konnten, wurde festgestellt, daß eine Belastung des Reichs im Jahre 1912 mit 4 497 950 Mark eingetreten sein würde. Inzwischen wird eine wesentliche Verschiebung in dem Verhältnis der Zahl der Versicherten mit erfüllter Wartezeit zu der Gesamtzahl der im Alter von 65 bis 70 Jahren stehenden Versicherten nicht eingetreten sein. Die Mehrbelastung des Reichs aus einer Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 65. Lebensjahr kann man, wenn man gleichzeitig berücksichtigt, daß infolge einer notwendig werdenden Änderung des Artikels 65 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung der Rentenbezug etwas erleichtert wird, auf rund 5 Millionen Mark jährlich veranschlagen. Das Reich bringt den Zuschuß zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach dem Jahresbedarf auf; die anfängliche Mehrbelastung der Reichskasse wird folglich nur langsam nach Maßgabe der Bevölkerungsvermehrung ansteigen.«

Spärzwang für Jugendliche Der Erlaß des Oberkommandos in den Marken vom 18. März dieses Jahres über den Spärzwang für Jugendliche (siehe diese Rundschau, 1916, 1. Band, pag. 339, und die Rundschau Kommunalsozialismus, in diesem Band, pag. 516) ist, wie nachträglich auf einer Konferenz der Berliner Gewerkschaftsvorstände mitgeteilt wurde, entgegen dem Gutachten des Berliner Gewerbegerichts und der Unternehmerverbände ergangen. Bei seiner Ausführung sollen

die Gewerkschaften mitarbeiten, indem sie die Erhebungen darüber anstellen, ob den vorgesehene Anträgen auf Auszahlung zwangsweise gesparter Beträge an Sparer oder deren Angehörige durch die Gemeindebehörde stattgegeben werden kann. Für die Stadt Berlin allein kommen etwa 90 000 Jugendliche in Betracht, auf die die Verordnung Anwendung findet. Die Berliner Gewerkschaften beschlossen jene Arbeiten lediglich für ihre organisierten Mitglieder zu übernehmen. Auf die Lohnhöhe der Jugendlichen hat die neue Maßregel bereits stellenweise einen ungünstigen Einfluß gehabt. Sie bestimmt bekanntlich, daß der Lohn bar nur bis zum Betrag von 18 Mark nebst einem bestimmten Bruchteil, einem Drittel des Überschusses, ausgezahlt werden darf. Damit steht sicher in Zusammenhang, daß preussische Eisenbahndirektionen, wie die Frankfurter, die Teuerungszulagen an Arbeiter unter 18 Jahren nicht mehr zahlen. Man darf wohl annehmen, daß diese Folge des Erlasses nicht beabsichtigt war.

Kriegsausnahmen Im ersten Kriegsmonat ermächtigte auch der schweizerische Bundesrat die Kantonsregierungen als Ausführungs- und Überwachungsbehörden für den Arbeiterschutz während der Kriegszeit eine von den bestehenden Vorschriften abweichende Organisation der Fabrikarbeit zuzulassen, wenn »nur auf solche Weise die Fortführung des Betriebs gesichert« sei. Um nun Ausnahmegewilligungen hintanzuhalten, die sich mit dieser Anweisung zum Teil nicht deckten und erheblich weitergingen, hat der Bundesrat einen Beschluß gefaßt, der mit Wirkung vom 22. November 1915 in Kraft trat. Danach soll die Verlängerung der 11stündigen Arbeitszeit nur um höchstens 2 Stunden am Tag und für höchstens 80 Tage im Jahr für einen und den selben Betrieb bewilligt werden können, die Verlängerung der Arbeitsdauer vor Sonn- und Festtagen an höchstens 12 Tagen, die Sonntagsbeschäftigung an höchstens 12 Sonntagen im Jahr. Im Interesse der Landesverteidigung, oder wenn nur so die Fortführung des Betriebs gesichert werden kann, oder endlich wegen »außerordentlicher wirtschaftlicher Verhältnisse« kann zwar bewilligt werden: 1. die Schichtorganisation der Tagesarbeit und der ununterbrochene Tagesbetrieb; 2. die Verkürzung der Mittagspause auf weniger als 1 Stunde; 3. die

Verlängerung des 11stündigen Maximalarbeitstags um höchstens 2 Stunden an mehr als 80 Tagen, eine längere Arbeitsdauer vor Sonn- und Festtagen an mehr als 12 Tagen, die Arbeit während mehr als 30 Nächten und mehr als 12 Sonntagen in 1 Jahr, sowie endlich die Nacharbeit weiblicher und jugendlicher Personen. Als Bedingung für diese ziemlich reichlichen Ausnahmen »kann« ein Lohnzuschlag von 50 % für Nacht- und Sonntagsarbeit, von 25 % in den übrigen Fällen vorgeschrieben werden. Das ist wohl der erste Versuch staatliche Vorschriften über festbegrenzte Lohnerhöhungen für besondere Kriegsleistungen der Industriearbeiter einzuführen. Aus Deutschland kann diesem Versuch nur die Vorschrift des preußischen Kriegsministeriums an die Seite gesetzt werden, daß bei Militärlieferungen für die Kriegsbekleidungsämter 75 % des bedingenen Warenpreises als Lohn an die Konfektionsarbeiter vom Unternehmer zu zahlen sind. Diese Bestimmung ist aber, wie man sieht, viel enger begrenzt und nicht zu besonderen Arbeitsanstrengungen in Beziehung gesetzt. Auf die Durchführung der Lohnregelung in der Schweiz und eine möglichst genaue Berichterstattung darüber darf man gespannt sein.

× Kurze Chronik Durch Bekanntmachung vom 27. März dieses Jahres hat nunmehr der deutsche Bundesrat die Bestimmungen über Fachausschüsse für Heimarbeit vom 18. Juni 1914 dahin geändert, daß auch Unternehmer, respektive Arbeitgeber, die nicht direkt dem Beruf angehören, als Mitglieder der Fachausschüsse gewählt werden können. Ferner sind Zwischenmeister nicht mehr als Vertreter der Unternehmer wählbar. Die Fachausschüsse selbst sind noch immer nicht ins Leben getreten. × Durch eine Erhebung in den Basler Sekundarschulen vom 18. Februar 1914, die jetzt in einer Bearbeitung von Dr. Tschudi vom Erziehungsdepartement der Stadt veröffentlicht wird, wurde festgestellt, daß von 3380 Knaben und 3310 Mädchen des 5. bis 8. Schuljahrs 1678 (25 %) Kinder erwerbstätig waren. Täglich beschäftigt waren 17,7 %, 13,5 % waren abends nach der Schule tätig, 3,1 % arbeiteten schon morgens vor der Schule. 6,1 % kamen auf 8 bis 10 Stunden tägliche Beschäftigung einschließlich der 5 bis 6 Schulstunden. Die Löhne schwanken zwischen 5 und 20 Pfennig für die Stunde.

47 % aller Sekundarschüler kommen nicht auf das nötige Maß von Schlaf. Es werden Schutzbestimmungen gefordert, die alle Erwerbsbeschäftigung in der Mittagspause und abends nach 7 Uhr verbieten. × Die schweizerische Fabrikkommission, die durch das abgeänderte Fabrikgesetz von 1914 als beratende und begutachtende Behörde für die Durchführung des Gesetzes geschaffen wurde, ist nunmehr vom Bundesrat gewählt. Sie besteht aus Vertretern der Wissenschaft sowie aus Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen. In ihr sitzen unter andern die Sozialisten Greulich (Zürich) und Dr. Studer (Winterthur) sowie die Sekretärin der Arbeiterinnen Frau Hüni.

× Literatur Über den Siegeszug der industriellen und Verkehrstechnik in Deutschland besitzen wir noch keine, der Größe des Stoffes entsprechende Literatur. Man konnte deshalb hoffen, daß Dr. E. Fr. Goldschmidts Buch Die deutsche Handwerksbewegung bis zum Sieg der Gewerbefreiheit / München, Reinhardt/ den Anfang jener Literatur bedeute. Leider ist das in keiner Weise der Fall. Die Schrift entpuppt sich als eine oberflächliche Kompilation aus der bunten und volkswirtschaftlich nicht sehr vertieften Handwerksliteratur von 1848 bis 1869. Eigenes Quellenstudium fehlt fast ganz. Die einzige Betriebsstatistik, die das Buch enthält, ist eine sehr anfechtbare Frankfurter, die aus einem historischen Buch Valentins über die Revolution 1848-1849 übernommen wurde. Der Verfasser hat sich gar nicht die Mühe gegeben der technischen Vorwärts- oder Rückwärtsentwicklung der Hauptgewerke und Hauptindustrien jener Jahrzehnte nachzugehen und die öffentlichen Deklarationen der Beteiligten daran nachzuprüfen. Seine Darstellung entbehrt deshalb jeder Ordnung und Gründlichkeit. Selbst die zahlreichen Zitate sind meist sehr flüchtig. × Die Stellung der preußischen Konservativen zur sozialen Frage 1848 bis 1862 behandelt in einer sozialpolitischen Studie Dr. K. V. Herberger / Meissen, Krause/. Er will nachweisen und zeigt wohl auch, so gut es auf so gedrängtem Raum möglich ist, daß jene Epoche auf sozialem Gebiet »durchaus nicht völlig steril war, sondern daß im Gegenteil hier und da schon reiche Quellen sozialpolitischen Denkens sprudelten«. Nur ist der Kausalzusammenhang zwischen der Volksbewegung von 1848 und den

sozialpolitischen Anläufen der herrschenden Klassen nachher zu sehr aus dem Auge gelassen. Und bei der geringfügigen Arbeiterschutzgesetzgebung jener Jahre muß noch stärker hervor gehoben werden, daß sie mehr der politischen Gegnerschaft gegen das Industriekapital als der Arbeiterfreundlichkeit und sozialpolitischen Einsicht der Konservativen entsprang. × Im Volksvereinsverlag München-Gladbach läßt als 15. Heft der Apologetischen Tagesfragen Dr. Albert Franz eine Darstellung des sozialen Katholizismus in Deutschland bis zum Tode Kettlers erscheinen. Das Buch ist sorgfältig und gut gearbeitet, wenn natürlich auch nicht übermäßig kritisch. Der Verfasser hat sich um genaue Quellenkenntnis bemüht. Besonders interessant ist das Kapitel in § 2 über den Einfluß französischer Sozialphilosophen, namentlich Lammenais' auf den deutschen Katholizismus. Breiter Raum ist der Darstellung des Wirkens des frühern badischen Sozialpolitikers Buß und des genialen Kettler in Mainz gewidmet. × Dem sozialen Frieden entgegen nennt W. Spiecker »Rückblicke und Ausblicke«, die er zuerst als Stück seiner Lebenserinnerungen in der Täglichen Rundschau und jetzt als Büchlein hat erscheinen lassen /Berlin-Lichterfelde, Runge/. Spiecker hat als Pfarrer frühzeitig genauen Einblick in die Arbeiterverhältnisse großer Fabrikbetriebe der Maschinenindustrie erhalten, deren Unterstützungskassen und Wohlfahrts-einrichtungen er verwaltete. Längst vor dem Krieg lernte er die fast immer prekäre Lage, aber auch die innere Tüchtigkeit, Kraft und Strebsamkeit des deutschen Arbeiters, vor allem auch des sozialdemokratischen, kennen. Er tritt nun dafür ein, daß »die Gehässigkeit und Feindschaft der bürgerlichen Parteien, namentlich der Großindustriellen und der Agrarier, gegen die Sozialdemokratie zurückgedrängt oder womöglich überwunden« werde, wenn wir sozialen Frieden bekommen sollen. Das Büchlein ist reich an packenden Einzelbeobachtungen aus dem Lebenskampf der Arbeiter und spricht aus einem reinen und warmen Herzen mahrend zu den Besitzenden. Möge es den politischen Kampf, auf den es bekanntlich doch immer zuletzt ankommt, kulturell veredeln helfen. × Von A d o l f D a m a s c h k e s, in den Sozialistischen Monatsheften mehrfach angezeigten Aufgaben der Gemeindepolitik /Jena, G. Fischer/ ist jetzt das 2. Heft (Vom Gemeindegrundeigentum)

als Kriegsausgabe erschienen. »Vieles, was in Friedenszeiten ausführlicher dargestellt zu werden verdient, wurde zurückgestellt, und das Buch fast völlig darauf eingestellt der Kriegerheimstättenbewegung zu dienen.« So sagt der Verfasser selbst in der Einleitung. Das Buch bekommt dadurch noch mehr als es bei Damaschke sonst ohnedies zu sein pflegt, den Charakter einer Werbeschrift. Nach ihm ist »das Wort Kriegerheimstätten eine Macht geworden«, weil der bekannte Aufruf Damaschkes zahlreiche Zustimmung gefunden hat. Auch der Reichsgesetzentwurf wegen Kapitalisierung der Invalidenrenten für kleinen Bodenerwerb ist ein Erfolg dieser Bewegung, der praktisch durch den bekannten Verein für soziale Kolonisation vorgearbeitet war. Man wird bei ihr, die ohnedies mehr für Unterbeamte und ähnliche Schichten als für bewegliche Arbeiter in Betracht kommt, darauf achten müssen, daß die Frauen der Ansiedler nicht zu Lasttieren des Versuchs werden, den sie mit ihrer Freiheit und Gesundheit bezahlen müssen. Über den besondern Zweck hinaus geht die Schrift in den Kapiteln über städtischen Bodenerwerb, öffentliche Anstalten und Anlagen und über die verschiedenen Verwertungsformen des Gemeindegeländes zu Siedlungszwecken. Damaschke gibt hier eine fleißige Beispielsammlung. Die Wirkungen vieler solcher Versuche, wie mit der Grundstückskasse und dem Erbbaurecht in Frankfurt am Main für die städtische Wohnungspolitik, beurteilt der kommunale Politiker skeptischer als Damaschke. × Das städtische Beamtentum im Mittelalter wird von Karl Bücher in den Vorträgen der Gehestiftung zu Dresden /Leipzig, Teubner/ an der Hand von Frankfurter Amtsurkunden geschildert, in knappen, aber scharfen Zügen, wie man es von dem Verfasser gewöhnt ist. Der mittelalterliche Beamte ist noch in einer Art Gesellenstellung dem städtischen Rat gegenüber, für jede einzelne Amtshandlung bezahlt und abhängig. Erst allmählich schwindet in der Neuzeit jedes materielle Interesse an der Amtstätigkeit, bis der Beauftragte der Gesamtheit übrigbleibt, der seine Lebensaufgabe im Dienst für das Gemeinwohl erblickt.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Elektrizitätsmonopol Die Entwicklung des staatlichen Elektrizitätsmonopols geht mit großen Schritten vorwärts. Als erste der deut-

schen Regierungen hat die des Königreichs Sachsen dem Landtag am 13. März 1916 eine Denkschrift über die Einleitung und den künftigen Ausbau einer staatlichen Elektrizitätsversorgung zur verfassungsmäßigen Beratung und Beschlußfassung zugehen lassen, die einleitend feststellt, daß zu den Aufgaben, die der Regierung im Interesse des Landes gestellt sind, nach der Entwicklung der neuern Zeit auch die Versorgung des Landes mit Elektrizität getreten sei. Die Regierung vermöge sich der Übernahme dieser Aufgabe auf den Staat nicht länger zu entziehen. Die Notwendigkeit hierzu ergebe sich aus dem gegenwärtigen Stand der Versorgung des Landes mit elektrischem Strom.

Das sehr wertvolle Dokument entwirft sodann ein interessantes Bild von dem augenblicklichen Stand der Elektrizitätsversorgung in Sachsen und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß ein Gemeindeverband auf die Dauer nicht in der Lage sein werde bei der Versorgung des ganzen Landes mit Elektrizität die Interessen der Allgemeinheit in dem erforderlichen Maß wahrzunehmen, daß vielmehr zur Erreichung dieses Zwecks ein tätiges Eingreifen des Staates selbst unerläßlich sei. Vom Standpunkt der allgemeinen Staatsinteressen aus stehe die Forderung obenan, daß die natürliche Verteilung der Industrie und des Gewerbes über das ganze Land und auf kleine und große Gemeinden durch die Bemessung des Strompreises nicht einträchtig werden dürfe. Eine Fürsorge in dieser Hinsicht sei um so bedeutungsvoller, als schon jetzt verschiedene Anzeichen darauf hindeuten, daß nach dem Krieg der Verbrauch von elektrischer Energie für die Gütererzeugung erheblich zunehmen werde. An die Stelle fehlender Menschenkräfte müßten mechanische Arbeitskräfte treten, und die elektrische Beleuchtung werde sich immer mehr ausbreiten. Nur wenn der Staat sowohl die zweckmäßigste Art der Ausnutzung der Maschinen in der Hand habe als auch über die Verwendung der Bruttoüberschüsse seines Betriebs im Dienst der Allgemeinheit verfügen könne, sei die Möglichkeit gewährleistet den Verbrauchern je nach Bedarf tarifliche Erleichterungen zu gewähren. Der Staat habe seit dem Jahr 1912 im westlichen und östlichen Sachsen Braunkohlenfelder erheblichen Umfangs angekauft. Es entspreche den Absichten, die für diese Ankäufe maßgebend gewesen seien,

wenn der Staat nunmehr seine Braunkohlenschätze der staatlichen Elektrizitätsversorgung dienstbar mache und dabei die Erzeugungskosten der elektrischen Kraft unabhängig von den Schwankungen des Kohlenmarkts auf möglichst niedrigem Stand halte. Das öffentliche Interesse an einer staatlichen Stromerzeugung und -verteilung trete besonders deutlich hervor, wenn man die Verwendung der elektrischen Energie auf dem Gebiet des staatlichen Verkehrswesens ins Auge fasse. Die großen Fortschritte, die in anderen Ländern, neuerdings in Preußen, der Schweiz, Schweden und Amerika, den elektrischen Betrieb von Eisenbahnen bereits zu einer sehr hohen Stufe der Vollkommenheit geführt haben, weisen nachdrücklich darauf hin, daß hier des Staates noch große Aufgaben harren. Nach dem heutigen Stand der Technik würden zwar für Bahnzwecke andere Stromarten verwandt als für die allgemeinen Zwecke der Licht- und Kraftabgabe. Gleichwohl aber könne als feststehend erachtet werden, daß der künftig gebrauchte Bahnstrom am billigsten zu stehen komme, wenn die künftigen Kraftwerke der allgemeinen Landesversorgung und das zugehörige Verteilungsnetz hierzu herangezogen werden und auf diese Weise ein für beide Zwecke gemeinsames System mit gemeinsamen Reserven und gegenseitigem Leistungsausgleich entstehe. Zum Schluß versichert die Regierung, daß sie sich nicht von der Absicht habe bestimmen lassen dem Staat eine neue reichlich fließende Einnahmequelle zu eröffnen. In erster Linie betrachte sie es als ihre Aufgabe das Land mit billigem Strom zu versorgen. Wenn dabei das Unternehmen Reinerträge abwerfen solle, so seien diese berechtigt als Ausgleich für Verluste, die bei einem Unternehmen wie dem vorliegenden niemals ausgeschlossen seien. Etwas Befürchtungen gegenüber, daß der Staat die Elektrizitätsversorgung mehr und mehr als eine Art Finanzmonopol ausnutzen könnte, sei darauf hinzuweisen, daß die künftigen Tarife des Staates nie über ein bestimmtes Maß hinausgehen können, das in der Nähe der Selbstkosten für die eigene Stromerzeugung des einzelnen Abnehmers liege. Gewisse Höchstpreise könnten aus diesem Grund nicht überschritten werden, und somit entfallende eines der wesentlichsten Bedenken, das sonst gegenüber den Monopolen geltend gemacht zu werden pflege. Die Einrichtung und Verwaltung des

staatlichen Elektrizitätsunternehmens soll dem Finanzministerium zustehen. Zur unmittelbaren Leitung des staatlichen Unternehmens soll beim Finanzministerium eine »Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke« errichtet werden. Neben der unmittelbaren Verwaltung ist jedoch auch die Schaffung einer Körperschaft geplant, die, zum Teil aus Großabnehmern (Gemeinden, Gemeindeverbänden und Privatunternehmen) zusammengesetzt und zum Teil aus Männern der technischen Wissenschaft bestehend, berufen ist die Regierungsstelle zu beraten. Diese Körperschaft soll die Bezeichnung Landeselektrizitätsrat erhalten und der Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke beigegeben werden. Das staatliche Monopol soll jedoch nicht auf einmal fix und fertig in die Erscheinung treten, vielmehr muß, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, mit einer Übergangszeit gerechnet werden. Die Regierung ist aber der Meinung, daß die Zeiten der von Gemeinden mit Privatunternehmern abgeschlossenen Verträge erheblich abgekürzt werden können, so daß die privaten Unternehmungen mit allem Zubehör nach Ablauf von etwa 10 bis 15 Jahren vom Staat aufgekauft werden können. Die Regierung vermag sich hierbei darauf zu stützen, daß die zahlreichen Genehmigungen zur Mitbenutzung staatlichen Grund und Bodens (Staatsstraßen, Eisenbahnen, Forsten usw.) zu Leitungszwecken bisher nur widerruflich erteilt worden sind. In der Etatsperiode 1916-1917 kämen folgende Maßnahmen in Betracht: 1. der Ankauf des Kraftwerks Hirschfelde, 2. der Ankauf eines weitem Kraftwerks, dessen Erwerb sich im Lauf der Planbearbeitung als notwendig herausstellen könnte, 3. der Ankauf des verwendbaren Teils der Vorarbeiten des Elektroverbands, 4. der Bau von Leitungen und Transformatorstationen, 5. die Aufmachung von Kohlenfeldern sowie 6. die Gewährung von Darlehen an hilfsbedürftige Elektrizitätsunternehmungen. Der Gesamtbedarf ist vorläufig auf rund 20 Millionen Mark veranschlagt.

Auch in Preußen wird kräftig an der Gestaltung des staatlichen Elektrizitätsmonopols gearbeitet. Es besteht die Absicht das ganze Staatsgebiet vom Main bis zur Wesermündung, insbesondere auch das flache Land, mit elektrischer Kraft zu versorgen. Den ersten Schritt auf dem Weg bildete der Ausbau der Edertalsperre, die den Kanal vom Rhein nach Hannover mit Wasser

versorgen soll, zu einer starken Kraftquelle. Ein weiterer Schritt wird mit dem jetzt im Abgeordnetenhaus verabschiedeten Gesetz über den Ausbau des kanalisierter Mains zur Gewinnung von elektrischer Kraft getan. Während das Edertalwerk das mittlere Wesergebiet mit elektrischer Kraft versorgt, sollen die bei der Mainkanalisierung gewonnenen Wasserkräfte dem südlicheren Teil der Provinz Hessen-Nassau elektrische Kraft verschaffen. Zu diesen beiden Kraftquellen, die aus den anderwärts beschafften Wasserkraften gewonnen werden sollen, muß voraussichtlich eine weitere als Abschluß hinzutreten, der die fiskalischen Kohlengruben am Deister unweit Hannover als Kraftquelle dienen sollen. Kommt der Plan dort ein drittes großes staatliches Elektrizitätswerk zu errichten zur Ausführung, so wird in der Tat zu der Elektrifizierung des ganzen Staatsgebiets vom Main bis zur untern Weser geschritten werden können. Zurzeit handelt es sich erst um Vorarbeiten. Indem aber das preußische Abgeordnetenhaus die Regierung durch Resolutionen ausdrücklich aufgefordert hat diese Vorarbeiten vorzunehmen, hat es sich auch bereits grundsätzlich mit dem Plan einverstanden erklärt; die durch den Wettbewerb der westfälischen Kohle sonst ziemlich lahmgelegten fiskalischen Kohlengruben am Deister zur Herstellung eines großen Elektrizitätswerks nutzbar zu machen. Man erwartet, daß dem Landtag bald eine entsprechende Gesetzesvorlage zugehen werde.

Wie ungemein rasch und intensiv sich die Entwicklung der Elektrizitätsversorgung vollzieht, davon gibt das soeben veröffentlichte interessante Buch Dr. Rudolf Fischers Die Elektrizitätsversorgung, ihre volkswirtschaftliche Bedeutung und ihre Organisation /Leipzig, Deichert/ eine umfassende Darstellung. Die Spannung in den ersten Licht- und Kraftanlagen betrug zirka 100 Volt, sie steigerte sich infolge von Verbesserungen bald auf 500 und 1000, dann auf 40. bis 50 000 Volt, und seit ein paar Jahren sind Anlagen im Betrieb, die mit 110 000 Volt Spannung arbeiten. Die Kraftübertragungsanlage der Frankfurter Ausstellung besaß eine Leistung von etwa 300 Kilowatt; jetzt gibt es allein 53 Werke mit einer Leistung von je über 5000 Kilowatt, darunter ein Werk, das sogar die beträchtliche Leistung von 193 000 Kilowatt aufzuweisen hat. Anfänglich war die Stromversorgung nur auf ein kleineres Gebiet um das Elek-

trizitätswerk beschränkt gewesen, heute gibt es Überlandzentralen, die Gebiete von der Größe einer Provinz mit Strom versorgen. 75 Elektrizitätswerke führen gleichzeitig mehr als je 50 Ortschaften den elektrischen Strom zu. Im ganzen sind mit Strom versorgt worden 1906 4160 Ortschaften, 1907 3330, 1909 4636, 1911 10 450 und 1913 17 500 Ortschaften. Die Gesamtzahl der Einwohner in den versorgten Ortschaften betrug 1896 erst 8 Millionen, 1913 aber 50 Millionen. Im Jahr 1891 gab es 30 Werke mit einer Gesamtleistung von 8000 Kilowatt, 1913 aber 4100 Werke mit 2 100 000 Kilowatt Gesamtleistung. Glühlampen waren 1891 nur 450 000 Stück in Gebrauch, 1914 aber 75 Millionen, außerdem 1,8 Millionen Bogenlampen. Mit dieser Entwicklung in technischer und wirtschaftlicher Beziehung vollzog sich allmählich auch eine Umwandlung in den Unternehmungsformen. Die ersten Elektrizitätswerke waren Privatbetriebe, 1901 gab es 195 kommunale Elektrizitätswerke, 1911 aber schon 703, außerdem 22 Werke von Kommunalverbänden. Genossenschaftliche Elektrizitätswerke gab es 1911 171, das sind 6,8 % aller öffentlichen Werke. Der größte Teil der Elektrizitätsversorgung liegt noch in privaten Händen, aber die Stunde des Privatbetriebs hat bereits geschlagen: das staatliche Monopol ist im Werden. Dr. Fischer schlägt vor: Die Elektrizitätsversorgung soll nach einem einheitlichen Versorgungsplan zusammengefaßt und geregelt werden und wird der Aufsicht des Reichs unterstellt. Die hieraus sich ergebenden Verwaltungstätigkeiten üben die Bayrische und die Württembergische Telegraphenverwaltung für ihr Gebiet, und für das übrige Gebiet die Reichstelegraphenverwaltung aus. Hiernach ist für jede Elektrizitätsversorgungsanlage die staatliche Konzession erforderlich; für wichtige Versorgungsanlagen ist ferner die aktive staatliche Beteiligung an der Verwaltung der Unternehmen vorzusehen. Zur Unterstützung der 3 Telegraphenverwaltungen wird bei deren Zentralbehörden ein begutachtender Elektrizitätsausschuß eingerichtet, zu dem auch die Privatunternehmer, die Kommunen und dergleichen berufen werden.

Die Herausbildung des Elektrizitätsmonopols vollzieht sich indes in der Praxis auf eine andere Weise, wie das Vorgehen Sachsens und auch Preußens erkennen läßt. Eine einheitliche Regelung der Elektrizitätsversorgung durch

ein Reichsgesetz ist gleichwohl dringend erforderlich, wie hier wiederholt dargelegt worden ist.

× Spiritusmonopol Die Umwandlung des privatkapitalistischen Spiritusmonopols in ein Reichsmonopol war bereits vor Ausbruch des Krieges ernstlich erwogen worden. Selbst die Spiritusproduzenten drängten auf ein staatliches Monopol hin, das ihnen gleichmäßigen Absatz und gleichmäßigere Preise sichern kann, als dies die Spirituszentrale vermochte. Neun Zehntel aller Brennereien gehörten bisher schon der Spirituszentrale an, die die Preise diktieren konnte, also eine unbeschränkte Monopolstellung einnahm, so daß auch die Konsumenten von einem staatlichen Monopol ohne weiteres keine höhere Belastung zu befürchten haben. Zweifelloos ist aber auch der Branntwein das Produkt, das am ehesten besteuert werden kann, wenn schon einmal indirekte Steuern geschaffen werden, und das Spiritusmonopol als reine Finanzmaßnahme ist jedem andern Finanzmonopol vorzuziehen. Selbst vom Standpunkt der Antialkoholbewegung läßt sich das staatliche Spiritusmonopol rechtfertigen, da nur durch große staatliche Maßnahmen, Einschränkung der Produktion und der Trinkgelegenheiten usw., neben der Belehrung und Erziehung, der Alkoholgenuß stark zurückgedrängt werden kann. Aus allen diesen Gründen machte sich gegen ein staatliches Spiritusmonopol der geringste Widerstand geltend.

Nun hat die Regierung den ersten Schritt zur Umwandlung des Privatmonopols in ein Staatsmonopol getan. Eine Verordnung des Bundesrats vom 15. April über Errichtung einer Reichsbranntweinstelle besagt, daß Branntwein, der unter amtlicher Überwachung steht, nur durch die Spirituszentrale oder auf deren Anweisung abgesetzt oder vergällt werden darf. Die Reichsbranntweinstelle bestimmt, zu welchen Zwecken und in welchen Mengen der Branntwein von der Spirituszentrale abzusetzen ist. Zur Bestimmung der Verkaufspreise für Branntwein bedarf die Spirituszentrale der Genehmigung der Reichsbranntweinstelle. Der Brenner hat den hergestellten Branntwein einschließlich der Bestände an die Spirituszentrale zu liefern und erhält einen angemessenen Übernahmepreis. Das ist noch nicht die staatliche Verwaltung des Spiritusvertriebs, die sich während des Krieges schon deshalb

nicht empfiehlt oder ermöglichen läßt, weil es an Beamten fehlt und die Produktion stark eingeschränkt ist. Aber die Maßnahme bedeutet immerhin die Organisation des staatlichen Monopols, dessen gesetzliche Regelung nach dem Krieg nun eine sehr einfache Sache sein wird.

× **Reichsbank** × Die Reichsbank erzielte, nach dem kürzlich veröffentlichten Verwaltungsbericht, im Jahr 1915 einen Gesamtgewinn von 273,1 Millionen Mark, gegen 133,2 Millionen im Jahr 1914. Es verbleibt ein Reingewinn von 106,5 Millionen Mark (1914 67 Millionen). Auf die Anteilnehmer entfällt eine Gesamtdividende von 8,97 % gegen 10,24 % für 1914 und 8,43 % für 1913. Das Reich erhält aus dem (bereits um 114 300 000 Mark für Kriegsabgaben gekürzten) Reingewinn in Höhe von 106 482 331 Mark eine Kriegsgewinnsteuer im Betrag von 50 972 922 Mark, die einer Abgabe von 75 % des gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1911, 1912 und 1913 erzielten Mehrgewinns entspricht. Schließlich erhält die Reichskasse nach den Bestimmungen des Bankgesetzes 34 446 586 (für 1914 42 497 485) Mark. An den Reservefonds gehen 4 920 940 (6 071 069) Mark. Der an das Reich abgeführte Betrag beläuft sich danach insgesamt auf 199 719 508 Mark gegenüber 43 538 420 Mark im Jahr 1914.

× **Kurze Chronik** × Eine Reichsfleischstelle ist durch eine Verordnung des Bundesrats vom 27. März 1916 gebildet worden. Sie ist eine Behörde und hat die Aufgabe die Fleischversorgung, insbesondere die Aufbringung von Vieh und Fleisch im Reichsgebiet und deren Verteilung, zu regeln. Ihr liegt ferner die Verteilung des aus dem Ausland eingeführten Schlachtviehs und Fleisches einschließlich der Fleischwaren ob. Man ist berechtigt anzunehmen, daß diese sozialistische Einrichtung auch nach dem Krieg bestehen bleibt. × Ferner ist durch eine Verordnung des Bundesrats vom 10. April 1916 eine Reichszuckerstelle errichtet worden, die für die Verteilung der Zuckervorräte auf die Kommunalverbände, gewerblichen und sonstigen Betriebe sowie auf die Heeresverwaltungen zu sorgen hat. × Einen staatssozialistischen Charakter hat auch die Zentralisierung des Eierhandels in Württemberg. Die württembergische Regierung hat den

freien Verkehr in Eiern aufgehoben und die Vermittlung des Umsatzes privilegierten Händlern übertragen. Für jeden Oberamtsbezirk und für den Stadtbezirk Stuttgart wird ein Händler aufgestellt, der die Eier von den Geflügelhändlern erwirbt. Über einen bestimmten Teil der Mengen darf der Händler sogleich verfügen, im übrigen hat er seine Vorräte wöchentlich der Landesversorgungsstelle anzuzeigen und deren Lieferungsanweisungen zu befolgen. Die Landesversorgungsstelle verteilt die Händlervorräte nach den Bedarfsanmeldungen, die ihr von den Kommunalverbänden und Gemeinden zugehen. × Für die Einrichtung von staatlichen Kraftwagenbetrieben hat der sächsische Landtag in seiner verflochtenen Tagung wiederum 1 Million Mark bewilligt. × Die staatlichen Kaligruben des Herzogtums Anhalt haben bis jetzt dem Staat 80 Millionen Mark Reingewinn gebracht. Das Defizit der Staatskasse im Kriegsjahr 1915 konnte aus den Beständen der Überschußverwaltung gedeckt werden, die den staatlichen Bergwerken zu danken sind. × Eine amtliche Mitteilung der russischen Regierung vom März 1916 besagt, daß die Putilowwerke in Petersburg in staatliche Verwaltung übergegangen sind.

× **Literatur** × Das Gemeinschaftsbewußtsein als Ausgang, Inhalt und Ziel der Heimatschutzbestrebungen behandelt Stadtbaurat Rieß (Freiberg) in den Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz /Dresden, Heimatschutz/. Er sagt unter anderem, wir müßten danach streben, daß der Gemeinschaftsgedanke mehr und mehr unsere Kultur und Kunst durchdringe, daß jeder das Heimatbild mit seinen tausendfachen Einzelzügen als ein Heiligtum ansehe, für das das Beste an Kunst und Erfahrung zur Erhaltung und Steigerung und Bereicherung gerade gut genug sei, ein Heiligtum, das nicht als Tummelplatz unkünstlerischer Eitelkeiten und Rücksichtslosigkeiten, Protzentum oder Nurgeschäftsinteressen dienen dürfe. × In einem 117 Seiten starken Buch Die Bilanz der preußischen Staatseisenbahnen /Stuttgart, Enke/ gibt Professor Dr. Richard Passow eine eingehende Analyse der preußischen Eisenbahnfinanzen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich die preußischen Staatseisenbahnen nicht nur organisatorisch sondern auch finanziell glänzend entwickelt haben. × Professor Dr. Heinrich Kraft (Weißer Hirsch

bei Dresden) verlangt in einem als Broschüre veröffentlichten Vortrag Die Wohnungsfürsorge nach dem Kriege /Dresden, Zentralstelle für Wohnungsfürsorge/ als gemeinsame Arbeit von Regierung, Parlament und Sachverständigen eine wohldurchdachte Organisation des Siedelungswesens in Staat und Reich, die allein uns die Ernte unseres Sieges auf die Dauer sichern, die Opfer alle preiswert machen und ersetzen könne.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Flüssige
Kristalle

Eine zusammenfassende Darstellung über den gegenwärtigen Stand un-

serer Kenntnisse über die flüssigen Kristalle gibt der Göttinger Physiker W. Voigt in der Physikalischen Zeitschrift.

An die schon lange bekannten Beobachtungen, daß manche Kristalle dauernd deformierbar sind, daß ferner Jod-silber zwischen 146 und 450° in einer zähflüssigen Modifikation besteht, die im regulären System kristallisiert, hat sich eine Fortentwicklung nicht angeschlossen. Einen entscheidenden Anstoß erhielt die Forschung erst durch die Beobachtung Reinitzers /1889/, daß Cholesterilbenzoat in zwei flüssigen Phasen existiert, deren eine aus den festen Kristallen bei 145° entsteht, die zweite aus der ersten bei 179°, wobei die Übergänge wie normale Schmelzpunkte umkehrbar sind. Während die zweite Phase sich wie eine gewöhnliche isotrope Flüssigkeit verhielt, zeigte die erste, die sich in dünnen Schichten dem Auge trübe darstellte, im Polarisationsapparat ziemlich starke Doppelbrechung. Der Karlsruher Physiker O. Lehmann, der die Substanz zur nähern Untersuchung erhielt, sprach bereits 1889 aus, daß in der ersten Phase fließende doppeltbrechende Kristalle vorlägen. Die Trübung der ersten flüssigen Phase würde hiernach darauf beruhen, daß die Substanz in ihr ähnlich wie ein kristallinisches Gestein, aber in voller und homogener Raumerfüllung, aus äußerst zahlreichen, regelmäßig konstituierten Kristallindividuen in regelloser Anordnung bestände. Die Veröffentlichung dieser Resultate rief eine große Zahl weiterer Untersuchungen hervor, speziell gelang es in den nächsten Jahren Vorländer eine sehr große Zahl chemischer Verbindungen herzustellen, die flüssige doppeltbrechende Phasen

besitzen, darunter auch solche ohne merkliche Trübung. Natürlich stieß die Vorstellung, daß Flüssigkeiten nicht strukturlos seien sondern Kristallstruktur zeigen könnten, auf lebhaften Widerstand. Aber zahlreiche Versuche, die in dem seither verflössenen Zeitraum von fast 30 Jahren von den verschiedensten Forschern angestellt worden sind, haben doch eine sehr weitgehende Analogie zwischen diesen Flüssigkeiten von offenbar anisotropem Verhalten und den wirklichen Kristallen ergeben. Die Vermutung, die zuerst auftauchte, daß die erwähnten trüben Schmelzen in Wahrheit Suspensionen oder Emulsionen seien, hat sich nicht aufrechterhalten lassen. Abgesehen von chemischen Bedenken, zu denen die speziellen Substanzen Anlaß geben, tritt die Klärung nicht allmählich bei wachsender Temperatur ein, die Trübung erfährt sogar oft noch direkt unterhalb der Temperatur der isotropen durchsichtigen Phase eine kleine Zunahme. Von Bose wurde 1908 die sogenannte Schwarmhypothese aufgestellt, in der die Annahme von Raumgitterbildung in den trüben doppeltbrechenden Schmelzen aufgegeben und damit auch der Name flüssige Kristalle fallengelassen wurde. Bose führte die Anisotropie der betreffenden Flüssigkeiten ausschließlich auf die Parallelorientierung der (nach Vorländer) langgestreckten Moleküle in einzelnen Raumelementen zurück, wobei er, um die Flüssigkeit der betreffenden Substanzen verständlich zu machen, den Molekülen eine Art von Wärmebewegung beilegte, auf die sich die Grundsätze der kinetischen Gastheorie anwenden lassen. Aber die Beobachtung des Verhaltens der anisotropen Flüssigkeiten, namentlich im magnetischen und elektrischen Feld, führte schon 1909 Bose selbst dazu für die mit Schwärmen parallel orientierter Moleküle erfüllten Raumelemente in den trüben Schmelzen der anisotropen Flüssigkeiten eine Art einfacher Gitterstruktur zuzulassen, so daß die Schwarmhypothese eine Form annahm, in der sie sich von den ersten Vorstellungen Lehmanns kaum noch merklich unterschied. Als bisheriges Ergebnis der mannigfaltigen Forschungen und Beobachtungen spricht Voigt aus: »Es darf als sicher bezeichnet werden, daß die Moleküle der anisotropen Flüssigkeiten die Fähigkeit haben sich innerhalb kleiner Bereiche spontan, innerhalb ausgedehnterer durch äußere Einwirkungen mit

einer ausgezeichneten Achse zu einander parallel zu orientieren, während die zu jener Achse normalen Richtungen die Tendenz zu paralleler Orientierung bisher nirgends erkennen lassen. Ob mit der Parallelrichtung die Anordnung der Moleküle in eine Art von Raumgitter verbunden ist, läßt sich zurzeit noch nicht mit Sicherheit sagen. Die geordneten Bereiche zeigen die optischen Eigenschaften optisch einachsiger Kristalle... Auch bezüglich der elektrischen Leitfähigkeit ist die Gleichwertigkeit mit einachsigen Kristallen festgestellt.«

Allerdings besteht, wie Voigt hervorhebt, doch auch eine scharfe Abgrenzung zwischen den anisotropen Flüssigkeiten und den festen Kristallen. Speziell durch die Beobachtungen, die von *Laue* angeregt hat, kann es als sicher gelten, daß die Bausteine der Kristalle nicht die Moleküle sondern die Atome sind. In den kristallinisch flüssigen Substanzen aber wird dieser anisotrope Zustand, wie aus den Beobachtungen über ihre Dielektrizitäts- und Kapillaritätskonstanten hervorgeht, durch eine möglichst lineare Struktur der Moleküle hervorgerufen. Während zwischen den Atomen eines festen Kristalls die starken und energisch polaren Kräfte wirken, die auch die chemischen Verbindungen zusammenhalten, wirken zwischen den Molekülen der anisotropen Flüssigkeiten schwächere und minder ausgeprägt polare Kräfte, auf deren spezieller Natur im Gegensatz zu den atomistischen Kräften die Flüssigkeit beruht, die diese Substanzen in verschiedenstem Grad erkennen lassen.

Die Wärmebewegung scheint bei den anisotropen Flüssigkeiten oder flüssigen Kristallen die Parallelorientierung der Moleküle in den geordneten Bereichen nur wenig zu stören, sagt Voigt in seiner zusammenfassenden Darstellung; sie muß dort also von der in Gasen stattfindenden merklich abweichen. In der letzten Sitzung der Physikalischen Gesellschaft führte *Born* aus, daß diese Annahme doch sehr wenig wahrscheinlich und kaum vorstellbar sei. Er hat Versuche mit zwei Flüssigkeiten gemacht, die er kurz als einen Cyanester und einen Methylester bezeichnet. Die Drehung der Polarisationsebene zum Beispiel ist in einer dünnen Schicht von Bruchteilen eines Millimeters schon so stark, daß sie für eine Schicht von 1 Millimeter Dicke eine Drehung von 5000° ergibt gegenüber einer Drehung von nur 20° bei einer gleich dicken Quarzschicht. Die Moleküle dieser flüssigen Kristalle

stellt sich *Born* nach dem Vorgang *Vorländer's* als stäbchenartige Körperchen vor; und bedenkt man die komplizierte Zusammensetzung der betreffenden Flüssigkeiten, so wird man sich vorstellen müssen, daß es sich um verhältnismäßig lange Stäbchen handelt. Der volle chemische Name des Cyanesters zum Beispiel, mit dem *Born* gearbeitet hat, ist Benzolcyanamidozimtsäureäthylester. Die Moleküle der in diesem Namen angedeuteten Stoffe sind in dem Molekül des zusammengesetzten Körpers doch wohl als aneinandergereiht vorzustellen. Im Anschluß an die von *Debye* herrührende Theorie der dielektrischen Flüssigkeiten stellt sich *Born* auch diese stäbchenartigen Moleküle der flüssigen Kristalle als elektrische Dipole vor, die sich unter der Einwirkung eines elektrischen Feldes stets parallel stellen, bei ihrer Länge aber ein so großes elektrisches Moment haben, daß die Parallelrichtung bei bestimmten Temperaturen auch spontan, unabhängig von der Wirkung eines äußeren elektrischen Feldes eintreten kann. Auf dieser Grundlage gelang es *Born* von einigen wichtigen Eigenschaften der flüssigen Kristalle Rechenschaft zu geben respektive sie theoretisch zu begründen.

×
 Landentdeckung Weite unbekannte Landstrecken sind auf der Erde kaum noch zu vermuten, außer vielleicht in den unwirtlichen arktischen und antarktischen Gegenden an den Polen der Erde. Am Nordpol freilich ist durch die berühmte Framfahrt *Nansens* eine weitausgedehnte Tiefsee von 3000 bis 4000 Meter Tiefe festgestellt worden. Die Fram war bekanntlich in östlicher Richtung an der sibirischen Küste entlang gefahren, hatte sich bei 133° östlicher Länge nach Norden und Nordosten gewendet, sich dann einfrieren lassen, und war mit dem Eis zuerst in nordwestlicher, später in südlicher Richtung getrieben worden, bis sie bei 13° östlicher Länge unter 80° nördlicher Breite unmittelbar über Spitzbergen vom Eis loskam. Daß auf dieser von der Fram befahrenen Seite des Pols noch Land vorhanden sei, erklärte *Nansen* nach den Erfahrungen der Drift seines Schiffes für ganz unwahrscheinlich; die Fram ist sicherlich nicht in einer schmalen tiefen Rinne sondern in einem weitausgedehnten tiefen Meer gefahren. Dagegen blieb die Möglichkeit sehr wohl bestehen jenseits des Pols, auf der amerikanischen Seite, Land anzutreffen. »Es ist kaum anzunehmen«.

sagte Nansen, »daß man gegenwärtig schon die Nordgrenze des arktisch-amerikanischen Archipels erreicht haben sollte; wir müssen vielmehr erwarten, daß wir dort auch nördlich von der jetzigen Grenze des Bekannten noch Inseln finden werden.«

Es ist nun sehr interessant, daß vor einiger Zeit der amerikanische Geophysiker R. A. Harris auf Grund von Berechnungen über alle bekannten Gezeitenmessungen aus dem Nordpolarmeer zu der Überzeugung gelangt ist, daß zwischen der Nordküste von Alaska und dem Pol sich unmöglich ein tiefes ununterbrochenes Meeresbecken hinziehen könne, sondern daß sich hier noch eine große ausgedehnte Landmasse befinden müsse. Die Grenzen und die Ausdehnung dieses hypothetischen Landes hat er berechnet und in die Karte der Nordpolargegenden eingezeichnet. Danach hat dieses Land eine Ausdehnung von nicht weniger als $1\frac{1}{2}$ Million Quadratkilometer, also den $2\frac{1}{2}$ fachen Flächeninhalt des Deutschen Reiches. Die Gestalt ist ungefähr trapezoidisch, und zwar zieht sich der längere Nordrand unter 86 bis 87° nördlicher Breite von 100 bis 210° westlich von Greenwich hin, erstreckt sich also über 110 Längengrade, während die Südküste 10° südlicher nur von 130 bis 160° reicht.

Für dieses hypothetische Harrissche Land scheint nun die Stefánsson'sche Expedition neue und sichere Anhaltspunkte gegeben zu haben. Am 22. März 1914 war Stefánsson mit seinen beiden norwegischen Begleitern Andreasen und Storkensen von der Nordküste Alaskas, wo er den Winter zugebracht hatte, mit Schlitten nach Norden über das zugefrorene Polarmeer aufgebrochen und hatte am 26. Juni die Westküste von Banksland erreicht, der westlichsten Insel des amerikanisch arktischen Archipels. Auf dieser Insel hat MacClure, der Entdecker der Nordwestlichen Durchfahrt, die Winter von 1851 bis 1854 zugebracht. Er führte eine der zur Aufsuchung Franklins ausgesandten Expeditionen, und zwar war er mit seinem Schiff, dem Investigator, von der Behringsstraße aus in das Polarmeer gelangt und nach Osten gefahren. Sein Schiff fror bei Banksland ein und kam nicht wieder vom Eis los, so daß die Mannschaft eine sehr beschwerliche Reise über das Eis bis zur Melvilleinsel antreten mußte, wo sie von einer andern, der Kelletschen Expedition aufgenommen wurde. MacClure hatte dabei die Möglichkeit der Nordwestpassage

sowohl im Osten von Banksland durch die Prince of Wales-Straße wie im Norden dieser Insel durch die Banks- oder MacClure-Straße festgestellt und wurde nach seiner Rückkehr in England als Entdecker dieser seit länger als 350 Jahren gesuchten Fahrstraße, wenn sie wegen der Eisverhältnisse auch für den Handel nicht in Betracht kommt, gefeiert und vom Parlament mit einer Dotation von 200 000 Mark geehrt.

Seit jener Zeit, also seit 60 Jahren, hat kein Weißer dieses weltabgelegene, nur von wenigen Eskimos bewohnte Eiland wieder besucht. Stefánsson, der dort den Winter 1914-1915 zubrachte, suchte das Land auf Schlittenreisen zu erforschen. Die längste war eine über 600 Kilometer weit nach dem Südosten der Insel unternommene Tour, um von den dort vermuteten Eskimos Hunde für die weiteren nach Norden und Westen beabsichtigten Vorstöße zu erwerben. Freilich mußte er unverrichteter Sache nach seinem Quartier bei Kap Kellet im Südwesten der Insel zurückkehren, weil er keine Eskimos antraf. Mit seinem Bestand von nur noch 17 Hunden brach er bereits im Februar 1915 längs der Westküste der Insel nach Norden auf und erreichte am 26. April den 27. Breitengrad. Das Meer zeigte hier nur die geringe Tiefe von 250 bis 350 Meter. Das Eis erwies sich als wenig tragfähig und zeigte zahlreiche offene Stellen, so daß der beabsichtigte Vorstoß in westlicher Richtung nicht ausgeführt werden konnte. Stefánsson ging daher weiter nach Norden an der Westküste von Prince Patrick-Land entlang, dessen Küste er bis zur äußersten Nordwestspitze vermessen konnte. Am 18. Juni wurde zuerst von Storkensen in ziemlicher Nähe in nordöstlicher Richtung Land erblickt, das am nächsten Tag unter 78° nördlicher Breite und 117° westlicher Länge erreicht wurde. Diese neue, noch unbekannte Küste, die sich zuerst in südsüdwestlicher, dann in stärker südwestlicher Richtung hinzieht, wurde in einer Erstreckung von 180 Kilometer erforscht. Es muß sich dabei um einen Landkomplex von ziemlicher Ausdehnung handeln, denn von einem 10 Kilometer landeinwärts gelegenen, über 600 Meter hohen Berg wurden noch höhere Gipfel in allen Richtungen gesichtet, deren Entfernungen Stefánsson auf 100 Kilometer schätzte. Nach Westen zu nimmt das an der Küste flache Land beträchtlich an Höhe zu. Im Sommer, als die Gänse und andere Vögel eintrafen und das Eis aufzubre-

chen begann, wurde die Rückreise angetreten, die an der Ostküste von Prince Patrick-Land wieder nach Banksland und durch dieses nach Kap Kellet führte. Von dort gedenkt Stefánsson in diesem Jahr seine Forschungen speziell in dem neuentdeckten Land, wohin er jedenfalls schon aufgebrochen ist, zu vervollständigen.

Besonders interessant ist die in dieser Entdeckung liegende Bestätigung der von Harris angestellten Landberechnung. Freilich liegt die wirklich gefundene Küste weiter östlich als die von Harris angegebene hypothetische. Auch werden die Forschungen der nächsten Jahre erst Aufschluß darüber geben können, ob es sich wirklich um ein weitausgedehntes Landgebiet handelt, wie Harris annimmt, oder um eine im Verhältnis dazu doch nur kleine Insel.

×
Kurze Chronik Wie jetzt erst bekannt wurde, ist der 50jährige Gelehrte O. Piloty auf dem

Schlachtfeld gefallen. In Würzburg Schüler Emil Fischers, siedelte er später als Assistent mit diesem nach Berlin über und arbeitete hier unter anderem über Elektrolyse und Synthese des Glycerins. 1889 kam er als Professor für Chemie an die Universität München und befaßte sich dort neben seiner Lehrtätigkeit hauptsächlich mit der Chemie der Kohlenstoffverbindungen und mit Untersuchungen über die Konstitution der Blutfarbstoffe. × Der Professor für organische Chemie an der Technischen Hochschule in Dresden Dr. E. von Meyer ist gestorben. Er hat ein ausführliches Werk über die Geschichte der Chemie geschrieben; auch hat er in dem Teubnerschen Sammelwerk Die Kultur der Gegenwart den Band Chemie herausgegeben. × Vor kurzem starb auch der ungarische Astronom Nikolaus Thege von Konkoly. Er hatte seine wissenschaftliche Ausbildung zum großen Teil in Berlin erworben und richtete dann auf seinem Gut in O-Gyalla eine Sternwarte ein, die bald ein Brennpunkt geistiger Interessen in Ungarn wurde. × Auf der Sternwarte Königstuhl bei Heidelberg ist von Professor Wolf ein neuer Planetoid mit kometenartigem Aussehen aufgefunden worden; er ist von der 13. Größenklasse und steht im Sternbild der Jungfrau. × Die Philosophische Fakultät der Universität Göttingen hat folgende bis zum 31. August 1918 zu lösende Preis aufgabe gestellt: »Die chemischen Vorgänge, welche bei der

Umwandlung des Blutfarbstoffs in Gallenfarbstoff und weiter in Harn- und Kotfarbstoffe vor sich gehen, sind in exakter Weise klarzulegen und durch ausreichend begründete Strukturformeln zu erklären.« Die selbe Fakultät hat den Preis der Otto Vahlbruck-Stiftung im Betrag von je 6000 Mark dem ordentlichen Professor für organische Chemie an der Universität Stockholm Dr. Hans von Euler-Chelpin für seine Arbeiten über die Wirkungsweise der Fermente und seine Untersuchungen über die Chemie der Gärung und dem außerordentlichen Professor für chemische Technologie an der Universität München Dr. Heinrich Wieland für seine Arbeiten über ungesättigte organische Radikale, für seine Untersuchungen über tierische Gifte und seine Studien über biologisch wichtige Oxydationsvorgänge verliehen.

×
Literatur Das Buch A. Schaus Statik, mit Einschluß der Festigkeitslehre, das in der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt /Leipzig, Teubner/ herauskam, ist eine durch viele Beispiele erläuterte Darstellung der auf den statischen Gesetzen beruhenden Lehre der verschiedenen Arten der Festigkeit (Zug- und Druckfestigkeit, Scher- und Schubfestigkeit, Biege-, Torsions-, Knick-, zusammengesetzte Festigkeit), die bei den verschiedensten Bauten in Betracht kommen. Daran schließt sich die Berechnung größerer Dachkonstruktionen sowie ein kurzes Kapitel über den Erd- und Wasserdruck auf die Wandungen von Bauwerken an. × In der gleichen Sammlung ist Die Lehre von der Energie von A. Stein erschienen. Es ist eine verständliche Darstellung der verschiedenen Energieformen und des Energiegesetzes, dessen zentrale Stellung auch durch die neueste Entwicklung der Physik nicht erschüttert worden ist. Freilich wird man mit dem Verfasser in der Schätzung der rein mechanischen Naturauffassung nicht übereinstimmen. Gegenüber Sätzen wie »Wir können uns schlechterdings keine Naturvorgänge denken, die... nicht als Bewegung und damit mechanisch gedeutet werden könnten«, »Die mechanischen Vorgänge sind die einzigen, die wir mit unserm Verstand in uns befriedigender Weise zu erfassen vermögen« sei zum Beispiel nur an die berühmte Rede Plancks über die Stellung der neuern Physik zur mechanischen Naturanschauung auf der Königsberger Naturforscherversammlung /1910/ erinnert (siehe diese Rundschau, 1910, 3. Band, pag. 1526 ff.).

Rechtswissenschaft / Hugo Heinemann

Koalitionsrecht Ein für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtiges Urteil hat das Reichsgericht unter dem 17. März 1916 gefällt. Der der Entscheidung zugrunde liegende Tatbestand war der folgende: Ein Bauarbeitgeberverband und eine Ziegelkonvention hatten einen Vertrag geschlossen, durch den diese sich verpflichtete den ganzen Bedarf der Verbandsmitglieder an Ziegeln zu liefern, während andererseits die Verbandsmitglieder ihren ganzen Bedarf bei der Konvention decken mußten. Die Konvention verpflichtete sich ferner zur Unterstützung des Verbands bei Streiks und Aussperrungen. Sie durfte in diesem Fall an Baumeister im Bezirk des Verbands ohne dessen Genehmigung keine Ziegel liefern und keine streikenden und ausgesperrten Arbeiter auf ihren Ziegeleien beschäftigen. Bei Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen des Vertrags sollte eine Vertragsstrafe verfallen sein. Mit der nun eingereichten Klage verlangt der Verband von der Ziegelkonvention Zahlung einer Vertragsstrafe von 26 600 Mark, weil die Konvention wiederholt dem Vertrag entgegen Ziegel an Nichtmitglieder des Verbands zu anderen als den vereinbarten Preisen und Bedingungen geliefert habe. Die Konvention wandte dagegen ein: Der Vertrag sei wegen der Bestimmungen über Streikhilfe nach § 152 der Gewerbeordnung rechtsunwirksam. Hiernach stehe jedem Teilnehmer an einer Konvention der Rücktritt von dieser frei, und es finde daraus weder Klage noch Einrede statt. Gegen diese Vorschrift verstoße der in Rede stehende Vertrag. Er wolle Mitglieder wider ihren Willen bei einer Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen festhalten. Damit werde der ganze Vertrag hinfällig. Denn es sei nicht anzunehmen, daß die Parteien den Vertrag ohne den unwirksamen Teil überhaupt abgeschlossen haben würden. Landgericht und Oberlandesgericht Dresden haben die Klage abgewiesen. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Die §§ 9 bis 11 des Vertrags dienen dem Zweck der Abwehr von Arbeitseinstellungen und der Durchführung der Aussperrung von Arbeitern des Klägers oder seiner Mitglieder. Mit Rücksicht hierauf stellt sich der Vertrag der Parteien als eine unter § 152 Absatz 1 der Gewerbeordnung fallende Verabredung dar. Betei-

ligen sich die Erzeuger von Baustoffen an den Kämpfen, die zwischen den Bauarbeitgebern und Bauarbeitern entstanden sind, durch Unterstützung der Arbeitgeber mittels Lieferungssperre oder Aussperrung der Arbeiter von ihren Betrieben, so ist das ein Ausfluß des durch § 152 der Gewerbeordnung anerkannten Rechts der Koalition. Soweit der Vertrag diese Vereinbarung betrifft, ist er daher für keinen Teil bindend; jedem Vertragsteil steht der Rücktritt davon frei. Die Vereinbarung von Strafen ist unwirksam. Der Vertrag enthält nun freilich auch Bestimmungen, die nichts mit den Lohnkämpfen der Bauarbeitgeber zu tun haben, vielmehr das Interesse beider Vertragsparteien an der Ziegellieferung betreffen. Die jetzt eingeklagte Vertragsstrafe wird auch lediglich wegen Zuwiderhandlungen gegen diese an sich rechtsverbindlichen Vereinbarungen verlangt. Der Vertrag enthält deshalb teilweise gültige teilweise ungültige Bestimmungen. Er muß aber als ein einheitliches Ganzes angesehen werden. Nach der Absicht der Parteien sollten die übernommenen Leistungen derart von einander abhängig sein, daß beim Wegfall der einen auch die anderen unterbleiben sollten. Jedenfalls muß angenommen werden, daß für den Kläger gerade die Unterstützung der Ziegeleien bei Lohnkämpfen so wesentlich war, daß sie sich als eine Gegenleistung für die von ihm übernommenen Vertragspflichten darstellt, und daß der Kläger daher ohne die Zusage der Streikhilfe den ganzen Vertrag nicht eingegangen wäre. In entsprechender Anwendung des § 139 des Bürgerlichen Gesetzbuchs muß daher der ganze Vertrag als unverbindlich angesehen werden. Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die Revision des Klägers zurückgewiesen.

Dieses im Effekt den Arbeiterinteressen dienende Urteil beweist mit voller Klarheit, daß die Arbeiter an der Beseitigung des Absatzes 2 des § 152 der Gewerbeordnung gar kein Interesse haben. Gewiß war seine Tendenz ursprünglich koalitionsfeindlich. Als die Vorschrift ins Leben gerufen wurde, geschah dies, um die Koalition nicht zu mächtig werden zu lassen. Man wollte damit die Freiheit der nichtorganisierten Arbeiter schützen. Deshalb wollte man jede Möglichkeit des Austritts aus der Organisation so viel wie irgend möglich erleichtern. Der das ganze Privatrecht durchziehende, es beherrschende, sein Wesen ausmachende Gedanke, daß Ver-

träge gehalten werden müssen, wurde hier außer Kraft gesetzt. Der Vertrags- und Treubruch wurde gesetzlich sanktioniert. Sonst gewährt das Bürgerliche Gesetzbuch auch den nicht rechtsfähigen Vereinen den Rechtsschutz des Gesellschaftsrechts, um ihnen eine ihren Zwecken entsprechende Wirksamkeit zu ermöglichen und zu verhindern, daß sie als ein rechtliches Nichts gelten. Ja, der Staat geht noch viel weiter. Er hat Innungen der Handwerke geschaffen, deren Aufgabe es ist Standesinteressen und Standeshonore gegenüber den egoistischen Bestrebungen einzelner zu wahren, und der Gesamtheit sogar die Möglichkeit gegeben eine selbstsüchtige Minderheit zum Beitritt zu zwingen. Die Verpflichtungen der Arbeiter aus Koalitionen dagegen werden rechtlich mit den als unsittlich angesehenen und deshalb unverbindlichen Spielschulden aus Glücksspielen auf eine Stufe gestellt. Diese Ungleichheit in der Rechtsbehandlung hat die verdienstvollsten Vorkämpfer für die Koalitionsfreiheit, insbesondere Brentano, veranlaßt als das A und O der Reform des Koalitionsrechts die Streichung des Absatzes 2 des § 152 zu verlangen. Und doch wäre die Beseitigung dieses Schönheitsfehlers ein schwerer Nachteil für die gewerkschaftliche Betätigung. Die Arbeiter haben gar kein materielles Interesse daran Mitglieder, die der Organisation nicht angehören wollen, darin festzuhalten. Daß etwa die Organisation gegen ihre früheren, zu Streikbrechern gewordenen Mitglieder auf Zahlung der Mitgliedsbeiträge klagen sollte, ist absurd. Dagegen haben die Arbeiter, wie gerade das hier gefällte Urteil beweist, ein sehr großes Interesse daran, daß ein Arbeitgeber nicht gezwungen ist den von ihm getroffenen, gegen die Arbeiter sich richtenden Abreden treu zu bleiben, daß er vielmehr rechtlich in der Lage ist, ohne wirtschaftliche Nachteile fürchten zu müssen, sich hiervon loszusagen und wider den Willen seines Verbands mit der Arbeiterorganisation oder den einzelnen Arbeitern diesen günstige Vereinbarungen zu treffen. Daß das Reichsgericht den § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung so außerordentlich weit ausdehnt, wie dies im vorstehenden Urteil geschieht, gereicht daher durchaus den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern zum Vorteil. Dieser Gesichtspunkt wird bei der nach dem Krieg zu erwartenden Reform des Koalitionsrechts nicht außer acht gelassen werden dürfen.

Streikarbeit Eine Arbeit des Professors Philipp Lotmar (Bern) über Streikbruch und Streikarbeit, die im Arbeitsrecht vom Dezember 1915 veröffentlicht wurde, verdient die größte Beachtung. Die Frage der Streikarbeit ist wissenschaftlich bisher kaum irgendwo behandelt, obwohl sie erhebliche praktische Bedeutung hat und bei den nach dem Krieg bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfen im Vordergrund des Interesses stehen wird. Daß Lotmar die Frage mit höchster Objektivität, allem Rüstzeug der Wissenschaft und also grundlegend behandelt, ist bei diesem Meister des Arbeiterrechts selbstverständlich. Lotmar erörtert das Problem, ob, wann und wie jemand, der sich weigert Streikarbeit zu leisten, weil er sich des Streikbruchs enthalten will, vom Recht vor dem Zwang jene Arbeit zu leisten geschützt wird. Es handelt sich also um den Rechtsschutz der Arbeitsunwilligen. Streikarbeit definiert Lotmar als die Arbeit, die im Streik verweigert und dennoch vor dessen Ende verrichtet wird. Als Kriterium genügt also nicht, daß die Arbeit während eines Streiks geleistet wird und von der Art der niedergelegten ist; sie muß vielmehr die verweigerte Arbeit selbst sein. Die wirtschaftliche Wirkung der Streikarbeit trifft Arbeiter und Unternehmer im entgegengesetzten Sinn. Indem durch die Streikarbeit die Lähmung des Betriebs vermindert wird, wird die Zwangslage des Unternehmers erleichtert und der Streikzweck vereitelt. Entsprechend der Gefährlichkeit, die die Streikarbeit für den Erfolg des Streiks besitzt, werden von den Ausständigen zahlreiche Mittel angewandt, die die Streikarbeit oder schon die Versuchung zur Streikarbeit fernzuhalten bestimmt sind. Diese Mittel werden von den Gesetzen teils zugelassen teils verpönt. Handelt es sich hierbei um wirtschaftliche Mittel, so entsteht die weitere Frage, ob nicht auch das Privatrecht die Streikarbeit niederzuhalten hilft. Die Streikarbeit kann, ohne daß es auf die Frage ihrer moralischen Verwerflichkeit ankommt, in 3 Fällen verweigert werden:

1. Wenn die dem Arbeiter zugemutete Streikarbeit von anderer Art ist als die ihm nach dem Arbeitsvertrag obliegende Arbeit. Hier wird die Streikarbeit nicht verweigert, weil sie Streikarbeit ist, sondern weil sie außerhalb des Pflichtenkreises des Arbeiters liegt. Solche Arbeit braucht, wie Lotmar mit rechtlich ins Schwarze treffenden Gründen nach-

weist, nicht geleistet zu werden. Der diese Arbeit verweigernde Arbeiter kann nicht entlassen werden, vielmehr macht die Entlassung den Arbeitgeber verantwortlich.

2. Wenn die Arbeit in fremdem Betrieb vor sich gehen soll. Der Arbeitgeber hat nicht das Recht den Dienstpflichtigen wie einen Sklaven, ohne dessen Zustimmung einem andern Herrn zu geben (§ 613 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

3. Wenn ein Arbeiter einen Arbeitsvertrag eingeht, der in einem bestreikten Betrieb zu erfüllen ist, ohne daß er bei der Vertragsschließung etwas von dem Streik weiß, so kann er den Vertrag anfechten, falls die Voraussetzungen des § 119 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegen. Dieser lautet: »Wer bei der Abgabe einer Willenserklärung über deren Inhalt im Irrtum war oder eine Erklärung dieses Inhaltes überhaupt nicht abgeben wollte, kann die Erklärung anfechten, wenn anzunehmen ist, daß er sie bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde.« Wer der Koalition angehört, die den Streik trägt, oder ihr freundlich gesonnen ist, wollte keine Streikarbeit leisten und seine Klassengenossen schädigen. Er kann daher den Arbeitsvertrag anfechten. Liegt keiner der 3 erwähnten Fälle vor, so entsteht die Frage: Kann die Streikarbeit ohne die angeführten besonderen Voraussetzungen verweigert werden, weil sie von der Volksmoral verworfen wird? Die Frage hat keine rechtliche Bedeutung für Arbeitswillige, wie Gelbe, gewerbsmäßige Streikbrecher und Indolente, sondern für Arbeitsunwillige, die ungeachtet des von ihnen geschlossenen Arbeitsvertrags sich weigern Streikarbeit zu verrichten, weil diese moralisch verwerflich sei und sie nicht den Vorwurf des Streikbruchs verdienen wollen. Bei der Beantwortung der gestellten Frage ist aller Nachdruck darauf zu legen, daß das Recht hier dem Verstoß gegen die guten Sitten nur dann Rechnung tragen kann, wenn er ein von allem Volk anerkannter ist, wenn die Verwerflichkeit auf eine Eigenschaft der Streikarbeit gegründet wird, die sowohl den Unternehmern wie den Arbeitern als verwerflich gilt. Dabei kommt es nicht darauf an, daß die Leistung der Streikarbeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer den entgegengesetzten wirtschaftlichen Effekt hat. Nicht Nutzen oder Schaden einer Partei entscheidet. Nicht das, was die Streik-

arbeit wirkt, ist das rechtlich Erhebliche, sondern das, was sie ist. Die über den Parteien stehende Volksmoral ist zu berücksichtigen. Auf diesen neutralen Boden muß sich die juristische Betrachtung stellen. Unternehmer so gut wie Arbeiter, ja alle, die verbündet mit vereinten Mitteln ein einiges Ziel verfolgen, stimmen darin überein, daß die oberste Pflicht der Vereinsglieder die Solidarität ist gegenüber den sie von außen bedrohenden Mächten. Diese nach der Volksmoral für den Verein als solchen geltende Solidaritätspflicht wird verletzt durch Lässigkeit in der Verteidigung, schwerer noch durch Abtrünnigkeit und weitaus am schwersten durch Verrat. Dieser ist etwas Schimpfliches auch in den Augen dessen, dem er nutzt. Man liebt den Verrat und verachtet den Verräter. Daraus folgt: Wer wesentlich Streikarbeit als Überläufer leistet, handelt wider die guten Sitten und zwar nicht bloß in den Augen der Arbeiter, die er schädigt, sondern auch der Unternehmer, denen er nutzt, gleichwie der Volksgenossen, denen er weder schadet noch nutzt. Denn er übertritt durch den Verrat ein Gebot nicht der partikulären Arbeitermoral sondern der allgemeinen Volksmoral. Zweifelhaft ist jedoch, auf welche Personenkreise sich das Moralgebot erstreckt. Mit Recht nimmt Lotmar an, daß darunter alle Berufsgenossen der Ausständigen fallen, ja alle Angehörigen der Arbeiterklasse. Nach Ausbruch des Streiks ist der freie Wettbewerb um die leeren Arbeitsplätze aufgehoben. An dieser Stelle hätte Lotmar noch darauf hinweisen können, daß der Kreis der zur Solidarität verpflichteten Arbeiter deshalb besonders weit zu ziehen ist, ja gar nicht weit genug gezogen werden kann, weil der Zusammenhalt gerade für die Arbeiterklasse mehr als für jede andere Klasse wirtschaftliche Lebensbedingung und deshalb zum obersten Moralgesetz geworden ist. Mit Recht aber betont Lotmar, daß die Frage, ob Arbeitswillige, die nicht mit den Ausständigen koalieren sind, Verrat an der Arbeiterklasse durch Verrichtung von Streikarbeit üben, dahingestellt bleiben kann. Denn wir haben es ja hier bei der Entscheidung der Frage der zivilrechtlichen Bedeutung der Streikarbeit allein mit den Arbeitsunwilligen zu tun, also mit Personen, die keine Streikarbeit leisten, nicht Streikbrecher sein wollen. Diesen kommt das Recht auf 3 Wegen zu Hilfe:

1. Der Arbeiter ist zur Leistung der

Streikarbeit als einer moralwidrigen nicht verpflichtet. Er kann daher, auch wenn er solche zugesagt hat, dann aber den Verrat und Streikbruch bereut, die Arbeit einstellen, ohne einen Rechtsnachteil zu erleiden. Denn einer moralwidrigen Abrede versagt das Recht die Wirkung. Daran würde auch nichts ändern, wenn durch Revers oder Tarifvertrag auf die Geltendmachung der Nichtigkeit des wider die guten Sitten verstoßenden Arbeitsvertrags verzichtet ist.

2. Auch in den Fällen, in denen der Arbeitsvertrag an sich gültig oder nur anfechtbar ist, kann die Streikarbeit verweigert werden. Durch den Arbeitsvertrag stellt der Arbeiter seine Arbeitskraft, nicht auch seine Ehre dem Unternehmer zur Verfügung.

3. Bei Anordnung wider die guten Sitten verstoßender Streikarbeit kann der Arbeiter wegen Zumutung des Streikbruchs den Dienst unverzüglich verlassen und Ersatz des Schadens fordern, den er durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses erleidet (§ 124 Nummer 3 der Gewerbeordnung und § 628 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs). Zum Schluß meint Lotmar, daß manche mit Widerstreben geleistete, zur Streikvereitelung mitwirkende Streikarbeit unterbleiben würde, wenn die Arbeiter wüßten, daß die Verweigerung ihnen aus Rechtsgründen freisteht, daß es insofern einen Rechtsschutz der Arbeitsunwilligen gibt. Die Unternehmer haben das Recht Arbeitswillige zu gewinnen. Ihre Fachgenossen dürfen streikenden Arbeitern Aufnahme in ihrem Betrieb verweigern. Da die Arbeiter dagegen kein Rechtsmittel haben, vielmehr diese Solidarität anerkennen und gegen sich gelten lassen müssen, so wären sie doppelt vom Recht verlassen, wenn ihre Kollegen, die ihnen Solidarität halten wollen, sich nicht ihrerseits der Streikarbeit von Rechts wegen widersetzen dürften. Die Anerkennung solcher Weigerung, in der sich die Solidarität der Arbeiter äußert, ist demnach auch ein Gebot der Parität. Es wäre ungerecht die Solidaritätsmoral nur gegen und nicht auch für die Arbeiter wirken zu lassen.

Hier möchte ich noch hinzufügen, daß die von Lotmar aufgeworfenen Fragen erhebliche praktische Bedeutung auch für das Strafrecht haben können, nämlich für die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung. Nach feststehender, insbesondere auch vom Reichsgericht gebilligter Rechtsprechung findet § 153 nur dann Anwendung, wenn die Arbeiter durch

den Streik etwas erstreben, worauf sie weder einen gesetzlichen noch einen vertragsmäßigen Anspruch haben. Denn die Vorschrift hat es lediglich mit Verabredungen zu tun, deren Ziel die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ist. Greifen aber die Arbeiter zu der Waffe des Streiks, um Eingriffe des Unternehmers in die ihnen gesetzlich gewährten Rechte zurückzuweisen oder um einen Wort- oder Treubruch des Unternehmers abzuwehren, so wollen sie keine günstigen Lohn- oder Arbeitsbedingungen erlangen sondern nur bestehende aufrechterhalten. Deshalb scheidet in allen solchen Fällen ohne weiteres die Anwendung des § 153 aus. Daraus folgt: Treten die Arbeiter, was ein keineswegs seltener Fall ist, in den Streik, um ihr Recht keine Streikarbeit zu leisten zur Durchführung zu bringen, so kann, obgleich von den Streikenden eine in § 153 verbotene Handlung vorgenommen wird, diese Bestimmung nicht zur Geltung kommen. Denn die Zumutung der Leistung von Streikarbeit enthält die Aufforderung zu einer gegen die guten Sitten verstoßenden Handlung. Die Arbeiter haben also ein gesetzlich erzwingbares Recht auf Ablehnung dieser Arbeit. Die von den Streikenden vorgenommene Handlung, durch die sie auf ihre Kollegen einwirken, um sie zur Teilnahme am Streik zu bewegen, ist mithin straflos, wenn sie nicht nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch strafbar ist. Für die Anwendung der Ausnahmevorschrift des § 153 ist kein Raum. Unter Berufung auf frühere Ausführungen Lotmars habe ich diese praktisch sehr wichtige Frage bereits in der Arbeiterrechtsbeilage des Korrespondenzblatts der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 8. Februar 1913 und in der Festschrift für Franz von Liszt (in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, 1911, pag. 200 ff.) eingehend behandelt.

×
Angestelltenrecht Von vorbildlicher Bedeutung ist eine in Österreich für die Angestellten kaufmännischer Betriebe ergangene Verordnung. Sie besagt in dem grundlegenden Paragraphen: »Während der Dauer der militärischen Dienstleistung kann das Dienstverhältnis weder vom Dienstgeber noch vom Dienstnehmer durch Kündigung gelöst werden. Diese Vorschrift findet in Ansehung der nicht bereits bei Beginn des Krieges eingrückten Dienstnehmer schon von dem

Tage an Anwendung, an dem der Dienstnehmer zur militärischen Dienstleistung einberufen, assentiert oder zum Landsturmdienst mit der Waffe als geeignet befunden oder in Kenntnis gesetzt worden ist, daß er zu persönlichen Dienstleistungen auf Grund des Kriegseistungsgesetzes herangezogen wird.« Die Firmen sind also verpflichtet ihre sämtlichen kaufmännischen Angestellten nach Beendigung des Krieges wieder zurückzunehmen. Die Deutsche Juristenzeitung vom 1. April 1916 berichtet sehr eingehend über die Einzelheiten der Verordnung in einem Aufsatz des Ministerialrats im österreichischen Justizministerium Felix Mayer.

× **Preistreiberei** Der Bundesrat hat die Verordnungen gegen den Preiswucher verschärft. Sie

lauten jetzt so: »Mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: wer die Höchstpreise überschritt, wer einen andern zum Abschluß eines Vertrages auffodert, durch den die Höchstpreise überschritten werden oder sich zu einem solchen Vertrage er bietet, wer einen Gegenstand, der von einer Aufforderung betroffen ist, beiseite schafft, beschädigt oder zerstört, wer der Aufforderung zum Verkauf von Gegenständen, für die Höchstpreise bestehen, nicht nachkommt, wer solche Vorräte verheimlicht, und endlich wer den Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt. Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Auch kann angeordnet werden, daß neben der Strafe die Verurteilung des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht wird.«

Ebenso ist die Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung dahin geändert, daß mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft wird: wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs Preise fordert, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder wer solche Preise sich oder einem andern gewähren oder versprechen läßt, wer Gegenstände zurückhält, um dadurch einen übermäßigen Gewinn zu erzielen, wer Vorräte vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel mit ihnen einschränkt oder andere unlautere Machenschaften vornimmt, und endlich wer zu Handlungen der bezeichneten Art auffodert oder sich dazu er bietet. Neben der Strafe kann die Einziehung der Vorräte veranlaßt werden ohne Unterschied, ob sie

dem Verurteilten gehören oder nicht. Auch hier kann auf Veröffentlichung des Urteils und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

× **Kurze Chronik** Der Berliner Amtsgerichtsrat Dr. Richard Beringuier ist, wenige Tage nach

Vollendung seines 62. Lebensjahrs, auf dem östlichen Kriegsschauplatz einem Herzschlag erlegen. Er hatte sich als Rittmeister der Reserve freiwillig zum Dienst im Feld gemeldet und stand seit vielen Monaten einem Pferdedepot im Osten vor. Der Verstorbene gehörte mehreren wissenschaftlichen Gesellschaften an; auch leitete er seit 25 Jahren den Verein für die Geschichte Berlins. × Der ordentliche Professor der Rechte an der Münchener Universität Dr. Friedrich Hellmann ist Mitte März im Alter von 66 Jahren in München gestorben. Sein Hauptarbeitsgebiet bildeten das Familien- und das Erbrecht. × In Greifswald starb der ordentliche Professor Dr. Gustav Pescatore, 65 Jahre alt. Seine Arbeiten behandelten vorwiegend die Geschichte des römischen Rechts. × Der 84jährige ehemalige Professor für römisches Recht an der Universität Straßburg Dr. Franz Peter Bremer ist in Bonn, wo er seit 1895 im Ruhestand lebte, Anfang April gestorben. × Am 19. März bestimmte das Oberkommando in den Marken, daß auch alle nichtöffentlichen Versammlungen politischer Vereine sowie alle diejenigen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, vom Vorstand oder vom Einberufer mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Verhandlungsgegenstands und der Redner bei der Polizeibehörde schriftlich anzuzeigen seien. × Nach einer Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken ist die Herstellung einer Druckschrift ohne die im § 6 des Preßgesetzes vorgeschriebenen Vermerke des Namens und Wohnorts des Druckers und Verlegers oder Herausgebers verboten. Es ist ferner verboten Druckschriften ohne die genannten Vermerke auf irgendeine Weise, sei es als Bote, Zettelverteiler, Kolporteur oder sonstige, zu verbreiten. × Eine sozialpolitisch sehr zu begrüßende Entscheidung hat das Generalkommando des 7. Armee korps zum Schutz der Textilarbeiter gefällt. Es sagt: Unter ortsüblichem Tagelohn sei der Lohn zu verstehen, der an einem tatsächlich allgemein für

die betreffende Beschäftigungsart bezahlt worden ist. Deshalb dürfen Lohnkürzungen deswegen, weil weniger Stunden gearbeitet wird, nicht vorgenommen werden. Es stehe aber nichts im Weg zu verlangen, daß die Arbeiter die von der regelrechten Arbeitszeit fortfallende Zeit dem Arbeitgeber zur Verfügung stellen. × Mit anerkannter Energie treten die Kriegengerichte dem Herumtreiben der Jugendlichen entgegen. So wurden von dem Kölner außerordentlichen Kriegsgericht 2 Dutzend jugendliche Personen bestraft, die entgegen der Verfügung des Gouverneurs sich abends auf öffentlichen Plätzen aufgehalten, geraucht, Wirtschaften und Lichtspieltheater besucht hatten. × Das Reichsgericht hat jüngst ausgesprochen: Für ärztliche Kunstfehler ist der Arzt dem Kranken gegenüber haftbar. Ist der Fehler in einer Krankenanstalt begangen, so muß diese dafür einstehen. Denn sie hat nach § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Verschulden der Ärzte als ihrer Erfüllungsgehilfen zu vertreten. Mit Rücksicht hierauf hat es das Reichsgericht gebilligt, daß sowohl die Bonner Universität als auch der Direktor der Universitätsklinik und dessen Assistenzarzt wegen Unvorsichtigkeit (Verbrennung) bei der Behandlung mit Röntgenstrahlen auf vollen Schadenersatz verurteilt worden sind. × Der preußische Handelsminister hat angeordnet: »Den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern ist jede Vermittlungstätigkeit für Ausländer, die in den Jahren 1914, 1915 und 1916 als landwirtschaftliche Arbeiter oder als Dienstboten in landwirtschaftlichen Betrieben tätig gewesen sind, und für Ausländer, die eine solche Beschäftigung suchen, bis auf weiteres verboten.« × Zu der Verordnung vom 30. September 1914 betreffend das Zahlungsverbot gegen England hat das Oberlandesgericht Hamburg ausgeführt: »Dadurch, daß § 1 die Leistung von Zahlungen nach England verbietet, und daß § 6 die Zuwiderhandlung unter Strafe stellt, erwächst den inländischen Schuldner die Pflicht in Fällen, in denen Grund zu der Annahme besteht, daß ihre Zahlungen in irgendeiner Weise nach England abgeführt werden würden, diese Zahlungen zu verweigern, und ebenso den Gerichten die Pflicht in Fällen, in denen sie, sei es auf Grund des Vorbringens der Schuldner sei es auf Grund eigener Kenntnis, einen entsprechenden Verdacht hegen müssen,

nicht durch eine Verurteilung einer strafbaren Handlung Vorschub zu leisten. × Nach einer weitem Entscheidung des selben Gerichts hat der in Deutschland lebende Engländer während des Krieges keinen Anspruch auf Armenrechtsbewilligung im Zivilprozeß, da die Voraussetzung hierfür, die Verbürgung der Gegenseitigkeit, während des gegenwärtigen Kriegszustands nicht gegeben ist. × Der Privatdozent an der Universität Leipzig Dr. Erwin Jacobi wurde zum außerordentlichen Professor für deutsches und sächsisches Verwaltungsrecht und sächsisches Staatsrecht ernannt. Jacobi hat unter anderem über religiöse Kindererziehung nach sächsischem Recht geschrieben. × Am 29. März feierte Professor Otto Mayer (Leipzig) seinen 70. Geburtstag. Er ist einer der ersten lebenden Juristen und kann als Schöpfer der Wissenschaft des Verwaltungsrechts bezeichnet werden. Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig hat ihm jetzt die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

× **Literatur** Das in einzelnen Heften erscheinende Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten **Arbeitsrecht / Stuttgart, J. Heß** wird von seinen Herausgebern, Dr. Pott-hoff und Dr. Sinzheimer, auch während des Krieges durchgehalten. Das ist sehr dankenswert. Arbeiten wie die oben besprochene Studie Lotmars gehören zu dem Besten, was uns die juristische Literatur während des Krieges gebracht hat. Der Grundgedanke des Jahrbuchs: das Arbeitsrecht als besondere Rechtsdisziplin in die Rechtswissenschaft einzuführen, um damit der sozialen Entwicklung rechtliche Richtpunkte zu geben, hat gerade durch die Gesetzgebung und die verwaltungsrechtlichen Maßnahmen während des Krieges, insbesondere durch das sozialpolitisch höchst einsichtsvolle Eingreifen der Militärbehörden, solche Förderung erfahren, daß es von großem Wert ist, wenn die systematische Bearbeitung des Stoffs beim Friedensschluß möglichst fertig vorliegt.

Hygiene / Adolf Kraft

Ehrlich † Am 19. August 1915 ist im Sanatorium Homburg vor der Höhe Paul Ehrlich an den Folgen der Arteriosklerose gestorben. Er war einer der fruchtbarsten und tüchtigsten Köpfe unter den

Ärzten der ganzen Welt und zeichnete sich nicht nur durch Genialität sondern auch durch peinliche Gewissenhaftigkeit aus, eine Tatsache, die ganz wesentlich zu dem großen Zutrauen beitrug, das seinen Forschungsergebnissen entgegengebracht wurde.

Ehrlich ist am 14. März 1854 zu Strehlen in Schlesien geboren. Seinen medizinischen Studien widmete er sich in Breslau und Straßburg; in Breslau trat er zu dem hervorragenden Pathologen Cohnheim und dessen Schüler Weigert in Beziehung. Im Jahr 1878 wurde Ehrlich nach Ablegung der ärztlichen Staatsprüfung von Frerichs als Assistent an die Berliner Charité berufen. 1884 erhielt er den Professorentitel, 1889 erfolgte die Habilitation als Privatdozent. 1890 kam er an das Institut für Infektionskrankheiten, 1891 wurde er zum außerordentlichen Professor ernannt, und im Jahr 1896 übertrug man ihm die Leitung des neuen Instituts für Serumforschung und Serumprüfung. Im Jahr 1899 trat Ehrlich an die Spitze des neugegründeten Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt am Main, 1903 erhielt er die große goldene Medaille für Wissenschaft, 1908 den Nobelpreis, und die Entdeckung des Salvarsans brachte ihm die Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat. Ehrlich war Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften und Akademien. Als Mensch war er liebenswürdig, eine reine, klare Natur, lebhaft und an originellen Ideen reich.

So verfügte er über die natürlichen Eigenschaften, die das Wesen des Forschers ausmachen, als der er sich auf dem Gebiet der Medizin und Biologie erwiesen hat. Ein Grundgedanke beherrschte seine Forschertätigkeit: nämlich die Idee, daß die Zellen des Organismus infolge ihrer chemischen Eigenschaften eine chemische Verwandtschaft zu den verschiedensten von außen in den Organismus eindringenden Substanzen haben (selektive Verankerungstheorie). Im Sinn seiner Idee wandte er sich dem Problem der spezifischen Immunisierung und Therapie gegenüber Infektionsstoffen zu. Er arbeitete mit den von Robert entdeckten giftigen Eiweißkörpern höherer Pflanzen und zeigte an diesen Giften die Möglichkeit der Immunisierung gegen Gifte, das Auftreten von Antitoxinen im Blut, deren Übergang in die Milch, und, mit Hilfe der berühmten Ammenversuche, die Gesetze der Vererbung der Immunität. Es

gelang ihm Methoden für die Wertbestimmung und Dosierung der Heilsera zu schaffen, indem er die Konstitution der Toxine und die Analyse der Beziehungen zwischen Toxin und Antitoxin klarlegte. So gelangte er zur Aufstellung der Seitenkettentheorie, nach der die Wirkung eines Infektionsstoffs auf ein bestimmtes Organ erfolgt, weil die Zellen dieses Organs bestimmte Stoffe, Rezeptoren, besitzen, die mit maximaler chemischer Affinität für dieses Toxin ausgestattet sind. Die Antitoxine sind freie, in das Blut abgestoßene Rezeptoren, die durch ihre toxinbindende Gruppe die Gifte im Blut abfangen und so an der Fixierung in der lebenden Zelle hindern. Diese Lehre machte Ehrlich dann zum Schöpfer der Chemotherapie. Das Gebäude wurde gekrönt durch die Herstellung der Salvarsangruppe (606. Präparat). Das Salvarsan, einer der glänzendsten Triumphe moderner experimenteller Wissenschaft, gehört heute zum eisernen Bestand des Arzneischatzes.

So hat denn Ehrlich in zielbewußter Verfolgung eines Gedankens die wissenschaftliche Theorie sowohl als auch die medizinische Praxis in hohem Maß bereichert und die Bahn für neue Ziele geöffnet. Sein Ringen ist nicht umsonst gewesen.

× Geschlechtskrankheiten

Der Ausbruch des Krieges hat die wissenschaftliche Medizin wie auch die militärischen und zivilen Sanitätsorgane vor die Aufgabe gestellt der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vermehrte und besondere Beachtung zu schenken. Das ist wichtig nicht bloß für die gesundheitlichen Verhältnisse der Armee sondern auch der Zivilbevölkerung, namentlich der Frauen und des zukünftigen Nachwuchses. Die gesammelten Erfahrungen werden auch wohl Veranlassung bieten Maßnahmen, die sich in Kriegszeiten bewährt haben, nach der Rückkehr zu den geordneten Zuständen des Friedens weiter zur Anwendung zu bringen und auszubauen. Schon bei Beginn des Krieges wies Blaschko darauf hin, daß die Geschlechtskrankheiten, obschon die unermittelbaren Opfer des Krieges geringer seien als bei den akuten Krankheiten, wegen ihrer dauernden Nachwirkung und Infektionsgefahr von um so gefährlicherer Bedeutung würden. Das trifft zu für Gonorrhoe wie für Syphilis. Das Herausreißen von Millionen junger gesunder Männer aus ihren Lebensbedin-

gungen, die lange Trennung von ihren Frauen und die tägliche Berührung mit Frauen und Mädchen anderer Nationen, alle diese Verhältnisse bieten Anlaß zu geschlechtlichen Ausschweifungen. Als besonders gefährdet betrachtet Blaschko übrigens nicht die Angehörigen des Feldheers sondern den Landsturm und die Freiwilligen. Über die gegenwärtige Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in der Armee sind absolut zuverlässige Angaben nicht vorhanden. Neißer teilt allerdings in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift mit, daß eine starke Vermehrung der Geschlechtskrankheiten bei der Armee zu konstatieren sei, die über die Zahlen von 1870-1871 hinausgehe. Damals, Mitte Juli 1870 bis Ende Juni 1871, waren 33 528 Mann geschlechtskrank, oder 70,6 % der Lazarettkranken ohne die Verwundeten. Die deutsche Militärverwaltung trat der Ansicht Neißers entgegen, und Stern (Düsseldorf) zeigte an der Hand der Erhebungen im Reservelazarett für geschlechtskranke Soldaten, daß nur 25 % der Fälle im Feld erworben wurden, 75 % aber in der Heimat, und zwar vermutlich vor Eintritt in den Heeresdienst. Wolff (Stettin) fand, daß bei 544 geschlechtskranken Männern die Infektion bei 213 oder 39 % aus der Zeit vor ihrer Einberufung zum Militärdienst stammte. 331 oder 61 % wurden als Angehörige des Heeres angesteckt, und zwar nachweisbar 89 oder 26 % nach dem Ausrücken aus der Garnison und 18 oder 5 % im Ausland. Obschon zurzeit eine ziffermäßige Angabe über die Verbreitung der Infektionskrankheiten unmöglich ist, so dürfte doch die Annahme berechtigt sein, daß ohne besondere Maßnahmen eine starke Vermehrung der Fälle erwartet werden mußte. Namentlich ist zu bedenken, daß die Geschlechtskranken später in erster Linie ihre Frauen infizieren und den Nachwuchs gefährden. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist also unerläßlich und hat sowohl in prophylaktischer wie in therapeutischer Richtung zu geschehen.

In prophylaktischer Beziehung sind schon in der Kriegssanitätsordnung Bestimmungen enthalten, die zeigen, wie von den Sanitätsorganen der Kampf aufzunehmen sei. Diese Bestimmungen decken sich mit den Forderungen namhafter Spezialisten auf dem Gebiet der Geschlechtskrankheiten. Die Maßnahmen erstrecken sich einerseits auf die gefährdete Mannschaft, andererseits auf

die Prostituierten, stehen also im Zusammenhang mit dem Prostitutionsproblem. Was die Mannschaften anlangt, so kann natürlich durch gänzliche Enthaltensamkeit vom Geschlechtsverkehr die Ansteckung sicher vermieden werden. Wirksam im Sinn der Verminderung der Ansteckungsgefahr sind die Beschränkung des Alkoholgenusses, regelmäßige Gesundheitsbesichtigungen und Belehrungen über das Wesen und die Gefahren der Geschlechtskrankheiten, sei es durch das mündliche Verfahren oder durch Merk- und Flugblätter, wie sie von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herausgegeben werden. Auf Grund seiner Erfahrungen ist nun Halberstätter zur Überzeugung gelangt, daß die direkten Anweisungen nie durch Merkblätter ersetzt werden können. Die Merkblätter sind auch häufig zu theoretisch-abstrakt. Am wirksamsten erweist sich die knappe Darstellung besonders merkbarer Fälle, die in der Erinnerung haften bleiben (komplizierte Gonorrhoeafälle, Syphilis und Folgezustände).

Mit allen Maßnahmen rein prophylaktischer Natur läßt sich aber die Ansteckung kaum vermeiden; am ehesten noch bei der Jungmannschaft, die sich für Belehrungen sehr empfänglich zeigt. Es sind deshalb Vorkehrungen nötig, die es ermöglichen einerseits die Infizierten rasch zu ermitteln und zu isolieren, andererseits sie einer sachgemäßen Behandlung zuzuführen. In dieser Beziehung erweisen sich nach Halberstätter die regelmäßigen Besichtigungen, wenn sie etwa alle 14 Tage vorgenommen werden und sich nur auf kleine Gruppen erstrecken, als sehr zuverlässig. Sie fördern die rasche Krankmeldung bei den Truppen selbst. So nahm in einem Distriktsbereich des Berichterstatters seit der Einführung der Besichtigung die Zahl derjenigen, die sich nicht sofort meldeten, beständig ab; sie betrug im Dezember 1915 22 %, im Januar 1916 14 % und im Februar nur noch 11 % der Erkrankten. Die Kranken werden auch in einem Stadium der Behandlung zugeführt, das die besten Aussichten auf Erfolg bietet, und es verschwinden vollständig die schweren Komplikationen. Die Besichtigungen erleichtern auch das Auffinden der Infektionsquellen und deren Beseitigung im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Sittenpolizei.

Entgegen der Ansicht Neißers geht die Auffassung der Truppenärzte allgemein

dahin, daß eine sachgemäße Behandlung bei den Truppen nicht möglich und auch nicht ratsam sei. Jeder ansteckungsfähige Kranke gehört ins Lazarett, und zwar in Spezialabteilungen. Stern, der im übrigen ebenfalls gegen die Behandlung Geschlechtskranker bei den Truppen ist, wünscht, daß den Lazaretten poliklinische Einrichtungen angeschlossen würden, in denen sich die Geschlechtskranken nach Ablauf der akuten infektiösen Erscheinungen ambulant behandeln lassen müssen. Im übrigen sind sie dienstlich zu beschäftigen, doch von den übrigen Mannschaften in den Kasernen zu trennen. Wie man sich zur Behandlung Geschlechtskranker stellen mag, so sind doch zwei Vorschläge Neißers beachtenswert. Der eine besagt, daß die beim Heer befindlichen gut ausgebildeten Spezialärzte in erster Linie mit der Aufgabe betraut werden sollten die Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen und zu behandeln. Der Zukunft gehört die weitere Forderung an, daß die Medizinstudierenden so ausgebildet werden sollen, daß sie die moderne Gonorrhoe- und Syphilisbehandlung beherrschen und daß die Pathologie und Therapie der Geschlechtskrankheiten als Spezialprüfungsdisziplin in das Staatsexamen aufgenommen werden solle. Diese Forderung hat sicher ihre Berechtigung, nicht nur für die Kriegszeit sondern auch unter den günstigeren Bedingungen des Friedens.

Die Frage, ob die Mannschaften mit Schutzmitteln vor Ansteckung zu versehen seien, glaubt Halberstätter bejahen zu müssen. Natürlich ist immer zu betonen, daß diese Mittel keinen absoluten Schutz gewähren. Außerdem besteht bei der Abgabe solcher Mittel, trotz der Belehrung, die Gefahr der Verheimlichung und Selbstbehandlung der doch erworbenen Krankheit. Strafbestimmungen gegen Selbstbehandlung und Verheimlichung sind also wohl kaum zu umgehen.

Von besonderer Bedeutung wird die Prostitutionsfrage. Daß sich die gewerbsmäßige Unzucht dorthin wendet, wo Truppenansammlungen stattfinden, erscheint erwiesen, aber sowohl im Heimatland wie im Feindesland ist nicht in erster Linie die gewerbsmäßige Unzucht das schwierigste Problem sondern die gelegentliche klandestine. Mit Recht weist Blaschko darauf hin, daß infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse viele Frauen erwerbslos wurden und sich der klandestinen, wie

natürlich auch der gewerbsmäßigen Prostitution zuwenden. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Frauen und Mädchen ist also eine der ersten Aufgaben derjenigen, die die Prostitution als Quelle der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten möglichst unschädlich machen wollen. Auch die Versorgung in Asylen mit dem Charakter von Lehr- und Fortbildungsschulen von Prostituierten, die erst den Weg der Prostitution beschritten haben, ist sehr empfehlenswert. Aller Beachtung wert erscheint die Anregung Neißers den Behandlungszwang auf alle Prostituierten auszudehnen, also die Prostitution unschädlich zu machen, ohne daß daran die deprivierenden Folgen der Inskription geknüpft sind. Der Polizeigewahrsam soll nur auf die schlimmsten Fälle gewerbsmäßiger Prostituierten Anwendung finden. Die Behandlung aber ist durch Einführung der ambulanten Behandlung an Stelle der Spitalweisung zu erleichtern. Den Mädchen sind Ambulatorien, Polikliniken oder Fürsorgestellen für weibliche Personen, die an Frauen- und Geschlechtskrankheiten leiden, zu öffnen. Sittenpolizei, Krankenkassen und Gewerkschaften haben unter anderm die Belehrung der jungen Mädchen über die Gefahren der geschlechtlichen Unzucht zu veranlassen. Neißer ist ferner der Ansicht, daß alle Prostituierten prophylaktisch mit Salvarsan oder Salvarsanquecksilber zu behandeln seien, da dadurch unter allen Umständen die Ansteckungsfähigkeit herabgesetzt werde. Auf alle Fälle aber wurde mit Recht Einsprache dagegen erhoben, daß die Abteilungen für Behandlung geschlechtskranker Frauen an den öffentlichen und privaten Heilanstalten zugunsten der Aufnahme Verwundeter in der Beitenzahl vermindert würden. Am Schluß dieses summarischen Überblicks ist noch kurz einer Strafbestimmung zu gedenken, die der Oberbefehlshaber im Osten am 22. Juni 1915 erlassen hat, und über die hier in der Rundschau Rechtswissenschaft (1915, 3. Band, pag. 1265) berichtet wurde; ferner der kommunalen Beratungsstellen, wie in Charlottenburg (siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, 1916, 1. Band, pag. 121 f.). Auch sonst sind die Behörden bemüht alles anzuwenden, um die Gefahren der Geschlechtskrankheiten zu mindern. So ist am 8. Januar dieses Jahres vom österreichischen Ministerium des Innern ein Erlaß über die Bekämpfung

der Geschlechtskrankheiten herausgekommen, der sich sehr eingehend mit der Materie befaßt.

× Militärtauglichkeit und Schule × Ein Büchlein Schulhygiene und Diensttauglichkeit von Dr. Boerner /Erfurt,

Kühne/ will den Blick des Jugend-erziehers für die körperlichen Fehler schärfen, die die Militärdienstfähigkeit beeinträchtigen, durch geeignete hygienische Maßnahmen aber gemildert oder ganz vermieden werden können. Dabei geht der Verfasser von den in der Heeresordnung namhaft gemachten Ausmusterungsgründen aus.

Der größte Teil der Ausgemusterten ist untauglich wegen allgemeiner Schwächlichkeit und schwachen Knochen- und Muskelbaus. Dabei kommen abgesehen von erblichen Faktoren als ursächliche Momente in Betracht: ungünstige hygienische Verhältnisse wie Mangel an Schlaf, körperlicher Bewegung im Freien, Unterernährung, schlechte Wohnungsverhältnisse und vorzeitige Berufs- namentlich Fabrikarbeit. Der Lehrer soll Kindern mit derartigen Erscheinungen Beachtung schenken, insbesondere Kindern aus Familien mit tuberkulöser Belastung. Die Unterernährung ist mit den nach den örtlichen Verhältnissen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen (Frühstück). Für genügenden Schlaf muß gesorgt werden. Die Schule soll deshalb das Pensum der Hausaufgaben beschränken. Neben dem Turnen muß Gelegenheit für tägliche Spaziergänge, Wanderungen, Spiele im Freien und Schwimmen vorhanden sein. Jedes Training zur Erzielung von Höchstleistungen, alle ernstesten Wettbewerbe, die ihrer Natur nach Rekordleistungen verlangen, sind aber ein Verbrechen, wenn es sich um Menschen in der Entwicklungsperiode handelt. Albu fordert, daß junge Leute vor Vollendung des 18. Lebensjahrs überhaupt nicht zum ersten Wettsport zugelassen werden. Boerner warnt auch vor dem Tragen schwerer Rucksäcke, da es das Wandern nicht zur Lust sondern zur Pein mache und zu schlechten Körperhaltungen Anlaß biete. Er weist auf die Bedeutung der Hygiene des Schulzimmers hin, empfiehlt genügende Pausen zwischen den Unterrichtsstunden und die Unterbrechung des Stillsitzens durch kurze Bewegungsspiele.

Zur Dienstuntauglichkeit führt der Plattfuß. Der Verfasser befaßt sich eingehend mit diesem Gebrechen. Charakteristisch ist die breitbeinige Stel-

lung der Plattfüßigen. Kinder, die des Gebrechens verdächtig sind, sollen einem Chirurgen oder Orthopäden zugewiesen werden. Boerner warnt mit Recht vor den käuflichen Einlagen zur Beseitigung des Plattfußes.

Bei den Augen kommen Herabsetzung der Sehschärfe und starke Kurzsichtigkeit in Betracht. Die ursächlichen Momente, die zum Teil in der Schule liegen, werden von Boerner gebührend hervorgehoben. Der Lehrer hat in Verdachtsfällen eine ärztliche Untersuchung zu veranlassen. Erkrankungen des Ohres, und zwar in der Regel chronische Mittelohreiterung, führen ebenfalls zu Dienstuntauglichkeit. Schüler, die den Lehrer nicht verstehen oder ihm beim Zuhören unwillkürlich das eine Ohr zuwenden, sind dem Arzt zu überweisen. In diesem Zusammenhang gedenkt Dr. Boerner der Erkrankungen der Nase und des Rachens, die oft zur Herabsetzung der geistigen Leistungsfähigkeit führen. Ärztliche Behandlung ist auch in diesem Fall geboten.

Schlechte Zähne bedingen zwar selten Dienstuntauglichkeit, beeinträchtigen aber wesentlich den Gesundheitszustand. Die Kinder sind frühzeitig zum Gebrauch der Zahnbürste zu erziehen. Schüler, die sich nicht regelmäßig die Zähne reinigen, sollten ebenso behandelt werden wie solche, die ungewaschen und ungekämmt zur Schule kommen.

Das kleine Schriftchen enthält in knapper Form manche beherzigenswerte Aufklärung.

× Vergiftungen × In der Deutschen Medizinischen Wochenschrift berichtete kürzlich A a p a d

(Budapest) über einen Fall von Anilin-ölvergiftung bei einem Studenten der Chemie. Dieser hatte etwa um 9½ Uhr ein Glas zerbrochen, das ungefähr 2 Kilogramm rohes Anilinöl enthielt; der Inhalt ergoß sich über den Mantel, die Hose und die Schuhe des Chemikers. Nach oberflächlicher Reinigung arbeitete er weiter. Gegen 11 Uhr zeigten sich bei ihm Vergiftungserscheinungen: Blaufärbung der Lippen, außerordentliche Blässe, Schwindel, so daß er sich kaum nach seiner Wohnung schleppen konnte. Zu Hause stellten sich heftige Kopfschmerzen ein, Pochen in der Schläfengegend und Schmerzgefühl in der Nackengegend, rasche oberflächliche Atmung, Benommenheit. Am Morgen nach der Anilininhaleation war der Urin dunkel gefärbt und roch

nach Anilin. 24 Stunden nach der Vergiftung fühlte sich der Patient wieder wohl. Der Vergiftungsfall war leicht. Vergiftungen mit Anilinöl können, außer durch Trinken behufs absichtlicher Vergiftung, vorkommen bei interner Verabreichung gegen Fieber, bei Mittelohrleiden, wenn es zur Anästhesierung verwendet wird. Vergiftungsfälle wurden auch beim Tragen von Stiefeln beobachtet, die mit einer Mischung von Anilinöl imprägniert waren. Anilingase, längere Zeit eingeatmet, führen zu chronischen Vergiftungserscheinungen; daran ist in den gewerblichen Betrieben zu denken, in denen Anilin Verwendung findet oder hergestellt wird. Anilin wirkt auf das Blut, es zerstört die roten Blutkörperchen, daher stellt sich Sauerstoffmangel und Cyanose ein. Im Körper wird es schwarz und verursacht die dunkelblaue Färbung der Lippen, Ohren und Fingernägel. Diese Umwandlung in schwarzes Anilin ist als Entgiftungsprozeß aufzufassen. Die Entgiftung kann auch geschehen durch Oxydation infolge der Bildung von Paramidophenoläther, der als alkalisches Salz im Urin erscheint. Anilin erregt aber auch und lähmt das Nervensystem.

Ähnliche Erscheinungen wie bei Anilin zeigen sich bei Vergiftung mit Nitrobenzol.

× Kurze Chronik ×

Der Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Halle Professor Paul Römer ist, 40 Jahre alt, auf dem östlichen Kriegsschauplatz, wo er als Korpshygieniker wirkte, gestorben. × Am 11. September 1915 starb in Leipzig der städtische Kinderarzt Dr. Max Taube im Alter von 63 Jahren. Er hat mehr als 32 Jahre hindurch die städtische Kinderpflege in Leipzig geleitet. Das unter dem Namen Leipziger System überall bekannte Ziehkindersystem ist von ihm geschaffen. × In Zürich starb am 13. November Professor Dr. Fr. Erismann in seinem 73. Lebensjahr. Er hat sich durch eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit auf dem gesamten Gebiet der Hygiene, besonders aber der Schulhygiene, ausgezeichnet und als Mitglied der obersten Behörde der Stadt Zürich und Vorstand des Gesundheitswesens der Gemeinde vorzügliche Dienste geleistet. × Am 28. Februar starb im Alter von 58 Jahren der Medizinalreferent im Ministerium des Innern in Meiningen Professor Leubuscher, ein verdienter Förderer der

Schulhygiene und des schulhygienischen Dienstes. × Professor Dr. Alfred Wolff, der Direktor der Hautklinik an der Straßburger Universität ist im 66. Lebensjahr gestorben. Er hat namentlich über die Vererbung der Syphilis gearbeitet. × In Bern starb der Direktor des Schweizerischen Gesundheitsamts Dr. Joh. Friedrich Schmid im Alter von 66 Jahren. × Von der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin ist folgende Preisaufgabe gestellt worden: »Es sollen die Familienangehörigen von Tabikern und Paralytikern auf Syphilis und damit zusammenhängende nervöse Störungen untersucht werden mit besonderer Berücksichtigung des Infektionstermins dieser Tabiker und Paralytiker.« Die Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene hat 2 Preise für die Bearbeitung des folgenden Themas ausgesetzt: »Bringt materielles und soziales Aufsteigen den Familien Gefahren in rassenhygienischer Beziehung?« Der Preis der Martin Brunner-Stiftung in Nürnberg ist Professor Dr. Jakob Wolff (Berlin) für seine Arbeiten über den Krebs zuerkannt worden. × Im Auftrag des Feldsanitätschefs der Armee richtet Professor Aschoff (Freiburg) an der Kaiser Wilhelm-Akademie in Berlin eine Sammlung kriegspathologischer Präparate ein. × Die Gemeinde Wien richtete in einer Zuschrift an den Minister des Innern das dringende Gesuch um Einführung des Impfwangs auf dem Verordnungsweg.

× Literatur ×

Die sicherste Art der Cholera Bekämpfung nennt Leopold Katscher eine kleine Schrift /Zürich, Schweizer Druck- und Verlagshaus/, in der er für die Kaltwasserbehandlung der Choleraeuchen eintritt, die er für zweckmäßiger hält als die pharmazeutische. Nach seiner Auffassung ist Cholera nur heilbar, wenn man sie nach Priesnitz oder Winternitz behandelt, und wenn sich der Kranke einer vernünftigen Lebensweise befleißigt. Die Schrift ist originell durch die einseitige Vertretung einer Idee und nicht weniger lesenswert als manches andere Erzeugnis ähnlichen Charakters. × Generalarzt Professor Dr. Schumburg behandelt in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt die Geschlechtskrankheiten. Das in 3. Auflage erscheinende Werkchen geht auf das Wesen, die Verbreitung, Bekämpfung und Verhü-

tung dieser Volkskrankheiten ein und eignet sich durch die gemeinverständliche Darstellungsweise sehr gut dazu Aufklärung über dieses so wichtige Gebiet in weiteste Kreise zu tragen. Es sei zum Studium empfohlen. X In der Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beschäftigt sich Henriette Fürth mit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, dem Krieg und der Schutzmittelfrage im Licht der Bevölkerungspolitik. Sie bekämpft ein Verbot von Schutzmitteln, weil es zu einer Zunahme der Infektion beitrage, sie geht auf die Fragen des Mutter- und Säuglingsschutzes, der Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien usw. ein und schließt mit der Forderung, daß für alle Maßnahmen der Bevölkerungspolitik nur die Erwägung maßgebend sein dürfe alles zu tun, um die Voraussetzungen des Gesundgeborenenwerdens, der gesunden Aufzucht und kultureller Höherentwicklung des Nachwuchses zu schaffen. Der Aufsatz enthält viele beachtenswerte Angaben und Gedanken.

KUNST

Bildende Kunst / Victor Wallerstein

Alte und neue Sezession In den beiden Berliner Sezessionen brachte das Frühjahr Ausstellungen von Graphik (Holzschnitte, Radierungen, Lithographien), aber nebenbei auch noch, was eigentlich nicht mehr unter den Begriff Schwarzweißkunst fällt: Zeichnungen, Aquarelle, Pastelle und außerdem Plastik. Es entsteht eine wohlthuende Atmosphäre durch diese Mischung. Man wandert von Blatt zu Blatt und vertieft sich ruhig in die ungezählten Welten wie sie auf ein paar Quadratcentimeter Papier festgehalten sind. Merkwürdig, wie hier Dinge, die als Gemälde aufreizende Wirkung haben, viel leichter zu ertragen sind, und wie anderen, denen im Gemälde die Persönlichkeit fehlt oder ein unangenehmer Typus anhaftet, hier in den Zeichnungen immer noch etwas Echtes und Ursprüngliches abzugewinnen ist. Es liegt etwas Versöhnliches, Nivellierendes in einer Schwarzweißausstellung. Man könnte meinen, daß dadurch die beiden getrennten Sezessionen im Gesamtbild einander nähergebracht würden. Und doch ist dies nicht der Fall. Bei allem ernstesten Willen künstlerische Werte zu prägen, bei aller Tüchtigkeit der Leistung kommt es in der alten Berliner Sezession zu keinem Aufschwung. Die

Gegebenheit des in sicheren Bahnen sich hinschleppenden Handwerks ist nirgends durchbrochen. Mögen es viele als Gewinn und Zukunftssicherheit deuten, daß hier das Einzelproblem wie die Einzelpersönlichkeit im Milieu wohlgeborgten scheint und mit keinem Schritt aus der Bahn tritt: ich glaube, daß nur durch das mächtige Heraustrreten aus der Reihe Neues und Kraftvolles zustande kommt. Die Persönlichkeiten sind wohl niemals ohne ihr Milieu entstanden, aber das Neue ist immer über das Milieu hinausgegangen. Deswegen ist es ja auch unmöglich die Großen von ihrer zeitgenössischen Kunst aus ganz zu fassen. Man denke an Correggio und Grünewald.

Man kann Neues auf verschiedene Art anstreben. Die einen wollen mit Hilfe der alten Kunst und unserer eigenen, aus der Zeit gewonnenen Erregung etwas Ganzes schaffen. Gleich etwas Ganzes, nicht erst langsam zum Ganzen hinarbeiten. Hier steht man dann leicht vor Dingen, die im Augenblick befriedigen, ja reicher scheinen als die anderen und in der ersten Stunde bestechen. Im Grunde aber ist es eine Kunst auf Stelzen, die, wenn auch noch so geschickt angebracht, höchstens zu einem verkäpften Akademismus führt. Die anderen wollen alles vergessen, was je an Form entstand, sich dahin zurückversetzen, wo alles zum ersten Erlebnis wird. Sie gehen also auf eine unberührte Anschauung aus und suchen jede Form, als sei es das erste Mal, daß sie dem Ding gleichgesetzt wird. Jedes Werk ist nur Weg zu etwas Nächsthöherem und Weitervollendetem. Deswegen scheinen solche auf dieser Anschauung entstandenen Arbeiten skizzenhaft, ja manchmal Gerippe, in vielen Teilen auch nicht vollkommen ausdrückend, was eigentlich ausgedrückt werden sollte. Gewisse technische oder seelische Komplexe bleiben außerhalb, können gar nicht in die gesuchte Form eingehen.

Will man den Charakter der beiden Sezessionen auf eine kurz gefaßte Formel bringen, so wird man sicher keiner von beiden ein Unrecht tun, wenn man sie mit diesen beiden Möglichkeiten in Zusammenhang bringt. Die alte Berliner Sezession hat sich im letzten Grunde ja nur von der neuen unabhängig erklärt, weil sich das konservative Element und das rücksichtslos fortschrittliche nicht vertragen können. Und die konservative Tendenz beruht eben darin den Bau des Bestehenden nach Möglichkeit unberührt zu lassen oder nur langsam und in

fast unmerklicher Weise durch Neubildungen zu verändern.

×
Schwarzweiß-
kunst

An Maler wie Corinth denke ich bei dieser Betrachtung gar nicht mehr.

Was er diesmal in der Berliner Sezession ausstellte: Dekorationen für einen Festsaal, fällt kaum mehr mit dem zusammen, was ich unter stillbildender Kraft der Zeit verstehe. Das sind Dinge, die unserer Vergangenheit angehören, und die Zukunft möge über ihren Wert und Unwert entscheiden. Auch über Lesser-Ury ist kein Wort mehr zu verlieren. Seine Kartons mögen ihrem Inhalt nach bereichern oder abstoßen, die Form bleibt in jedem Fall belanglos. Anders steht es schon mit Heckendorf, von dem einige Zeichnungen über das Erreichte insofern hinausgehen als man deutlich den Willen zur klaren, bewußten Gliederung und kräftigen Betonung formaler Elemente wahrnehmen kann. G. W. Rössner ist diesmal einheitlicher, und sowohl in seinen graphischen Arbeiten wie in seinen Gemälden bestrebt von dem fertigen Vorrat an naturalistischen Formen mit Hilfe von Großmann- und Pascinerinnerungen loszukommen. Er bleibt aber, und auch dort, wo er es nicht ausdrücklich will, im Dekorativen stecken. Opplers feine Radierungen des russischen Balletts sind sympathisch, weil sie ihre Art nicht verleugnen und ganz das sein wollen, was sie sind; nichts mehr. Sie sind nicht geniale, aber ausgezeichnete Lösungen der gestellten Probleme. Im selben Sinn sind die kleinen farbigen Zeichnungen Klossowskis sehr schätzbar und manchmal mit viel Reiz ausgestattet. Auch die beiden großen Blätter von Max Fleischer, dem bekannten Batikkünstler, sind gute, wenn auch nicht durchaus selbständige Arbeiten. Problematisch scheint mir immer Willy Jäckel, was ja an sich auch für ihn sprechen kann. Unleugbar ist hier viel von einer starken Grundstimmung vorhanden. Aber für ihn trifft das vollkommen zu, was über den Charakter der hier bestehenden Richtung gesagt ist. Er ist geradezu ihr Typus. Er erreicht starken Ausdruck in seinen Blättern, auch in seinen Bildern, aber dieses ist nicht von Formen abhängig, die er in sich gesucht und für sich gefunden hat, sondern sie sind vielleicht ganz bewußt aus der alten Kunst genommen und neu nutzbar gemacht. Jeder Künstler, auch ein großer, braucht zu Anfang seiner Bahn Stütze und Be-

zugnahme auf irgendetwas Bestehendes; es kommt nur darauf an, was er daraus macht und wie lange er dabei stehenbleibt.

Zu Jäckel in starkem Gegensatz stehen die Jüngeren der Freien Sezession. Auch dort zählen die Talente nicht nach Dutzenden. In der vorigen Rundschau (1916, 1. Band, pag. 408) habe ich auf die starke Begabung Otto Muellers zur Dekoration hingewiesen. Jahre hindurch hat er auf eine Aufgabe gewartet. In dieser Ausstellung wurde es ihm überlassen den ersten Saal rundum mit einem Figurenfries auszumalen. Der Zweck wurde berücksichtigt: Da es sich um einen Raum für Graphik handelte, durfte nicht mit zu starken Farben gearbeitet werden. Deswegen sind es goldbraune Gestalten auf hellem Grund, der fein zu der untern Wand abgestimmt wurde. Gestalten, die »von jedem Zweck genesen« nichts anderes vorstellen als den Ausdruck einer fein abgestuften seelischen Erregung. Trotz allen, die hier lächelten: Hier ist nichts Alltägliches geboten. Hier hat jemand mit der Inbrunst eines Fanatikers Wochen, vielleicht Monate mit sich selbst gelebt und immer wieder Gestalten erfunden, um sie dann plötzlich mit weichem Pinsel hinzuschreiben, wie die Ostasiaten ihre Gesichte hingeschrieben haben. Eine Persönlichkeit hat den Ausdruck für sich gefunden; sie geht in ihm ohne Verlust auf. Und deswegen steht etwas in sich Vollkommenes vor uns. Höchstens in Hinblick auf den Zweck könnte man sich darüber hinaus eine Entwicklung denken. Etwa stärkern Zusammenhang der Gruppen, mehr durchlaufendes Leben. Nach Richtung fragt man vor solchen Leistungen nicht. Sie gehören auch nicht eigentlich einer Richtung an, allenfalls ihrer Entstehung nach, als Erlebniskunst. Ebenso wie die Blätter Slevogts. Es kommt letzthin immer nur darauf an, wie stark die Form von den Dingen im Künstler lebt und zu welchem überfließenden Reichtum sie sich in ihm angesammelt hat. Er braucht dann nur einen Bruchteil, gleichsam ein Nichts davon zu geben, und doch steht ein Ganzes vor uns da. Slevogts Blätter sind so eine letzte Formel für eine persönliche Anschauung und dadurch schlechtweg etwas Einziges, Ganzes. Es werden der Natur hier Werte entgegengesetzt, die im Grunde kaum etwas mit ihr zu tun haben und sie doch völlig erschöpfen. Wenigstens in einer Richtung. Denn jede Kunst kann nur eine

Seite der Natur lebendig machen. Das Höchste von schöpferischer Kraft und subtilstem Können liegt für mich in den Blättern zum Gestiefelten Kater. Die Form an sich ist Arabeske geworden, die uns ein Äußerstes von Schnellkraft, Geschmeidigkeit, schwellender und wieder verklingender Bewegung verkörpert. So stark ist die suggestive Kraft dieser Form und so eisern in der Persönlichkeit des Künstlers verankert, daß sie uns trotz ihrer Einfachheit zu so verwickelten Assoziationen zwingt. Die Überraschung der Ausstellung war für mich Max Beckmann. Obgleich schon Bücher über ihn geschrieben sind und sein Ruf, in Berlin wenigstens, nicht klein ist, Man weiß aus den letzten Ausstellungen, wie er sich mühte für die große menschliche Tragödie eine Form zu finden. Ich muß nur an sein Gemälde vom Untergang der Titanic erinnern. Er versagte. Die Versuche wurden stillos, weil in die Entwicklungsstufe seiner Kunst solche Inhalte gar nicht eingingen. Nun sieht man Zeichnungen von ihm, Köpfe oder einfache Erlebnisse aus der Étape, ohne aufdringliche Dramatik an sich und doch voller Dramatik in jeder Linie. Beckmann ist vom physiognomisch Richtigen abgekommen und vom nur Natürlichen zum Persönlichen vorgedrungen. Überraschend ist diesmal auch Orlik. Vom schärferen Wind seiner Umgebung angeweht zeigt er wenigstens eine Radierung, eine Landschaft, in der er seine längst beruhigte Muse zu neuer Tat anfeuert. Ob anderes folgen wird? Die korrekten und technisch tüchtigen Porträts würden sich dann grundsätzlich verändern müssen.

×
Plastik

Von Plastikern sind in der alten Berliner Sezession hauptsächlich nur solche vertreten, über die in dieser Rundschau schon gesprochen wurde und Neues zu sagen kaum Veranlassung ist. Das Porträt des Dichters Däubler von Fritz Huf scheint mir ein glücklicher Wurf zu sein. Hugo Lederer ist ein Kapitel für sich. Um dessen wohlgegründeten Ruf zu revidieren, müßte man zu weit ausholen. Vielleicht kommt hierzu ein andermal bessere Gelegenheit. In der Freien Sezession sind nur 3 Plastiker vertreten: Kolbe, Lehmbruck und Barlach. Kolbe ist der liebenswürdige, manchmal zarte Künstler, der kaum je etwas Problematisch-Aufreizendes hat. Man geht an seinen Arbeiten vorüber und hat sein Vergnügen an

ihnen. Lehmbruck kommt mit einer neuen Note. Von der schweren Fülle seiner äußern Form geht er diesmal ab. In seinem Emporsteigenden Jüngling sucht er ein neuartiges Element: das Grazele, Knochige, vielleicht Ekstatische. Mir scheint die Form eher zeichnerisch als plastisch empfunden und insofern keine gesunde Basis, um darauf zu bauen. Bei Barlach bewundert man immer wieder die Bescheidenheit, mit der er stets von neuem das selbe plastische Motiv dreht und wendet, selbst auf die Gefahr hin, daß es langweilig wird. Heute hat er darin wirklich eine große Vollkommenheit erlangt, wenngleich das Leben manchmal aus der Form geschwunden scheint. Einige Zeichnungen von ihm sind aber ursprünglich und fast von der gedrunghenen Kraft eines Daimier.

×
Kriegspublikationen

Zur Klärung aller Fragen, die durch die unvermeidlichen Zerstörungen von Kunst und Baudenkmalern in Belgien und Frankreich aufgekomen sind, wird in einer Veröffentlichung von Dr. Otto Grautoff (Kunstverwaltung in Frankreich und Deutschland/Bern, Drechsel/) zahlreiches Material beigebracht. In Bild und Schrift werden die Ereignisse des jetzigen Krieges geprüft, begutachtet, wobei auch Stimmen von einsichtigen Männern uns heute feindlich gegenüberstehender oder neutraler Nationen zu Wort kommen. Einen großen Raum nehmen die Meinungen französischer Persönlichkeiten ein, die sich über das bestehende System der Kunstverwaltung in Frankreich äußern, und diesem Urteil wird dann die deutsche Kunstorganisation, die auch während des Krieges überall eingreift, entgegengestellt. Aus vielen Abbildungen kann man den wahren Zustand der Monumente ersehen, die zu Schaden gekommen sind. Endlich zeigen historische Betrachtungen, wieviel in früheren Kriegen an Kunst und Baudenkmalern zugrunde gerichtet wurde, was dann spätere Geschlechter wieder gutzumachen versuchten. In dieser Richtung ist besonders der Artikel Curt Glasers über die Zerstörung von Brüssel im Jahr 1695 interessant. Aus ihm ersieht man, daß der vielbewunderte Markt von Brüssel eigentlich keine Neuschöpfung des 18. Jahrhunderts ist.

Eine andere Veröffentlichung, vom Schutzverband deutscher Schriftsteller herausgegeben, nennt sich Kriegsmappe und enthält Äußerungen bedeutender

oder in der Öffentlichkeit tätiger Männer und Frauen über das Erlebnis des Krieges. Jeder spricht in der seiner Persönlichkeit angemessenen Weise, so daß hier Gedichte, Epigramme, Zeichnungen, Skizzen als Resonanz unseres Zeitgeistes zum ewigen Gedächtnis aufbewahrt werden.

Eine kleine, geschmackvoll ausgestattete Mappe mit Nachbildungen von Zeichnungen Ludwig Richters soll als Liebesgabe deutscher Hochschüler in die Schützengräben wandern und dort im eisernen Kriegslärm Erinnerung an das, was einmal war, und die Hoffnung auf das, was einmal werden muß: den Frieden, wachhalten. Die Blätter sind von großer Liebeshwürdigkeit und fraglos dazu angetan ihren Zweck zu erfüllen. Als eine andere Liebesgabe deutscher Hochschüler ist auch, mit einer dankenswerten Neuausgabe des Heliand, dazu eine Mappe nach Skizzen von J. C. Ströver durch den Furcheverlag in Kassel herausgebracht worden. Die Blätter sprechen mitunter eindringlich, wenn sie auch formal nicht ganz auf eigenem Boden gewachsen sind. Man erkennt, daß hier die altchristliche Kunst der Mosaiken Pate gestanden hat. Aber der Maler fand starke Ausdrucksgebärden für das Ereignis und wird deshalb die, in altgermanischem Gewand sich abspielenden Begebenheiten des Neuen Testaments dem Leser und Beschauer menschlich nahebringen können.

× **Kurze Chronik** Der 78jährige Historienmaler Christian Griepenkerl ist in Wien gestorben. Er gehörte seit 1874 dem Lehrkörper der Wiener Akademie an. × In Leipzig starb der Porträt- und Landschaftsmaler Hermann Heubner, 72 Jahre alt. × Im 70. Lebensjahr starb der Landschaftsmaler Professor Friedrich Albert Schmidt in Weimar. Das Weimarer Museum erwarb sein Werk Grab auf Corsica. × Das griechische Kultbild einer Göttin, die Neuerwerbung der Königlichen Museen in Berlin, über das in dieser Rundschau (1916, 1. Band, pag. 409) schon kurz berichtet wurde, ist öffentlich noch nicht zur Schau gestellt worden. Die Zeitschrift Kunst und Künstler brachte eine gute Abbildung. Das Werk stammt, wie man jetzt feststellen zu können glaubt, aus der Zeit um 480 vor Christus. × Bei Gurlitt in Berlin findet eine Ausstellung von Werken deutscher Künstler des 19. Jahrhunderts statt. Man sieht Werke von Tieck, Thoma, L.

Gurlitt, Sporrer, Enhuber, Rottmann, Marées, Blechen, Tischbein und anderen mehr. × In Paris ist in dem zum Invalidendom gehörenden Museum eine Ausstellung der Werke D e t a i l l e s veranstaltet worden, die neben seinen Schlachten- und Kriegsbildern seine umfangreiche Sammlung von Waffen und Uniformen zeigt. Besonders die Ausrüstungsgegenstände der Potsdamer Grenadiere Friedrichs II. aus dem Siebenjährigen Krieg erregen das Interesse der Besucher. × Im Graphischen Kabinett Neumann in Berlin fand eine Ausstellung von Graphiken und Aquarellen von Emil Nolde statt. Man war auf die Resultate gespannt, die der Künstler von seiner Reise nach Neuguinea mitbringen würde. Aber gerade diese erfüllten nicht, was man nach den mutigen Anfängen zu hoffen berechtigt war; sie sind Zugeständnisse an die Konvention. × Professor Hugo Lederer hat einen Ruf als Leiter der Akademischen Hochschule für bildende Kunst in Berlin angenommen. Lederer hat soeben ein Bildwerk im Modell vollendet, das für die Stadt Charlottenburg bestimmt ist. Die neue Figur, ein monumentaler Bogenschütze, soll in den städtischen Anlagen Aufstellung finden.

× **Literatur** Bei Paul Cassirer in Berlin erscheint eine neue Zeitschrift, Der Bildermann, herausgegeben von Paul Cassirer und Leo Kestenberg. So wie die Kriegszeit bringt auch der Bildermann nur Originallithographien, also keine mechanischen Reproduktionen, dazwischen als Beilagen den Abdruck deutscher Volkslieder oder kürzere Aufsätze zeitgenössischer Schriftsteller. Die ersten Hefte enthalten Beiträge von Slevogt, Gaul, Barlach, von Kalckreuth, Heckel, Käte Kollwitz, W. Jäckel, Klaus Richter, Rudolf Großmann und anderen. Wenn das Unternehmen weiter vorgeritten sein wird, wird man erkennen und beurteilen können, welcher besonderen Aufgabe es dient. Nach den Versprechungen, die das Geleitwort enthält, dürfen wir eine nützliche und auch erfreuliche fortlaufende Veröffentlichung erwarten.

Musik / Erich Falkmann

Regen † Am 11. Mai kam aus Leipzig die furchtbare Nachricht, daß Max Regger plötzlich gestorben ist. Die Welt hat mit ihm den bedeutendsten Musiker der

Gegenwart verloren. Was er, dessen unerschöpfliche Schaffenskraft nie genug bewundert werden konnte, der mit 43 Jahren bis zur Opuszahl 145 gelangt ist, für uns war, davon ist hier an anderer Stelle die Rede (in dem Artikel Sterns, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 551 ff.), und das ist des öfters auch in dieser Rundschau gewürdigt worden. Hier seien nur noch die Werke genannt, die er allein im letzten Jahr veröffentlicht hat, und deren Anzahl und Reichtum einen Begriff von dem geben, was uns nun plötzlich abgeschnitten worden ist. Uner-schöpflich fließt der Quell der Melodien, der bedeutenden Harmonieen und Modulationen. Über einige dieser Neuschöpfungen ist bereits in dieser Rundschau (1915, 1. Band, pag. 156) berichtet worden. Namentlich über die Variationen und Fuge für Orchester über ein Thema von Mozart. Reger hat aus dem graziösen Thema 8 Stimmungsbilder von grandioser Mannigfaltigkeit geschaffen; die ersten schließen sich dem heitern Grundzug dieses Themas an, die späteren werden immer schmerzlicher und mit ernst ausklingenden Schlüssen. Die leichtfließende Fuge steigert sich in fortreifender Gewalt zu einem wuchtigen Maestoso des ganzen Orchesters. Und dabei die Durchsichtigkeit des Satzes und die Klarheit der Polyphonie. Eine Gelegenheitskomposition ist die Vaterländische Overture; sie ist aber allen sonstigen patriotischen Werken schlechthin inkommensurabel. Des weitern seien aufgezählt: das Klavierquartett A-Moll (eine der schönsten Schöpfungen Regers, sowohl was Reichtum der Erfindung als was Tiefe des Empfindens und überlegene Behandlung der Instrumente betrifft), zwei Trios (Serenade für Flöte, Violine und Bratsche und für Violine, Bratsche und Cello), ein Heft Orgelkompositionen, eine Sonate für Violine und Klavier, eine Reihe Lieder, Klavierstücke und Chöre. Damit nicht genug, hat Reger mustergültige Bearbeitungen Bachscher, Händelscher und Schubertscher Werke herausgegeben.

Gewaltiges hat Reger der Welt geschenkt, noch Gewaltigeres dürfte man von ihm erwarten. Der sinnlose Tod hat eine Schaffenskraft in ihrem Aufstieg zum Höchsten zerstört.

✕ **Korngold** Mit einer Sinfonietta und Klavierkompositionen erregte der junge Korngold vor 2 Jahren allgemeinere Auf-

merksamkeit (siehe diese Rundschau, 1914, 2. Band, pag. 711 ff.). Jetzt tritt er, noch nicht 19 Jahre alt, mit zwei einaktigen Opern vor uns, die eine solche verblüffende Selbstsicherheit, eine solche Beherrschung alles Technischen aufweisen, daß man nicht weiß, was man mehr bewundern soll, die Selbstverständlichkeit, mit der er zwei verschiedene Stilarten, die ernste und die heitere, trifft, oder die Gewandtheit, mit der er sämtliche musikalischen Zeitströmungen der Gegenwart in sich aufgenommen, zusammengefaßt und dem eigenen Schaffen zugrunde gelegt hat. *Violanta*, die erste Oper, spielt in Venedig. Auf dem Hintergrund des Karnevals baut sich die Handlung auf: Verführung, Liebesduett und Rache des betrogenen Ehemanns. Farbenprächtig und spannend wie der Stoff ist die Musik. Auf den Theatereffekt ausgehend, schließt sie sich dem spätern Strauß an, verwendet ein großes Orchester, bringt schärfste Dissonanzen, legt mächtige Steigerungen an, spannt weitgeschwungene Melodiebögen. Das zweite Stück, *Der Ring des Polykrates*, ist ganz auf Leichtigkeit, heitere Laune, sprühendes Leben gestellt. Eheliches Glück und ehelicher Unfrieden, ein wohlmeinender, aber allmählich lästig werdender Gastfreund, witzige, ihre Herrschaften parodierende Diensthofen spiegeln sich in einer ariösen, anmutigen, idyllischen, humoristischen, nur ein kleines Orchester erfordernden Musik. Melodischer Reichtum, geistreiche Kontrapunktierung verbindet sich mit Vornehmheit der Erfindung und Wärme des Gefühls. Was ich hier seinerzeit über die Sinfonietta sagte, gilt auch jetzt: Noch ist der eigene charakteristische Stil nicht gefunden, noch fehlt die suggestiv überzeugende Eigenart, auch das seelische Empfinden. Mehr als die Erstlingswerke können wir aber diese Opern als Zeichen einer starken musikalischen Begabung wie eines dramatischen Bühneninstinkts und als Versprechen auf die Zukunft betrachten.

✕ **Tanzpantomime** *Matravs* Tanzpantomime *Das Märchen*, mit dem uns eine Nachmittagsvorstellung der Berliner Kammer-spiele bekannt machte (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1916, 1. Band, pag. 469), ist ein Versuch eine pantomimisch dargestellte, teils burleske teils ernste Handlung, mit Tänzchen, die sich ungewungen aus ihrem Verlauf ergeben, und melodramatischen Elementen zu einem einheitlichen Gebilde zusammenzu-

schmelzen. Fortunat, der begünstigte unter 6 Freiern der schönen Iris, wird von ihrem Vater abgewiesen. Erst dem Eingreifen eines Fauns, einer Brunnenfigur, die Leben annimmt und die 5 lästigen Freier in die Flucht schlägt, verdanken die Liebenden ihre Vereinigung. Die Musik, die Sándor László dazu geschrieben hat, fließt frisch und natürlich, ohne zu stilisieren, dahin, zeichnet sich durch reiche melodische Einfälle und ungesuchte, aber abwechslungsreiche Harmonik aus. Sie untermalt die Vorgänge der Pantomime, findet für das Spiel des Fauns drastische Rhythmen, charakterisiert die komische Bewerbung der Freier, geht unmerklich zu den geschlossenen Tanzformen über. Aus den Hornfanfaren des Anfangs kristallisiert sich der Aufzug der Freier; der Tanz der Glühwürmchen ist eine schwebende, elegische Melodie; zu einem schmachtenden wienerschen Walzer wird die Bewerbung Fortunats; es folgen ein graziöses Menuett, das Iris tanzt, ein Tanz des Fauns, das Gelage, der groteske Zweikampf mit den Freiern, bis das Thema des Anfangs als Hochzeitszug die Pantomime beschließt. Den Anfang und das Ende des Ganzen bildet eine originelle Umrahmung, in der bei verdunkelter Bühne ein Märchenerzähler aus einem Märchenbuch vorliest. Man wird auf die weiteren Werke dieses Komponisten zu achten haben.

× **Kriegswinter** Das Musikleben des verflossenen zweiten Kriegswinters kam an Regsam-

keit fast den Friedensjahren gleich. Alle großen Opernhäuser, Konzert- und Chorinstitute haben, auch wenn sie im vorigen Jahr ihre Veranstaltungen eingeschränkt hatten, ihren vollen Friedensbetrieb wieder aufgenommen. Die Beteiligung des Publikums ist mangels anderweitiger gesellschaftlicher Veranstaltungen eher gewachsen. Auch das Niveau der Aufführungen hat sich auf gleicher Höhe gehalten; nur die kleineren Orchester hatten unter minderwertigem Ersatz der einberufenen Mitglieder zu leiden. Die anfänglich sehr gekürzten Gagen erreichen langsam wieder die Friedenshöhe; auch in der unbilligen Überbezahlung augenblicklich in Mode stehender Künstler ohne Rücksicht auf ihre künstlerischen Leistungen hat der Krieg keinen Wandel geschaffen. In die Programme ist wieder ein unternehmender Geist eingezogen, besonders das Opernrepertoire hat uns eine Fülle von Uraufführungen gebracht.

Trotzdem spürt man in mannigfacher Weise den Einfluß des Krieges. Wir finden seine Ausstrahlungen in der Menge der Wohltätigkeitsvorstellungen, deren künstlerischer Wert in intensiverer Ausarbeitung und der Mitwirkung bedeutender Gäste besteht. Wir finden sie in Hauskonzerten, in Vortragsabenden, an denen Verwundete trotz ihrer Handverletzungen ihre unverminderte Fertigkeit auf Musikinstrumenten zeigen. Neue Stoffgebiete werden aufgedeckt. Die Besetzung von Russisch Polen lenkt die Aufmerksamkeit auf die jiddische Sprache und Literatur; ein ostjüdischer Abend in Berlin bringt jüdische Volkslieder in der Bearbeitung von Zepler und Nadel. Zu einer ständigen Einrichtung von großer Bedeutung sind die Konzerte hinter der Front geworden. In dem neu eröffneten Deutschen Theater in Lille gastierte das Solopersonal der Opern von Stuttgart, Mannheim und anderer Theater, während das Orchester vom Gouvernement Lille gestellt wurde. Der Erfolg bei den fast ausschließlich aus Militär bestehenden Zuhörern war groß. Der Bruno Kittelsche Chor aus Berlin brachte in Warschau unter seinem Dirigenten mit dem Warschauer Philharmonischen Orchester unter anderem die Neunte Symphonie. Festaufführungen des Ringes fanden in Brüssel, Solistenkonzerte in allen größeren Orten der West- und Ostfront statt. Sogar in Sofia und Konstantinopel gastierte Ende Mai das Geraer Hoforchester mit klassischem deutschen Programm.

× **Kurze Chronik** Ganz plötzlich starb am 8. April Professor Bernhard Irrgang, der Organist der Hof- und Domkirche und des Philharmonischen Orchesters, Berlins größter und zugleich bekanntester Meister auf der Orgel. Er veröffentlichte auch Orgelkompositionen. × In Dresden starb Ende März der Klavierpädagoge Karl Heinrich Döring, 81 Jahre alt. Seine vorzüglichen Klavierunterrichtswerke haben die weitestgehende Verbreitung gefunden. Er komponierte auch zahlreiche Lieder für Männerchöre. × Der langjährige Leiter der Symphoniekonzerte in New Haven (Vereinigte Staaten) Ludwig Soltau ist gestorben. Er beherrschte, wie es heißt, die Technik sämtlicher Orchesterinstrumente. × In Moskau wurde in einem Koffer, der sich im Besitz der Kaiserlich russischen Musikgesellschaft befand, der Nachlaß Tschaikowskij's aufgefunden. Unter den Manuskripten inter-

essieren besonders der Entwurf zu einer Symphonie Das Leben, ein Jugendwerk mit Chor auf Schillers Lied an die Freude und einige Opernlibretti. × Bei der deutschen Uraufführung von Strindbergs historischem Drama Die Folkunger im Hamburger Thaliatheater wurde eine Musik von Horst Platen gespielt. × In einem Berliner Konzert wurden Ständergeigen vorgeführt, neue Streichinstrumente in Diskant- und Baritonlage, die auf Metallständern wagerecht ruhen und das Orchester mit neuen Klangfarben bereichern sollen. × Im Königlichen Schauspielhaus in Dresden wurde mit großem Erfolg zum erstenmal in Deutschland ein Lichtbilderkonzert gegeben. Mit Brahmscher Orchestermusik, die die Königliche Kapelle ausführte, vereinigten sich in künstlerischer Weise Vorführungen von Radierungen Max Klingers. × Professor Alexis Hollaender trat in einem Vortrag im Berliner Tonkünstlerverein für Reformen in der musikalischen Schulerziehung und kräftige Weiterentwicklung der seit kurzem eingeführten Neuerungen ein, wobei der Schwerpunkt auf das Musikdiktat sowie auf den Unterricht im musikalischen Satzbau und in der Harmonielehre zu legen sei. × In Baden-Baden wurde am 15. April ein neues großes Konzerthaus mit einem Festkonzert eingeweiht. Der große Musiksaal, der sich aus 2 kleinen nebeneinanderliegenden Sälen zusammensetzt, faßt im ganzen 1200 Personen. Neuartig ist die erstmalige Verwendung einer Decke aus Korkplatten, um das störende Zurückwerfen des Schalls von oben zu verhindern. × Alle bürgerlichen Männergesangsvereine Groß Berlins haben sich zu einem einzigen gewaltigen Sängerbund zusammengeschlossen und lieben sich im Zirkus Busch hören. Von dieser ungeheuren Klangmasse kamen Choräle und Volkslieder mit größter Präzision, klarer Textaussprache und feinen dynamischen Schattierungen zum Vortrag.

× **Literatur** ×
 In 8., in Inhalt und Format erheblich vergrößerter Auflage ist Hugo Riemanns **Musiklexikon** /Leipzig, Hesse/ erschienen. Mit ungeheurem Sammelleiß hat der Verfasser die Errungenschaften der Musikwissenschaft seit der letzten Auflage zusammengetragen, hat er besonders die Fortschritte der Musik der Gegenwart berücksichtigt, Leben und Werke aller in diesen Jahren neu

aufgetauchten schaffenden Musiker aufgeführt. Die ungeheure Fülle auf diesem Gebiet hat allerdings dem musikgeschichtlichen Teil das Übergewicht gegeben. Aber auch auf theoretischem, instrumentalem und akustischem Gebiet wird man nichts vermissen. In jeder Materie erhält man präzise, vor allem absolut zuverlässige Auskunft. Es wäre nur zu wünschen, daß die im allgemeinen eingehaltene Objektivität gegenüber den Erscheinungen der neuern Zeit restlos durchgeführt würde; Urteile wie die über Bizets Carmen, über Reger, Mahler, Korngold, die bei einem Teil der Leser Widerspruch erregen müssen, sollten aus einem Nachschlagewerk verschwinden. × In gleichem Verlag ist Max Hesses **Deutscher Musikerkalender** im 31. Jahrgang erschienen. Der hübsch ausgestattete Band enthält wie seine Vorgänger ein ausführliches, nach Städten geordnetes Adreßbuch der Musiker Deutschlands und des neutralen Auslands, Verzeichnisse der deutschen Orchester, Operntheater und produzierenden Künstler, Kalender und Notizbuch. × Der Grund, der auch den ernstesten Musiker veranlaßt gelegentlich zu einem Buch, wie dem Musikerhumor von Rudolf Kleinecke /Wien, Perles/ zu greifen, ist der, daß die darin mitgeteilten Anekdoten über berühmte Musiker, wie Wagner, Bülow, Mahler, oft Geistesart und Charakter des betreffenden Künstlers wie mit einem Blitz beleuchten. Andere Witze kennzeichnen unser Musikleben. Hinter dem Scherz verbergen sich Schäden des Musikbetriebs, die nachdenklich machen. × Die früher sehr verbreitete, vom Verlag Schuster & Loeffler in Berlin herausgegebene **Zeitschrift Die Musik** hat ihr Erscheinen eingestellt.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Kältemaschine Unsere sämtlichen Kältemaschinen beruhen darauf, daß für die Verdampfung einer Flüssigkeit Wärme verbraucht wird. Diese Verdampfungswärme wird der Umgebung entzogen. Läßt man also beispielsweise flüssiges Ammoniak, flüssiges Kohlendioxyd oder Schwefeldioxyd in einem von Wasser umgebenen Röhrensystem verdampfen, so wird dem Wasser so viel Wärme entzogen, daß es sich schließlich bis zur Gefriertemperatur abkühlt. Die Verwendung von Ammoniak, Schwefeldioxyd und selbst von Kohlendioxyd hat aber eine Reihe von

Übelständen im Gefolge. Bei gewöhnlicher Temperatur sind diese Stoffe gasrespektive dampfförmig. Zum Zweck der Verflüssigung müssen sie also erst verdichtet und gleichzeitig bis zur kritischen Temperatur abgekühlt werden. Für die Kompression müssen Pumpen, und für die Expansion müssen Apparate gebaut werden, die jedes Entweichen der betreffenden Stoffe unmöglich machen, da sie sämtlich gesundheitsschädlich wirken. Die Verwendung eines an sich unschädlichen Stoffes muß also von vornherein erhebliche Vorzüge gewähren. Als solcher Stoff bietet sich der Wasserdampf dar. Zur Verdampfung des Wassers ist bekanntlich eine sehr erhebliche Wärmemenge erforderlich. Bei einer gegebenen Flüssigkeitsmenge wird bei Verwendung von Wasserdampf eine größere Zahl von Wärmeeinheiten verbraucht als bei der Verwendung der bisher hauptsächlich gebrauchten Stoffe. Eine Wasserdampfkältemaschine ist also auch in dieser Hinsicht den älteren Kältemaschinen überlegen.

Nach dem System Westinghouse-Leblanc-Riedinger arbeitet die Wasserdampfkältemaschine nach dem Grundprinzip die Kälte durch Verdampfung unter Vakuum zu erzeugen, wobei als Kälte Träger nur Wasser benutzt wird. Aus einem Sammelgefäß wird eine nach Durchfließen von Kühlschlangen erwärmte Salzlösung durch das im Kühlraum mit Hilfe eines Ejektors erzeugte Vakuum angesaugt. Durch ein Sieb wird sie in feine Strahlen zerlegt, so daß das Wasser wegen der Luftleere zum Verdampfen gebracht wird. Hierdurch wird dem Rest der Salzlösung die in den Kühlschlangen aufgenommene Wärme entzogen. Eine Pumpe drückt den verbleibenden Rest der Salzlösung wieder in das Kühlsystem, während das verdampfte Wasser vom Ejektor in einen Kondensator befördert wird. Zur Aufrechterhaltung des Vakuums im Kondensator dient eine rotierende Luftpumpe. Der Antrieb der Luftpumpe kann durch eine beliebige Dampfmaschine, zweckmäßig durch eine Dampfturbine geschehen, deren Abdampf dem Ejektor zugeführt wird. Derartige Wasserdampfkältemaschinen wurden bereits bis zu einer Leistung von 65 000 Kalorien per Stunde ausgeführt. Versuche, die von der deutschen Marine bei der Firma Riedinger in Augsburg ausgeführt worden sind, ergaben als Gesamtleistung 40 300 Kalorien bei einer Kühlwassertemperatur von $26,42^{\circ}$ re-

spektive $31,36^{\circ}$ und einer Sooltemperatur von ungefähr $+2^{\circ}$ bis -2° . Hierbei wurden Endtemperaturen von $-8,6^{\circ}$ im Mittel erzielt. Die Leistung betrug 44,8 Kalorien per Stunde bei einem Nettodampfverbrauch von 1 Kilogramm. Die Wasserdampfkältemaschinen haben besonders für Schiffe große Bedeutung, auf denen in dem Seewasser eine geeignete Salzlösung zur Verfügung steht.

Die gegenwärtige, durch den Krieg bedingte Papiernot zwingt uns wie mit anderen Rohstoffen so auch mit dem Holz sparsam umzugehen. Aber auch in der Friedenszeit sollte der Holzverschwendung zum Zweck der Papierfabrikation Einhalt getan werden. Heute verbrauchen insbesondere unsere Tageszeitungen in einem Tag mehr Holz als ein Wald in einem ganzen Jahr nachliefern kann. Gebieten wir den heutigen Methoden der Papiererzeugung und Waldverwüstung nicht bald energisch Einhalt, so müssen binnen kurzem unsere Wälder völlig verschwinden, und wir verwandeln sinnlos heutiges Kulturland in Steppe oder gar Wüste. Daß diese Besorgnis nicht übertrieben ist, zeigen ein paar Zahlen, die von dem Prometheus wiedergegeben werden. Eine Zeitung von 20 Seiten Umfang verbraucht bei einer Auflage von 100 000 Exemplaren täglich etwa $2\frac{1}{2}$ Hektar Wald. Bei größeren Zeitungen kann der jährliche Waldbedarf auf etwa 4000 Hektar beziffert werden. Das sind in der Tat Ziffern, die bedenklich stimmen müssen. Deshalb sind seit längerer Zeit schon, besonders in Amerika, Bestrebungen im Gang das Holzpapier durch Stroh papier zu ersetzen. In den Vereinigten Staaten bringt jede Ernte etwa 150 Millionen Tonnen Maisstroh. Da man auf chemischem Weg die für das Vieh brauchbaren Stoffe nicht auszu ziehen vermag, könnte der größte Teil für die Papierfabrikation verwendet werden. Außerdem stehen jährlich 2 Millionen Tonnen Reisstroh und 10 Millionen Tonnen Baumwollstengel zur Verfügung. Daß sich Reisstroh vorzüglich zur Papierfabrikation eignet, beweisen Japan und China. Baumwollstengel liefern allerdings ein weniger gutes Papier, aber deren Zellulose könnte mit den Reifasern vermischt und auf diese Weise ein großer Teil des Zeitungspapiers aus Stroh hergestellt werden. Das bessere Papier bliebe immer noch Büchern und Zeitschriften vorbehalten.

Schiffslebensdauer Unsere modernen Eisen-

dampfer haben eine im Durchschnitt außerordentlich kurze Lebensdauer. Nicht so sehr deshalb, weil das Konstruktionsmaterial zu rasch verbraucht würde, sondern hauptsächlich deshalb, weil durch die gewaltigen technischen Fortschritte ältere Schiffe nicht mehr wirtschaftlich genug sind und der Konkurrenz von Neubauten rasch unterliegen. Für einen unserer modernen Riesendampfer sind 20 Jahre schon die höchste Lebensdauer. In der *guten alten Zeit* lagen die Verhältnisse ganz anders. Ein hölzerner Segler diente so lange, bis er zerschellte oder unterging. So konnte es denn kommen, daß die alten Holzschiffe 100 Jahre und noch länger im Gebrauch blieben. Einzelne Schiffe, deren Lebensschicksale näher verfolgt wurden, geben einen Beleg hierfür. Die Princess Mary war beispielsweise bereits 72 Jahre alt, als sie im Jahr 1688 Wilhelm III. von Oranien, den nachmaligen König Wilhelm I., nach England brachte. Als sie 200 Jahre alt geworden war, änderte sie nur ihren Namen in Betsy Kairus und versah noch volle 50 Jahre ihren Dienst auf der Fahrt zwischen England und Westindien, bis sie endlich an den englischen Klippen zerschellte.

× **Ersatzstoffe und -verfahren** Als Ersatzstoffe für das beschlagnahmte Kupfer

werden in der Elektrotechnik gegenwärtig Eisen und Zink verwandt. Da diese beiden Metalle wirtschaftliche Vorteile gegenüber dem Kupfer nicht gewähren, so wird nach dem Krieg das Kupfer wohl allgemein wieder in seine alten Rechte eingesetzt werden. Eine einzige Ausnahme hiervon dürften möglicherweise die Kabel für sehr hohe Spannungen bilden. Wegen der dielektrischen Beanspruchung der Isolation durch den Leiter muß dieser einen möglichst großen Durchmesser erhalten, was bisher zur Anwendung des schlechterleitenden Aluminiums oder zur röhrenförmigen Anwendung des Kupfers geführt hat. Da Zink noch schlechter leitet als Aluminium, dürfte die weitere Verfolgung dieser Frage nicht unberechtigt sein.

Infolge der Beschlagnahme des Nickels ist die galvanische Vernickelung gegenwärtig ganz unmöglich geworden. An ihre Stelle ist jetzt mit großem Erfolg die *galvanische Verkobaltung* getreten, die einen dem Nickelniederschlag sehr ähnlichen und gleich polierfähigen Kobaltniederschlag liefert.

Die Sperrung der Einfuhr von Schwefelkies und Schwefel hatte vorübergehende Schwierigkeiten in der Schwefelsäurefabrikation verursacht. Diese Schwierigkeiten sind jetzt endgültig überwunden, nachdem es gelungen ist den Schwefelgehalt der Gasreiniger-masse in den Gasanstalten auszunutzen und den bei uns reichlich vorhandenen Gips (schwefelsauren Kalk) auf Schwefel zu verarbeiten.

Ein neuer Betriebsstoff für Automobile, Natalit, wird gegenwärtig von dem Königlich englischen Automobilklub erprobt. Es ist im wesentlichen Alkohol, der aus einem Abfallstoff der in Natal betriebenen Zuckerraffinerien auf billige und einfache Art gewonnen wird. Die Kraftleistung soll höher sein als bei Benzin.

Stiefelsohlen aus Filz sind das letzte Ergebnis der durch den Krieg bedingten Surrogatnotwendigkeiten. Nach der Zeitschrift für angewandte Chemie werden die filzartigen Rohstoffe zu Platten ausgewalzt, nachdem sie vorher mit Silikat bildenden Stoffen vermischt worden waren. Dann werden diese Platten wasserdicht gemacht, was durch Erzeugung von Kalk- oder Tonerdeisen in den Filzporen geschehen kann, und schließlich werden sie noch mit einer Schmelze aus Wachs und Harzen durchtränkt. Über die Haltbarkeit dieses Ledersatzes ist noch nichts verlautet.

× **Kurze Chronik** Am 10. März starb in Graz der Professor an der Technischen Hochschule Jo-

hann Witt in seinem 74. Lebensjahr. Er gehörte zu den angesehensten Vertretern der technischen Wissenschaften.

× Im Alter von 45 Jahren starb der Professor für Statik und Eisenbau an der Technischen Hochschule Hannover Emil Brugsch, der Sohn des Ägyptologen Heinrich Brugsch Pascha. Er begann seine Laufbahn in den Eisenbahndirektionen Karlsruhe und Berlin und im Konstruktionsbureau der Berliner Hoch- und Untergrundbahnen; 1908 bis 1910 assistierte er Professor Müller-Breslau an der Berliner Technischen Hochschule. × In den letzten Jahren sind umfangreiche Arbeiten zur Aufschließung des Erdgases in Siebenbürgen ausgeführt worden. Mit Bohrungen sind Quellen mit einer Leistung von 1,2 Millionen Kubikmeter pro Tag erschlossen worden. Das bedeutendste Gasvorkommen befindet sich bei Kissmás, wo täglich 930 000 Kubikmeter gewonnen werden können. Die wirtschaft-

liche Ausbeute ist bisher noch sehr gering. × Die Wirkung einer ständig lebhaften Bewegung der Raumluft auf ansteckende Krankheiten und das Eindämmen ihrer Weiterverbreitung war bisher nur für Tuberkulose beobachtet worden. Nach den Darlegungen des Oberarztes Dr. Johann Frisch in der Wiener Klinischen Wochenschrift trifft sie auch für Flecktyphus und Pocken zu. Es dürfte sich deshalb empfehlen die Räume, die zur Aufnahme derartiger Kranken dienen, von vornherein mit entsprechenden Einrichtungen zu versehen. × Bei den französischen Unterseebooten haben sich die Rohölmotoren anscheinend nicht besonders bewährt. Wegen der sich häufenden Reparaturen sahen sich die französischen Marinebehörden veranlaßt von einer weiteren Verwendung von Rohölmotoren vorläufig abzusehen und zum Dampfbetrieb zurückzukehren. So wurde das Unterseeboot Zédé umgebaut und erhielt Dampftrieb von 4000 Pferdestärken. × An Stelle der unzuverlässigen Taschenlampen mit Trockenbatterie werden von der Beleuchtungskörpergesellschaft in Berlin, einer Tochtergesellschaft der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Lampen in Verkehr gebracht, die eine kleine mit der Hand anzutreibende Dynamomaschine für 2 bis 3,5 Volt enthalten. Für manche Zwecke, wo nur ganz vorübergehend Licht gebraucht wird, also zum Ablesen von Wegweisern, Karten usw., wird diese neue Lampe, die 10 Mark kostet, gute Dienste leisten. × Der Oberingenieur bei der Brückenbauanstalt Augsburg-Nürnberg Dr. Wilhelm Schachenmaier wurde zum ordentlichen Professor der Ingenieurwissenschaften an der Technischen Hochschule Karlsruhe ernannt. × Als Privatdozent für das Lehrfach Technologie der Teerfarbstoffe habilitierte sich Dr. Alfred Schaarschmidt an der Technischen Hochschule Berlin. ×

Literatur

Einige Bändchen der bekannten, hier in den verschiedensten Rundschau häufig gewürdigten Sammlung Aus Natur und Geisteswelt /Leipzig, Teubner/ seien diesmal nur registriert: A. von Ihering Die Wasserkraftmaschinen und die Ausnutzung der Wasserkräfte, P. Köhn Die elektrische Kraftübertragung, Karl Blau Das Automobil, K. Lenz Die Rechenmaschinen und das Maschinerechnen, A. Zart Farben und Farbstoffe. Es sei vorbehalten auf die eine oder andere Arbeit zurückzukommen.

Kolonisation / Ludwig Quessel

Futtermittel Es ist bekannt, daß in den letzten Jahren zur Ernährung unserer großen Viehbestände in wachsenden Mengen ausländische Futtermittel eingeführt werden mußten. In einem außerordentlich lehrreichen Aufsatz des Tropenpflanzers berechnet Professor Wohltmann deren Menge auf 7,9 Milliarden Kilo und ihren Wert auf über 1 Milliarde Mark. Die gehaltreichsten Futtermittel bezogen wir vor dem Krieg aus den Tropen und Subtropen. Es handelt sich außer Mais und Dari hauptsächlich um Kopra, Palmkerne, Erdnüsse, Baumwollsamens, Sesam und Sojabohnen; sie werden bei uns einerseits auf Öl und andererseits auf Futterkuchen oder Futtermehl verarbeitet, und zwar entfallen etwa 50 bis 60 % ihrer Masse nach der Bearbeitung auf Öl auf Futterstoffe. Speisefett und Futtermittelgewinnung hängen hier also aufs engste zusammen. 828 Millionen Kilo tropischer Futtermittel gingen uns 1913 schon im verarbeiteten Zustand als Ölkuchen und Ölkuchensmehl zu. Der Futterwert der tropischen Ölkuchen ist sehr groß. Die meisten Sorten enthalten 35 bis 45 % verdauliches Eiweiß. Ohne sie ist eine schnelle Mästung und Frühreife der Tiere sowie ein hoher Milchtrag und feiner Buttergeschmack kaum mehr zu erzielen. Die Versuche einige Arten der tropischen Edelfuttermittel in Deutschland anzubauen sind mißlungen. Sie können auch in den Tropen und Subtropen wegen der intensiven Belichtung und Erwärmung, und weil die Vegetation dort keine derartige winterliche Unterbrechung erfährt wie hier bei uns, weit reichlicher und billiger erzeugt werden als auf unseren Feldern. Im ganzen läßt sich also sagen, daß das, was unsere Landwirtschaft in Friedenszeiten bei der Produktion von Fleisch, Milch, Butter, Käse und Eiern leistete, nur unter starker Zuhilfenahme der Kolonialwirtschaft geleistet werden konnte. Sie lieferte unserer Landwirtschaft die unentbehrlichen Edelfuttermittel, die auf dem Weg über die Viehzucht in hochwertige Nahrungsmittel für Menschen verwandelt wurden. Es versteht sich von selbst, daß wir auf koloniale Edelfuttermittel keinesfalls verzichten können.

× **Ölrohstoffe** Es gehört zu den eigenartigen Erscheinungen der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung, daß tiefgreifende Ver-

änderungen sich in unseren Konsumtions-sitten vollziehen, ohne daß wir uns dessen recht bewußt werden. Noch vor einem Jahrzehnt spielten die Pflanz-fette in der Volksernährung eine sehr bescheidene Rolle. In der Hauptsache wurden von den Hausfrauen bei Berei-tung der Speisen tierische Fette verwen-det. Entsprechend unserer Vorliebe für Tierfette bemühte sich unsere Lebens-mittelindustrie aus Talg einen Ersatz für Butter herzustellen. Die Einführung der auf Anregung Napoléons III. von dem französischen Chemiker Mège-Mouriès zum erstenmal 1869 hergestell-ten Margarine rief in den achtziger Jahren großes Aufsehen hervor. Leb-hafte Kämpfe, die unter der (nur sehr bedingt zutreffenden) Voraussetzung ge-führt wurden, daß Margarine der Butter im eigentlichen Sinn Konkurrenz machen könne, fanden 1887 und 1897 im Reichs-tag um das Margarinegesetz statt. Sehr wenig wurde dagegen in den letzten Jahren von den Verbrauchern beachtet, daß die Fettstoffe, aus denen man jetzt Margarine herstellt, ganz andere sind als die, die früher dazu verwendet wur-den. An die Stelle der tierischen traten mehr und mehr pflanzliche Fette. War in den achtziger Jahren die Margarine in der Hauptsache ein veredeltes Er-zeugnis der europäischen Viehzucht, so ist sie jetzt vornehmlich ein veredeltes Erzeugnis des tropischen Ölfrüchtebaus geworden. Rund 1 Milliarde Kilo die-ser Ölfrüchte gingen der deutschen Volkswirtschaft in den letzten Jahren aus den Kolonien der feindlichen und neutralen Staaten zu. Der Hauptliefe-rant Deutschlands war das britische Kolonialreich. 1913 betrug die Einfuhr aus den englischen Kolonien 792 Mil-lionen Kilo, aus den niederländischen 81, aus den französischen 40, aus Ame-rika 7 und aus den portugiesischen Kolo-nien 6 Millionen Kilo. Unsere kolo-niale Eigenproduktion an Ölfrüchten war auch im letzten Jahr vor dem Krieg noch gering. Sie belief sich auf zirka 80 Millionen Kilo und stellte demnach noch nicht ganz den zehnten Teil un-seres Gesamtbedarfs dar. Immerhin konnten unsere Kolonien uns schon größere Mengen Ölfrüchte und Pflanzen-fette liefern als die Kolonialreiche der anderen Staaten einzeln genommen, ab-gesehen natürlich vom britischen. Nun ist freilich von unserer kolonialen Ernte an tropischen Ölfrüchten der größere Teil immer ins Ausland gegangen. Von den zirka 80 Millionen Kilo Gesamt-ertrag gelangten nur etwa 30 Millionen

nach Deutschland. Aus diesem Um-stand darf man aber nicht schließen, daß die an das Ausland verkauften 50 Millionen Kilo Ölfrüchte für die deutsche Volkswirtschaft verloren gegangen wären. Indem wir diese auf ausländischen Märkten verkauften, erwarben wir uns dort Guthaben, auf Grund deren es uns möglich wurde aus anderen Kolonial-reichen mit geringeren Transportkosten die für die Existenz unseres Volkes not-wendigen tropischen Massenartikel in entsprechender Menge zu beziehen. Wirft man nun die Frage auf, welche Aussichten für die Weiterentwicklung der Gewinnung pflanzlicher Ölrohstoffe in unseren Kolonien vorhanden sind, so wird die Antwort darauf lauten müssen, daß wir uns noch in den ersten Anfängen des systematischen Ölfrucht-anbaus befinden. Einen gewissen Maß-stab für die Entwicklungsmöglichkeiten des Ölpflanzenanbaus in unseren Kolo-nien kann aber die Tatsache liefern, daß der Wert unserer kolonialen Eigen-produktion an Ölrohstoffen von zirka 10 Millionen Mark im Jahr 1906 auf zirka 30 Millionen Mark im Jahr 1913 stieg. Stellt man den Umstand in Rechnung, daß in den letzten Jahren die Baum-wollkultur in unseren Kolonien immer mehr zu einer Volkskultur wurde und 100 Kilo Baumwolle nach Abzug des Saatguts etwa 160 Kilo Baumwollsam-en geben, so liegt kein Grund vor die völlige Eigenversorgung Deutschlands mit Ölrohstoffen aus seinen Kolonien als ein an und für sich unerreichbares Ziel zu bezeichnen. Es wäre ja auch unsinnig daran zu zweifeln, daß die für den Ölfrüchtebau geeigneten Gebiete unserer Kolonien, die mindestens 3mal so groß wie Deutschland sind und etwa 10 Millionen Einwohner aufweisen, die deutsche Bevölkerung nicht mit ausrei-chenden Mengen von pflanzlichen Öl-rohstoffen versorgen könnten. Daß das Ziel freilich erst in Jahrzehnten erreicht werden kann, ist selbstverständlich, weil es sich in unseren Kolonien zumeist um eine Bevölkerung handelt, die erst zum Ackerbau erzogen werden muß. Gel-lingt es uns durch den Friedensvertrag ein unserm frühern Kolonialbesitz ent-sprechendes afrikanisches Kolonialreich zu erlangen, so brauchen wir der Ent-wicklungsmöglichkeiten wegen nicht bange zu sein. Mehr als jede andere Bevölkerungsschicht hat die Arbeiter-klasse ein Interesse daran darauf zu achten, daß das deutsche Volk nicht aus der Reihe der Kolonialvölker gestrichen wird. Auch wenn die Geburtenziffer

erheblich zurückgeht, müssen wir damit rechnen, daß, wie im vorigen, so auch in diesem Jahrhundert auf europäischem Boden eine Dreimilliarde neuer Menschen entsteht. Deren Versorgung mit ausreichender Nahrung und Kleidung ist aber nur mit Hilfe intensiver Kolonialwirtschaft möglich. Jede große Nation ist daher berechtigt und verpflichtet für ihre Zukunft durch koloniale Arbeit selbst zu sorgen und sich nicht zu sehr auf die Opferwilligkeit und koloniale Arbeitsfreudigkeit der anderen Völker zu verlassen.

×
Zucker

Der Rückgang des Zuckerrübenbaus in Europa infolge des Krieges, der in

Fachkreisen auf über 25 % veranschlagt wird, scheint in den Kolonien dem Rohrzuckeranbau starke Impulse gegeben zu haben. Allerdings ist dabei zu beachten, wie Dr. A. Schulte im Hofe in seinem soeben veröffentlichten Buch Die Welterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen /Berlin, Mittler/ (auf dessen überaus sorgfältige Untersuchungen und reiche statistische Angaben man sich noch häufiger wird berufen müssen) eingehend nachweist, daß schon vor dem Krieg die koloniale Rohrzuckerproduktion einen neuen Aufschwung genommen hat. »Man hat sich die Erfahrungen des heimischen Rübenbaus zunutze gemacht und durch Zuchtwahl ein Rohr herangezogen, durch das der Hektarertrag an Zucker vervielfältigt wurde. Zudem hat man die Gewinnung des Zuckers vervollkommnet.« In Amerika ist die Erzeugung des Rohrzuckers von 4,1 Milliarden Kilo im Jahr 1911-1912 auf 4,9 Milliarden Kilo im Jahr 1914-1915, in Afrika im selben Zeitraum von 384 auf 507 Millionen Kilo, in Australien und Polynesien von 265 auf 342 Millionen Kilo gestiegen. Nur Asien hat keinen Aufschwung der Rohrzuckergewinnung aufzuweisen. Die Welterzeugung in Rohrzucker stieg in den Jahren 1911-1912 bis 1914-1915 von 9,0 auf 9,9 Milliarden Kilo. Am stärksten ist der Aufschwung der kolonialen Zuckerproduktion in den beiden Kriegsjahren 1914 und 1915. Schulte im Hofe meint, daß »die große Ausdehnung der Zuckerindustrie über fast alle Länder der Welt und die steigenden Ausbeuten pro Hektar wahrscheinlich zur Folge haben werden, daß sich der Absatz der Produktion Deutschlands von Jahr zu Jahr schwieriger gestalten wird«.

×

×

Kurze Chronik Gegen den kolonialpolitischen Schriftsteller Morel, dessen edle Gesinnung jüngst sein greiser schweizerischer Kampfgenosse für die Rechte der Kongoeingeborenen Dr. Christ-Socin in der Kolonialen Rundschau feierte, wurden im englischen Unterhaus, allerdings ohne positiven Erfolg, kriminelle Maßnahmen gefordert, weil er im Krieg die schon 1912 publizierte Schrift Morocco in Diplomacy /London, Smith, Elder & Co./ unverändert neu herausgegeben hat. Auf Grund zahlreicher Dokumente weist Morel in dieser Schrift nach, daß die britische Diplomatie 1911 kein Mittel unbenutzt ließ, um die kolonialpolitische Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu hintertreiben und die Republik in den Krieg gegen Deutschland zu hetzen. × Wie der Frankfurter Zeitung mitgeteilt wurde, bereisen britische Kaufleute das russische Kolonialreich nach allen Richtungen. Englische Warenkataloge tauchen in allen sibirischen Städten auf. Insbesondere sind die Engländer bemüht sich die Zeit nach dem Krieg zu sichern. × Eine Erweiterung der russischen Einflußsphäre in Persien bis zum westlichen Teil des Persischen Meerbusens fordert Professor Migulin im Nowy Ekonomist mit der Begründung, daß England ohne die russische Hilfe schon längst Indien und Ägypten an die Zentralmächte verloren hätte. × Wie New Yorker Zeitungen melden, sollen japanische Agenten bemüht sein Ölquellen in Mexico aufzukaufen, um nachweisbare wirtschaftliche Interessen zu gewinnen, zu deren Schutz man im Notfall Truppen landen könne. Im Repräsentantenhaus soll der Bericht hierüber großes Aufsehen hervorgerufen haben. × Gegen das amerikanische Einwanderungsgesetz, das asiatische Einwanderer ausschließt, hat Japan formellen Einspruch erhoben, was nach englischen Meldungen in Washington Beunruhigung hervorgerufen haben soll. × Der New Yorker Bürgermeister Mitchel hat in einer Rede den Vorschlag gemacht den Japanern die Philippinen zu einem bestimmten Preis anzubieten oder sie Japan wenigstens als wirtschaftliche Einflußsphäre zu überlassen, weil sonst ein Zusammenstoß mit den Japanern unvermeidlich werden würde. × Um die Konkurrenz der deutschen Kolonien für die Zeit nach dem Krieg möglichst auszuschalten, haben die Engländer in Togo die

Fortführung der deutschen Plantagenbetriebe verboten, womit Tausende von Hektaren an Palmen, Kakao, Gummi usw. rettungslos dem Untergang geweiht sind. × Wie die Times mitteilten, hat der Vorsitzende der Britischen Seidenvereinigung jüngst erklärt, daß wilde Seide vielfach in Deutsch Ostafrika vorkomme, die, sobald diese Kolonie englisch geworden sei, Gelegenheit gebe der Seidenindustrie ein neues, billiges Rohmaterial zu beschaffen. × Zur Papierzeugung könne, wie die African World betont, das immerwährende sogenannte Elefantengras herangezogen werden, das in einem ausgebreiteten Gürtel wächst, der sich über das tropische Afrika erstreckt. Im Imperial Institute sei daraus ein Papierstoff erster Klasse hergestellt worden. × An der Universität Halle findet in diesem Sommersemester eine ganze Reihe von Vorlesungen über Kolonialwissenschaften statt. × Am 25. April vollendete der Ethnograph und Forschungsreisende Professor Dr. Max Buchner in München sein 70. Lebensjahr. Buchners Name ist mit der wissenschaftlichen Erforschung Afrikas und der Erwerbung unseres westafrikanischen Kolonialbesitzes für alle Zeiten unlösbar verknüpft.

× Literatur

Einem recht brauchbaren Abriss der Kolonialgeschichte der Neuzeit, der sich durch flüssige Darstellung und Übersichtlichkeit auszeichnet, hat der Privatdozent an der Universität Freiburg Dr. Veit Valentin geschrieben (Tübingen, Mohr). Der Verfasser begnügt sich nicht damit die historischen Geschehnisse der neuzeitlichen Kolonisation zu schildern sondern zeigt sich auch bemüht deren treibende Kräfte aufzudecken, die seiner Auffassung nach im Machtpolitischen und Ökonomischen liegen. Das Buch ist mit 2 farbigen Karten, vielen statistischen Angaben und mehreren Zeittafeln versehen, die es auch als Nachschlagewerk wertvoll machen. × Mit der kirchlichen Seite der Kolonisationsgeschichte der Neuzeit beschäftigt sich Dr. A. Jann in einem umfangreichen Werk Die katholischen Missionen in Indien, China und Japan (Paderborn, Schöningh). Da er uns aber nicht die Wirksamkeit der Missionen sondern nur deren Organisation schildert, und die Darstellung nur bis zum Jahr 1750 reicht, so kann seine, von einem gründlichen Studium der kirchengeschichtlichen Quellen Zeugnis

ablegende Arbeit tieferes Interesse naturgemäß nur in kirchlichen Kreisen hervorrufen. Die interessante Vorrede zeigt den scharfen Blick des Verfassers für die machtpolitische Seite des Missionswesens, so daß man nur wünschen kann aus seiner Feder ein Werk zu erhalten, das die kulturelle und politische Wirksamkeit der Missionen unter Beiseitlassung ihrer Organisationsgeschichte behandelt. × Einen wertvollen Beitrag zu der Frage, ob die Tropen von Europäern besiedelt werden können, liefert Dr. Ernst Wagemann in seinem Buch Die deutschen Kolonisten im brasilianischen Staate Espirito Santo /München, Duncker & Humblot/. Wir erfahren, daß diese Kolonisten 18 000 Seelen zählen, und dort bereits die dritte Ansiedlergeneration heranwächst. Ob man freilich das Gebiet dieser deutschen Siedelung im strengen Sinn als tropisch bezeichnen kann, ist fraglich. Jedenfalls ist aber das, was Wagemann uns über das Leben jener deutschen Ansiedler mitteilt, außerordentlich interessant, es läßt uns die Vorzüge und Schwächen deutscher Bauernkolonisation, sofern sie ganz auf sich angewiesen bleibt, deutlich erkennen. Trotz überreicher Ernährung ist es doch ein überaus kulturarmes und geistig enges Leben, das jene Ansiedler führen. Was sie an ihrem Deutschtum so zäh festhalten läßt, daß sie auch in der zweiten Generation kaum ein Wort Spanisch verstehen, ist weniger ein entwickeltes Nationalbewußtsein als ein konservatives Festhalten an der Sprache und den Sitten der Heimat. Der Verfasser hat das, was er gesehen, in seinem kleinen Buch so anregend geschildert, daß dessen Studium zugleich eine angenehme Unterhaltung bietet. × Zu den Büchern, die sich angenehm lesen, gehört auch Professor Kurt Wiedenfelds kleine Schrift über Sibirien in Kultur und Wirtschaft /Bonn, Marcus & Weber/. Das Material zu seiner Arbeit hat der Verfasser auf einer Studienreise gewonnen, die ihn durch die siedlungsfähigen Teile Sibiriens führte. In anschaulicher Weise macht er uns zunächst mit Sibiriens unwirtlicher Natur vertraut, um uns dann die sibirischen Kolonisten: Kosaken, russische und deutsche Bauern, in ihrer Eigenart vorzuführen. Weiter lernen wir die Kirgisensteppes und ihre Bewohner, die Bergwerke und Verbrecher in Sibirien kennen. Ungeheim fesselnd ist auch das, was Wiedenfeld uns über Sibiriens Stellung in der Weltwirtschaft mitteilt. Hier merken

wir, daß hinter dem angenehmen Plauderer der gelehrte Kenner des modernen Wirtschaftslebens steckt. Jedem, der sich schnell und zuverlässig über Sibirien orientieren will, ist Wiedenfelds kleines Buch warm zu empfehlen. × Für die Richtigkeit der Anschauung, daß es kein Land gibt, das sich wirtschaftlich und mittelbar finanziell den Folgen des europäischen Krieges entziehen kann, bringt Wilhelm Bürklin in seinem Buch Süd- und Mittelamerika unter dem wirtschaftlichen Einflusse des Weltkrieges /Göttingen, Otto Hapke/ reiches Beweismaterial. Brasilien hat eine starke Minderung seines Kaffee- und Kautschukexports, Chile einen Rückgang seiner Mineralienausfuhr zu verzeichnen. Auf der andern Seite steht freilich eine Zunahme des Exports solcher Güter, für die im Krieg ein erhöhter Bedarf entsteht. Im ganzen hat jedoch der Export Süd- und Mittelamerikas durch den Krieg erheblich gelitten. Der dadurch herbeigeführte Rückgang der Einnahme aus den Ausfuhrzöllen hat viele Staaten in eine finanziell bedrängte Lage gebracht, die man durch Erhöhung der Konsumsteuern und neue Anleihen zu bessern strebte. Gleichzeitig ist aber auch die Verschuldung der meisten privaten Unternehmungen gewachsen, weil die kolonialen Erzeugnisse nicht mehr im frühern Umfang den Weg nach Europa finden können. Man gewinnt aus den Bürklinschen Darlegungen den Eindruck, daß durch den Krieg die Abhängigkeit der Staats- und Volkswirtschaft Süd- und Mittelamerikas von England und Frankreich nicht kleiner sondern größer geworden ist, obwohl es den Industrien beider Staaten nicht gelang die Stelle der deutschen Industrie einzunehmen.

Kunstgewerbe / Ernst Jaffé

Schmitz † Bruno Schmitz ist am 28. April, 57 Jahre alt, in Berlin plötzlich verstorben.

Er gehörte zu den führenden Meistern der neudeutschen Baukunst. Sein eigenes Gebiet war das architektonisch gebildete Denkmal, bei dem die Plastik durchaus als dienende Kunst auftrat. In dieser Art sind alle seine großen Denkmäler gehalten, die Kaiser Wilhelm-Denkmal am Kyffhäuser, an der Porta Westphalica, am Deutschen Eck in Koblenz und das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig. Außerdem rührt auch eine Anzahl von Entwürfen nicht ausgeführter Denkmäler von ihm her. So

war er beim Wettbewerb um das Victor Emanuel-Denkmal in Rom Preisträger. Bei allen diesen Arbeiten zeigt Schmitz eine meisterhafte Beherrschung gewaltiger Massen. Sie haben immer einen klaren, leicht verständlichen Umriss, der sie groß und stark wirken läßt. Diese Wirkung wird durch die Bildhauerarbeiten nicht geschwächt sondern eher gefördert; sie sind augenscheinlich vom Künstler mit erdacht, wenn er den ausführenden Bildhauern bei ihrer Arbeit auch genug Freiheit ließ. Von Schmitzschen Bauten seien die Tonhalle in Zürich, der Rosengarten in Mannheim und der Saalbau Rheingold in Berlin genannt. Sowohl die Grundrisse wie die kräftige monumentale Gestaltung dieser großen Gebäude beweisen die hohe Begabung dieses Baukünstlers. Weniger glücklich ist manchmal die Ausstattung der Innenräume, da sich hier eine Überfülle von Ideen und eine hier und da barbarisch anmutende Vergeudung kostbarer Materialien breitmacht.

× Kunstunterricht Wilhelm von Bode hat in der Woche das schwierige Thema der Erziehung unserer bildenden Künstler erörtert. Richtung und Ziel seiner Reformvorschläge läßt folgender Satz wohl am klarsten erkennen: »So lassen sich Kunstakademie, Kunstgewerbeschule und Kunstschule in eine einzige Anstalt verschmelzen, in der die Ausbildung zu einem der vielen kunstgewerblichen Berufe das Hauptziel bilden müßte, und welche mit den Fachschulen in enger Fühlung sein sollten, während den Übergang zur freien Kunst nur wenig wirklich Auserwählte finden sollten.« Unzweifelhaft ist diese Zeit durchaus geeignet Reformen im Kunstunterricht zu besprechen. Daß solche nötig sind, wird kein einsichtiger Kenner der Verhältnisse bestreiten. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß das ungeheure Anwachsen des Proletariats unter den bildenden Künstlern zum großen Teil unseren Akademien zur Last gelegt werden muß, und zwar nicht irgendwelchen Fehlern in ihrem Betrieb sondern der Einrichtung als solcher. Es fragt sich nun, ob der von Bode wiederholte, an und für sich nicht neue Vorschlag, daß der Weg zur bildenden Kunst über das Kunstgewerbe führen möge, dem alten System vorzuziehen wäre. Daß seit jeher Maler, Bildhauer und Baumeister, und zwar durchaus nicht die schlechtesten, vom Kunstgewerbe hergekommen sind, ist bekannt. Auch unter den

heute schaffenden Künstlern ließen sich leicht Beispiele anführen. Der Weg ist also gangbar. Er würde den Vorteil bieten, daß die jungen Künstler, die in irgendeinem Zweig des Kunstgewerbes eine gründliche Ausbildung erhalten haben, nicht so leicht wirtschaftlich zugrunde gehen würden. Ferner würden schwächere Charaktere, die nur den Glanz und die Freiheit des Künstlerlebens sehen, und durch diesen falschen Schein auf die Akademien gelockt werden, durch die mit der Ausbildung für das Kunstgewerbe verbundenen mechanischen Arbeiten und manche andere Schwierigkeit abgeschreckt werden. Auch würde mancher Schüler bei dieser Ausbildung leichter die Grenzen seines Talents erkennen und sich auf das Kunstgewerbe beschränken. Die Beschränkung des Nachwuchses von bildenden Künstlern würde also wahrscheinlich dem Kunstgewerbe neue Kräfte zuführen, die es gerade nach dem Krieg besonders gut gebrauchen könnte. Eine andere Frage ist es, ob der gesamte Kunstunterricht, auch wenn er im Bodeschen Sinn reformiert werden sollte, nicht persönlicher gestaltet werden müßte. Gerade in der Kunst hat der Beamte so wenig zu suchen. Meisterwerkstätten würden für das Kunstgewerbe wie für die Kunst sicher fruchtbarer sein als Staatsschulen. Künstler, die in ihre Werkstätten Schüler oder sagen wir ruhig; Lehrlinge aufnehmen, könnten ja Staatszuschüsse bekommen; auch könnte der Staat die Summen, die er nach Aufhebung des Schulbetriebs sparen würde, für Ankäufe verwenden und dadurch anregen und unterstützen. Dann würden auch die Klagen aufhören, die heute immer wieder vom Kunstgewerbe gegen den Wettbewerb der staatlich besoldeten und von billig arbeitenden Schülern unterstützten Professoren der Kunstgewerbeschulen erhoben werden. Bei diesem Betrieb wäre es dann auch möglich den lernenden Kunstgewerber mit den einzelnen Techniken so genau vertraut zu machen wie es für wirklich gute Arbeiten unbedingt notwendig ist. Als die neue kunstgewerbliche Bewegung in Deutschland begann, konnten ihre Wortführer nicht scharf genug gegen die Musterzeichner sprechen und schreiben, die unbedenklich für jedes Material und jede Technik Vorlagen lieferten. Und sie taten recht daran. Denn im Kunstgewerbe werden Werkstoff und Art der Bearbeitung immer die Form beeinflussen. Nur wer diesen Vorbedingun-

gen gerecht wird, kann ein Meister werden. Viele unserer Künstler, die heute für das Kunstgewerbe arbeiten, treiben es nicht viel besser als die gescholtenen Musterzeichner von damals. Sie fühlen sich in allen Sätteln gerecht und glauben genug getan zu haben, wenn sie einmal durch eine Werkstatt gelaufen sind. Hier müßte die Reform des Unterrichts auch eingreifen. Der Schüler soll sich nach einiger Zeit für ein bestimmtes Gebiet entscheiden, auf diesem dann aber auch die Technik bis in ihre Feinheiten beherrschen zu lernen suchen. Vielleicht darf Bodes Hinweis auf die Fachschulen als in der gleichen Richtung liegend angesehen werden.

Ein Punkt, der im kunstgewerblichen Unterricht bisher gar nicht beachtet worden ist, ist in meinen Augen von großer Bedeutung: Das Talent des bildenden Künstlers ist an keine bestimmte Gesellschaftsschicht gebunden, wohl aber der Verbrauch kunstgewerblicher Erzeugnisse. So kommt es, daß Künstler, die in der beschränktesten Umgebung aufgewachsen sind, nachher für die verwöhntesten Verbraucher schaffen sollen. Das ergibt große Schwierigkeiten. Wenn nun auch der Unterricht diesen Riß nicht unmittelbar schließen kann, so wird der Unterricht in der Werkstätte wie der persönliche Einfluß des Meisters doch eher helfend eingreifen können als die Kunstgewerbeschule. Schon das Haus des Meisters wird dem aus einer bedürfnislosen Umgebung stammenden Schüler die Sinne schärfen, und der Lehrer, der in ein engeres Verhältnis zu seinen Schülern kommt als der Professor an der Kunstgewerbeschule, wird ihnen leicht zu den Häusern von Freunden der Kunst und des Kunstgewerbes Zugang verschaffen können. Auch das wäre ein nicht gering zu wertender Fortschritt.

×
Sammler und Verbraucher ×
 Um den Wohlfahrtseinstellungen, besonders dem Roten Kreuz, immer wieder neue Mittel zuzuführen, greift man jetzt ziemlich häufig dazu kleine Ausstellungen zu veranstalten, auf denen besonders häufig ältere Arbeiten des Kunstgewerbes gezeigt werden. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß die neue historische Richtung im Kunstgewerbe, vor der schon einmal in dieser Rundschau (1916, 1. Band, pag. 69f.) gewarnt wurde, hierdurch neue Nahrung bekommt. Es ist auch bei weitem nicht alles gut, was bei diesen

Gelegenheiten gezeigt wird. Denn neben schönen Arbeiten sieht man mindestens ebenso viele, die nur einen Kuriositätswert für sich in Anspruch nehmen können. Der wenig urteilsfähige Beschauer wird aber sicherlich durch solche Zusammenstellungen verwirrt und zum Schaden unseres neuen Kunstgewerbes falsch beeinflusst. Bei Persönlichkeiten von stärkerm Urteil und sicherem Gefühl für das, was sie brauchen, kann freilich durch solche Rückschau auf Vergangenes erst recht der Sinn für die Gegenwart und ihre Bedürfnisse geschärft werden. Bei der geringen Allgemeinhöhe des *gebildeten Publikums* wirkt indessen die vornehmthuende Lust an Dingen, die aus früherer Zeit stammen, verheerend; die *Antiquitätenläden* unserer hauptstädtischen Straßen legen davon ein beredtes Zeugnis ab.

Welchen Wert andererseits die Sammlertätigkeit haben kann, wenn sie vernünftig und aus Liebe zu den Dingen betrieben wird, zeigte unter anderm eine *Altegerländer Schau*, die kürzlich im Rahmen der österreichischen Roten Kreuz-Woche in Karlsbad veranstaltet wurde. Über Einzelheiten dieser kleinen Ausstellung will ich hier nicht berichten sondern nur bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, wie wertvoll es ist, wenn sich Sammler mit dem alten Kunstgewerbe ihrer engeren Heimat beschäftigen. Einige wenige Karlsbader Sammler konnten die Schau mit Leichtigkeit zusammenbringen; und doch genügten die gezeigten Objekte vollkommen, um ein Bild von dem spezifischen *Altegerländer Kunstgewerbe* zu geben. Mit dem gleichen Aufwand von Zeit und Mitteln hätten diese Sammler auch *Altmeißner Porzellangruppen* oder *französische Bucheinbände* oder andere Seltenheiten, die auf dem *Antiquitätenweltmarkt* ihren sicher steigenden Kurs haben, zusammenbringen können. Wirtschaftlich wären sie dabei sogar sicherlich nicht schlechter gefahren, aber für die Allgemeinheit hätten sie damit gar nichts getan, während die Sammlung lokaler *Altertümer* und ihre Sicherung für den heimischen Bezirk nicht nur für die Forschung sondern auch für das Leben der Gegenwart von wesentlicher Bedeutung ist. Auch dort, wo sich *Provinzialmuseen* der alten Zeugen heimischer *Kunstherrlichkeit* annehmen, ist die Tätigkeit privater Sammler durchaus nicht zu unterschätzen.

In einem kleinen Aufsatz des Berliner Tageblatts, betitelt *Kunst für die Frau*, bedauert es Fritz Stahl, daß die Frauen

heute als Verbraucherinnen nicht so anregend auf das feinste Kunstgewerbe wirken wie ihre Großmütter. Die Damen der sogenannten *Gesellschaft* haben zu mannigfaltige andere Interessen, um noch viel Zeit für das Sammeln von schönen Kleinigkeiten aufzuwenden, sie legen auch mehr Wert auf den allgemeinen Komfort ihrer Wohnungen als auf deren Ausschmückung nach ganz persönlichen Liebhabereien. Und doch bedarf das Kunstgewerbe solcher schwer zu befriedigenden wählerischen und geschmackvollen Auftraggeber, wenn es sich höher entwickeln soll, und die *Kunstindustrie* wiederum ist darauf angewiesen von einem in dieser Weise fruchtbar gemachten Kunstgewerbe neue Anstöße zu bekommen. Freilich ist es verfehlt hier immer nur, wie Stahl es tut, an die Frau zu denken und so die Frau für alle Zeiten als *Luxusgeschöpf* zu stigmatisieren. Es muß vielmehr allgemein gewünscht werden, daß die Menschen als Verbraucher aufhören wahllos zu sein; je höher sie geistig und als Persönlichkeiten stehen, um so produktiver werden sie auch in ihrem Konsum sein und wirken. Für ein Gebiet des Kunstgewerbes, die Mode, hat man ja schon häufiger darauf hingewiesen, daß einer der wichtigsten Faktoren für den Hochstand der Mode der Geschmack der Konsumenten ist. Für andere Teile des Kunstgewerbes liegt es auch nicht viel anders.

× Kurze Chronik Professor Leopold Gmelin (München) ist, 68 Jahre alt, einer Lungenentzündung erlegen. Er war seiner Ausbildung nach Architekt, hat aber den größten und wertvollsten Teil seiner Tätigkeit dem Kunstgewerbe gewidmet. Lange Zeit leitete er die Fachklasse für Keramik an der Königlichen Kunstgewerbeschule in München. Er ist auch als Schriftsteller oft hervorgetreten; sein Buch *Die Elemente der Gefäßbilderei* mit besonderer Berücksichtigung der Keramik verdient auch heute noch Beachtung. × Der Wiener Baumeister Ferdinand Fellner ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Zusammen mit Hellmer hat er viele Theater in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Rumänien und Rußland erbaut. × In Dresden starb Richard Schleinitz, einer der bekanntesten sächsischen Architekten, im Alter von 55 Jahren. × Der Begründer der *Königlich bayrischen Hofglasmalerei* Franz Xaver Zettler ist im 75. Lebensjahr gestorben.

× Den kämpfenden Heeren Österreich - Ungarns ist auf allen Fronten je ein Kunsthistoriker beigegeben worden, der mit den Kunstdenkmälern des Kampfgebiets besonders vertraut ist und nötige sichere Ratsschläge zum Denkmalschutz gibt. Außerdem erhält an der italienischen Front jeder Offizier der österreichungarischen Armee ein mit Abbildungen versehenes Verzeichnis aller wichtigeren Kunstdenkmäler des Kampfgebiets. Die Heeresleitung hat die strengste Weisung erteilt diese Denkmäler auf jede Weise zu schonen, soweit dadurch nicht die Sicherheit der eigenen Truppen gefährdet wird. × Ein Kulturbund deutscher Gelehrter und Künstler hat sich gebildet, um die Errichtung häßlicher Kriegerdenkmäler zu verhindern. Es soll zu diesem Zweck eine ganz Deutschland überspannende Organisation von Sachverständigenkollegien geschaffen werden, die mit den Behörden und anderen in Frage kommenden Stellen Fühlung nehmen sollen. Einem ähnlichen Zweck soll die vor kurzem errichtete Bayrische Landesberatungsstelle für Kriegerdenkmäler beim Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten dienen. Sie will sich auch an die Richtlinien halten, die bekanntlich vom preußischen Kultusministerium aufgestellt worden sind. × Eine Reklameprüfungsstelle des Deutschen Museums für Handel und Gewerbe ist die neueste Gründung auf diesem Gebiet des Kunstgewerbes. Sie setzt sich »die sachverständige Begutachtung geplanter Reklame auf ihre Zweckmäßigkeit und auf ihre einwandfreie Gestaltung« als Aufgabe. Es ist nicht recht einzusehen, wer diese neue Stelle in Anspruch nehmen soll, da wohl niemand, der eine Reklame plant, sie vorher von einem Kollegium begutachten lassen wird, am wenigsten auf ihre Zweckmäßigkeit. × In dem von der Stadt Leipzig ausgeschriebenen Wettbewerb um Bebauungspläne für die Straße des 18. Oktober wurden die Entwürfe folgender Künstler angekauft: Haller, Wunschmann, Reichel & Kühn, Lindner, Theodor Kösser, Fritz Kösser. Die Stadt Warschau schreibt einen Wettbewerb für die Regulierung der Altstadt und der Zitadellensplanade aus. Sie setzt 3 Preise zu 700, 300 und 200 Rubel aus und behält sich den Ankauf weiterer Entwürfe für je 100 Rubel vor.

Einen Wettbewerb für Entwürfe neuer Kleider und Hutformen erläßt der Modebund in Frankfurt am Main. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß diese Modelle der Forderung nach Stoffersparnis gerecht werden. × Professor J. V. Cissarz, der seit einem Jahrzehnt an der Stuttgarter Kunstgewerbeschule wirkte und besonders durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Buchausstattung bekannt geworden ist, wird einem Ruf an die Kunstgewerbeschule in Frankfurt am Main folgen, um die Leitung der Abteilung für dekorative Malerei zu übernehmen. × Als Nachfolger des im vorigen Jahr gefallenen Professors Friedrich Ostendorf ist Professor Carl Caesar an die Technische Hochschule in Karlsruhe berufen worden. Er ist ein Schüler Schaefers.

×
Literatur

Der bekannte Künstler und Lehrer der Buchbinderei Paul Kersten in Berlin hat den Katalog seiner Fachbibliothek drucken lassen. Er enthält unter anderem viele Sonderdrucke aus Fachzeitschriften und Gelegenheitschriften und ergänzt dadurch für sein kleines Gebiet die Bibliothekskataloge. Darum verdient dieses Beispiel Nachahmung. × In einem Aufsatz der Innendekoration tritt Anton Jaumann für die Aufhäufung solcher kunstgewerblichen Erzeugnisse ein, die auf dem Weltmarkt ihren festen Kurs haben. Er betrachtet das als ein Mittel, um einen Teil des nach Beendigung des Krieges sicherlich nötigen Gegenwerts für die aus dem Ausland einzuführenden Rohstoffe aufzubringen. Soweit die Arbeit gelernter Frauen in Frage kommt, verdient sein Vorschlag gewiß Beachtung, und unsere Banken sollten die in Frage kommenden Verleger durch günstige Darlehensangebote instand setzen diese vorsorgende Arbeit in Angriff zu nehmen. An gelernten männlichen Arbeitern ist aber meines Wissens schon jetzt der Mangel so groß, daß die vorhandenen Aufträge kaum ausgeführt werden können. An ein Arbeiten auf Vorrat, zu dem die Unternehmer vielleicht bereit wären, könnte nur bei einem Entgegenkommen der Militärbehörden gedacht werden. Dieses wird zurzeit nicht möglich sein, da der militärische Bedarf dem wirtschaftlichen vorangestellt werden muß.